

# Hintergrund

5  
|  
6  
|  
24

Interviews mit  
**Michael Andrick**  
**Gabriele Gysi**  
**Dmitri Trenin**



www.hintergrund.de

36099 8,80€ [D] 9,80€ [A] 9,90€ [LU] 12,80 sFr [CH]

## Demokratie in Gefahr?

**Yana Milev**  
Demokratie als  
Tarnung für die neo-  
liberale Dominanz

**Rainer Mausfeld**  
Kapitalismus  
und Demokratie

**Ekkehard Lieberam**  
BSW als letzter  
Ausweg?

**Andreas Wehr**  
Europawahl 2024:  
Das EU-Schein-  
parlament

**Norbert Häring**  
WHO-Vertrag:  
Die Lüge von der  
Transparenz

419-36099-0880-1 06

Berlin, 20. März 2024. Im Bundestag konferiert SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz (re.) mit FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner (li.) vertraulich hinter dem Sichtschutz des Plenarsaals, während einer Debatte zur Regierungserklärung und Befragung der Bundesregierung. Scholz war auf dem Weg zu einem zweitägigen Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Brüssel, wo es vor allem um eine einheitliche Haltung der EU für die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und Munition gehen sollte.



# Demokratie in Gefahr?

## Rudolf Bauer Wer gefährdet die Demokratie?

6

Von wem geht die größte Gefahr für die Demokratie aus? Und für welche »Demokratie« eigentlich?



## Yana Milev Demokratie als Tarnung für die neo-liberale Dominanz

10

Hat die neoliberale Ideologie mit Rigorismus die Demokratie getötet?

## Interview mit Michael Andrick

13

Unsere Gesellschaft scheint im Wahn des moralisierenden Entwerder-Oder gefangen zu sein. Woher kommt das, wohin führt das und wie kommen wir da raus?

## Rainer Mausfeld Unvereinbar: Kapitalismus und Demokratie

16

In Auszügen aus seinem aktuellen Buch »Hybris und Nemesis« zeigt der Psychologe wie uns Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt.

## Klaus-Jürgen Bruder Wer Krieg will, braucht die Lüge

20

»Die Autorität eines Staates über seine Bürger liegt in seiner Macht, Krieg zu führen«, heißt es im Film »JFK – Tatort Dallas«. Damit die Bevölkerung Ja zum Krieg sagt, täuscht und lügt der Staat.

## Mark Galliker Monopolkapital und Meinungsmonopol

24

In den Leitmedien der von Monopolen dominierten Marktwirtschaft sind Meinungen einheitlicher als in der Presselandschaft der ursprünglichen Marktgesellschaft. Mit Konsequenzen für die demokratische Meinungsbildung.



## Michael Meyen Demokratie und die Legende von der freien Presse

28

Hartnäckig hält sich der Mythos, die reichweitenstärksten deutschen Medien seien unabhängig. Verglichen mit der DDR mag das stimmen, aber...

## Helge Buttkereit Ein Online-Magazin und die Aufarbeitung

29

Eine Medienbetrachtung über die Reaktion von Leitmedien auf die Veröffentlichung der freigelegten RKI-Protokolle.

## Interview mit Gabriele Gysi (2)

30

Im zweiten Teil des Gesprächs mit Tilo Gräser warnt die Schauspielerin und Regisseurin u. a. vor den Gefahren von Manipulationen unseres Denkens.

## Ulrich Gausmann Die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen

34

Die tiefe Krise des westlichen Gesellschaftsmodells hat zu einer Renaissance von Ideen über alternative Gesellschaftsformen geführt.

## Ekkehard Lieberam Umbruch im linken Parteienspektrum: Das BSW als letzter Ausweg?

38

Das linke Parteienspektrum in Deutschland befindet sich im Umbruch. Ist das BSW so stark wie erhofft oder ist die Trennung vom Sahara Wagenknecht-Mikrokosmos eine unerwartete Frischzellenkur für die Reste der Linkspartei?



## Erhard Crome Alles rechts oder was? – Metamorphosen im Parteiensystem

42

Krisen im Parteiensystem sind entweder Vorboten gesellschaftlicher Krisen oder entstehen aus diesen. Warum starren alle auf das Phänomen und Faktum AfD?

## Hannes Hofbauer Europa im Abstieg – Bestandsaufnahme und Rückblick

46

Mit Nervosität sieht die Brüsseler Bürokratie den Wahlen zum EU-Parlament entgegen. Denn das Projekt Europäische Union blutet inzwischen aus allen Poren.



## Andreas Wehr Weiterhin nur ein Scheinparlament

50

Die EU hat eine große Werbekampagne zur Wahl ihres Parlamentes gestartet. Aber warum sollten die Unions-Bürger ein Parlament wählen, das nicht mal frei seinen Sitz bestimmen darf?

## Reinhard Lauterbach Polen nach dem Wechsel: Streit im Inneren, Burgfrieden nach außen

53

Wer vom Regierungswechsel in Polen einen echten Richtungswechsel erwartet hat, sieht sich nach 100 Tagen enttäuscht.

## Peter Gärtner Hinter den Fassaden: Wie demokratisch sind die USA?

56

Die USA sehen sich als Zentrum von Freiheit und Demokratie. Doch sie haben eine ganz eigene Definition von »Freiheit und Demokratie«

## Ulrich Heyden Russland – gestutzte Demo- kratie

60

Die antirussische Kriegspropaganda in Deutschland verhindert nicht nur eine nüchterne Analyse Russlands, sondern erinnert erschreckend an Nazi-Hetze vom »russischen Untermenschen«.



## Interview mit Dmitri Trenin

64

»Die ständige Eskalation des Krieges durch die NATO-Staaten erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Moskau seine Zurückhaltung aufgibt und zu Schlägen gegen Ziele in den Gebieten der am aktivsten am Krieg beteiligten NATO-Staaten übergeht.«

## Lothar Schröter Wenn der Krieg zu Ende ist...

68

Der frühere Experte am Militärgeschichtlichen Institut der DDR stellt eine Reihe Fragen, die nach dem Ende des Krieges unbedingt beantwortet werden müssen.



## Georg Auernheimer Nahostkonflikt: Geschichte einer Eskalationsspirale

72

Die Geschichte des Konflikts zwischen den Israelis und den Palästinensern ist ohne Kenntnis der Geschichte nicht zu verstehen.

## Norbert Häring WHO: Die Lüge von der Transparenz

76

Die WHO will offenbar mit dem Kopf durch die Wand, um an der Öffentlichkeit vorbei einen Pandemievertrag und die Internationalen Gesundheitsvorschriften durchzusetzen.

## Karolin Ahrens Der WHO- Pandemievertrag

78

Im Mai 2024 soll bei der 77. Weltgesundheitsversammlung das Internationale Pandemieabkommen (WHO-Pandemievertrag) verabschiedet werden.

## Buchtipps

80

## Chronik

81

## Termine

82

## Impressum

83

## Editorial

Vom 6. bis 9. Juni werden die Abgeordneten für das neue EU-Parlament gewählt. Mit einer Werbekampagne und Appellen zur Verteidigung der Demokratie versuchen EU-Kommission und die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten die Bevölkerung zur Teilnahme an dieser Wahl zu bewegen. Doch das westliche Demokratie-Modell, das im Wesentlichen auf der Herrschaft von Parteien fußt, befindet sich in einer tiefen Krise. Befürchtet wird vor allem ein Durchmarsch von Parteien aus dem rechtsnationalen bis rechtskonservativen Spektrum, von denen einige die EU grundlegend verändern oder sogar auflösen wollen. In Deutschland fokussiert sich diese Sorge vor allem auf die Partei AfD. Doch auch die von der früheren Linkspartei-Politikerin Sahra Wagenknecht gegründete Partei BSW wird multimedial als Gefahr für die EU und vor allem für deren transatlantische Ausrichtung angesehen. Wir hinterfragen die – westlich dominierte – Demokratie-Definition, untersuchen, wer wirklich die Demokratie gefährdet, blicken dazu auch über den EU-Tellerrand. Aber natürlich finden Sie auch wieder Themen, die weltweit diskutiert werden. Hintergründe für Ihre souveräne Meinungsbildung.

*Wir wünschen interessante Lesestunden.  
Die Redaktion*

**In eigener Sache:** Uns ist bei der redaktionellen Bearbeitung des Artikels von Karin Kulow im Heft 3/4-2024 auf Seite 53 ein Fehler unterlaufen. Im zweiten Absatz muss es korrekt heißen: »Ernsthafte Berechnungen gehen bereits von bis zu 500.000 Toten bis Jahresende aus.« Die im Heft abgedruckte Jahreszahl 2023 ist im Originalmanuskript der Autorin nicht enthalten. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler sowohl bei der Autorin als auch bei Ihnen, unseren Lesern.

# Wer gefährdet die Demokratie?



© picture alliance / SZ Photo | Marco Einfeldt

Es heißt, die Demokratie sei gefährdet: Von Rechts, namentlich durch die Partei Alternative für Deutschland (AfD), durch eine Partei, die im Deutschen Bundestag und in Länderparlamenten vertreten ist, aber vom Regierungsgeschehen ausgeschlossen wird. Gegen sie grenzen sich alle anderen Parteien kategorisch ab, auch diejenigen, die nicht an der Regierungsbildung beteiligt sind. »Brandmauer« und »rote Linie« sind die bildhaften Formeln, um die politisch-moralische Abscheu gegen »die« AfD, auch ihre Anhänger und Wähler, zum Ausdruck zu bringen. **VON RUDOLPH BAUER**

**M**eine These angesichts dieser Methode der Ausgrenzung einer legalen rechten Partei lautet: Die Demokratie, wie sie gegenwärtig vorfindbar ist, stellt ein Simulakrum dar. Das demokratische Konstrukt ist eine irreführende Fassade. Das demokratische Prozedere und das Entsetzen über die Bedrohung der Demokratie von Rechts durch eine formal demokratische, allerdings rechte Partei, täuschen darüber hinweg, dass insgesamt eine un- und antidemokratische Rückwärtsentwicklung stattgefunden hat.

Die moralische Empörung über die AfD dient der Täuschung. Diejenigen, welche die rechte Partei verteufeln, lenken mit Erfolg davon ab, dass sie selber hinter einer (schein-)demokratischen Fassade un- und antidemokratisch agieren. Zugleich bereitet ihre Politik lange schon den gesellschaftlichen Nährboden vor für die rechte Ideologie und das dafür aufgeschlossene Wählerpotenzial der AfD.

»Brandmauern« gegen Rechts und »rote Linien« werden beschworen, obwohl auf beiden Seiten der Scheidewand die lebendige Demokratie nicht etwa nur »in Gefahr« ist, sondern vielmehr sich in einem letalen Zustand befindet. Das demokratische Gerüst ist ein weitgehend starres institutionelles Gebilde namens Regierungssystem. Es dient der Inszenierung, um von der Agonie abzulenken.

### Was ist lebendige Demokratie?

Lebendige Demokratie steht für einen dynamischen Prozess des permanenten Austausches zwischen der Bevölkerung auf der einen Seite und ihren Vertretungskörperschaften (Parlamente, Räte) auf der anderen. Der ständige wechselseitige Austausch zwischen letzteren und der Bevölkerung dient vor allem der Steuerung und Kontrolle des Staatsapparats, nicht der Gängelung und Beherrschung des Volkes durch Regierung und Staat. Ziel lebendiger Demokratie ist es, wirtschaftlichen Wohlstand (Abschaffung der Armut!), eine gerechte Gesellschaft (keine Ausbeutung und Unterdrückung!) sowie die freie Entfaltung der menschlichen Potenziale jedes Einzelnen im Interesse auch des Gemeinwohls zu schaffen und zu erhalten.

Lebendige Demokratie setzt an der gesellschaftlichen Basis sowohl subsidiäre Selbstbestimmung als auch die Chance

der Selbstverwaltung voraus. Die kollektive Gemeinsamkeit oder Identität auf der Ebene der gesamten Gesellschaft wird durch historische und kulturelle Wurzeln gebildet, die im Austausch der Völker und Nationen das Fundament für gegenseitige Anerkennung und für ein friedliches Miteinander auf Gegenseitigkeit ermöglichen.

### Das Gegenteil

Im Gegensatz zur lebendigen Demokratie inszeniert sich die verdinglichte Demokratie im Rahmen von Ritualen. Diese erhalten persönliche Einschränkungen, gesellschaftliche Spaltung und die Erfahrung von Entfremdung und Unterdrückung aufrecht. Zu den hochzeitlichen Ritualen der verdinglichten Demokratie gehören die Wahlen für die Vertretungskörperschaften. Der Bevölkerung wird ab einem bestimmten Alter das »Recht« zur Stimmabgabe für eine der zur (Aus-)Wahl stehenden Parteien eingeräumt, deren gewählte Abgeordnete dann die Vertretungskörperschaft, das Parlament, bilden.

Allerdings unterliegen die Gründung und die Wahlzulassung einer Partei – abgesehen von den erforderlichen Geldmitteln – bereits bestimmten Einschränkungen durch Partei- und Wahlgesetze. Dadurch und weil für das politische Engagement bestimmte Qualifikationen (oder ein übertriebenes Selbstbewusstsein, aber keine Berufserfahrung!) erforderlich sind, wird das Parteien- und Wahlspektrum bereits eingeschränkt. Dadurch werden bestimmte soziale Gruppierungen, Berufsgruppen und Charaktertypen bevorzugt und andere benachteiligt.

Bei den nur alle vier oder fünf Jahre stattfindenden Wahlen bleiben all jene Stimmberechtigten unberücksichtigt, die sich durch die zugelassenen Parteien und deren Kandidaten nicht vertreten wissen. Als Nichtwähler werden sie ebenso wenig berücksichtigt, wie jene Wähler, die – bewusst oder aus Versehen – ungültig abstimmen oder Parteien gewählt haben, deren Stimmenanteil die 5-Prozentmarke nicht erreicht. Fazit: Ein nicht unerheblicher Teil der Stimmberechtigten findet sich in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften daher überhaupt nicht repräsentiert.

### Vorgefilterte Auswahl

Bereits im Vorfeld von Wahlen findet eine gravierende Einschränkung statt, infolge des Verfahrens, das Parteien bei der Benennung der Kandidaten für die Wahllisten und bei deren Rangfolge anwenden. Die Entscheidung darüber wird auf Parteitag durch die anwesenden Parteimitglieder bzw. -delegierten getroffen. Auf den Wahllisten der Parteien erscheinen keine weiteren Angaben als Name, Alter und Beruf der Kandidaten. Als gewählt gelten die Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen bzw. Direktkandidaten mit den im Verhältnis meisten Einzelstimmen.

Bei der Benennung der Kandidaten erfolgt eine personelle und somit auch politische Filterung, auf welche die stimmberechtigten Wähler weder einen Einfluss haben, noch werden sie darüber informiert. Vieles bleibt im Dunklen. Der Volksmund nennt das »die Katze im Sack kaufen«.

Bei den sogenannten Wahlkämpfen präsentieren die Parteien ihre Spitzenkandidaten, die Großparteien ihre Kanzlerkandidaten. Aus dem Parteienwettbewerb wird eine Kanzlerwahl und das Abstimmungsverhalten und -ergebnis verzerrt. So wird für viele nicht die parteipolitische Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft entscheidendes Kriterium für die Stimmabgabe, sondern die Person (»Charaktermaske«) des künftigen Regierungsoberhauptes. Das erinnert eher an eine Fürstenkrönung denn an eine demokratische Repräsentationsentscheidung.

Im »Wahlkampf« gelten in der Regel jene Maßgaben der PR-Werbeindustrie und der politischen Propaganda, die für die Wählerschaft wenig durchschaubar sind. Sie dienen der Manipulation. In der Regel sind die Werbeposters generalisierend und politisch eher belanglos. Falls konkret, tendiert ihre Gültigkeit im Sinn von unlöslichen Wahlversprechen gegen Null.

### Das Parlament als Kulisse

Gerade Stimmbürger aus den unterprivilegierten Klassen und der Armutsbevölkerung fühlen sich infolgedessen sozialpolitisch hinters Licht geführt und sind enttäuscht. Sie verfügen nicht über die medialen und Lobby-Möglichkeiten, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Wenn sie sich deshalb an den Wahlen nicht

*»Medien und Wissenschaft sind gesellschaftliche Faktoren, die eine politische Doppelfunktion erfüllen. Sie üben zum einen Einfluss auf die Politik aus. Zum anderen sind sie politisch instrumentalisierbar.«*

beteiligen, wird ihnen das als Politikverdrossenheit angekreidet. Dass es sich um ein Ergebnis und Zeichen fehlender demokratischer Wahrnehmung ihrer Interessen handelt, bleibt unberücksichtigt.

Bereits am Wahlabend, nach den ersten Hochrechnungen, werden nicht die demokratiepolitischen Auswirkungen der Wahlergebnisse diskutiert. In den nachfolgenden Wochen finden Sondierungsgespräche hinter verschlossenen Türen statt und schließlich Koalitionsverhandlungen, bei denen es nicht zuletzt um die Verteilung von Regierungsposten geht. Die Ergebnisse, festgelegt in einem Koalitionsvertrag, werden allenfalls noch in den Medien kommentiert, meist affirmativ, ohne die Stimmbürger in die Diskussion einzubeziehen.

Das Parlament als Vertretungskörperschaft der Bevölkerung stellt nur noch eine Art Publikum dar, um als Kulisse der »Vereidigung« des Kabinetts beizuwohnen. Dabei schwören Kanzler und Minister phrasenhaft, dem Wohle des deutschen Volkes »zu dienen«. Einklagbar ist dieser Schwur allerdings nicht.

Diejenigen Abgeordneten, deren Parteien sich an der Regierung beteiligen, sind die parlamentarische Stütze der Regierung. Statt diese im Auftrag der Bevölkerung zu kontrollieren, sind sie die Claqueure des Herrschaftsapparats. Allein die Parlamentarier der nicht regierungsbeteiligten Parteien bilden eine Opposition, sind aber in der Minderheit und daher wirkungslos.

Die Benachteiligung der nicht die Regierung stellenden Parteien zeigt sich auch in der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Ausschüsse und Gremien, in der Verteilung der Ämter und Vorstandsfunktionen. Die Möglichkeiten der Kontrolle sind beschränkt, in den Untersuchungsausschüssen sind die Abgeordneten der Opposition in der Minderheit, über die Verhandlungen in den Kontrollgremien herrscht Schweigepflicht.

### Die Rolle des Lobbyismus

Nicht zu unterschätzen ist der bedeutende Einfluss des Lobbyismus. Parlament und Regierungsapparat sind die Adressaten unternehmerischer Interessenvertretung in Gestalt von Beratung, Privilegien und diversen Formen des Gewogenmachens und der Korruption. Einfluss nehmen neben den Verbänden vor allem aus der Wirtschaft auch die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Zentralräte sowie nicht zuletzt das weit verzweigte Stiftungswesen. Diese Organisationen sind in keiner Weise demokratisch organisiert oder legitimiert. Sie organisieren Kongresse mit Rednern aus den Parteien, finanzieren Parteitage, erbringen Parteispenden. Ihr Einfluss erstreckt sich außerdem auf Medien und Wissenschaft, um auf dem verdeckten Weg über Berichterstattung und Kommentare bzw. »Forschungsergebnisse« politisch Einfluss zu nehmen.

Medien und Wissenschaft sind gesellschaftliche Faktoren, die eine politische Doppelfunktion erfüllen. Sie üben zum einen Einfluss auf die Politik aus. Zum anderen sind sie politisch instrumentalisierbar. Im Rahmen umfassender Kampagnen, wie zum Beispiel während der Corona-Pandemie, tragen sie zur Manipulation der Bevölkerung bei. Sie beeinflussen auf diesem Wege umgekehrt auch die Wahlbereitschaft und -entscheidungen der Bevölkerung.

Medien und Wissenschaft agieren zum Teil aus eigenem Antrieb, zum Beispiel gemäß den Vorgaben der Herausgeber, Redakteure oder Intendanten, beziehungsweise, um an Forschungsgelder, Auszeichnungen und Privilegien zu gelangen. Zum Großteil aber sind sie Handlanger und verdeckte Agenten großer unternehmerischer Komplexe: des jeweils finanzwirtschaftlich-, militärisch-, bildungswissenschaftlich-, pharmazeutisch-gesundheitswirtschaftlich- und digital-industriellen Komplexes.

### Der Einfluss von außen

Eine dramatische Einschränkung des parlamentarischen Handlungsrahmens erfolgt aufgrund der Beschlüsse und Vereinbarungen von supra- und internationalen Organen, Bündnissen, Minister- und Gipfeltreffen. Zu nennen sind die Europäische Union (EU), die Europäische Kommission, der Europäische Rat, das Europäische Parlament, die Europäische Zentralbank, der Europäische Währungsfonds und andere. Daneben bilden die NATO und andere transatlantische Organisationen übergreifende Instanzen, die jenseits demokratischer Entscheidungsprozesse handeln und sich parlamentarischer Kontrolle gänzlich entziehen.

Schließlich ist zum einen auf internationale Zusammenkünfte wie die Bilderberger, das World Economic Forum WEF in Davos (mit dem Programm Young Global Leaders) oder die Münchner Sicherheitskonferenz zu verweisen. Zum anderen ist der Einfluss der UNO und ihrer Untergliederungen, etwa der World Health Organisation WHO, massiv, unkontrollierbar und demokratisch nicht legitimiert.

Am Beispiel der WHO lässt sich aufzeigen, in welchem Umfang Stiftungen wie beispielsweise die Bill & Melinda Gates Foundation internationale »Gesundheitsprogramme« nicht nur zu beeinflussen, sondern zu diktieren vermögen. Eine solche Stiftung operiert auch auf Gebieten wie der Landwirtschaft oder der Medien – teils durch Investitionen, teils durch Spenden. Kurz: Das dichte und verwirrende Netz von demokratisch nicht legitimierten, aber vielfältig auf parlamentarische und staatliche Körperschaften und deren Entscheidungen Einfluss nehmenden Agenturen lässt erkennen, dass Demokratie nur noch dem äußeren Schein nach gilt.

**Prof. Dr. RUDOLPH BAUER** (Jahrgang 1939) ist Politikwissenschaftler und Sozialforscher. Er war unter anderem von 1972 bis 2002 Professor für Wohlfahrts-politik und Soziale Dienstleistungen an der Universität Bremen. Arbeitsaufenthalte führten ihn nach China sowie in die USA. Er ist Autor und Herausgeber wissenschaftlicher Veröffentlichungen, Verfasser politischer Lyrik und von Bildmontagen. Mehr unter <http://rudolph-bauer.de/>

## Antidemokratischer Autoritarismus

Diese undemokratischen Verhältnisse haben sich zum Teil über Jahrzehnte hinweg schleichend angebahnt. In der Gegenwart nähert sich die Periode des Umbruchs und der Außensteuerung der demokratischen Strukturen jedoch dem antidemokratischen Kulminationspunkt: Der Verlust an Demokratie schlägt durch auf die Gesellschaft und die einzelnen Individuen.

Die Grundrechte werden missachtet und eingeschränkt. Polizeigewalt kommt zum Einsatz bei Demonstrationen, Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Die digitale Überwachung wird zur Regel. Denunziation wird gefördert. Die Justiz fällt politische Urteile. Kritiker werden ohne Anklage inhaftiert. Konten werden gesperrt und Smartphones konfisziert. Unabhängige Berichterstattung wird zensiert und gelöscht. Opposition wird kriminalisiert und für vogelfrei erklärt.

Der Kreis des antidemokratischen Autoritarismus innerhalb einer nur noch verdinglichten (Schein-)Demokratie schließt sich. Das faschistische Syndrom nimmt Form an, und zwar nicht zuletzt in antifaschistischer (!) Gestalt.

Warum ist das so? Welches sind die Hintergründe?

Abschließend meine kurz gefassten Antworten: Seit dem Bankencrash **2008** sind deutliche Anzeichen einer epochalen Krise des imperialistischen Globalkapitalismus zu erkennen. Die Profitrate als Maßstab des wirtschaftlichen Erfolgskurses der Konzerne sinkt, und der ersatzweise Run Richtung Finanzkapital stößt an Grenzen. **TINA** (»There is no alternative«), die Parole der britischen Premierministerin Margret Thatcher, ist längst nicht mehr uneingeschränkt überzeugend.

Streiks und Massenbewegungen finden statt. Weitere drohen.

In dieser Situation wurden und werden im Interesse des Fortbestehens kapitalistischer Produktionsverhältnisse (und zu Lasten der werktätigen Mehrheit der Bevölkerung!) wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Maßnahmen erforderlich, wie sie seit mehr als einem Jahrzehnt an der Tagesordnung sind und sich aktuell verschärfen.

Auf ökonomischem Gebiet werden klassische Produktionszweige liquidiert. Daten werden zur Ware gemacht und als solche gehandelt, Dienstleistungen ökonomisiert und kommerzialisiert (siehe Sozial- und Gesundheitswesen). Arbeitsleistung wird roboterisiert und digital verdichtet. Im Rahmen von medizinischen Maßnahmen, beispielsweise bei Pandemien und als Folge der »Impf«-Schäden, wurde und wird der pharmazeutisch-gesundheitsindustrielle Komplex zur Quelle vermehrter Produktion und Gewinnerwartung. Auch Kriegsverletzungen und -traumata werden gewinnbringend behandelt.

Des Weiteren tragen Kriege einerseits durch die Produktion, Zerstörung und erneute Herstellung von tödlichen Waffen und Militärgeräten zu Land, zu Wasser und in der Luft dazu bei, die Wirtschaft zu »beleben«. Andererseits ist die militärische Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur die Voraussetzung für Profite bei deren Wiederaufbau und Modernisierung. Nicht zuletzt werden wachsende Gewinne aus den Investitionen und Produktinnovationen generiert, welche aufgrund des sogenannte Klimawandels für dringend erachtet und verpflichtend werden: Solaranlagen, Windräder, E-Autos, Wärmepumpen usw.

Im gesellschaftlichen Kontext sind zum Beispiel Bildungsdefizite und ihre Kompensation durch das Angebot von Privatschulen, die antipazifistische Militarisierung

(»Kriegsertüchtigung«), die Verteuerung und der Mangel von Wohnraum, Medizinprogramme (»Impfung«) sowie die gehäufte Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen sowie deren teilweise soziale Besserstellung Auslöser für heftige Prozesse der Entsolidarisierung, der Gewalt und der gesellschaftlichen Spaltung. Die Reaktionen darauf sind widersprüchlich, aber faschistisch dergestalt, dass einerseits Minderheiten bedroht und verfolgt werden, während andererseits das volksgemeinschaftliche »Wir« (»Wir gemeinsam«, »Wir gegen rechts«) Konjunktur hat.

Die politischen Folgen des Krisengeschehens wurden zum Teil bereits oben angedeutet am Beispiel der skizzierten obrigkeitlichen Unterdrückung und Negierung der Freiheits- und Bürgerrechte, verschärft im Rahmen der digitalen Überwachung und der Gesinnungskontrolle. Politische Entscheidungen basieren kaum noch auf der frei zur Sprache gebrachten Meinung der Bürger, sondern auf den Aussagen von »Experten«. Politik wird szientologisch (angeblich »wissenschaftlich« auf der Basis von Prognosemodellen) unterfüttert. Beratungsgremien, Kommissionen, »Fakten-Checks« und freiwillig gleichgeschaltete Medien ersetzen sowohl den lebendigen Diskurs als auch die pro forma gepriesene »demokratische Streitkultur«.

Fatale Beispiele waren bzw. sind die einseitigen Corona-»Erklärungen« und der dogmatische »Kampf gegen die menschengemachte Klimaerwärmung«. All diese Erscheinungen eines »antifaschistischen« Faschismus werden de-thematisiert und bleiben über-tüncht durch die Kampagnen »gegen rechts«. Die AfD als Alibi? Die AfD als Feigenblatt. ■

# Demokratie als Tarnung für die neoliberalen Dominanz

VON YANA MILEV

**»Die Demokratie ist tot«, erklärte die renommierte US-Politologin Wendy Brown 2018 in einem Interview<sup>1</sup>. Die Neoliberalen hätten sie zerstört und mit ihrer Ideologie die Gesellschaft umgepflügt. Brown diagnostiziert die supranationale Entkopplungsgesellschaft, die mit der neoliberalen Revolution im Namen der Demokratisierung in Gang gesetzt wurde.**

**N**och vor einigen Jahren wurde die »Krise der Demokratie«<sup>2</sup> von den klassischen Globalisierungskritikern als ein den liberal-demokratischen Regimen des Westens inhärenter Defekt thematisiert, der zwangsläufig zu Ungleichgewichten, Dysbalancen, führt: die zwischen öffentlicher Meinung und veröffentlichter Meinung oder zwischen Freiheit und Gleichheit oder zwischen Regierungsdoktrinen und Opposition. Diese Ungleichgewichte, so die Kritik, werden mittels Schockstrategien in Bevölkerungen durchgesetzt. Sie befördern die Konjunktur der neoliberalen Marktordnung und sind zutiefst undemokratisch. Nach einer Herrschaftsphase des kosmopolitischen Demokratismus<sup>3</sup> von etwa dreißig Jahren ist das Emporsteigen oppositioneller Emanzipationsbewegungen zu beobachten, die als Antagonismen zum herrschenden Globaldemokratismus verstanden werden müssen. Der Diskurs zur „Krise der Demokratie“ wurde inzwischen aus den herrschenden Institutionen verdrängt.

An dieser Stelle verkehrt sich eine bisher gültige (klassische) Globalisierungskritik in ihre Gegenform: Die Kritik erfolgt nicht mehr wie bisher am liberal-demokratischen Regime des Westens, sondern sie erfolgt nun an den aufsteigenden Antagonismen zum herrschenden Globaldemokratismus. Damit vollzieht die bisherige Globalisierungskritik eine Perversion hin zu einem Globalisierungs-Enforcement, der globalen Durchsetzung der einzigen vermeintlich wahren Regime.

### **Simulierte Demokratie als Tarnung**

Bis heute multipliziert die neoliberale Revolution das Phänomen der Entkopplung und Verwerfung in sozialen Feldern, erhöht die Verwundbarkeit von Räumen, löscht soziale Bezugsrahmen und damit Sprachen, Rituale und Gemeinschaften. Das geschieht durch den Einsatz von Schockstrategien, die soziale Desorientierung und Spaltung zur Folge haben, sodass sich das Modell der »liberalen Demokratie« massenwirksam

verbreitet. Die Opfer auf der anderen Seite, nämlich die Bevölkerung, sind die wie in allen Kriegen sorgfältig einkalkulierten soziologischen Kollateralschäden. Eine mittlerweile weltweit schöngeredete Demokratieräson zielt auf die taktische Verbreitung von Demokratiedesigns.

Die Intransparenz von Akteuren und ihren Netzwerken sowie von Lobbygruppen wird innerhalb der liberalen Demokratie durch Simulationsdesigns der Parlamente und ihrer Medien gedeckt. Der Begriff der Demokratiesimulation ist der »Postdemokratie« inhärent, die der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch beschreibt. Laut ihm handelt es sich dabei um ein Symptom der Postdemokratie, die an sich bereits eine Diagnose der demokratischen Krise ist. Brown geht indes in ihrer Diagnose weiter: Es sei nicht nur eine Krise der Demokratie, sondern sogar das Ende der Demokratie, das sich unterhalb der simulierten Demokratie-Oberflächen ankündigt.

Der Zeitpunkt eines etwaigen Ausbruchs der Krise der Demokratie kann spätestens auf den Zeitraum um die Jahrtausendwende datiert werden. Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende des Kommunismus, dem Verschwinden der bipolaren Balance ideologischer Regime und der weltweiten Expansion von neoliberalen Marktordnungen in Form von Wirtschaftskriegen und Verwerfungen in sozialen Feldern obsiegt eine neoliberale Demokratieräson. Die hier entstandene grenzenlose Ausdehnung des Neoliberalismus mit seinen Programmen der Liberalisierung und Demokratisierung überstrahlt alle anderen möglichen und notwendigen demokratischen Ordnungen und erzeugt einen expansiven Demokratismus. Der Selbstlauf der globalen Liberalisierung, wie ich ihn im Band »Anschluss« des publizistischen Projektes »Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90« als »Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln« beschrieben habe<sup>4</sup>, befindet sich jedoch mehr in einem Katastrophenstadium als in einem Krisenstadium, ohne gravierende Gegengewichte, wie dies beispielsweise noch im Kalten Krieg der Fall war.

Die Ausrichtung der globalen Wachstumspermanenz des Neoliberalismus be-

steht in der Erosion der Demokratie als gesellschaftliches und politisches Regelsystem. Folgeerscheinung in dieser Dynamik der Demokratieerosion sind Scheindemokratien, die simultan mit Staatsauflösungen einhergehen. In der Konsequenz werden invasive neoliberale Marktordnungen als demokratische Systeme verkauft. In dieser Verkaufsordnung »des Showbusiness und des Marketings«<sup>5</sup> simulieren Politiker und Medien als Repräsentanten des Systems eine Demokratie. Diese Demokratiesimulation bedient zwei Funktionen: die Tarnung einer Staats- und Demokratieerosion, die mit der Wachstumspermanenz der neoliberalen Marktordnungen zwangsläufig einhergeht. und die Täuschung von Bevölkerungen über diese Tarnungsstrategien hinweg. Taktisch wird dies vollzogen einerseits mit einer inszenierten Demokratie-Euphorie und andererseits mit einer Strategie der Spannung, die den »Feind der Demokratie« ins Zentrum setzt. Diese dient ebenso wie die Intransparenz dem Erhalt und der Tarnung einer Scheindemokratie, unterhalb dieser sich neoliberale Marktordnungen als die eigentlichen Regime ausweiten.

### **Tiefe Zweifel in Ostdeutschland**

Sowohl die permanente Aufrüstung der Bundeswehr, ihre Beteiligung an Kriegseinsätzen, an Stellvertreterkriegen und an NATO-Manövern, der Handel der Rüstungsindustrie wie auch die permanente Kriegshetze in den Medien, wie im Fall des zum Krieg gewordenen Ukraine-Konflikts oder der Hetze gegen Machthaber, Präsidenten und Oberhäupter anderer Länder, denen Deutschland stets und ständig den Krieg erklärt, die Undurchsichtigkeit und Nichtrelevanz von Nachrichten haben vor allem in der ostdeutschen Teilbevölkerung einen tiefen Zweifel an der rechtsstaatlichen Demokratie und vor allem an den sie repräsentierenden Parteien und Medien nach sich gezogen.

Wenn rechtsstaatliche Demokratie als eine Rechtslage des Staates zu verstehen sein soll, in der nach dem deutschen

Grundgesetz (GG) und dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) die Rechte bei den Repräsentanten verbleiben, diese jedoch eine gewinnbringende Privatwirtschaft rechtlich protegieren und subventionieren, anstatt den Volkswillen umzusetzen, so repräsentiert das politische System die private Macht, aber nicht die politische Macht. Privatmacht im Rechtsstaat, das sind jene viralen Märkte und deren Akteure, Gesellschafter, Aktionäre und Investoren, die auf den Rechtsschutz des Rechtsstaates bauen können, sofern sie Gewinn erbringen. Der liberale Rechtsstaat hat sich mit seinen Akteuren auf den Begriff der Wertschöpfung geeinigt. Diese Wertschöpfung sei zu schützen, die den Grundwerten der liberalen Demokratie und ihrer Akteure entspricht.

Dahinter stehen gigantische supranationale Gebilde und Lobbyakteure des militärisch-industriellen Komplexes, der Rohstoffindustrie, der Datenindustrie, der Medienindustrie, der Kreativindustrie, der Klimaindustrie und andere mehr, die für den Staat im globalen Wirtschafts- und Währungsranking eine Vormachtsituation erwirken. Vom Staat wiederum erhalten diese Unternehmen die Legalität und Legitimität. Die Konsequenz davon sind Geschäfte über die Köpfe der Bevölkerung hinweg. Derartige Geschäfte nach innen hin erzeugen Unfreiheit und Ungleichheit, nach außen hin Eingriff in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Warum dieser Umstand, in dessen Zentrum der Krieg als das meist goudierte Geschäft beschönigt wird, als demokratisch bezeichnet wird, bleibt ein Rätsel, ein Paradox der Demokratie. Wahrscheinlicher ist, dass sich der Staat mit dem Demokratie-Etikett im transnationalen Lobby-Geschäft legalisiert und legitimiert.

## Demokratie an der Oberfläche

Das Design einer Demokratieoberfläche verdeckt eine darunter wirkende Strategie der Spannung<sup>6</sup> und tarnt gleichzeitig den Missbrauch von Gewalten und Regierungsvollmachten zugunsten jedweder Geschäftskonjunktur innerhalb neoliberaler Marktordnungen. Dabei fliegen gelegentlich auch Politik- und Medien-Inszenierungen auf und dringen als Skandale oder Affären in die Öffentlichkeit. Ein erster Skandal dieser Art war die »Watergate-Affäre« 1973 in den USA. Seitdem steht der Begriff »Watergate« für Missbrauchsskandale auf Regierungs- und Gewaltenebene. Selbst am Höhepunkt einer eklatanten Situation, deren Glaubwürdigkeit in den Teilbevölkerungen und sozialen Gruppen längst infrage gestellt ist, wird von der Taktik der Intransparenz und der Strategie der Spannung nicht zurückgewichen. Ein »Watergate« wird in der neoliberalen Demokratie in Kauf genommen und deren Akteure durch die Lobby-Drehtür zwischen Politik und Institutionen beziehungsweise Wirtschaft verschoben.

Für die Skandalisierung von Personen und Regierungsaffären spielen Medien eine zentrale Rolle. Dabei greifen Medien in der Rolle der »vierten Gewalt« auch gern in die Bereiche und Materien der anderen Gewalten ein: Sie enthüllen, überwachen und überführen im Auftrag von Regierungen und Unternehmen. Dabei überschreiten sie ihre Handlungsgrenzen und korrumpieren Rechte und Gesetze, wie dies im »Murdoch-Watergate« 2011<sup>7</sup> oder im »Kachelmann-Skandal« 2010<sup>8</sup> der Fall war. Ein aktuelles Beispiel ist der noch

unlängst ausgetragene »Krieg gegen das Virus«. Die Ausrufung einer weltweiten Pandemie ging mit massiven Einschränkungen von Grundrechten einher, sodass sich eine medienforcierte Pandemiepolitik im Interesse der Netzwerke im Hintergrund in einem reichsfreien Raum entfalten konnte. Crouch schreibt:

*»Das Modell der Parteien, wie wir es kennen, entstand, um den Aufstieg der Demokratie zu bewältigen; inzwischen wurde es jedoch Schritt für Schritt unmerklich transformiert, sodass wir es heute mit einem neuen Typus zu tun haben: der postdemokratischen Partei.«<sup>9</sup>*

Dies trifft eben im besonderen Maße auf die Medien zu. Der vom Westen provozierte Krieg in der Ukraine und seine Darstellung durch Politik und Medien hierzulande ist ein weiteres Beispiel für den Einsatz der Strategie der Spannung, der Vortäuschung von demokratischen Verhältnissen und zur Tarnung der Invasion neoliberaler Marktordnungen und ihrer Profiteure. ■

---

**YANA MILEV**, geboren in Leipzig, ist habilitierte Kultursoziologin, promovierte Kulturphilosophin, Ethnologin und Kuratorin. Sie initiierte 2017 das Forschungsprojekt »Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90«, das auf mehrere Bände angelegt ist, die seit 2018 vom Internationalen Wissenschaftsverlag Peter Lang publiziert werden.

---

1 Peer Teuwsen: Die Demokratie, die wir einst hatten, ist tot, NZZ am Sonntag im Gespräch mit Wendy Brown, NZZ am Sonntag, 30.6.2018, In: <https://nzzas.nzz.ch/hintergrund/michelle-obama-wuerde-gegen-trump-gewinnen-sagt-die-us-politologin-wendy-brown-ld.1399597>

2 Vgl. Jens Hacke: Existenzkrise der Demokratie: Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit. Suhrkamp Berlin 2018.

3 Der Begriff des kosmopolitischen Demokratismus ist bei Hegel vermerkt im Zusammenhang mit den Befreiungskriegen 1813-1815, vgl. »unter dem Aushängeschild eines kosmopolitischen Demokratismus Ausfälle gegen eine der ersten europäischen Mächte«, Otto Pöggeler: Hegels Option für Österreich. In: Friedhelm Nicolin, Otto Pöggeler (Hg.): Hegel-Studien / Hegel-Studien Band 12, Felix Meiner Verlag Hamburg 1977, S. 102.

4 Yana Milev: Liberalisierung ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, Intro, Kapitel A: Anschluss, in: Dies.: Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90. Anschluss. Peter Lang Berlin 2018.

5 Colin Crouch: Postdemokratie. Suhrkamp Berlin 2011, S. 32.

6 Der Ausdruck Strategie der Spannung (strategy of tension) bezeichnet einen Komplex aus verdeckten Maßnahmen zur Destabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges oder zur Verunsicherung von Bevölkerungsteilen, einer Region oder eines Staates, ausgeführt oder gefördert durch staatliche Organe. Der militärische Strategiebegriff der false flag operation, der verdeckten Operation, wird der strategy of tension zugeordnet.

7 Der US-amerikanische Medienunternehmer Robert Murdoch, Gründer und CEO der News Corporation. Murdoch vertrieb über News International die britische Sonntagszeitschrift News of the World. Im Jahr 2011 wurde der Abhörskandal der News International als Murdoch-Watergate bekannt. Leitende Angestellte der Zeitung wurden des illegalen Abhörens von Mobiltelefon-Mailboxen von mehreren Tausenden prominenten Persönlichkeiten und Politikern beschuldigt. In sichergestelltem Beweismaterial befanden sich Listen von fast 4.000 Namen und Telefonnummern potentieller Abhörpfer. In Folge kam es zu mehreren Rücktritten und Festnahmen sowie der Ankündigung von Untersuchungsausschüssen. Der CEO Robert Murdoch kam durch die Drehtür wieder raus. Vgl. Abhör-Skandal, in: Frankfurter Allgemeine, 16.07.2011, In: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/abhoerskandal-murdoch-sagt-sorry-und-verliert-spitzenmanager-1394.html>

8 Schmerzensgeld für Berichterstattung, in: Der Tagesspiegel, 27.09.2018, In: [www.tagesspiegel.de/medien/schmerzensgeld-fuer-berichterstattung-springer-muss-kachelmann-235-000-euro-bezahlen/23121900.html](http://www.tagesspiegel.de/medien/schmerzensgeld-fuer-berichterstattung-springer-muss-kachelmann-235-000-euro-bezahlen/23121900.html)

9 Colin Crouch, Postdemokratie, Suhrkamp Berlin 2011, S. 43.

# Eine ungebrems- teste Moralitis- Epidemie



© Karolina Kovac

**Unsere Gesellschaft scheint im Wahn des moralisierenden Entweder-Oder gefangen zu sein. Wo kommt das her und wohin führt das? Und wie kommen wir da raus? Antworten gibt der Philosoph Michael Andrick im Interview.**

**HINTERGRUND** Herr Andrick, Sie sehen die deutsche Gesellschaft »Im Moralefängnis«. So heißt Ihr neues Buch. Was ist unter diesem Gefängnis zu verstehen und warum befinden wir uns darin?

**MICHAEL ANDRICK** »Moralefängnis« – das ist mein bildlicher Ausdruck für die Atmosphäre und den Kulturzustand, in den die deplatzierte Moralisierung politischer Streitfragen unsere Gesellschaft geführt hat. Wir befinden uns in dieser kulturellen Lage, weil die allermeisten Mitbürger nicht richtig verstehen, worin spalterisches Handeln besteht, wie es funktioniert und was seine katastrophalen Auswirkungen sind.

**HINTERGRUND** Bei Spaltung handelt es sich Ihrer Theorie zufolge nicht um einen Zustand, sondern um einen Vorgang, einen Prozess.

**ANDRICK** Philosophisch gesehen ist »Spaltung« ein Begriff wie »Gestaltung«: Wir können damit einen Prozess und ein Ergebnis meinen. Spaltung verstehen viele als Zustand, in dem etwas in Teile zerbrochen und nicht mehr funktionstüchtig ist; man kann mit »Spaltung« aber auch die Arbeit meinen, die diesen Zustand herbeiführt. Das ist nicht trivial, denn nehmen wir »Spaltung« in der ersten Bedeutung, so ist das ganz unpersönlich. Machen wir uns bewusst, dass Spaltung auch eine Tätigkeit ist, dann kommt sofort die Frage auf, ob ich die vielleicht auch selbst ausüben, bei anderen erkennen und gemeinsam mit ihnen abstellen könnte. Es ist in diesem Sinne ermächtigend, Spaltung als Prozess des Spaltens zu begreifen und sich zu fragen, wie der eigentlich genau funktioniert.

**HINTERGRUND** Wer spaltet die Gesellschaft? Und welche Rolle spielt dabei die Moral als politische Waffe?

**ANDRICK** Potenziell wirkt jeder an der Spaltung der Gesellschaft mit, wenn er politische Fragen voreilig oder böswillig oder unbedacht zu Fragen der Moral umwidmet und sie somit zur Diskussion über die Güte oder Boshaftigkeit von Personen macht. Aufzuklären, wie das auch unabsichtlich leicht geschehen kann, ist ein Anliegen meines Buchs.

Unterschieden sind die Spalter nur in Hinsicht auf ihren Einfluss. Wenn der Bundespräsident bei Ansprachen in der politischen Arena bei einem Thema nach dem anderen die Deutschen in »vernünftige Mehrheit« und »unvernünftige Minderheit« einteilt, dann ist das spalterisches Handeln mit Maximalwirkung, weil so viele leider diesem Spalter immer noch ernsthaft zuhören. Der logische Mechanismus, von der eigenen Ansicht abweichende Meinungen zum Charakterfehler, zur Dummheit oder Böswilligkeit der Abweichler zu erklären, ist aber derselbe – egal ob ein Kioskbesitzer oder Bundespräsident ihn anwendet.

»Wir haben ein paranoisches, von Ausschlussangst geprägtes Diskussionsklima, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung überhaupt noch mit Andersdenkenden spricht und ebenso wenige sich noch trauen, einfach ihre Meinung zu sagen.«

**HINTERGRUND** Sie diagnostizieren eine gesellschaftliche »Moralitis«. Mit welchen Symptomen zeigt sich diese?

**ANDRICK** Wir haben ein paranoisches, von Ausschlussangst geprägtes Diskussionsklima, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung überhaupt noch mit Andersdenkenden spricht und ebenso wenige sich noch trauen, einfach ihre Meinung zu sagen. Das resultiert aus der ansteckenden Wirkung von Moralisierung und Demagogie, wie ich öffentlich vollzogene Moralisierung nenne: Werden Sie wegen Ihrer Ansicht zu einem Zeitthema mit einem Schmähbegriff wie »Wissenschaftsleugner«, »Putin-Knecht« oder »Sozialschädling« belegt, so müssen Sie den sozialen Ausschluss fürchten. Also werden Sie zurückpöbeln oder verstummen und sich mit Gleichgesinnten einigeln, was ebenso jeden sachlichen Austausch beendet. Das sind nur einige Symptome einer unerkannten »Moralitis«, viele weitere diskutiere ich im Buch. Fest steht für mich: Deutschland ist Moralin-Seuchengebiet.

**HINTERGRUND** Die herrschende Moral ist ja immer die Moral der Herrschenden. Welche Interessen setzen diese mit dem durch, was Sie beschreiben?

**MICHAEL ANDRICK** ist promovierter Philosoph und Kolumnist der Berliner Zeitung sowie der Schwäbischen Zeitung. Sein Buch »Erfolgsleere« von 2020 analysiert das Leben und Funktionieren in der Industriegesellschaft. Sein aktuelles Buch »Im Moralefängnis« wurde ein Spiegel-Bestseller. Für die stilistische Klarheit und Prägnanz seiner Texte erhielt er 2022 den Jürgen-Moll-Preis. Er lebt in Berlin und publiziert unter anderem in *Der Freitag*, *Deutschlandfunk Kultur*, dem *Cicero* und der *Weltwoche*.

**ANDRICK** Ich widerspreche Ihnen: Die herrschende Moral ist nicht die Moral der Herrschenden, sondern der Spiegel dessen, was die Bevölkerung sich von den Herrschenden bieten lässt. Moralisierung ist eine Form diskursiver Gewaltanwendung, weil der andere nach einem moralischen Angriff nun nachweisen soll, kein Unmensch zu sein. Oft kann er sich gar nicht leisten, nicht so zu reagieren, besonders wenn der Moralin-Angreifer öffentlich einige Reichweite hat. So versucht man, den anderen durch Moralisierung auf die eigene Linie zu zwingen und ihm klar zu machen: Bei fortgesetztem Widerstand endet unsere Beziehung, mit allen negativen Folgen, die das für dich haben kann.

**HINTERGRUND** Die Corona-Krise ist ebenso wie der aktuelle Kriegstaukel im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine Beispiel für das, was Sie beschreiben. Was ist das Neue daran, da es doch die von Ihnen benannten Symptome auch schon vorher gab?

**ANDRICK** Mich interessieren in diesem Buch die Details der Corona- oder Ukraine- oder sonst irgendeiner Debatte nicht. Ich möchte als Philosoph einen begrifflichen Ordnungsrahmen anbieten, der zur Analyse jeder unsinnig moralisierten Debatte taugt. In meinen Essays, Kolumnen und Interviews kann jeder meine Positionierung in den Debatten der Gegenwart ablesen, aber »Im Moralefängnis« soll diese Kämpfe transzendieren und zeigen, wie sie vor sich gehen. Dann kann man sich ihnen entweder bewusst widmen oder sich ihnen auch mal entziehen. Meines Erachtens gibt es kein vergleichbares Buch in Deutschland bisher, deshalb habe ich es geschrieben. Strategie und Taktik von Moralisierung und Demagogie sind aber so alt wie

die Politik selbst und darüber sage ich im philosophischen Kern vielleicht nicht viel Neues.

**HINTERGRUND** Was Sie aufzeigen erinnert unter anderem an das, was der Psychologe Hans-Joachim Maaz mit Blick auf die Gesellschaft in mehreren Büchern beschrieben hat. Welchen Unterschied sehen Sie als Philosoph?

**ANDRICK** Ich kenne von Maaz das Buch zur »normopathischen« Gesellschaft, will aber hier keine Halbheiten darüber verbreiten. Grundsätzlich berühre ich Psychologie in meinen Texten nur insoweit, wie ich es zur Klärung der philosophischen, also prinzipiellen Fragen für nötig halte, und ich möchte politisches Handeln grundsätzlich nicht pathologisieren. Denn öffentliches Handeln als Ausdruck einer Störung zu bezeichnen entlastet tendenziell den Akteur von seiner Verantwortung. Politik als Interessenausgleich unter Gleichen verlangt aber, dass wir den anderen als mündig, als Gründen zugänglich, behandeln.

**HINTERGRUND** Ohne Debatte und Diskurs gibt es keine lebendige Demokratie, wie Sie uns erinnern. Wir erleben gerade, dass im Namen der Demokratie Widerspruch und Debatte abgewürgt und unterdrückt werden. Was passiert da gerade, und warum?

**ANDRICK** Es geschieht das, was immer in der Politik geschieht: Regierende, die den Vertrauensverlust bei der Bevölkerung spüren, versuchen sich mit allen institutionellen Mitteln an der Macht zu halten und die juristischen Spielregeln so zu ändern, dass schon die Benennung der von ihnen angerichteten Katastrophen in den Bereich der Strafbarkeit rückt.

**HINTERGRUND** Wie schätzen Sie in dem Zusammenhang die aktuellen Demonstrationen »gegen rechts« ein, die weiter um sich greifen und anscheinend großen Zulauf haben?

**ANDRICK** Ich sprach einmal provokant von der Transatlantischen Einheitspartei Deutschlands (**TED**) von Union, **SPD**, Grünen und **FDP**. Mittlerweile meine ich das nicht mehr humoristisch. Sie hat Katastrophen entweder bewusst angerichtet oder wenigstens aufzuklären verhindert, wie dauerhaft seit April 2021 erhöhte Sterberaten in fast allen Altersstufen, eine die Bevölkerung in der Breite verarmende Inflation, eine Abwanderungswelle der Industrie und katastrophale Zustände im Bildungssystem, um nur Einiges zu nennen. Und diese neue Einheitspartei möchte jetzt, dass ich »gegen rechts«, also gegen die Opposition, also für die Regierung, für sie demonstriere. Die medialen Aufhänger liefern pseudojournalistische Institute wie »Correctiv – Recherchen für die Gesellschaft«; eine Einrichtung, die besser »Korrektorat – Bestelltexte für den Hofstaat« heißen sollte. Das hat für mich alles die Lächerlichkeitsgrenze überschritten, es ist aber doch ernst.

Auf meinen Lesungen höre ich immer die Sorge, dass die mit der friedlichen Revolution in der **DDR** von 1989 überwunden geglaubte Unfreiheit eine Wiederauferstehung erlebt. Und das mitten im angeblich »besten Deutschland aller Zeiten« (Frank-Walter Steinmeier), in »unserer Demokratie«. Es gibt aber keine Demokratie mit Possessivpronomen, denn eine Republik ist ein Ort, an dem es Gleiche und nur zeitweise durch Wahl und Amt Privilegierte gibt – aber sicher niemanden und auch keinen Personenkreis, der die Staatsform des Landes als »seine« Demokratie zu bezeichnen sich erdreisten dürfte.

Die Bundesrepublik wird aber neuerdings in schauerlichem Unisono von Geheimdienstchefs und den sie bestallenden Regierungspolitikern als »unsere Demokratie« bezeichnet, während sie auf Pressekongressen direkt nebeneinandersitzen. Ein wacher Bürger fragt sich jetzt: »Unsere Demokratie? Wenn ihr dort in der Pressekonferenz dieses Wir darstellt, das die Demokratie als ihr Eigentum betrachtet, und wenn ich euch nicht vertraue, zu welchem Staat gehöre ich dann eigentlich?«

**HINTERGRUND** In Ihrem Buch entlassen Sie die Einzelnen als Bürger nicht aus der Verantwortung für den Zustand der

Gesellschaft. Sie warnen, dass jede und jeder auch zum »Fundamentalist« werden könne. Wie ist das zu verstehen?

**ANDRICK** Moralisierung des Politischen ist eine Katastrophe für den sozialen Zusammenhalt und führt früher oder später zur Abschaffung demokratischer Verhältnisse. Und wenn jeder durch sachwidriges Moralisieren des Politischen Spaltungsarbeit leisten kann, dann bedeutet das, dass jeder einzelne sich fragen soll, ob er das tut. Dennoch trägt der Bundeskanzler, wenn er spalterisch agiert, eine größere Verantwortung als ich, wenn ich es tue, denn er hat mehr Machtbefugnisse und mehr Reichweite.

Die Konsequenz einer ungebremsten Moralitis-Epidemie ist das Ende von Demokratie und republikanischen Verhältnissen. Jede Republik beruht darauf, dass rechtlich Gleichgestellte mit Gesinnungs- und Meinungsfreiheit Kompromisse aushandeln, bei denen sie ihre Interessen immer in gewissem Maße aufgeben, um den Frieden zu wahren. Ersetzen wir das durch Diskussionen darüber, wer der gute Mensch mit den »richtigen« und wer der verachtenswürdige Mensch mit den »falschen« Ansichten ist, dann kündigen wir die Republik auf. Wir betreten dann die schiefe Bahn zum Bürgerkrieg oder zum totalitären Staat, in dem man gar keine andere Meinung als die offiziell für »gut« erklärte Ansicht mehr äußern darf.

Diese Negativ-Dynamik ist historisch vielfach belegt, aber heute will das in den offiziellen Kreisen niemand hören. Das peinlichste Schweigen in diesem Land ist das Schweigen der diversen Lehrstühle für Totalitarismusforschung, die an Corona-Regime, Digitalzensur-Architektur und den Projekten für digitales Zentralbankgeld aus ihrer Fachperspektive so gar nichts anzumerken finden. Man möchte wohl nicht von denen, die mit Steuergeld für ihre warmen Amtsstuben und ihre staatsfromme »Gelehrsamkeit« zahlen, der »Verschwörungstheorie« geziehen werden, so meine Vermutung.

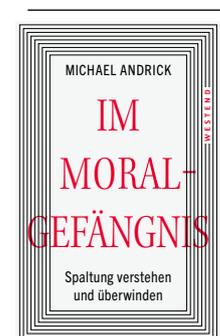
**HINTERGRUND** Wie können sich die Menschen aus dem »Moralgefängnis« befreien? Gelingt das von innen oder braucht es dazu Hilfe von außen?

**ANDRICK** Eine Kultur wird durch tausend kleine Aktionen jeden Tag konstituiert und fortgeschrieben. Hören die Menschen auf, sich von moralisierenden Ansagen und

Drohungen einschüchtern zu lassen – zum Beispiel, indem sie mal ein T-Shirt anziehen mit dem Aufdruck »Na, auch schon »rechts?« – so verändert sich mit jeder solchen Aktion das gesellschaftliche Klima wieder zurück zu Offenheit, Streitbarkeit und Freude an der Kontroverse. Als Pazifist und Anhänger der Werte des Grundgesetzes ist das mein Weg. In meinen Texten und bei Lesungen versuche ich auch, die Leute über die Absurditäten des volkspädagogischen Gehabes der aktuellen Handlungselite zum Lachen zu bringen. Denn was wir auslachen, darüber können wir auch hinaus.

**HINTERGRUND** Wie halten Sie dem stand, was Sie in Ihrem Buch an moralisierendem Druck auf die Gesellschaft und jeden Einzelnen beschreiben?

**ANDRICK** Es gibt kein allgemeines Rezept, wie man Mut aufbringt, den expliziten oder impliziten Drohungen der Regierung und ihrer Apparate zum Trotz einfach zu sagen, was man für richtig hält. Ich habe drei kleine Töchter und will, dass sie in einer Atmosphäre des fröhlichen Streits aufwachsen – und nicht in einem Klima angstbedrängten Duckmäsertums, wie es aktuell an allen Umfragen in Deutschland abzulesen ist. Die Wende zu Toleranz und Offenheit muss jeder selbst im Rahmen seiner Möglichkeiten vollziehen. Der erste Schritt ist, zu verstehen, wie spalterisches Handeln eigentlich funktioniert und wie wir es zurückdrängen können zugunsten einer vielstimmigen und angstbefreiten politischen Diskussion. Dabei will ich jetzt helfen, so gut ich eben kann. ■



Michael Andrick  
**Im Moralgefängnis**  
Spaltung verstehen  
und überwinden

Westend Verlag 2024  
ISBN 978-3-86489-438-1  
160 Seiten, 18 €

In seinem jüngsten Buch »Hybris und Nemesis« zeigt der Psychologe Rainer Mausfeld anhand von fünftausend Jahren Geschichte menschlicher Gesellschaften, wie uns die Entzivilisierung der Macht in den Abgrund führt. Mit freundlicher Erlaubnis von Autor und Verlag veröffentlichen wir Auszüge.

# *Unvereinbar:* Kapitalismus und Demokratie



Die zivilisatorische Leitidee der Demokratie zielt auf eine konsequente Vergesellschaftung von Herrschaft: Alle Machtstrukturen bedürfen einer Legitimation durch die gesellschaftliche Basis und sind dieser gegenüber rechenschaftspflichtig. Damit soll eine gesellschaftliche Selbstbestimmung gewährleistet werden, in der jeder Bürger einen angemessenen Anteil an allen Entscheidungen hat, die das eigene gesellschaftliche Leben betreffen. (S. 218)

★

Mit dieser Leitidee verbindet sich bis heute die Hoffnung, dem parasitären *Mehrhabenwollen*, das seit Beginn der Zivilisationsgeschichte den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht, eine Grenze zu ziehen und die Entstehung parasitärer Eliten zu verhindern. (S. 13)

★

Die egalitäre Demokratiekonzeption der Aufklärung beruht auf dem Kernprinzip einer *ungeteilten* gesetzgebenden Volkssouveränität, der zufolge ausschließlich demokratisch gesetztes Recht legitim ist. Das gesetzgebende Staatsvolk allein ist berechtigt, sich eine Verfassung zu geben, sie zu ändern und sie zu interpretieren, und kann somit auch gesetzgeberisch in die Wirtschafts- und Sozialordnung eingreifen. Damit wird es zu einem *lernenden Souverän*.

Es hängt allein vom demokratischen Prozess der Rechtssetzung ab, welchen Inhalt diese Gesetze haben. Es kommt also bei der demokratischen Gesetzgebung nicht auf den Inhalt der Gesetze an, sondern darauf, dass sie in demokratischer Weise hervorgebracht wurden. Als lernender Souverän sichert das Volk die Legitimation der Gesetze, die es sich selbst gibt (was zwangsläufig Scheitern und Rückschritte miteinschließt). [...]

Es geht also bei einer demokratischen Organisation des Gemeinwesens nicht darum, den Menschen zu verbessern und zu erziehen (zumeist nach Zielvorstellungen der Eliten), sondern vielmehr darum, die Gesetze demokratisch so zu schaffen und zu gestalten, dass sie dem Menschen

so, wie er faktisch ist, Rechnung tragen, also mit allen seinen Schwachstellen – und somit, wie Immanuel Kant es 1795 in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* ausdrückte, auch »für ein Volk von Teufeln« funktionieren würden.

Die Gefahren gesellschaftlich destruktiver Entgrenzung von Macht werden in dieser auf *Volkssouveränität* und *strikt veritärer Gewaltenteilung* basierenden Demokratiekonzeption vorrangig in Eigenschaften von Staatsapparaten, insbesondere der Exekutive, lokalisiert, die eine Neigung aufweisen, sich vom gesetzgebenden demokratischen Souverän zu emanzipieren.

Im demokratischen Rechtsstaat können jedoch die Staatsapparate nicht mehr sein als eine Servicefunktion für gesellschaftliche Konflikte und Problemstellungen. Die große Gefahr ihrer Verselbständigung kann, dieser Konzeption zufolge, nur durch eine vollständige Verrechtlichung der Staatsapparate und durch ihre strikte Unterordnung unter das demokratisch gesetzte Recht bewältigt werden. Die Existenz und das Handeln von Staatsapparaten können nur dann Legitimität beanspruchen, wenn sie durch Verfahren institutionalisiert werden, die in Verfassungen begründet sind, welche dem Prinzip der souveränen Selbstgesetzgebung folgen. Diese Selbstgesetzgebung, bei der die Adressaten zugleich die Urheber ihrer Rechte sind, wird dabei nicht nur als ein Mittel zum Zweck gerechter Gesetze verstanden, sondern auch als Selbstzweck. (S. 48/49)

★

Der normativen Leitidee der Demokratie kommt zugleich ein *instrumenteller* wie auch ein *intrinsischer* Wert zu. Ihr instrumenteller Wert liegt darin, dass sie die Gesellschaft durch die Einhegung der Macht von Eliten vor destruktiven Dynamiken schützt und damit dem Zusammenhalt und dem Wohl der Gesellschaft als ganzer dient. [...]

Der intrinsische Wert der Leitidee der Demokratie bezieht sich zudem darauf, dass in ihr das natürliche Bedürfnis nach Freiheit von Fremdbestimmung zum Ausdruck gebracht wird. [...]

Die Entwicklung von institutionellen Schutzinstrumenten gegen parasitäre Eliten, deren Macht- und Besitzbedürfnisse

eine Gesellschaft zu zerstören drohen, musste (und muss weiterhin) eng an die jeweils gegebene, sich beständig verändernde Organisationsform von Macht angepasst sein. In der grundlegenden antagonistischen Dynamik einer jeden Gesellschaft, nämlich zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden und zwischen Mächtigen und Machtlosen, entwickeln die jeweils Mächtigen mit jedem neuentwickelten Schutzinstrument gegen ihre Macht neue Formen struktureller und ideologischer Macht. Die gesellschaftliche Basis ist daher darauf angewiesen, dass ihre Befähigung zu einem schöpferischen Erfinden und Experimentieren mit Formen der Gegenmacht nicht bereits durch ideologische Macht beschädigt oder blockiert ist. (S. 214/215)

### Kapitalismus und Demokratie sind grundsätzlich unvereinbar miteinander

Demokratie und Kapitalismus sind in ihrem Wesenskern und in ihrer Funktionslogik grundsätzlich miteinander unvereinbar. Um direkt ein verbreitetes Missverständnis zu klären: Lohnarbeit, Geld und Märkte gab es (von archaischen Gesellschaften abgesehen) vermutlich zu allen Zeiten, doch kapitalistische Wirtschaftsweisen allein machen noch keinen Kapitalismus aus. Kapitalismus bedeutet die Herrschaft des Kapitals. Und diese hat einen identifizierbaren Anfang, vor etwa 500 Jahren. Sie hat in unterschiedlichen historischen Perioden und an unterschiedlichen Orten ganz unterschiedliche Formen angenommen. Eine solche Herrschaft des Kapitals ist nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet, dass sie über den Bereich des Wirtschaftslebens hinaus die gesamte Gesellschaft zu durchdringen und den gesamten gesellschaftlichen Reichtum als Waren zu behandeln sucht. Es geht hier also nicht um kapitalistische Wirtschaftsformen, sondern um Kapitalismus als Gesellschaftsordnung.

Bei der zivilisatorischen Leitidee von Demokratie geht es wesentlich – auf der Basis eines egalitären politischen Grundprinzips

»Verschiedene ideologische Rahmen wurden entwickelt, die im öffentlichen Bewusstsein die Überzeugung verankern sollten, dass ›Demokratie‹ in heutigen hochentwickelten Gesellschaften zwangsläufig Elitenherrschaft bedeuten müsse.«

der Anerkennung aller als Freier und Gleicher – um eine zivilisatorische Einhegung der Macht des Stärkeren und um Prozeduren einer Selbstgesetzgebung, also um eine radikale Vergesellschaftung von Herrschaft. Der Kapitalismus hingegen basiert wesentlich auf dem Prinzip der Macht des Stärkeren.

In kapitalistischen Staaten – also in Staaten, in denen die zentralisierte Gewalt des Staates der privaten Aneignung, insbesondere der rechtlichen Absicherung privater Aneignung dient – ist Eigentum das Fundament der Machtverhältnisse. Die kapitalistische Eigentumsordnung verpflichtet alle, die über kein eigenes Kapital verfügen, für fremdes zu arbeiten, und überführt damit Arbeit in Lohnarbeit. Arbeit im Kapitalismus bedeutet, ihrem Wesen nach, eine Unterwerfung unter diejenigen Machtverhältnisse, die eine kleine Minderheit von Besitzenden über eine Mehrheit von Nichtbesitzenden ausübt. Das ist eine der mächtigsten Formen von Fremdherrschaft, denn die Überlebensgrundlage der Nichtbesitzenden hängt vom erfolgreichen Verkauf der eigenen Arbeitskraft an die Besitzenden ab. Innerhalb des Kapitalismus ist also eine Befreiung von Fremdherrschaft nicht möglich. Kapitalismus und Demokratie sind somit aus dem gleichen Grund miteinander unverträglich, wie auch Rassismus und Demokratie miteinander unverträglich sind. Indem Kapitalismus und Rassismus auf der Basis von Vermögen beziehungsweise Abstammung einzelnen Gruppen größere politische Macht zuweisen, stehen sie dem demokratischen Fundamentalprinzip einer politischen Gleichheit diametral entgegen. Diese Unverträglichkeit ist so grundlegend und so tiefgehend, dass sie durch keine Form von Anpassungen an der Oberfläche aufgehoben werden kann.

Im Kapitalismus nehmen die Habsucht und das parasitäre *Mehrhabenwollen*, das

die antiken Griechen als Pleonexie bezeichneten und als zerstörerisch für eine Gesellschaft ansahen, die sich aus der Geldwirtschaft ergebende Form der »Bereicherungssucht« an. Diese ist die dem Kapitalismus gemäße Form der Pleonexie. Zweck kapitalistischer Prozesse der Produktion und Akkumulation ist keineswegs der Konsum oder eine Wohlstandsmehrung. Zweck ist die Kapitalverwertung, bei der Geld in Kapital verwandelt und aus Kapital mehr Kapital gemacht wird. Die damit verbundene Bereicherungssucht ist das Treibmittel des Kapitalismus.

Somit gehört es zur Funktionslogik des Kapitalismus, dass er die Minderheit der Besitzenden rigoros vor den Veränderungswünschen der Mehrheit schützen muss. Der Kapitalismus ist auf den autoritären Schutz seiner Eigentumsordnung angewiesen und kann sich daher aus sich heraus niemals eine demokratische Legitimation verschaffen. [...]

Da Kapitalismus und Demokratie ihrem Wesen nach unvereinbar sind, musste der Demokratiebegriff, wenn man ihn manipulativ dazu nutzen wollte, eine Zustimmung der Bevölkerung zu einer Herrschaft der Wenigen über die Vielen zu gewinnen, seiner ursprünglichen Bedeutung beraubt und so neu definiert werden, dass er de facto eine Wahloligarchie kapitalistischer Eliten bedeutet. Dazu diente der Wortbetrug einer »repräsentativen Demokratie«. Auch der Begriff »liberale Demokratie«, der sich im Wesentlichen mit dem der »kapitalistischen Demokratie« deckt, ist ein Verschleierungsbegriff. Die rhetorische Verbindung von »liberal« und »Demokratie« entstand mit der Absicht, den Demokratiebegriff in seiner Bedeutung so zu ändern, dass seine neue Bedeutung mit dem wesenhaft autoritär organisierten Kapitalismus verträglich ist. (S. 274–277)

**»Demokratie« –  
Der wohl größte Wortbetrug  
der Geschichte**

Ihren Ursprung haben diese Entwicklungen in der Erfindung der »repräsentativen Demokratie« durch die Väter der amerikanischen Verfassung. Dass es sich hierbei um einen gezielten Wortbetrug handelte, lässt sich an den Intentionen seiner Erfinder leicht erkennen. Denn die Schöpfer der amerikanischen Verfassung waren ganz ausdrücklich antidemokratisch ausgerichtet. Sie waren explizit davon geleitet, eine egalitäre Demokratie im ursprünglichen Sinne zu verhindern und eine kapitalistische Eliten-Wahl-Oligarchie zu errichten. Sie erkannten freilich die große Faszination, die Worte wie ›Demokratie‹ und ›Volkssouveränität‹ in der Bevölkerung auszulösen vermochten, und wollten daher auf die Verführungskraft des Wortes ›Demokratie‹ nicht verzichten. Aus dieser Verführungskraft lässt sich auch besser verstehen, warum sich der Kapitalismus überhaupt, wenn auch nur zeitweilig, mit der Demokratie zu verbinden suchte.

Kapitel 5.2 geht der Frage nach, ob sich der wesenhaft autoritär organisierte Kapitalismus mit der zivilisatorischen Leitidee einer egalitären Demokratie überhaupt in Einklang bringen lässt. Die Antwort darauf ist ebenso naheliegend wie kurz: gar nicht. Da Kapitalismus und Demokratie grundlegend unvereinbar miteinander sind, erkannte man rasch, dass sich die mit dem Wort ›Demokratie‹ einhergehende Verführungskraft bereits durch die Erzeugung einer Illusion von Demokratie erzielen lässt. Dazu war es nötig, eine geeignete ›Neufassung‹ des Demokratiebegriffs zu entwickeln, die sich, wie zuvor schon der Begriff der »repräsentativen Demokratie«,

dazu eignet, die Unvereinbarkeit zu verschleiern und eine Zustimmung der Bevölkerung zu einer Wahloligarchie kapitalistischer Eliten zu sichern.

Verschiedene ideologische Rahmen wurden entwickelt, die im öffentlichen Bewusstsein die Überzeugung verankern sollten, dass ›Demokratie‹ in heutigen hochentwickelten Gesellschaften zwangsläufig Elitenherrschaft bedeuten müsse. Den Kern dieser ideologischen Rahmen bildet die Gegenüberstellung einer sich selbst als ›Elite‹ verstehenden herrschenden Schicht und einer als ›Volk‹ bzw. ›Masse‹ verstandenen Schicht. Die kategoriale Abgrenzung von ›Elite‹ und ›Volk‹ erfolgt dabei entweder durch die Behauptung einer natürlichen Überlegenheit der Elitenmitglieder oder aber durch die Behauptung, dass in modernen Gesellschaften die Komplexität einen so hohen Grad aufweise, dass sie nur durch geeignete Funktionseleiten auf rationale Weise handzuhaben sei. Da in modernen Gesellschaften eine gesellschaftliche Machtausübung auf einen hohen Grad der Rationalität und Effizienz angewiesen sei, müsse auch die politische Entscheidungsmacht geeigneten Funktionseleiten vorbehalten sein. Der gewöhnliche Bürger sei für Entscheidungen, die das Wohl seiner Gemeinschaft betreffen, zu wenig gerüstet, sodass es hierzu einer Schicht von Funktionseleiten bedürfe, die stellvertretend für das Volk dessen Geschicke leitet [...]

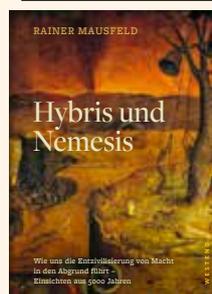
Auf diese Weise werden kapitalistische Sachzwänge nicht dem Kapitalismus zugeschrieben, sondern der angeblichen Eigengesetzlichkeit ökonomischer Prozesse und den Rationalitätsanforderungen ökonomischen Handelns. Damit wird nicht nur die Funktionsweise des Wirtschaftssystems, sondern die Steuerung der Gesellschaft insgesamt demokratischen Eingriffen entzogen. Diese vollständige Verdrehung der ursprünglichen Leitidee von Demokratie in ein expertokratisch bestimmtes und damit elitenkontrolliertes Steuerungsverfahren wird dann mit dem Begriff der »Output-orientierten Demokratie« zu verschleiern gesucht.

Während die ursprüngliche Leitidee der Demokratie die Macht von Eliten rigoros beschränkt, haben diese ›Neufassungen‹ des Demokratiebegriffs, die auch als »empirische Demokratiekonzeptionen« bezeichnet werden, bei aller vordergründigen Unterschiedlichkeit die Eigenschaft gemeinsam, dass sie empirisch stets zu einem Anwachsen der Macht politischer und ökonomischer Eliten – und damit auch zu

einem Anwachsen sozialer Ungleichheit – geführt haben. Liberale oder kapitalistische Demokratien, wie auch immer sie theoretisch konzipiert wurden, haben stets eine Entgrenzung von Macht begünstigt und damit Entwicklungen begünstigt, die für die Stabilität und den Zusammenhalt einer Gesellschaft zerstörerisch sind.

Die verschiedenartigen ›Neufassungen‹ des Demokratiebegriffs dienen alle ein und demselben Ziel: der Verhinderung von Demokratie und der Erzeugung einer Illusion von Demokratie. Für den Kapitalismus bietet die Erzeugung einer solchen Illusion den Vorteil, dass sie die kostengünstigste und wirksamste Form einer Revolutionsprophylaxe darstellt. Müsste er darauf verzichten, könnte er sich allein durch Mittel repressiver Gewalt stabilisieren, was stets mit hohen materiellen Kosten verbunden ist. Die Illusion von Demokratie lässt sich jedoch nur so lange aufrechterhalten, wie die Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus nicht zu augenfällig wird. Daher sind kapitalistische Demokratien darauf angewiesen, die ursprüngliche Bedeutung von Demokratie konsequent und gründlich vergessen zu machen und den Begriff in sein Gegenteil umzudeuten.

Weniger als zwei Jahrhunderte nach der Erfindung der »repräsentativen Demokratie« hat sich die Umdeutung politischer Kernbegriffe in ihr Gegenteil zu einer ausgefeilten Herrschaftstechnik entwickelt. Dieses Projekt einer Demokratieverhinderung bei gleichzeitiger Nutzung der Vorteile, die die Erzeugung einer Illusion von Demokratie für eine Stabilisierung und Erweiterung von Machtverhältnissen bietet, war zweifellos höchst erfolgreich. Ohne die Entwicklung von ausgefeilten Methoden zu einer tiefgehenden Kontrolle des öffentlichen Bewusstseins wäre ein solcher Erfolg nicht möglich gewesen. (S. 53–55)



Rainer Mausfeld  
**Hybris und Nemesis**  
Wie uns die Entzivilisierung der Macht in den Abgrund führt – Einsichten aus 5000 Jahren

Westend Verlag 2023  
ISBN 978-3-86489-407-7  
512 Seiten, 36 €

## Entgrenzung und Entzivilisierung von Macht in »kapitalistischen Demokratien«

Die historisch mühsam gewonnene Zivilisierung von Macht und Gewalt durch demokratisch gesetztes Recht, durch die der demokratische Rechtsstaat als Inhaber des Gewaltmonopols zum Garanten des Rechts wurde, wird in der Gegenwart zunehmend rückgängig gemacht. In dem Maße, in dem ein entdemokratisierter Staat gemeinsam mit mächtigen ökonomischen Akteuren das Recht selbst zu einem Machtinstrument von Partikularinteressen umformt, fördert er eine Entzivilisierung von Macht und Gewalt. [...]

Mit den Entwicklungsformen des Kapitalismus, wie sie im Rahmen der US-geführten neoliberalen Globalisierung entstanden sind, hat der Kapitalismus seine kurzzeitig durch den Druck sozialer Bewegungen erzwungenen Bemühungen aufgegeben, mit der ›Demokratie‹ eine gesellschaftliche Zweckverbindung einzugehen. Er hat die demokratische Maske fallengelassen, mit der er eine Zeit lang aus strategischen Gründen seine radikal antidemokratische Zielsetzung verborgen hat. [...]

Autoritarismus und totalisierende Tendenzen sind in kapitalistischen Demokratien bereits präfiguriert und entfalten sich, besonders in Krisen, aus ihrer eigenen Dynamik. Gegenwärtige Entwicklungsformen des Kapitalismus haben einen sozialdemokratischen Reformismus, den der Industriekapitalismus stets zu seiner Stabilisierung und zum Schutz vor sich selbst benötigt hat, weitgehend unwirksam und unmöglich gemacht. Dadurch können sich nun die selbstdestruktiven Momente des Kapitalismus und seine inneren Widersprüche sowohl in innenpolitischen wie in außenpolitischen Dynamiken ungehemmt entfalten. (S. 57/58) ■

**RAINER MAUSFELD** ist Professor an der Universität Kiel und hatte bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl für Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung inne. In seinen gesellschaftspolitischen Beiträgen beschäftigt er sich mit der neoliberalen Ideologie, der Umwandlung der Demokratie in einen autoritären Sicherheitsstaat und psychologischen Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements. Mit seinen Vorträgen erreicht er Hunderttausende von Zuhörern.

# Wer Krieg will, braucht die Lüge

VON KLAUS-JÜRGEN BRUDER

»Die Autorität eines Staates über seine Bürger liegt in seiner Macht, Krieg zu führen.« Das erklärt im Film »JFK – Tatort Dallas« von Oliver Stone in einer Szene »Mister X« dem Staatsanwalt Jim Garrison. Dieses Zitat beschreibt eine Grunderkenntnis über die staatliche Macht. Kriege zu führen, benötigt auch die Zustimmung der Bevölkerung – die wird durch Täuschung und Lüge hervorgerufen.



»Wir wollen keinen Krieg! Wir wollen Frieden!« Unsere Regierung kümmert das einen Dreck. Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte 2010<sup>1</sup>, dass in der Geschichte der Bundesrepublik alle »großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden«. Fast alle Entscheidungen seien »gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt«. Auch die Kriege werden gegen den Willen der Bevölkerung geführt und mit Waffen angeheizt. Die Autorität eines Staates über seine Bürger liegt in seiner Macht, Krieg zu führen.

Es lässt sich durchaus sagen, die Regierung führt Krieg gegen die Bevölkerung, wenn die Kosten betrachtet werden, die der Bevölkerung aufgebürdet werden: steigende Lebenshaltungskosten, zunehmende Einschränkungen ihrer demokratischen Rechte.

Gibt es Krieg im Inneren, um den Krieg nach außen führen zu können? Oder ist der Krieg nach außen eine Verlagerung des inneren Krieges? Obgleich durch den Krieg nach außen die innenpolitischen Kämpfe eher stillgestellt werden, sich die Bevölkerung mehrheitlich eher stärker um die Regierung schart. Der Wunsch nach Frieden kann dann verstanden werden als: »Wir wollen in Ruhe gelassen werden!«

Der Krieg nach innen ist ein »Krieg um die Köpfe« der Bevölkerung, um die Zustimmung zum Krieg. Die Mittel: Propaganda und Zensur bis hin zu Repression und nackter Gewalt. Dieser Krieg um die Köpfe reicht weit zurück. Darauf möchte ich eingehen, denn darin, in dem Weitzurückliegenden, in der »Geschichte« liegt das Psychologische meistens vergraben – die Psychologen nennen es das Unbewusste. Psychologie muss in erster Linie eine historische Wissenschaft sein, wie wir seit Karl Marx wissen.

Grundlage der »Zustimmung« ist der Diskurs der Macht – die Dauerberieselung der Bevölkerung mit der »Botschaft« der Macht. Erinnern wir uns an die Ereignisse des Frühjahrs 2014 in der Ukraine. Seit dieser Zeit, genauer seit der Eröffnungsrede<sup>2</sup> des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Münchner »Sicherheitskonferenz« am 30. Januar 2014, mitten in den Tagen der für das EU-Assoziierungsabkommen auf dem Maidan inszenierten Unruhen in der Ukraine und vor dem Staatsstreich des 21. Februar<sup>3</sup>, geistert dieser Satz durch die Medien: »Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen!«

Welche Verantwortung und für wen, ließ sich spätestens in den darauffolgenden

Tagen sehen. Vorher war diese Formel keineswegs erklärt worden. Sie war vielmehr versteckt in der Abstraktheit der Forderung als die unbekannte, unvorhergesehene Bedeutung – im Strategie-Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) »Neue Macht. Neue Verantwortung« vom Oktober 2013; zuvor bereits in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Verteidigungsministers von 2011.<sup>4</sup>

Das Wort »Krieg« kommt nicht vor. Erst im Nachhinein ist klar, dass mit dem Diskurs des Begriffes Verantwortung Krieg gerechtfertigt werden soll. Aber »Krieg« wird nicht offen benannt. Das ist die Funktion dieses Diskurses, dass nicht von Krieg gesprochen wird, sondern von »Verantwortung«.

## Lüge

Aber: Im Handeln zeigten sie bereits ihre Kriegsinstrumente, vergrößerten ihr Arsenal, erhöhten die Drohungen, brachen die Versprechungen zum Beispiel im Rahmen des 2+4-Vertrags, die NATO nicht bis an die Grenze Russlands zu verlegen. Es handelt sich um die typische Situation des Auseinanderfallens des Gesagten und des Handelns. Es ist ein Beispiel für die Lüge, die entweder als nichtzutreffende Behauptung daherkommt oder als Versprechen, das nicht gehalten wird.

Wer Krieg will, braucht die Lüge. Im Unterschied zum üblichen und bekannten Diskurs der Verteidigung (»Wir wurden angegriffen – wir schlagen zurück« noch 1939 beim »Überfall auf Gleiwitz«) haben wir heute den Diskurs der Verantwortung, der Forderung, Verantwortung zu übernehmen – »zur Verhinderung von Völkermord« (Jugoslawien) und »für die Verteidigung von Freiheit und Demokratie« (Irak, Libyen, Ägypten, Ukraine). Dass die Lüge im Spiel gewesen war, ist erst im Nachhinein zu erfahren.

Die Lüge beziehungsweise der routinierte Lügner rechnet nicht damit, dass geglaubt wird, das Versprechen werde eingelöst; dass geglaubt wird, die Behauptung treffe zu; dass geglaubt wird, die Aussage stehe für die Absicht, repräsentiere sie. Vielmehr rechnet er damit, dass der Belogene nicht auf der Ebene der Aussage widersprechen kann beziehungsweise nicht zu widersprechen wagt. Dafür setzt er seine Autorität, seine Herrschaft über den Diskurs ein, jedem Versuch zu

widersprechen oder die Behauptungen zu widerlegen, lächerlich zu machen. Wir kennen die an Dreistigkeit nicht zu überbietenden Verdrehungen und Auslassungen sowie Behauptungen und Diskriminierungen während der Corona-Inszenierung.

Bereits zur Zeit des Putsches in Kiew 2014 gab es den »Realitätscheck«, wie das heute genannt wird, und zwar am 18. Februar 2015 vonseiten des Auswärtigen Amtes, den das Ministerium den Abgeordneten zur Nachhilfe in Orwells Doppelsprech an die Hand gegeben hatte – den Versuch, die Herrschaft über den Diskurs durch »Sprech-Anweisungen für den Bundestag«<sup>5</sup> sicherzustellen.

## Erkenntnisfurcht

Der Belogene könne nicht, nein: wage nicht zu widersprechen – hatten wir festgestellt. Dazu eine bestätigende Mitteilung des Autors Wolfgang Schorlau, der unter anderem einen politischen Kriminalroman schrieb, »Das München-Komplott«, in dem es um das »Oktoberfest-Attentat« 1980 geht. Während seiner Arbeit an dem Krimi über die Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) beobachtete er eine eigenartige »Erkenntnisfurcht«. Seine Rechercheergebnisse seien angsterregend, es überfiele ihn der »Verdacht, der begründetermaßen« bestehe, »dass von staatlicher Seite aus diese radikale Szene erst ermöglicht worden ist« – und das sei »keine erfreuliche Sache«.<sup>6</sup>

Die »Erkenntnisfurcht« ist die Furcht vor der Wahrheit, vor dem, wozu die Macht fähig ist. Man fragt nicht nach, was hinter der Behauptung beziehungsweise der Forderung steckt oder versteckt wird. Jeder Verdacht wird zurück ins »Unbewusste«, ins Nicht-Wissen geschoben.

Wir hatten das während der Corona-Inszenierung erlebt: Die Information, dass die Maske nicht vor Ansteckung schützt, ja selbst die Spritze nicht, durfte nicht zur Erkenntnis werden. Die Vorstellung, dass die Anordnungen der Maßnahmen wegen ganz anderer Zwecke so rabiat durchgesetzt würden, war so unerträglich, dass sie abgewehrt werden musste. Stattdessen musste sie als Bestätigung der Gefährlichkeit des Virus uminterpretiert werden, ebenso wie die immer mehr durchgesickerten Berichte über die Folgen der Impfung.

## Verleugnung

Nicht-Wissen kann also auch Ergebnis von Verleugnung sein: Verleugnung der Realität. Verleugnung kann auch in der Form der Verkehrung ins Gegenteil geschehen: Verantwortung, vor allem »mehr« Verantwortung »übernehmen« bedeutet dann »Krieg« – also: das Gegenteil von Verantwortung –, während umgekehrt den Kriegsgegnern die Verantwortung bestritten wird.

Auch das haben wir bereits bei der Reaktion auf die Kritik an der Corona-Inszenierung erlebt. »Solidarität« hatte die Bedeutung bekommen, »den Anweisungen/Befehlen folgen«. <sup>7</sup> Es dauerte nicht lange, bis auch hier der Zusammenhang zum Krieg offen proklamiert wurde.

Die Voraussetzung zur Möglichkeit dieser Verkehrung ins Gegenteil ist die, »dass der Verantwortungsbegriff inhaltsleer bleibt«. <sup>8</sup> Allerdings sind die Begriffe auf der Ebene der Behauptung beziehungsweise des Versprechens immer »inhaltsleer«. Ihr Inhalt, ihre Bedeutung stehen ja gerade auf einer anderen Ebene: auf der Ebene des Nicht-Ausgesprochenen.

Die zweite Voraussetzung für die Möglichkeit der Verkehrung des Begriffs der »Verantwortung« in sein Gegenteil ist die Abstraktion von der Geschichte und dem Kontext, auf die dieser Begriff angewendet wird: Wann beginnt ein Krieg? Ist die Vorbereitung eines Krieges bereits Krieg? Davon hängt wiederum ab, welcher Partei der Angriff und welcher die Verteidigung zugeschrieben wird.

Wenn schließlich »Krieg« tatsächlich beim Namen genannt wird, dann nicht ohne die Kriegsgegner zu diffamieren. So wie es 2012 Joachim Gauck in seinem Schwadronieren über »unsere glückssüchtige Gesellschaft« tat, für die »schwer zu ertragen« sei, »dass es wieder deutsche Gefallene gibt«. <sup>9</sup> So heute im Krieg gegen Russland als »Putinverstehler« oder als »Antisemiten« im Fall des israelischen Krieges gegen die Palästinenser.

## Drohung, Beschwörung

Aber auf breiter Front übernehmen – damals wie heute – die Medien selbst diese Rolle des Hetzers. Ihnen gegenüber können die Politiker die vermeintlich Moderaten geben. So schrieb zum Beispiel Joachim Käppner 2014 höhnisch in der *Süddeutschen*

*Zeitung*: »Die Bundesbürger leben in einem Zustand nie gekanntes Friedens. Seltsam nur, dass sich so viele Deutsche dieses historischen Glückszustandes so wenig bewusst sind und ohne Verständnis dafür, wozu man dann eigentlich noch Soldaten braucht.« Sie »stellen keinerlei Bezug her zwischen der Militärmission in Afghanistan und der Sicherheit des eigenen Landes. Im Gegenteil, in ihrer Wahrnehmung ist der Einsatz die eigentliche Ursache für all die schlimmen Nachrichten von Anschlägen und gesteinigten Frauen. Von der beschämenden Gleichgültigkeit vieler Deutscher gegenüber den Opfern der Massaker, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen einmal ganz abgesehen«. <sup>10</sup>

Dazu die zynische Drohung: »Es ist gut möglich, dass die Debatte unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus ihren weltfremden Diskursen gerissen wird: dann nämlich, wenn sie wirklich wieder deutsche Soldaten an die Brennpunkte dieser verwundbaren Welt schickt.« Diese Drohung spitzt zu und macht deutlich, was die Struktur des Diskurses der Verantwortung ist: eine Aufforderung beziehungsweise ein Befehl, »Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen!«

Allerdings war damals der Befehl noch in der Form der Beschwörung versteckt, denn beschworen wird ein Abstraktum, an das eine Forderung gerichtet wird. Versteckt oder verschwiegen ist zugleich die Differenz zwischen denen, die fordern, und denen, die die Forderung zu erfüllen aussersehen sind.

Die Forderung, »mehr Verantwortung« zu übernehmen, ist die Forderung an die Zuhörer, sich dieser Verantwortung gemäß zu verhalten. Sie sollen davon ausgehen, dass die Verantwortungsbereitschaft der Fordernden außer Frage steht.

Wer sich den Forderungen nach einem deutschen Eingreifen widersetzt, macht sich aus dieser Sicht mitschuldig, zum Beispiel am Völkermord in einem Konflikt. Das ist die »Urform« der moralischen Erpressung im Diskurs der Verantwortung, die von Joschka Fischer unter Rot-Grün Ende der 1990er Jahre eingeführt worden war.

Die Adressaten dieser Erpressung werden dazu gedrängt, nicht die Verantwortung und Legitimation der Verantwortlichen infrage zu stellen und zu überprüfen, sondern von deren Verantwortungsbereitschaft auszugehen und ihren Darlegungen zu folgen. »Folgen« hat hier tatsächlich auch die Bedeutung von »einem Befehl folgen« – abgesehen davon, dass Krieg

ohnehin bedeutet, Befehlen zu folgen. Es bleibt den Zuhörern nur, sich diesen Befehl zu eigen zu machen, sich selbst zu »ermächtigen«. <sup>11</sup>

Um es nicht falsch zu verstehen: Aus Verantwortungsübernahme folgt immer eine Verpflichtung. Wer Verantwortung übernimmt, verpflichtet sich, dieser gerecht zu werden. Das ist aber nicht das, was wir im Diskurs der Verantwortungsübernahme beobachten, weder aufseiten der Bürger noch aufseiten der politischen Klasse. Denn beide sind im Diskurs der Verantwortungsübernahme hinter »Deutschland« versteckt.

Die Verantwortung wird abgeschoben, in Form der Rede über und der Forderung an andere(s): »Deutschland« (als Beschwörung) und damit an die Adressaten (als Befehl). Diejenigen, die »Verantwortung« fordern, entziehen sich selbst der Verantwortung – unter dem Gewand des Diskurses der Verantwortungsübernahme. Wenn Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) fordert, »Wir müssen kriegstüchtig werden!« <sup>12</sup>, schränkt Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein: »Ich muss da nicht kämpfen und ich werde auch nicht sterben in diesem Krieg!« <sup>13</sup>

## Die neoliberale Parole

Die Forderung, »Verantwortung« zu übernehmen, ist die zentrale Forderung im Diskurs des Neoliberalismus, also des »Rollback« der 1970er Jahre <sup>14</sup>. Sie wurde dort von Anfang an als »Rückzug des Staates« und Forderung an die Bürger propagiert, sich aus dem »Sicherheitsnetz aus Ansprüchen« in die »Eigenverantwortung« zu »emanzipieren«.

2014 stellt die Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung »Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« <sup>15</sup> einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und der Zustimmung zur Agenda des Neoliberalismus fest: »Menschen, die marktformigen Extremismus [ihr Begriff für Neoliberalismus] befürworten, tendieren auch stärker als andere dazu, den Aussagen zum Rechtsextremismus zuzustimmen.«

Die AutorInnen erklärten: »Jahrzehntelanges Trommelfeuer durch die neoliberale Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik seit Mitte der 1980er-Jahre in Deutschland zeige nun erstaunliche Wirkung. Es hat Einfluss auf die Normen,

Werte und die Lebensweisen der Menschen in Deutschland genommen und zeigt drastische Folgen auch auf die Persönlichkeit der Betroffenen: Das manifeste Markt-Denken produziere auch alle Facetten des »Sieger«-Denkens, führte direkt zu manifesten Vorurteilen gegen Leistungsschwächere und Nicht-Dazugehörige.«

### Es ist Krieg!

Noch bevor Warren Buffet mit seinem triumphierenden Ausruf »Es ist Krieg! Und meine Klasse gewinnt!«<sup>16</sup> diesem neoliberalen Trommelfeuer den richtigen Begriff gegeben hat, hatte Jacques Derrida bereits 1993 die Wunden dieses Krieges in einem »Zehn-Punkte-Telegramm«<sup>17</sup> festgehalten: Während »noch nie in der Geschichte [...] Gewalt, Ungleichheit, Ausschluss, Hunger und damit wirtschaftliche Unterdrückung so viele menschliche Wesen betroffen« haben, versuche die »neue Weltordnung«, ihren Neo-Kapitalismus zu installieren, »feiert« der Diskurs der Macht das »Überleben« der »alten Modelle der kapitalistischen und liberalen Welt«.

Jetzt, wo die Vorbereitung ihr Ziel erreicht hat, wo die Tarnkappe nicht mehr täuschen kann, fällt der »herrsüchtige« Diskurs, wie Derrida ihn nennt, zurück auf seine Ausgangslügen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) lieferte in seiner Neujahrsansprache<sup>18</sup> am 31. Dezember 2023 die Zusammenfassung: Russland habe »mitten in Europa einen unerbittlichen Krieg vom Zaun gebrochen« und uns kurz darauf »den Gashahn abgedreht«. »Und im Herbst gab es auch noch den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel.«

Aber das Narrativ der »Verantwortung« bleibt – als »Verantwortung für die Freiheit« der »westlichen Wertegemeinschaft«. Und als »Verantwortung aus dem Holocaust« – als »Staatsräson« steht dieses Narrativ über der Verfassung, gar über der Humanität. Die Folgen sind mit Händen zu greifen, jetzt schon. ■

- 1 [www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-794788](http://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-794788)
- 2 [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html)
- 3 s. [http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/07/KJB\\_Nicht\\_zum\\_Frieden\\_man\\_muss\\_zum\\_Krieg\\_planvoll\\_erziehen.pdf](http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/07/KJB_Nicht_zum_Frieden_man_muss_zum_Krieg_planvoll_erziehen.pdf)
- 4 s. a. das »Strategie«-Papier der »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) »Neue Macht. Neue Verantwortung«
- 5 Rationalgalerie: 20. Februar 2015
- 6 Interview mit Ben Mendelson: *junge Welt* 17. Januar 2015
- 7 »Impfen ist Nächstenliebe« war an den Kirchtürmen plakatiert
- 8 Pfeifer, Hanna und Spandler, Kilian (2014): »The Responsibility to be Responsible« *Wissenschaft & Frieden* 2014-4, S. 36-39
- 9 Bundespräsident Gauck am 12. Juni 2012, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. siehe *junge Welt* vom 14. Juni 2012, S. 1
- 10 in der Sonderbeilage der *Süddeutschen Zeitung* zur Münchner Sicherheitskonferenz 2014 unter der Überschrift: »Der Deutschen Glück und Seligkeit«
- 11 Alfred Adler 1919: »Die andere Seite«
- 12 siehe Jörg Kronauer: »Pistorius und die Aufrüstung« in: *junge Welt* vom 31. Oktober 2023
- 13 [www.youtube.com/watch?v=lAXtlZRgibA](http://www.youtube.com/watch?v=lAXtlZRgibA)
- 14 Klaus-Jürgen Bruder (2019): In: »Paralyse der Kritik – eine Gesellschaft ohne Opposition?« Giessen: psychosozial-Verlag
- 15 [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-FeindseligeZustaeende.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaeende.pdf)
- 16 Jahresbrief von Warren Buffett an die Investoren seines Fonds »Berkshire Hathaway«, 2003, S. 7
- 17 »1. Die Arbeitslosigkeit, die »neue Armut«: »die Funktion von sozialer Inaktivität, Nicht-Arbeit oder Unterbeschäftigung tritt in ein neues Zeitalter ein«. Diese reguläre Störung eines neuen Marktes, neuer Technologien, einer neuen weltweiten Wettbewerbsfähigkeit wird größtenteils verleugnet – »ein Leiden, das umso mehr und umso unzugänglicher leidet, als es seine gewohnte Sprache und seine gewohnten Modelle verloren hat«.
- »2. Der massive Ausschluss obdachloser Bürger von jeder Teilnahme am demokratischen Leben der Staaten, die Ausweisung oder Abschiebung so vieler Exilanten, Staatenlosen und Immigranten [...] kündigt bereits eine neue Erfahrung von Grenzen und – nationaler oder bürgerlicher – Identität an«.
- »3. Der gnadenlose Wirtschaftskrieg [...] beherrscht alles«.
- »4. Die Unfähigkeit, die Widersprüche im Begriff, in den Normen und in der Realität des liberalen Marktes zu meistern«.
- »5. Die Vergrößerung der Auslandsschulden« treibt »einen großen Teil der Menschheit in Hunger und Verzweiflung« und bedingt zahlreiche geopolitische Fluktuationen.
- »6. Rüstungsindustrie und Waffenhandel [...] sind in die normale Steuerung der wissenschaftlichen Forschung, der Wirtschaft und der Kollektivierung der Arbeit in den abendländischen Demokratien eingeschrieben. Ohne eine unvorstellbare Revolution kann man sie nicht suspendieren«
- »7. Die Ausweitung [...] der atomaren Bewaffnung [...] überbietet nicht nur die Grenzen staatlicher Kontrolle, sondern die Grenzen jedes regulären Marktes«.
- »8. Die interethnischen Kriege [...], geleitet von einem archaischen Phantasma und einem archaischen Begriff [...] der Gemeinschaft, des Nationalstaats, der Souveränität, der Grenzen, des Bodens und des Bluts«.
- »9. Kapitalistische »Phantom-Staaten« der Mafia und des Drogenkonsortiums überwuchern nicht nur das sozioökonomische Gewebe, die allgemeine Zirkulation des Kapitals, sondern auch die staatlichen und zwischenstaatlichen Institutionen.«
- »10. Der Zustand des internationalen Rechts; die Inkohärenz, die Diskontinuität, die Ungleichheit der Staaten vor dem Gesetz; »die Hegemonie bestimmter Staaten über die militärische Macht im Dienst des internationalen Rechts.« Derrida, Jaques (1993): »Spectres de Marx« Paris (dt.: »Marr« Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale« Frankfurt/M. 1995, S. 133ff)
- 18 [www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/neujahrsansprache-2024-2251114](http://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/neujahrsansprache-2024-2251114)

# Monopol- kapital und Meinungs- monopol

In den Leitmedien der zunehmend von Monopolen dominierten Marktwirtschaft sind die verbreiteten Meinungen einheitlicher als in der Presselandschaft der ursprünglichen Marktgesellschaft. Dies hat bisher selten berücksichtigte Konsequenzen, was die demokratische Meinungsbildung anbelangt. Eine Studie zeigt das anhand der Frage, wie die Wirtschaft und deren multinationale Auswirkungen in deutschsprachigen Zeitungen thematisiert werden. **VON MARK GALLIKER**

**U**nter Demokratie wird eine Form des politischen Lebens verstanden, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und die Beteiligung des Volkes (démós) an der Herrschaft (kratía) garantiert.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft, welche die gleichwertige Meinungsbildung gleichberechtigter Menschen, sozialer Gruppierungen und Parteien beinhaltet. Da in neuerer Zeit die Meinungsbildung durch die Medien geprägt wird, stellt sich die Frage, ob dieselben eine demokratische Meinungsbildung gewährleisten. Dazu zuerst ein Blick in die Mediengeschichte.

## Marktwirtschaft und Entstehung der Printmedien

Jürgen Habermas stellte in seiner 1962 publizierten Habilitationsschrift »Der Strukturwandel der Öffentlichkeit« dar, wie sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Nachrichtenverkehr in den Bahnen des damals um sich greifenden Warenverkehrs entwickelte. Mit der Ausdehnung des Handels benötigten die Kaufleute Informationen über räumlich entfernte Vorgänge. Deshalb wurde der kaufmännische Briefverkehr zu einem berufsständischen Korrespondenzsystem ausgebaut. Somit wurden die größeren Marktplätze und

Handelsstädte zu Zentren des Nachrichtenverkehrs. Die gewerbsmäßige Berichterstattung unterlag denselben Gesetzmäßigkeiten des Marktes, denen sie die Entstehung ihres eigenen Daseins verdankte.

Im Schlepptau des zunächst kaufmännischen Nachrichtenverkehrs begann der Aufstieg der Meinungspresse. Dieselbe führte zu einer Politisierung des öffentlichen Lebens. Sie bestand aus den Auseinandersetzungen unter den verschiedenen Meinungsträgern. Mit der sich entwickelnden Legislative konzentrierte sich die Öffentlichkeit auf die Repräsentanten des Volkes, die Kritik der Parlamentsbeschlüsse sowie auf Handlungsweisen der Exekutive.



Jede größere Partei konnte ihre Meinung in einer Tageszeitung zur Geltung bringen. Einige Zeitungen waren Kampfmittel der Parteipolitik sowie der politischen Begehren der Opposition. Die verschiedenen Zeitungen offenbarten ein Spektrum pluralistischer Meinungen und traten in aller Öffentlichkeit in Konkurrenz.

Da jedoch die Werbung zur Finanzierung der Presse eine immer größere Rolle spielte, verloren die Printmedien allmählich ihre Selbstständigkeit. Sie wurden abhängig von parteiübergreifenden, auf die Kapitalvermehrung hin fokussierten Investoren und verloren damit ihren eigenständigen, für die Bürger relevanten

politischen Einfluss. Aufwendige Artikel, in denen Sachverhalte aufgedeckt wurden, traten hinter Agenturnachrichten zurück. Bei der Überfülle der Informationen spielten die meistens schon zuvor in den Agenturen vorgenommene Selektion des Materials und die bekömmliche Präsentation des Produkts eine immer wichtigere Rolle.

Mit der 1875 beginnenden großen Depression ging die liberale Ära zu Ende. Solange die Zeitungen in den Händen des Volkes und deren Parteien, der Arbeiterschaft sowie der Kaufleute und Kleinunternehmer waren, konnte noch von demokratischer Meinungsbildung die Rede sein. Doch

die liberalen Vorstellungen wurden für die Mehrzahl der Menschen abnehmend und nurmehr zunehmend für das gehobene Bürgertum wahrgenommen.

### Konzentration des Zeitungswesens

Noch in den 1960er Jahren gab es auch in kleineren Städten und in ländlichen Zentren jeweils mehrere politisch verschiedenen ausgerichtete Tageszeitungen, die bei wichtigen Sachfragen sowie vor Wahlen und Abstimmungen sich teilweise heftig

bekämpften. Doch da in der Marktwirtschaft schließlich die Stärkeren die Schwächeren dominieren, konzentrierte sich die ökonomische Macht in immer weniger privaten Händen. Die Akkumulation des Kapitals in verschiedenen Wirtschaftszweigen führte schließlich auch zur Konzentration der Printmedienbetriebe.

In Deutschland besitzt ein Dutzend Milliardärsfamilien die Presse. In Frankreich gehören 80 Prozent der Monats-, Wochen- und Tageszeitungen fünf Milliardären. Die Bürger mussten die Meinungsbildung immer mehr Medienproduzenten überlassen, die von demokratischer Kontrolle verschont blieben. Der in den Medien weitgehend verschwiegene Lobbyismus hinsichtlich staatlicher Beschlüsse nahm rapide zu, was zu einseitigen Darstellungen der Wirklichkeit führte.

Der Austausch der Meinungen wird zunehmend ungleichgewichtiger. Der Überzahl an Konsumenten stehen wenige Produzenten gegenüber, die in den für sie wichtigen Fragen die herrschende Meinung des Kapitals verbreiten (zum Beispiel hinsichtlich Corona jene der Pharmaindustrie). Leser und Leserinnen, die sich in den Meinungsbildungsprozess »einmischen« wollen, können Leserbriefe schreiben; doch dieselben erscheinen eher selten, wenn sie nicht zur verbreiteten Einheitsmeinung der Meinungsmonopole passen. Die Leitmedien werden durch selektive Wahrnehmung und Projektion vor allem auch im außenpolitischen Bereich dem Anspruch einer ausgeglichenen und ausgleichenden Berichterstattung nicht mehr gerecht.

Laut der 2022 veröffentlichten Studie »Die vierte Gewalt« von Richard David Precht und Harald Welzer werden wichtige Probleme der gesellschaftlichen Formation in den Leitmedien weitgehend übereinstimmend dargestellt, wobei häufig die Auffassung der Regierung mit dieser Darstellung übereinstimmt. Die Leitmedien schreiben zwar auch über Parteien und stellen zumindest bei eher unwichtigen Fragen die Meinungen derselben auch dar. Doch sie sind selbst nicht Partei, jedenfalls nicht in der alten Bedeutung des Begriffs, sondern haben den parteiübergreifenden Charakter anonymer Sachverhalte kapitalistischer Produktion.

Ermöglichen die modernen sozialen Medien des Internets nicht einen neuen permanenten Austausch auch parteiischer Anliegen und Meinungen unter den Nutzern? Gibt es dadurch nicht wieder eine neue Öffentlichkeit und damit vielfältige

Meinungsbildung als wichtige Voraussetzung von Demokratie?

Habermas führt in seinem 2022 publizierten Buch »Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik« vor allem die Defizite der medialen Information und Kommunikation auf den Plattformen vor Augen. Dabei moniert der Philosoph nicht zuletzt auch die mangelnde Schreibqualität der oft noch jungen Autoren. Allerdings nimmt er bei der sogenannten Qualitätspresse die Monopolbildung nicht mehr wahr und erkennt sie nurmehr bei den nun weltweit wirksamen Plattformmedien. Zu Recht beanstandet er indes die exzessive Kapitalverwertung, insbesondere der persönlichen Daten, welche die Nutzer im Netz hinterlassen und die von den Medienmonopolen verwertet werden, indem sie dieselben zu Werbezwecken verwenden oder anderweitig als Waren veräußern.

### Imperialismus und Expansionspolitik

Das Bestreben einer Großmacht, ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflussbereich beständig auszuweiten, wird Imperialismus genannt. Diese wissenschaftliche Definition, die auch im Fremdwörter-Duden verwendet wird, berücksichtigt den ökonomischen Hintergrund des Imperialismus und reduziert ihn nicht auf die ausschließlich bellizistische Bestrebung eines Staates, seinen Einfluss über die eigenen Landesgrenzen hinaus mit Waffengewalt zu erweitern.

Der Imperialismus wurde bereits im frühen 20. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Monopolisierung der Wirtschaft thematisiert. Rudolf Hilferding untersuchte die Entwicklung des Kapitals und publizierte 1910 sein Werk »Das Finanzkapital«. Er zeigte, wie dieses Kapital mit der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital gebildet wurde, sich verselbstständigte und über die Volkswirtschaft hinauswuchs. Rosa Luxemburg wies 1913 darauf hin, dass das Kapital, damit es weitergehend akkumuliert werden kann, den Zugang zu den fremden Märkten und Produktionsmitteln anderer Länder benötigt. Die dominierenden Mächte, Monopole im Verbund mit Staaten, etablierten Tauschverhältnisse, die auf ungleichem Tausch beruhten.

Den Ländern in der südlichen Hemisphäre wurde oft die Rolle des bloßen Lieferanten von Rohstoffen für die

Industrieländer in der nördlichen Hemisphäre zugewiesen, welche als Gegenleistungen oft technische Produkte wie Waffen in ihren zusätzlichen Absatzgebieten verkauften, wobei die Preise der Aus- und Einfuhrprodukte von den maßgebenden Monopolen festgelegt wurden. Bereits 1914 stellte Lenin aufgrund seiner eingehenden Untersuchungen des damals schon reichlich vorliegenden empirischen Materials fest, dass Staaten und Koalitionen derselben, welche zugunsten der Monopole und ihrer Extraprofite expansiv sind, schließlich weltweit um ihre Einflusssphären kämpften. Durch die wirtschaftlichen und militärischen Interventionen der imperialen Mächte in anderen Ländern werden immer mehr Menschen in die Flucht getrieben.

Heute verfügen die USA zur Sicherung der weltweiten Wirtschaftsräume ihrer Konzerne über circa 95 Prozent sämtlicher Militärbasen. Am Bundeswehr-Flughafen Büchel in der Eifel, wo US-Kernwaffen gelagert sind, werden die Start- und Landebahnen ausgebaut, damit sie von kernwaffenfähigen F-35 genutzt werden können. Profiteur der Aufrüstung in der EU ist der militärisch-industrielle Komplex, der mit seinem Einschluss des Staates auch innenpolitisch auf bestimmte Bereiche und Institutionen übergreift (unter anderem auf die Medien und auch auf die Hochschulen).

### Medienanalyse

Es stellt sich die Frage, wie der Imperialismus in den Printmedien kapitalistischer Staaten widerspiegelt wird. Mit einer co-occurrence-analytischen, das heißt auf das gemeinsame Auftreten von Suchwörtern pro Maßeinheit ausgerichteten Methode, wurden alle veröffentlichten Beiträge der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* und der *Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)* in der Zeit vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2023 elektronisch untersucht. Dabei ging es um die Frage, wie häufig Artikel in der *FAZ* und in der von der politischen Orientierung, vom Umfang sowie von der Auflage her vergleichbaren *NZZ* vorkommen, in denen Schlüsselwörter wie »Monopol« oder »Imperialismus« mit bestimmten Staaten zusammen thematisiert werden (Russland, USA, BRD).

In der *FAZ* wurde »Russland« seltener mit »Monopol« in Verbindung gebracht als die »USA« (1392:1657), doch in Bezug auf die negativ konnotierte Bezeichnung »Oligarchie« zeigt sich ein umgekehrtes

Verhältnis (155:58). In der **NZZ**, in der die Kombination von Russland mit »Monopol« ebenfalls seltener ist als bei den **USA** (457:271186), erscheint hinsichtlich Russland auch die Relation zum Ausdruck »Oligarchie« weniger häufig (97:130). Ähnlich ist es mit den Begriffen »Kolonialismus« und »Neokolonialismus«. In der **FAZ** werden sie zusammen mit Russland 327-mal thematisiert und mit den **USA** nur 286-mal, während in der **NZZ** ein umgekehrtes Verhältnis nachweisbar ist (74:140).

Russland erscheint in der **FAZ** viel häufiger zusammen mit dem Begriff »Imperialismus« als die **USA** (Verhältnis 711:380). In der **NZZ** ist das Verhältnis Russland zu **USA** umgekehrt (330:576), wobei dies für die letzten zwei Jahre (Krieg in der Ukraine) nicht mehr der Fall ist (100:69). Insgesamt betrachtet bringt jedoch die **NZZ** das **USA**-System häufiger in einen Zusammenhang mit dem Imperialismus als das russische System. Hinsichtlich »Krieg« findet sich in der **FAZ** zwischen Russland und den **USA** ein Verhältnis von 48.623:33.024 und in der **NZZ** umgekehrt ein Verhältnis von 10.990:21.026, wobei sich für die letzten zwei Jahre auch hier die Umkehrung aufhebt und das Verhältnis 3292:2716 lautet. Die **BRD** wird in der **FAZ** und in der **NZZ** sehr selten zusammen mit »Imperialismus« angeführt (40-mal in der **FAZ**:8-mal in der **NZZ**) und auch hinsichtlich »Krieg« war dies relativ selten der Fall (667 bzw. 238-mal in den letzten zwei Jahren:109 bzw. 17-mal).

Wie wird die mediale Widerspiegelung des Wirtschaftlichen in den untersuchten Medien selbst betrachtet? Beim negativ bewerteten Ausdruck »Desinformation« resultiert bei der **FAZ** hinsichtlich Russlands und der **USA** ein Verhältnis von 1047:609, während in der **NZZ** das Verhältnis ausgeglichener ist und hinsichtlich der **USA** (298) mehr Treffer nachweisbar sind als hinsichtlich Russland (218).

In der **FAZ** wird in erster Linie Russland zusammen mit »Propaganda« thematisiert und nur etwa halb so häufig die **USA** (6413:2881) und relativ selten die **BRD** (129-mal). In der **NZZ** ergibt sich hinsichtlich »Propaganda« ein schwach umgekehrtes Verhältnis von 2009:2884; allerdings nicht für die letzten zwei Jahre (524:369). Bei beiden deutschsprachigen Printmedien wird

die **BRD** viel seltener zusammen mit Propaganda genannt als Russland und die **USA** (in der **FAZ** 129-mal; in der **NZZ** nur 43-mal).

Das Miteinanderauftreten von Suchwörtern kann methodisch auch in naher Folge untersucht werden (zum Beispiel Abstand höchstens zwei Wörter). Auf diese Weise kann die bewusste Zuschreibung von dem impliziten oder mehr oder weniger unbewussten gemeinsamen Auftreten der Suchwörter in größeren Untersuchungseinheiten unterschieden werden. Zum Beispiel kommen eigentliche Zuschreibungen mit »Propaganda« in der **FAZ** hinsichtlich Russlands 73-mal vor und hinsichtlich der **USA** nur 3-mal, während in der **NZZ** Russland nur 16-mal explizit mit diesem negativ konnotierten Wort verbunden wird und dies hinsichtlich der **USA** immerhin 9-mal der Fall ist.

### Schlussbemerkungen

In den zwei letzten Jahren projizierten beide deutschsprachigen Leitmedien Propaganda vor allem auf Russland, was bei der **FAZ** jedoch signifikant häufiger geschieht als in der **NZZ** und bei der deutschen Tageszeitung auch relativ oft bewusst erfolgt. Bei der **FAZ** geschieht dies für den gesamten Untersuchungszeitraum und bei allen anderen Schlüsselwörtern ebenfalls, obgleich in verschiedener Hinsicht (vor allem wirtschaftlich und militärisch) die **USA** die viel stärkere Macht sind als Russland und in den letzten Jahren weltweit dutzendweise an militärischen Auseinandersetzungen beteiligt waren. In der **NZZ** der formal neutralen Schweiz erscheinen Imperialismus, Monopol, Oligarchie etc. zwar ebenfalls oft im Kontext von Russland, aber noch häufiger in jenem der **USA**.

Die **FAZ** bezieht weder den Imperialismus noch die Propaganda und die Desinformation häufig auf die **BRD**. Hingegen wird insbesondere von ihr viel Negatives auf Russland projiziert; ein Land, in dem deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg 28 Millionen russische Menschen umgebracht haben, viele davon hinter der Front. Die von Deutschland schon zweimal angegriffenen Russen haben allenfalls Grund, Angst vor diesem Staat zu haben, und nicht in erster Linie die Bürger der **BRD** vor dem russischen Staat.

Auf was ist die Differenz zwischen den beiden vergleichbaren deutschsprachigen Tageszeitungen zurückzuführen? Die schweizerischen Medien orientieren sich ebenfalls an den internationalen (**US**-)Nachrichtenagenturen, und die Repräsentanten dieser Medien (zum Beispiel der **NZZ**) sind wie die deutschen Medien in transatlantischen Organisationen vertreten (unter anderem in den Bilderberg-Konferenzen). Doch die engmaschigen Netzwerke verbinden personell in erster Linie die Politik der **USA** mit der machtmäßig weit interessanteren **BRD**. Beide Printmedien projizieren zwar Machenschaften des Kapitals auf das ebenfalls kapitalistische Russland, doch geschieht dies in der **FAZ** viel häufiger als in der **NZZ**.

In den letzten Jahren gibt es in der **EU** eine rasante Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes, zu dem auch die deutschen Rüstungsfirmen wie Rheinmetall und ThyssenKrupp gehören. In der nicht zur **EU** gehörigen Schweiz existieren ebenfalls mächtige Konzerne (wie Nestlé), doch spielen sie im Rüstungsbereich eine relativ geringe Rolle. Die Eidgenossenschaft scheint weniger von den **USA** bestimmt zu sein als die seit dem Zweiten Weltkrieg von den **USA** abhängige **BRD**. Der (**US**-)Investmentfonds BlackRock investiert enorm in der **BRD**. Er ist an sämtlichen dreißig **DAX**-Unternehmen signifikant beteiligt. Auch gehört er zu den größten Anteilseignern eines bedeutenden **US**-Rüstungskonzerns und vertritt große Kapitalinteressen in der Ukraine sowie in der **BRD**.

Fazit: Der Austausch der Waren in der Marktwirtschaft beruhte auf einer Vielfalt von Kräften, die sich mitunter auch einander entgegengesetzten; doch mit der Zeit setzten sich die stärksten Betriebe durch, und zwar nicht nur im Bereich der Produktion, sondern auch im Medienbereich. Während die klassische Marktwirtschaft der Meinungsvielfalt entsprach, kommt dem Monopolkapitel immer mehr auch das Meinungsmonopol zu. Dies geschieht bei den beiden untersuchten Printmedien in vergleichbarer Weise, doch in quantitativer Hinsicht resultieren einige Differenzen, die auch hinsichtlich zukünftiger außenpolitischer Entscheidungen qualitativ ins Gewicht fallen könnten. ■

# Demokratie und die Legende von der freien Presse

**MICHAEL MEYEN** ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der LMU München. Zuletzt erschien von ihm: »Wie ich meine Uni verlor« (2023) und im Hintergrund Verlag »Cancel Culture« (2024).



Einem geschenkten Gaul, so verlangt es der Volksmund, schaut man nicht ins Maul. 1945 waren Widerworte ohnehin schwer möglich. Wo es langzu- gehen hat, sagten die Sieger. Ein neues Deutschland sollte her, im Westen nicht anders als im Osten. Im Journalismus war der Bruch besonders deutlich. Die Besatzer wussten, dass der Schlüssel für die Köpfe in den Redaktionen liegt. Hier haben die Sowjets angesetzt, um ihre Idee von Sozialismus zu verbreiten. Darüber habe ich viel geschrieben, auch in dieser Zeitschrift. Medien in Partei- und Staatsbesitz, versehen mit einem Auftrag, den jeder im Land kannte. **Aktuelle Kamera, Neues Deutschland, Junge Welt:** Das Publikum wusste, was es hier bekommt. Die Sicht von oben. Was wollen sie uns heute wieder erzählen? Wer die Wirklichkeit sehen wollte, der musste draußen die Augen aufmachen und abends umschalten.

Damit bin ich bei meinem Thema. Das Westfernsehen mag ein Fenster in eine fremde Welt gewesen sein und ganz sicher wichtig, wenn man hören wollte, wie die andere Seite die Dinge sah. Alles haben die DDR-Bürger nicht geglaubt. Objektivität, Neutralität, Autonomie? Der Journalismus als »vierte Gewalt« und irgendwie sogar eine Art Volkseigentum, zumindest dort, wo die Formel öffentlich-rechtlich über der Tür steht? Das widersprach allem, was die Menschen bisher erlebt hatten, und zwar nicht erst seit 1933. Auch in Weimar hat der Staat bestimmt, was im Radio lief, und bei den Zeitungen war jedem klar, wem sie gehörten und wo sie deshalb politisch einzuordnen sind. In Leipzig, dieses Beispiel habe ich für meine Dissertation untersucht, konnte man in einigen Jahren zwischen sieben Blättern wählen, verlegt von

Geldsäcken und Kapitalisten, von Idealisten, von Parteien. Diese Zeitungen haben sich manchmal bekämpft, meist aber ignoriert und sich stattdessen auf die Parlamente konzentriert, auf die Regierungen, auf das Rathaus. Der Faschismus ist nicht hier gewachsen, sondern dort, wo die Angst vor dem Kommunismus und sogar vor der ersten deutschen Demokratievariante so groß wurde, dass man zunächst entschied, die NSDAP zu fördern, und sie dann auch an die Macht hievte.

Zu den DDR-Bürgern ist es von hier nur ein kleiner Sprung. Sie waren weit weg von dem Trichter, durch den ab 1945 Tag für Tag gerufen wurde, dass nun alles neu und besser werde mit dem Journalismus. Noch einmal anders gewendet: Die Demokratien des Westens hatten deutlich mehr Zeit als Weimar, um an einer Legende zu stricken, die den Zugriff tarnt, den die Macht auf jede der großen Redaktionen hat. Mich interessieren an dieser Stelle weniger die Propagandaapparate, die die Bundesrepublik von Anfang an aufgebaut hat, und auch nicht die Staatsfernseh-Phantasien von Konrad Adenauer oder gar die Besitzverhältnisse. Lizenz zum Gelddrucken, sagt die Forschungsliteratur. Die Familien, die 1945 einen Verlag gründen durften, haben heute Milliardenvermögen oder wenigstens dreistellige Millionen-summen: *Mohn, Springer, Bauer, Burda, Holtzbrinck, Schaub*. Ich könnte diese Liste leicht fortsetzen. Wie man da auf die Idee kommen kann, die Presse sei so etwas wie ein Gegenspieler der Herrschenden, bleibt mir ein Rätsel.

Auch hier lässt sich der Spieß aber umdrehen: Jede Erzählung wirkt, wenn sie nur oft genug und vor allem im Brustton der Überzeugung wiederholt wird. Die Presse

ist frei. Sie kritisiert, kontrolliert und überführt im Fall der Fälle die, denen das Volk die Staatsgewalt anvertraut hat. Aus Sicht der Macht ist diese Erzählung perfekt – viel besser jedenfalls als »drüben«, wo die SED einfach zugegeben hat, dass die Medien ihr gehören oder das machen, was die Partei gerade will. Die Berufsideologie des westlichen Journalismus ist eine Nebelkerze, gesetzt von den Alliierten, um die zweite deutsche Demokratievariante abzusichern. Genau wie die Idee, die Redaktionen seien unabhängig und würden ausschließlich professionellen Standards folgen, verschleiert das Märchen von der »vierten Gewalt«, dass die Leitmedien Teil des Machtblocks sind. Diese »vierte Gewalt« liegt mit den anderen drei Gewalten und ihren Sponsoren unter einer Decke.

Ich will nicht ungerecht sein. Es gab und gibt Journalisten, die ernst nehmen, was sie in der Ausbildung hören und in den Sonntagsreden der Politiker. Von oben betrachtet oder aus der Tiefe des Staates: Das ist das Risiko, dass jede Legitimationserzählung mit sich bringt. Menschen könnten auf die Idee kommen, aus der Behauptung Wirklichkeit zu machen. ■



**Michael Meyen**  
**Cancel Culture**  
Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören

ISBN 978-3-910568-07-5,  
80 Seiten, 10,90 €

[www.hintergrund.de/wissen-kompakt](http://www.hintergrund.de/wissen-kompakt)

# Ein Online-Magazin und die Aufarbeitung

Wie die Leitmedien auf die Veröffentlichung der Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts reagieren. Eine Medienbetrachtung von **HELGE BUTTKEREIT**.

Das Framing kommt rasch. Es richtet sich gegen den Überbringer der Nachricht. Am Tag, nachdem das **ZDF** die vom Online-Magazin *Multipolar* freigelegten Protokolle des Corona-Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts von Anfang 2020 bis April 2021 auf seiner Website sachlich vorgestellt hatte<sup>1</sup>, greift *Spiegel Online* das Thema auf. Zunächst ebenfalls sachlich, wenige Stunden später wird dann der Artikel verändert und das Magazin »eingeor­det«: *Multipolar* sei ein rechtes Online-magazin. Herausgeber Paul Schreyer habe »Bücher mit Verschwörungserzählungen zu den Anschlägen vom 11. September veröffentlicht«.<sup>2</sup> Merke: Wenn man schon nicht selbst zur Aufklärung in der Sache beigetragen hat, dann muss man wenigstens denjenigen diffamieren, der dies getan hat – ein kleines Magazin ohne finanzstarke Geldgeber.

*Multipolar* startete kurz vor Beginn der Corona-Krise. Das Magazin hat sich schon früh mit dem Robert-Koch-Institut und den Gründen für den ersten Lockdown beschäftigt. Bereits Ende März 2020 konnte Paul Schreyer nachweisen, dass der rasante Anstieg der Fallzahlen mit der Zunahme an Tests zu erklären ist.<sup>3</sup> Er wollte es genauer wissen und verlangte die Herausgabe der Protokolle des Krisenstabs. Nach langem Rechtsstreit, der *Multipolar* nach eigenen Angaben bisher 15.000 Euro gekostet hat,

wurden die Protokolle mit vielen Schwärzungen freigegeben.<sup>4</sup>

Am 20. März 2024 veröffentlicht *Multipolar* die vorliegenden Protokolle nebst den Begründungen für die Schwärzungen.<sup>5</sup> Das Magazin wollte nicht auf den nächsten Gerichtstermin warten, in dem es um die Rechtmäßigkeit der Schwärzungen gehen soll. Kurze Zusammenfassung der Protokolle: Das **RKI** hat intern vieles diskutiert, aber nach außen kommuniziert, dass die Maßnahmen alternativlos sind. Viele dieser Maßnahmen sind offenkundig, so steht es in den Protokollen, von der Politik angeordnet worden.

Mit der Veröffentlichung an jenem Mittwoch beginnt ein interessantes Medienschauspiel. Die Medien jenseits des Mainstreams berichten umfassend, viele Maßnahmen-Kritiker schauten sich die gut 2500 Seiten Protokolle an und fanden interessante Details. Der Hashtag »#RKIFiles« auf X, vormals Twitter, steigt und steigt in den Trends. Die Leitmedien schweigen. Bis das **ZDF** am Sonnabend einsteigt. Als der Artikel veröffentlicht wird, läuft im Fernsehen ein Länderspiel. Am nächsten Tag wird auch der **ZDF**-Bericht verfälscht, wie Paul Schreyer feststellt.<sup>6</sup> Aber die Sache ist in der Welt. Sonntagabend fordert Armin Laschet im *Heute Journal* Transparenz. Er könne *Multipolar* und dessen Hintergrund nicht bewerten. Das tun andere.

SEITE 2 VON 4

Koordinierungsstelle des RKI | Agenda der nCoV-Lage-AG

TOP	Beitrag/Thema
1	<p><b>Aktuelle Lage</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Insgesamt sind derzeit 43 laborbestätigte Fälle bekannt: 41 aus Wuhan (China), 1 nach Thailand importierter Fall und 1 nach Japan importierter Fall. Der nach Japan importierte Fall hat sich vermutlich bei dem Besuch seines Vaters, der aufgrund einer Lungenentzündung in Wuhan hospitalisiert ist, infiziert. Den Huanan-Seafood-Markt hat der Fall nicht besucht.</li> <li>• Derzeit sind aus Wuhan 2 Familiencluster bekannt. Das erste Cluster betrifft ein Ehepaar: während der Ehemann am Huanan-Seafood-Markt arbeitet, war seine ebenfalls erkrankte Ehefrau dort nicht zugegen. Dem zweiten Cluster gehören 3 Familienangehörige an (Vater, Sohn und Cousin). Nur der Cousin hatte Kontakt zum Huanan-Seafood-Markt (er arbeitet dort).</li> <li>• In den Medien wird berichtet, dass bei etwa 70% der 41 bestätigten Fälle in Wuhan ein direkter Zusammenhang mit dem Huanan-Seafood-Markt besteht.</li> <li>• [REDACTED]</li> <li>• [REDACTED]</li> <li>• Die Diskussion ergab, dass das RKI dennoch weiterhin an der derzeitigen Risikobewertung (Risiko des Eintrags nach Deutschland gering, Risiko der Weiterverbreitung in der deutschen Bevölkerung als sehr gering) festhält. Am 17.01.2020 wird das ECDC ein Rapid Risk Assessment (Vorversion „Threat Assessment“) veröffentlichen; an deren Einschätzung wird sich das RKI weiter orientieren.</li> <li>• Folgende Informationen für eine aussagekräftige Risikobewertung fehlen bislang bezüglich der Fälle in China: Alter, Geschlecht und klinische Befunde der Fälle, tierische Quelle, Inkubationszeit, Epikurve, Angaben zur Exposition, Informationen zum Übertragungsweg, Behandlungsergebnisse (bzw. ob überhaupt ggf. experimentell behandelt wurde).</li> <li>• [REDACTED]</li> <li>• [REDACTED]</li> </ul>

Seite 2 von 4

▲ Eine der über 1.000 Seiten der RKI-Protokolle mit Schwärzungen, die *Multipolar* veröffentlichte.

Auch der Gesundheitsminister muss reagieren. Zunächst sagt Karl Lauterbach, es seien nur Namen geschwärzt worden, was nicht stimmt. Und auch die Aussage, es gebe keinen politischen Einfluss auf das **RKI**, geben die Protokolle nicht her. Am Ende der Woche, die mit Laschets Forderung begann, versucht Lauterbach den Befreiungsschlag: Die Schwärzungen sollen nach internen Prüfungen verschwinden. *Multipolars* Anwalt verweist in der Reaktion auf das »überragende öffentliche Interesse« an der Offenlegung.<sup>7</sup> Die Corona-Aufarbeitung nimmt Fahrt auf. Richtung ungewiss. ■

1 <https://archive.is/30dNP>

2 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-rki-muss-protokolle-des-krisenstabs-veroeffentlichen-a-2d6aa52a-e35a-4535-95fe-eeb4ff5f451b>

3 <https://multipolar-magazin.de/artikel/coronavirus-irrefuehrung-fallzahlen>

4 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-1>

5 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-2>

6 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-3>

7 <https://multipolar-magazin.de/meldungen/0033>

**HELGE BUTTKEREIT**, Jahrgang 1976, hat Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik studiert. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

# »Kultur- versagen führt zu entgrenzter Macht« (TEIL 2)

Es gab nämlich nicht nur Kriege, sondern es gab immer Kooperationen zur Sicherung des Lebens und Überlebens. Jeder einzelne Mensch kennt den Wunsch nach Leben. Natürlich wünschen wir alle uns auch ein angenehmes Dasein. Aber das daraus resultierende Organisieren von weltweiten Völkerwanderungen ist eine moderne Form der Kriegsführung und keine göttliche Zufälligkeit. Nicht nur die Homogenität der Nationalstaatlichkeit soll damit ausgehebelt werden, auch die Demokratie wird auf diese Weise außer Kraft gesetzt, denn ohne Nationalstaatlichkeit keine Demokratie und keine Korrektur von Globalisierungsmaßnahmen. Außerdem wird mit der Migration ein Problem für die weltweit agierenden Konzerne gelöst: Eine international organisierte Reservearmee von Arbeitslosen drückt den Wert der Ware Arbeitskraft nach unten. Auf diese Weise wird der Traum vom besseren Leben für die arbeitenden Menschen in der Wirklichkeit immer unerreichbarer. Man könnte sagen, der Traum bleibt ein Traum. Er wird mit der Migrationsbewegung aus der Wirklichkeit verdrängt. Migration wird zur Waffe weltherrschaftlicher Globalisierungspläne. Die Gewinner dieser Bewegungen sind Finanzkonzerne wie BlackRock und kalifornische Tech-Konzerne. Die damit verbundene Ideologie, der Verweis auf persönliches Glück, vereinzelt uns Menschen. Doch gesamtgesellschaftliche Probleme sind nicht individuell zu lösen. Diese propagierten woken Erweckungen nehmen dem Einzelnen die Freiheit, über

**Den Menschen wird heute das Denken abgewöhnt, stellt die Schauspielerin und Regisseurin Gabriele Gysi fest. Sie mischt sich in die gesellschaftlichen Debatten ein. Im zweiten Teil des Interviews erklärt sie, warum es wichtig ist, die Geschichte nicht zu vergessen.**

**HINTERGRUND** Statt aus der Geschichte zu lernen und uns weiterzuentwickeln, gehen wir anscheinend zurück. Wie lässt sich das erklären?

**GABRIELE GYSI** Zum Beispiel damit, dass die Ideologie das Wichtigste zu sein scheint. Das heißt, dass wir ständig mit irgendeinem Thema beschäftigt werden, dem Klima oder wie viele Geschlechter wir wünschen zu haben, dessen scheinbare Bedeutungen die eigentlichen, wesentlicheren Zusammenhänge verbergen. Ich finde es sehr anstrengend, permanent gegen diesen Wust an Behauptungen anzudenken. Ein Beispiel

wäre unter anderem die Migrationsbewegung: Natürlich will jeder Mensch anderen Menschen helfen. Wir Menschen kommen nicht ohne einander aus und eigentlich mögen Menschen einander, sonst hätte sich eine Form der Empathie wie die Liebe nicht entwickelt! Die Theorie, dass Menschen von vornherein kriegerisch sind, halte ich für falsch, denn mit dieser Voraussetzung hätte die Menschheit nicht überleben können. Dass die heutigen Vernichtungspotenziale dem menschlichen Leben auf Erden ein Ende setzen können, sollte uns aus der Geschichte lernen lassen, statt allgemeiner Amnesie zu verfallen.



Zusammenhänge nachzudenken, das Gutmenschen erlaubt keine Theoriebildung, sondern führt alle Probleme auf den Einzelnen zurück. Auf diese Weise werden historische Entwicklungen durch heutige Propagandabrillen unserem Blick entzogen. Anstatt zu sehen, wie versucht wird, globale Machtansprüche durchzusetzen, werden wir damit beschäftigt, Sexualpraktiken zu diskutieren. Es gibt keine andere Macht im Moment, die Nein sagen kann zu neokolonialen Ansprüchen der Globalität außer den Nationalstaaten, die im Rahmen konkreter historischer Erfahrungen und Kulturen operieren. Es scheint mir kein Zufall, dass gerade alte Kulturen – wie die chinesische oder die iranische und auch die russische – Ziele der Angriffe der westlichen Doppelmoral sind.

Es scheint, als wäre die Erinnerung an die zwei Weltkriege gegen Russland so weit in Vergessenheit geraten, dass neue entscheidende Erfahrungen durch die Mächtigen gefordert werden dürfen und jeden Abend in unsere Köpfe als Lösung aller Probleme gesendet werden können. Es wird zum Krieg gegen Russland gerüstet. Immer wieder sollen wir dieses Land angreifen. Millionen tote Menschen und Zerstörung waren die Folge. Dass die USA, ohne Kriegs- und Leidenserfahrung durch eine ausländische Macht in ihrem Land, weltweit Kriege führen, fordert geradezu den Rückzug auf die eigene nationale Geschichte und Akzeptanz von Grenzen für das persönliche und gesellschaftliche Wirken heraus.

**HINTERGRUND** Zu denken hat ja etwas mit Fragen stellen zu tun. Ich habe in der Schule gelernt: Widerspruch ist die Triebkraft der Entwicklung. In der DDR haben sie uns das als Teil des dialektischen historischen Materialismus beigebracht. In der Realität hatten sie ein Problem damit, wenn tatsächlich jemand widersprochen hat. Die westliche Gesellschaft dagegen schien das zu beherzigen, als Teil ihrer Fähigkeit, flexibler zu sein.

**GYSI** Doch die Flexibilität ist wohl verloren gegangen. Nach 1989 haben die US-amerikanischen Oligarchen die Situation eben anders bewertet, als es träumende junge Menschen in Ost und West gehofft hatten. Mit der Frage der Macht auf dem Weg zur Allmacht muss Flexibilität verloren gehen. Zum Beispiel Bill Gates, während der Pandemie eine Art Doktor Allwissend und Frau von der Leyens göttlicher Führer, ist natürlich nicht klüger als er selbst und somit gefangen in den eigenen Kulturvorstellungen. Er ist eingebettet in die transhumanistischen Ideale des WEF, eben wirklich begrenzt. Es darf nicht sein, dass eine so kleine Gruppe ihren Erfahrungshorizont der ganzen Welt aufdrücken kann. Denn leider findet diese Gruppe in ihrer Kultur, ihrem Blick auf die Welt bisher keine Möglichkeit, andere Fragen zuzulassen als die, auf die sie die Antworten bereits kennen.

Deshalb ist die Rede vom russischen Außenminister Sergej Lawrow in der UNO

vom 24. September 2022 so wunderbar: »In Zeiten des Wandels liegt es in der Natur des Menschen, Unterstützung und Trost in der Weisheit der Vorfahren zu suchen, die ebenfalls auf die Probe gestellt worden sind.« Er sagte nicht: Wir müssen über die Vorfahren urteilen, sondern: Wir müssen sie fragen. Und Lawrow weiter: »Mit den treffenden Worten des ehemaligen UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld, der sich an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erinnerte: »Die UNO wurde nicht geschaffen, um die Menschheit in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle zu retten.««

Aber die US-Amerikaner wollen das Glück auf Erden schaffen, mit ideologischen Erweckungen, dem Wokeismus gegen alle anderen Kulturen unter Führung von BlackRock. Glück lässt sich mit dieser Form der aktivistischen Erleuchtung als Jugendkultur nicht schaffen, aber die Hölle der ständigen Bevormundung und Regulierung allem anderen Leben gegenüber. Hier wird Macht auf unerträgliche Weise zelebriert. Und deshalb müssen wir sehr wohl nachdenken, fragen, welche Kultur da auf uns zukommt. Nicht einfach nur Anglizismen nachquatschen und nicht einfach nur losgerendern. Ich finde es sehr traurig, auf welche Weise gegen die deutsche Sprache gekämpft und argumentiert wird und damit gegen das Denken in dieser Sprache, die so viele Philosophen hervorbrachte. Auf diese Weise wird Theoriebildung geradezu ausgeschlossen.



**GABRIELE GYSI** ist SchauspielerIn, Regisseurin und Autorin. Sie wurde 1946 in Berlin als Tochter der kommunistisch-jüdischen Verleger Klaus und Irene Gysi geboren. Sie besuchte die Staatliche Schauspielschule Berlin. Anschließend wurde sie an die Volksbühne Berlin engagiert. 1984 verließ sie die DDR und wechselte das Engagement an das Stadttheater Bochum. Nach Tätigkeiten an verschiedenen Theatern und Schauspielschulen kehrte sie 2006 als Assistentin der Intendanz und spätere Chefdramaturgin an die Volksbühne in Berlin zurück. Seit 2010 lebt sie als freischaffende Künstlerin in Berlin.

**HINTERGRUND** Viele Bestandsaufnahmen stellen fest, dass Kunst und Kultur nicht mehr politisch sind, wie sie es mal waren. Es ist an der Friedensbewegung zu sehen. Es war in der Zeit der Corona-Pandemie zu sehen. Wenn sich da Künstler politisch geäußert haben, sind sie schwer bekämpft worden. Müssen Kunst und Kultur wieder politisch werden?

**GYSI** Ich würde sagen, man muss für die westliche Welt von einem generellen Kulturversagen sprechen. Alles das, was wir tun, ist in meinen Augen durch ein Kulturversagen gekennzeichnet. Alles, was wir vorgeben, was Kultur ist, vom Lieferketten-Gesetz über die Sorge um das Klima bis zur Sorge um die Menschenrechte, ist Ausdruck des Strebens nach Allmacht, darin äußert sich unser Kulturversagen. Weil wir all die Dinge, die die Aufklärung wirklich geleistet hat, in einen Kontext stellen, in dem sie das Gegenteil bewirken. Alles wird zur Durchsetzung der Macht einer kleinen Gruppe von dirigierenden Oligarchen missbraucht, entgrenzte Macht ist das Resultat! Das bedeutet Kulturversagen. Es ist fast nicht zu erfassen.

Aber wir müssen uns damit auseinandersetzen, um dem eigenen Untergang als Kultur der Aufklärung, der Neugier und des Nachdenkens zu entkommen. Für eine differente friedliche Welt. Andere kommen auf anderen Wegen zu anderen Schlüssen. Zum Beispiel ist mir im Iran aufgefallen, dass dieses Land auf einem völlig anderen

Kulturniveau lebt. Sie sind wirklich kulturvoller. Die Widersprüche innerhalb des Landes sind so, dass sie lernen müssen und auch können, damit umzugehen – wenn wir uns nicht einmischen, gelingt das bereits viele Jahre gut. Gastfreundschaft und Akzeptanz des Anderen sind dort kulturelle Grundvoraussetzung. Sie können miteinander leben und sich in Ruhe lassen. Ich hätte nie gedacht, dass die Tatsache, sich in Ruhe lassen zu können, eine solch große Bedeutung für das friedliche Zusammenleben von Menschen hat.

**HINTERGRUND** Warum gibt es Krieg? Warum gibt es so wenig Empathie mit all den Folgen? Wie ist denn Frieden möglich? Was können wir tun für wieder mehr Frieden?

**GYSI** Vielleicht nicht immer allmächtige Urteile einfordern, sondern Lösungen aus dem Problem selbst entwickeln. Nicht die Welt beglücken, sondern Vernunft walten lassen. Auf Entwicklung neugierig bleiben, statt Apokalypsen zur Begründung der eigenen Allmacht zu zeichnen. Etwas verstehen statt Recht zu haben. So müssten Theater und die Kunst aufhören, Stellung beziehen zu müssen. Sie müssen gar keine Stellung beziehen. Das ist Agitprop. Kann man machen, aber das ist im vordergründigen Sinn keine Kunst aus der Frage heraus, sondern eine Kunst der Antwort, vielleicht sogar einer richtigen. Ich denke aber, die Kunst muss sich beteiligen am

Diskurs, ohne von der Politik vorgefertigte Antworten zu kennen und zu übernehmen. Sie muss Empathie mit jedem Geschöpf dieser Erde haben.

Aus der Geschichte lernen, die Dramen der Vorfahren verstehen, statt zu verurteilen und hoffentlich vielleicht nicht im kulturellen Wiederholungszwang den gleichen Vorstellungen zu erliegen, weil man meinte, mit einem Urteil sich aus den historischen Zusammenhängen lösen zu können. Geschichte wiederholt sich nicht im gleichen Design, sondern in gleichen Absichten in neuer Mode.

Neulich, beim Reparieren der Heizung, unterhielten der Handwerker und ich uns über Gott und die Welt. Er erklärte mir, dass die offizielle Erklärung zum Einsturz des World-Trade-Centers am 11. September 2001 ungläubwürdig sei, da Häuser von unten nach oben gebaut würden und deshalb ein Haus nicht wegen des Schadens am Dach einstürzen könne; logisch, aber für Akademiker schwer nachvollziehbar. Auch ich hatte aus meinem Erfahrungshorizont den offiziellen Erklärungen nicht geglaubt. Und zwar nicht, weil ich so klug bin, sondern aufgrund meiner konkreten Lebenserfahrung. Wenn palästinensische Kinder gezeigt werden, die sich freuen, dass diese Türme einstürzen, dann weiß ich, da kann etwas nicht stimmen. Diese Kinder konnten weder wissen, was diese Türme bedeuten, noch wo sie sind. Warum sollten sie sich darüber freuen und Fahnen dazu schwenken? Wie sich hinterher herausstellte, waren die

*»Sehen, ohne nach dem Davor, dem Danach und dem Warum zu fragen, öffnet unser Herz jeder Manipulation. Die menschliche Empathiefähigkeit lässt sich beliebig missbrauchen. Schauen ohne Verstand bringt nichts.«*

Bilder gefälscht beziehungsweise missbraucht. Die Kinder haben sich über den Sieg einer Fußballmannschaft gefreut. Und so sah es auch aus. Und wenn mir jetzt jemand erzählt, dass nach dem Ereignis zufälligerweise die Bilder ins Studio geraten und weltweit gesendet werden, dann sagt mir meine konkrete Erfahrung durch die Arbeit im medialen Bereich: Daran stimmt nichts.

Sehen, ohne nach dem Davor, dem Danach und dem Warum zu fragen, öffnet unser Herz jeder Manipulation. Die menschliche Empathiefähigkeit lässt sich beliebig missbrauchen. Schauen ohne Verstand bringt nichts. Wir Menschen müssen lernen, unseren eigenen Erfahrungen zu trauen und staatliche und private Medien nicht als Verkünder von Wahrheiten zu sehen, sondern als Vertreter von Absichten. Man kann sich die Welt auch von einem Heizungsmonteur erklären lassen und etwas lernen.

**HINTERGRUND** Viele Menschen, die sich mit den Dingen beschäftigen und die Entwicklung kritisch sehen, sagen, dass sie wenig Grund für Hoffnung haben. Sehen Sie Hoffnung für Frieden?

**GYSI** Ja.

**HINTERGRUND** Und woher nehmen Sie die Hoffnung?

**GYSI** Ich glaube weder an das Böse noch an das Gute, sondern versuche, die Welt ein Stück zu begreifen. Immer wieder neu. Zu den Erkenntnissen gehört, dass die **USA**, also ihre Eliten, wirklich nicht herrschen können. Und zwar, weil sie es nicht können. Sie erzeugen überall Barbiepuppen. Ursula von der Leyen ist für mich eine alt gewordene Barbiepuppe der **USA**. Im Moment erscheinen überall in den verschiedenen Regierungen junge Frauen als Prostituierte des Hofes, die durch die Zeremonienmeister des **WEF** geschult und auf Linie gebracht wurden. Sie sind sozusagen gleichgeschaltete Micky Mäuse, die dann die Stellen besetzen, um damit die Funktionen dieser Positionen ihres eigentlichen Inhalts zu berauben. Das deutsche Außenministerium ist einfach kein Außenministerium mehr. Statt diplomatische Lösungen zu entwickeln, ist das Ministerium eine **PR**-Agentur, die ihre Chefin gut anzieht und mit nackten Füßen durch Sand laufen lässt.

Es ist ja interessant, was wir in unseren Feinden entdecken. Also, das

Kopftuchtragen im Iran gilt als gemeingefährliche Unterdrückung. Wenn ich ein Kopftuch tragen könnte und damit die Welt friedlicher wäre, würde ich zwei aufsetzen. Das Tragen einer Kippa in Berlin, wieder eine Kopfbedeckung, gilt als Element der Freiheit? Damit wird jeder biografische, religiöse Ausdruck ein ideologisches Kampfmittel.

Was sind das für Erzählungen, mit denen wir unseren Alltag beschreiben lassen? Die Stories sind so unreal und so weit weg von der Realität, dass bereits allgemein allgemeiner Wahnsinn beklagt wird. Vielleicht werden wir Menschen wirklich einmal medizinisch beeinflusste Monster, die ständig geimpft werden und ständig irgendwie unter Drogen gesetzt werden müssen in Vollendung des Transhumanismus.

Mein Vater hat mal zu mir gesagt: Es gibt auf der Welt so viel Mittelpunkte wie Menschen. Das müsste man jedem Kind beibringen. Aber die Schule tut leider im Moment das Gegenteil, sie entmenschlicht die Menschen, statt sie überall zu sehen. Solche Begriffe wie Diktatur oder Demokratie, Kapitalismus, die reichen nicht mehr zur Lebensbeschreibung. Das sind keine moralischen Begriffe, die Gut und Böse unterscheiden. Sie gehören zu den neusten Irrtümern der Politikwissenschaft und berechtigen in keiner Weise zur Hierarchisierung von Ansprüchen.

**HINTERGRUND** Aber ein Begriff wie Kapitalismus hilft zumindest, bestimmte Grundstrukturen und Prozesse zu beschreiben, ohne dass damit praktisch alles in eine Kiste gestopft wird und alles nur damit beschrieben werden kann.

**GYSI** Die Realität entzieht sich der Deutung durch diese Begriffe. Links und Rechts als politische Beschreibung funktionieren durch den propagandistischen Druck heute in keiner Weise. Denn der Nationalsozialismus wird nicht nur zur Diskreditierung des Sozialismus genutzt, sondern er wird auch gegen alles Nationale ins Feld geführt. In der Realität war der Anspruch des Zweiten Weltkrieges ein imperialer: »Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!« Somit müsste man den deutschen Faschismus mit anderen imperialen Kriegen und Bewegungen vergleichen. Nationale Begrenzungen zu akzeptieren und zu diskutieren, ist das Gegenteil von imperialer Beglückung. Deshalb ist der Verweis auf den Nationalsozialismus im

Zusammenhang mit der AfD völlig unreal. Die heutigen globalen Bewegungen müssen sich diesem Vergleich stellen.

Im Moment ist die AfD die einzige Oppositionspartei. Sie wird durch die Mächtigen besonders angegriffen, weil sie nationale Fragen ins Zentrum ihrer Politik stellt. Die Diskreditierung der AfD durch den Verweis auf den Nationalsozialismus bezieht sich genau auf den Anspruch der Begrenzung von totalitärer Allmacht. Deutschland raus aus dem Krieg gegen Russland wird als nationalsozialistisch gedeutet, schon wieder Wahnsinn. Wir können hoffen, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht als Opposition in der politischen Arena Erfolg hat. Doch der permanent mit immer neuen Begründungen erklärte Ausnahmezustand, von der Pandemie zum Krieg in der Ukraine, zum Klimawandel, zur nächsten Pandemie schafft für die herrschenden Oligarchien mit internen Mafiastrukturen eine Möglichkeit, die Demokratie auszuschalten. Carl Schmitt schrieb: Wer den Ausnahmezustand diktiert, hat die Macht! Immer neue Ausnahmezustände werden gegen jede Opposition ins Feld, in den Krieg geführt.

**HINTERGRUND** Warum ist das so?

**GYSI** Weil dieser Ausnahmezustand Feinde fordert, die Gesellschaft spaltet, ein Teil der Bevölkerung die absolute Wahrheit jeden Tag mit den Verkündern gemeinsam zu Abend isst, während Opposition ausgeschlossen, mit Bann belegt wird. Es wird zur Kontaktschuld aufgerufen. Hier muss man von Verfolgung Andersdenkender sprechen. Auch der Papst wird heute mit einem Bann belegt, alles verkehrt sich in sich selbst. Damit feiert Totalitarismus wirklich Party. Opposition brauchen wir Menschen aber zum Überleben. Mit jeder Handlung entsteht ein neues Problem. Der **CO<sub>2</sub>**-Ausstoß ist keine ewige, endgültige Antwort auf Umwelt- und Klimafragen. Vielleicht war es auch nie eine Antwort, sondern schon immer Hinterhalt, ein Teil kognitiver Kriegsführung? Schon wieder eine Frage... ■

# Die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen

**Gegenwärtig erleben wir eine massive und grundlegende Krise des westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. In deren Folge suchen immer mehr Menschen nach Alternativen. Der Autor hat mit seinem Buch »Wirtschaft und Finanzen neu gedacht – Revolution der Menschlichkeit« eine Bestandsaufnahme von alternativen Initiativen und Projekten aus den Bereichen Produktion, Handel und alternative Geldsysteme vorgelegt. Im Folgenden beschreibt er entsprechende Ideen und Beispiele. VON ULRICH GAUSMANN**

Immer mehr Menschen sind auf der Suche nach Alternativen zu dem, was ihnen als alternativlos gepriesen wird. Sie suchen nicht nur, sondern gestalten aktiv – unter anderem durch alternative Produktionsweisen bei der Herstellung und Verteilung von Waren und Dienstleistungen, vor allem für die Grundbedürfnisse. Hier hat sich seit 2020, zum Teil auch schon erheblich früher, erstaunlich viel in einem großen Spektrum etabliert. Einige Beispiele: Dörfer mit lokaler Lebensmittelproduktion, Energiewendedörfer mit eigener Strom- und Wärmeversorgung, genossenschaftliches Wohnen, Wohnen und Pflege unter einem Dach auf Pflegebauernhöfen, die Bürgergesellschaft in den Niederlanden »Society 4.0« und weltweite Helfergemeinschaften.

Die Suche nach Alternativen betrifft auch den Bereich von Geld und Finanzwesen. Die Vorstellungen des Begründers der Freiwirtschaftslehre, Silvio Gesell (»Das Wunder von Wörgl«), spielen dabei ebenso eine Rolle wie Netzwerke von Tauschringen, »Umsonst-Gemeinschaften«, Zeitbanken und Vertrauensgemeinschaften, die ohne Geld als Zahlungsmittel auskommen und inzwischen eine weite Verbreitung gefunden haben. Dazu gehören auch Helfergemeinschaften (Helfa), die in den letzten drei Jahren auf hunderte Gruppen mit Tausenden an Mitgliedern weltweit angewachsen sind. Dies führt zu alternativen

Geldsystemen und Komplementärwährungen, die als Zahlungsmittel für den Handel mit Produkten vornehmlich auf regionaler und lokaler Ebene verwendet werden. Weltweit haben sich etwa 14.000 Komplementärwährungen (inklusive der Kryptowährungen) innerhalb von etwa 160 nationalen Währungen etabliert. Beispiele aus Deutschland (Gradido, Minuto, Weichbergtaler), Italien (Sardex), Belgien (Carel'Or) und der Schweiz (Léman) haben inzwischen beachtliche Verbreitung gefunden.

Alternativen bieten ebenso die Möglichkeiten digitaler Planung, verbunden mit radikaler Demokratie. In Chile wurden schon in den 1970er Jahren im Projekt »Cybersyn« digitale Steuerungssysteme auf Basis der Kybernetik angewendet. Nicht weniger interessant sind die umfangreichen digitalen Planungsarbeiten aus der Sowjetunion. Die Arbeiten des schottischen Informatikers Paul Cockshott und seines Landsmanns Allin Cottrell, einem Professor für Wirtschaftswissenschaften, belegen, dass eine nachhaltige demokratische Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter möglich ist und sie diejenige übertrifft, die nach den Spielregeln von Angebot und Nachfrage verfährt.

Die Bedeutung des Internets als Möglichkeit, sich weltweit zeitgleich Informationen zu beschaffen und zu vernetzen, kann den Boden für radikale Veränderung bereiten. Nationale Grenzen sind nun kein

Hindernis mehr. Intranet-Projekte zeigen, dass es möglich ist, eigene digitale Netzwerke als Intranet umzusetzen, bis hin zu »Silicon-Valley-freier« Hardware, die den Schutz privater Daten für die interne Kommunikation sicherstellt. Der viel diskutierte »Öko-Sozialismus« als »Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution« spielt in der öffentlichen Diskussion um die Verknüpfung von ökologischen Fragen mit der sozialen Frage eine große Rolle.

## Nicht nur warten auf den Zusammenbruch

Nachhaltigkeit, grüne Technologien und grünes Wachstum stehen hoch im Kurs. Nicht nur die »Alternativökonomie«, auch die Regierung(en) und Großunternehmen werben damit. Die Europäische Union (EU) hat sogar einen eigenen europäischen »Grünen Deal« auf ihre Agenda gesetzt. Die Treibhausgase sollen auf null reduziert und der europäische Kontinent damit bis 2050 klimaneutral werden.

Gleichzeitig tobt ein weltweiter ökonomischer und sozialer Konkurrenz- und Ausbeutungskampf, der mit Nachrichten über globale Zerstörungen einhergeht. Soziale Rechte und Absicherungen werden geschliffen, die Menschen durch eine permanente



Die beiden Gärtner Lisa Ennen (l) und Henry Müller besprechen in Radebeul (Sachsen) den Einsatzplan. Sie sind die Initiatoren des Projektes »Dein Hof« der solidarischen Landwirtschaft.

© picture alliance / dpa | Matthias Hiekel

Abstiegsangst in Schach gehalten. Es scheint fast so, als ob es keine Alternative zum Wachstum als Krisenlösungsstrategie gäbe. Margaret Thatcher, die »Eiserne Lady«, nannte das »TINA«: »There is no alternative.«

»Nur noch Utopien sind realistisch«, behauptete dagegen der Soziologe Oskar Negt 2012 und dachte darüber nach, wie Menschen für alternative Zukunftsentwürfe erreicht werden können, die normalerweise mit den Mühen des Alltags mehr als genug

zu tun haben. Es geht für all diese Menschen um die Suche nach einer gemeinsamen Zukunft und einem fairen Gemeinwesen, das soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit miteinander verbindet. Anhänger der »Verzichtsökonomie« wollen ein Leben, in dem der eigene Konsum eingeschränkt und – so weit wie möglich – auf überregionale Produkte verzichtet wird, zum anderen eine »kapitalismuskritische Ökonomie«, die kein »grünes Wachstum« will, aber vor allem eine Wirtschaftsweise mit einer

sozial gerechten und ökologisch verträglichen Umverteilung.

Diese Protagonisten haben kein Vertrauen in eine politische Umsteuerung und in das vernünftige Handeln der Menschen. Also warten sie auf den Zusammenbruch und gründen inzwischen autonome Rettungsinseln für das Leben danach. Gegner der Postwachstumsanhänger verhalten sich anders: Statt das Schiff zu verlassen und zur nächsten rettenden Insel zu rudern, kämpfen sie für einen gemeinsamen Kurswechsel,

um eine Kollision und den Untergang zu vermeiden. Wirtschaftliche Sicherheit, gesellschaftliche Freiheit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind das gesellschaftliche Ziel.

Der US-amerikanische Soziologe Erik Olin Wright (1947–2019) schlägt dazu vor, sich »realen Utopien« zuzuwenden. »Anstatt den Kapitalismus durch Reformen von oben zu zähmen oder zu bändigen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerbrechen«, schreibt er, »sollte ... der Kapitalismus dadurch erodiert werden, dass in den Rissen und Räumen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden und zugleich um die Verteidigung und Ausweitung dieser Räume gekämpft wird. Reale Utopien sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voran bewegen«.

Gleichzeitig warnt er vor Illusionen angesichts des übermächtigen kapitalismusfreundlichen Staats. »Würden sich aber emanzipatorische Formen wirtschaftlicher Tätigkeit und wirtschaftlicher Verhältnisse jemals bis an den Punkt entwickeln, an dem sie die Vorherrschaft des Kapitalismus bedrohen, dann würden sie schlichtweg vom kapitalistischen Staat zerschlagen.« Es geht also um Lösungen innerhalb des bestehenden Systems und um Kooperationen mit dem Staat. »Wir benötigen«, fasst Wright zusammen, »ein gesellschaftliches und politisches Projekt, das im Kampf um reale Demokratie innerhalb von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verankert ist. Das ist die Vision realer Utopien.«

### Genossenschaften als reale Utopie

Reale Utopien als Konzepte gibt es nicht erst seit heute. Vor allem in der langen Geschichte der Genossenschaften finden wir sie. Als Nothilfeorganisationen begonnen, haben sie sich zu Körperschaften gemauert, die Menschen mit Wohnraum, Nahrungsmitteln und anderen Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse versorgen. So arbeiten nach seriösen Schätzungen etwa eine Milliarde Menschen weltweit in Genossenschaften, mit Familienangehörigen sind es

sogar 2,5 Milliarden. Das ist etwa ein Drittel der Weltbevölkerung. Genossenschaften setzen, bei allen inneren Problemen, auf ein aktives Vorleben für eine Gesellschaft, in der die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Sie sind Orte des politischen und wirtschaftlichen Lernens und Handelns.

»Anders wirtschaften« umfasst Gemeinwohlunternehmen, Genossenschaften, Tauschringe, auch lokale Komplementärwährungen, die auf den Prinzipien der Solidarität, Teilhabe und Gerechtigkeit aufgebaut sind. Dazu einige Beispiele von etwa zwanzig, die ich in meinem Buch beschreibe.

### Menschlich Wirtschaften e. G. Stralsund

Als Reaktion auf die »Corona-Krise« wurde im Oktober 2021 in Stralsund aus der Initiative »Sofort zurück zur Demokratie« die Genossenschaft »Menschlich Wirtschaften e. G.« gegründet. Sie hat aktuell etwa 300 Mitglieder und wendet die Prinzipien der sozialen Dreigliederung Rudolf Steiners an, ohne selbst eine anthroposophische Genossenschaft zu sein. Mit dem Ziel, die Regionalwirtschaft zu fördern, wird eine »Säule der Wirtschaft« aufgebaut.

Konkret wurde eine digitale Kommunikations- und Handelsplattform eingerichtet, auf der Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Gesundheit, Einkaufen, Handwerk und anderem beworben werden. Sie zählt inzwischen etwa 8.000 angemeldete Nutzer. Erträge aus der Wirtschafts- und Handelsinfrastruktur ermöglichen die Mitfinanzierung von Existenzgründungen, Schulen, Handelsgesellschaften, Kultur und mehr. Zwei Drittel ihres Gewinns verwendet die Genossenschaft für diese Projekte, von denen einige inzwischen realisiert wurden. Neben freien Schulen auf Usedom und in Potsdam gibt es inzwischen den ersten Genossenschaftsladen in Stralsund, weitere werden folgen. Die akute Not im Gesundheitswesen hat die Pläne für Gesundheitshäuser vorangetrieben. Aktuell laufen Bemühungen, Landarztpraxen und das Modell der Gemeindegewerkschaft (»Gemeindegewerkschaft Agnes«) wiederzubeleben. Der weitere Ausbau einer eigenen Akademie läuft bereits, wie auch der Aufbau eines eigenen »Menschlich-Wirtschaften«-Medien-Kanals im Berliner »Radio Morgenröte«.

### Unabhängige Dorfgemeinschaften

Über 160 Kommunen in Deutschland decken bereits einen großen Teil ihres Strom- und Wärmebedarfs durch überwiegend regional erzeugte Biomasse. Sie sind damit auf dem Weg, unabhängig von großen Energieunternehmen zu werden – und sparen Kosten. Sie setzen dabei auf Genossenschaften und eine breite Bürgerbeteiligung.

Energiewendedörfer stellen die Eigenversorgung auf regional langfristig verfügbare, nachwachsende Rohstoffe wie Holz, Stroh und Pflanzensilage um. In Jühnde bei Göttingen entstand 2005 das erste Bioenergiedorf. Das war der Startschuss für diese Bewegung. Über 160 Kommunen und Gemeinden in Deutschland sind inzwischen zu einem Bioenergiedorf geworden. Die Dörfer produzieren ihren elektrischen Strom zu 100 Prozent selbst, die Wärmeenergie zu 50 Prozent, und beginnen nun, eigenen Treibstoff zu produzieren. Im Dorf Feldheim bei Treuenbrietzen kostet die Kilowattstunde ganze 12 Cent, die Wärmeenergie 7,5 Cent. Im bayerischen Landkreis Ebersberg beliefert ein kommunales Unternehmen 19 Städte, Gemeinden und Märkte mit Ökostrom. Überschüsse werden eingespeist, die Vergütung fließt an die Gemeinden zurück.

### Niederlande: Bürgerbewegung »Society 4.0«

In den Niederlanden sind die Bauern unter Existenzdruck geraten, mehr noch: Ein Teil von ihnen soll von Staats wegen quasi enteignet werden. Die Regierung in Den Haag zielt auf die Zerstörung kleinerer und mittelständischer Landwirtschaftsbetriebe. Durch das Verbot von Düngemitteln und die erzwungene Reduzierung des Viehbestandes müssten, ein Drittel der Bauern ihren Betrieb aufgeben und würden, willkommene Beute großkapitalistischer Investoren. Dagegen hat sich eine Bürgerbewegung unter dem Namen »Society 4.0« formiert, inspiriert vom Buch des niederländischen Professors Bob de Wit. Er gilt als »akademischer Visionär«, der sich mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation durch digitale Technologien und Entwicklungen in den Bereichen Biotechnologie und Energie beschäftigt. Innerhalb weniger Jahre ist in den

Niederlanden der Aufbau eigener Regionen gelungen, von unten nach oben, ausgehend von der Eigeninitiative engagierter Menschen. Die Bürgergesellschaft agiert wie ein »Schwarm«, der sich mit geteilter Verantwortlichkeit, mit Rollenübernahmen, Abstimmung untereinander und flexibler Koordination selbst organisiert.

Inzwischen wurden zehn gesellschaftliche Bereiche aufgebaut, die selbst organisiert sind: Energie und Wasser, dezentrale digitale Infrastruktur (eigenes Intranet), gemeinsame Wohnprojekte, Lernen und Entwickeln, eigene Bezahlssysteme und Bankwesen (eigene Währungen), demokratisches Unternehmertum, regionale Wirtschaft, Gesundheit, gesunde und nachhaltige Lebensmittel. Wegen der hohen Nachfrage gibt es bereits eine Koordination für Deutschland, Österreich und die Schweiz.

### Zukunft Pflegebauernhof

Der Landwirt Guido Pusch ist Initiator und Gründer der Pflegebauernhöfe. **2010** gestaltete er den eigenen großelterlichen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb zu einem Pflegebauernhof um. Die ambulante Betreuung und Pflege der älteren Bewohner übernimmt ein Pflegebetrieb, der eigens dafür gegründet wurde. Aus dem ersten Pflegebauernhof sind inzwischen **21** Projekte in Deutschland geworden. Sie sollen zu sinnstiftenden, betreuten Lebensorten weiterentwickelt werden. Die Nachfrage nach Wohnplätzen, auch aus dem Ausland, ist hoch. Angesichts des »Bauernlegens« auch in Deutschland eine nahezu perfekte Übergangslösung für landwirtschaftliche Betriebe. »Heimat ist da, wo ich bis zum Schluss bleiben kann«, sagen die Bewohner häufig. Bauernhof statt Alleinsein – so bekommt soziale Landwirtschaft eine neue Zukunftsperspektive.

### Lebensmittel für die Städte: Gartenring-Dörfer

Offensichtlich braucht es Visionäre und Praktiker zugleich, die sich nicht aufhalten lassen, hartnäckig nach zukunftsfähigen Lösungen für Bedürfnisse von Menschen zu suchen, an denen der Staat offensichtlich kein Interesse mehr hat. So auch bei den »Neuen Dörfern im Gartenring«, deren Konzept von Rolf Otterpohl, einem Professor für »Ländliche Entwicklung«, kreiert wurde. Ihm geht es um lokale Wirtschaft: »Die Motivation zum Aufbau von lebendigen Dörfern und Stadtteilen wächst schnell. Vielfältige Kleinbetriebe ermöglichen Unabhängigkeit und vielen eine erfüllende Lebensweise.«

Das Konzept der Gartenringe besteht darin, dass mindestens **150** und bis zu **300** Menschen einen Bauernhof übernehmen und ihn dann zu einem sehr effektiven Gartenbaubetrieb umbauen. Die Dörfer können um eine Stadt herum angesiedelt werden und sie mit frischen Lebensmitteln versorgen. Für Gebiete mit Meereszugang schlägt Otterpohl Algennahrung aus dem Meer und schwimmende Dorfinseln vor, die aus Plastikmüllteppichen Rohstoffe und Energie erzeugen. Im Netzwerk Gartenring ist eine Dorfbörse eingerichtet, wo sich Gleichgesinnte suchen und finden können. Die ersten Projekte in Norddeutschland, im Rheinland, in Bayern, in Sachsen und in Brandenburg sind schon online.

### Neue Finanzarchitektur

Schätzungen gehen von weltweit etwa **14.000** Komplementärwährungen (inklusive Kryptowährungen) aus, bei etwa **160** nationalen Währungen: ein enormes Übergewicht für die Regionalisierung und

Eigenorganisation der Tausch- und Geldsysteme, wie Beispiele aus Deutschland und anderen Ländern zeigen.

In Deutschland erfreuen sich vor allem die Tauschsysteme Gradido und Minuto einer großen Nachfrage. Das Gradido-System wird auf einer eigenen Plattform mit dezentralen Servern organisiert; Gradidos (**GDD**) können dort monatlich geschöpft werden, sie existieren aber auch in Form von Geldscheinen als GradidoDankBar (**GDB**). Im Gradido-Modell werden für jeden Bürger monatlich dreimal **1000 GDD** geschöpft – unabhängig von seiner Arbeitsleistung –, die auf drei Bereiche aufgeteilt werden: bedingungslose Teilhabe beziehungsweise aktives Grundeinkommen, öffentlicher Haushalt und Ausgleichs- und Umweltfonds.

Minuto ist ein »Energie-Gutschein«, wie Erfinder Konstantin Kirsch ihn nennt. Arbeitsleistungen, die angeboten werden, werden von Minuten in Minutos umgerechnet (**60 Minuten = 60 Minutos = 30 Euro**). Auf dem Minuto-Formular, welches selbst am Computer ausgedruckt werden kann, werden das Angebot und der notwendige Zeitaufwand mit Namen, Adresse und zwei Bürgen eingetragen. Damit beginnt der Tausch der Inhaberschuldverschreibung in der Minuto-Gemeinschaft.

Als Folge der Finanzkrise **2007** entstand auf Sardinien die Initiative für eine eigene Währung, die **2010** als Sardex in Umlauf gebracht wurde. Der Sardex wird über ein Online-Konto gebucht und ist nur Unternehmen und Einzelpersonen vorbehalten, die auf Sardinien ihren Sitz haben. Die Konten sind im Guthaben zu führen, die nicht verzinst werden, es gibt keine Kreditlinien. Schon **2016** wurde Sardex bereits in eine Aktiengesellschaft mit **50** Mitarbeitern überführt. **2017** betrug das Transaktionsvolumen des Sardex **212** Millionen Einheiten (gleicher Gegenwert in Euro) und lag damit über dem Bargeldumlauf des Euro. ■

**ULRICH GAUSMANN** wurde 1960 in Ostwestfalen geboren. Nach einer Ausbildung zum Buchhändler studierte er Geschichte, Soziologie, Politik und Wirtschaftswissenschaften. 2001 wurde er bei Prof. Arno Klönne mit einer »Studie zur nationalen Frage 1945–1949« promoviert. Seine Interessenschwerpunkte sind seitdem Kapitalismusanalyse und -kritik, die Soziologie sozialer Bewegungen und politische Gegenwartsfragen. Kontakt zum Autor: [revolutiondermenschlichkeit@posteo.de](mailto:revolutiondermenschlichkeit@posteo.de)



Ulrich Gausmann  
**Wirtschaft und Finanzen neu gedacht**  
Revolution der Menschlichkeit.  
Buchreihe  
»The Great WeSet«

Massel Verlag 2024  
ISBN 978-3-948576-07-3  
344 Seiten, 25 €

# Umbruch im linken Parteienspektrum: Das BSW als letzter Ausweg?

**Mit der Spaltung der Linksfraktion im Bundestag, der Gründung des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) als politische Partei am 27. Januar 2024 und der Konstituierung von zwei linken Zusammenschlüssen im Bundestag mit Gruppenstatus (Die Linke mit 28 Abgeordneten und die Gruppe BSW mit 10 Abgeordneten) am 2. Februar 2024 ist der Umbruch im linken Parteienspektrum unübersehbar geworden. VON EKKEHARD LIEBERAM**

**E**rkennbar ist, dass die Trennung vom Wagenknecht-Lager weder den weiteren Niedergang der Linkspartei noch deren Mitgliederschwund noch die politische Zerstrittenheit in der Partei beendet hat. Es gibt vor allem erhebliche Differenzen zwischen dem Vorstand der Bundestagsgruppe Die Linke und dem Parteivorstand. Wohin die Dinge sich entwickeln, ist ungewiss. Antworten auf Wahlumfragen sehen Ende März die Partei Die Linke (PDL) zwischen zwei bis drei Prozent – Werte einer Kleinpartei; das »Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit« (BSW) zwischen vier bis sieben Prozent. Beide Parteien werden an den 2024 stattfindenden Wahlen teilnehmen. Vier kleinere linke Parteien werden bei den Europawahlen am 9. Juni dabei sein: Die Partei, die DKP, die Basisdemokratische Partei und die MLPD. Für die Europawahlen hatte das BSW bereits

Ende Februar 18.000 Unterstützerstimmen gesammelt; 2000 waren notwendig. Nach den Europawahlen und den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September und in Brandenburg am 22. September werden wir sicherlich klarer sehen.

## Ostpartei PDS wird zur PDL

Das in den Jahren 1989/1990 mit der deutschen Vereinigung begonnene Projekt einer kämpferischen sozialistischen Partei hatte eine feste soziale und politische Grundlage, zunächst nur im Osten Deutschlands. Die PDS verurteilte das im Zuge der Vereinigung an den Ostdeutschen begangene Unrecht. Sie vertrat die Interessen der Lohnabhängigen, setzte sich für einen demokratischen Sozialismus ein und bot im Bundestag der Militarisierung der Außenpolitik Paroli.

1994 und 1998 zog sie in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. 2002 bei den Bundestagswahlen erhielt sie nur noch vier Prozent der Zweitstimmen. Sie war und blieb eine »Ostpartei«.

Unter den Bedingungen der Volksbewegung gegen die neoliberale Agenda 2010 unter Gerhard Schröder (SPD), die mit einer tiefen Vertrauenskrise der SPD-Anhänger gegenüber der sozialdemokratischen Führung einherging (die SPD verlor 2009 allein 2 Millionen Wähler an die Nichtwähler und 1,1 Millionen an die Linkspartei), gelang dann der Aufbau einer gesamtdeutschen linken Partei mit Masseneinfluss.

2007 vereinigte sich die PDS mit der aus dieser Protestbewegung hervorgegangenen Partei WASG zur Partei Die Linke (PDL – auch: Linkspartei). Aus der Bundestagswahl 2009 ging diese als gesamtdeutsche Partei mit einem beachtlichen Ergebnis hervor:





© picture alliance/dpa | Michael Keppeler

Mit den damaligen Vorsitzenden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine erhielt sie bundesweit **11,9** Prozent der Zweitstimmen und selbst in Bayern **6,5** Prozent. Das waren mehr als **50** Prozent der Zweitstimmen der **SPD**. **18** Prozent der berufstätigen Arbeiter und **25** Prozent der Arbeitslosen stimmten für sie. Ihr Parteiprogramm von **2011** stand ganz im Zeichen der Strategie einer Gesellschaftsveränderung hin zu einem demokratischen Sozialismus: »Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander zu unterscheiden sind.«

Es bekam der Linkspartei allerdings gar nicht, dass sie dann zunehmend auf Regierungsbeteiligung setzte und ihr Profil als Systemopposition sukzessive bis zur Unkenntlichkeit abschwächte. Sie wurde

»jenen Parteien« immer ähnlicher, zu denen sie laut ihrem Programm gar nicht gehören wollte. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern setzte sie die seit **2001** beziehungsweise **2002** bestehende Regierungsteilnahme der **PDS** fort. In Brandenburg trat sie **2009** in die Landesregierung ein. In Thüringen stellt sie seit **2014** mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten. In Bremen beteiligte sie sich **2019** an der Landesregierung. Sie verlor an Ansehen als systemoppositionelle und als Protest-Partei. **2017** trat sie dann auch bei der Bundestagswahl als »Regierungspartei im Wartestand« an. Es ist kein Zufall, dass etwa zu diesem Zeitpunkt auch ihr Ansehen als erste Adresse des politischen Protestes bei Wahlen verloren ging. Die rechtspopulistische **AfD** übernahm diese Rolle und zog **2017** mit **12,6** Prozent der Zweitstimmen in den Bundestag ein. Die Linke erhielt immerhin noch **9,2** Prozent der Zweitstimmen.

### Überlebensuntergrenze unterschritten

Mit der Bundestagswahl vom **26. September 2021** nahm die Krise der Linkspartei einen existenziellen Charakter an. Mit bundesweit **4,9** Prozent der Zweitstimmen unterschritt sie die vom Bundesgesetzgeber festgelegte Überlebensuntergrenze von fünf Prozent. Dank der drei Direktmandate von Gregor Gysi und Gesine Löttsch in Berlin sowie Sören Pellmann in Leipzig zog sie dennoch mit **39** Abgeordneten und Fraktionsstärke in den Bundestag ein. In Westdeutschland hatte sich ihr Stimmenanteil gegenüber **2017** von **7,4** auf **3,7** Prozent halbiert. In Ostdeutschland rutschte sie von **17,8** auf **10,4** Prozent ab. Von den berufstätigen Arbeitern und den Arbeitslosen stimmten noch **5** bzw. **12** Prozent für sie. Dramatische Wählerbewegungen weg von

der Linkspartei machten das ganze Ausmaß des Niedergangs deutlich. Sie verlor rund zwei Millionen Zweitstimmen: **590.000** gingen an die **SPD**, **470.000** an die Grünen, **370.000** zu den Nichtwählern und **110.000** zur AfD. Eine kritische Wahlanalyse des Anfang **2021** neu gewählten Vorsitzenden-Duos Janine Wissler und Martin Schirdewan blieb aus.

### Sozialschicht mit eigenen Interessen

Die Rede war lediglich davon, dass die Zerstrittenheit in der Partei aufhören müsse, ebenso die Intrigen und Eitelkeiten. Vor allem müsse man sich von Sahra Wagenknecht trennen, hieß es gar. Auch später, nach den Verlusten bei den nachfolgenden Landtagswahlen, kam es in der Partei zu keiner ernsthaften Ursachendebatte.

Dabei waren die Ursachen für den Niedergang klar erkennbar und von linken Partientheoretikern wie Wolfgang Abendroth im Zusammenhang mit der Analyse der politischen Zähmung der **SPD** längst aufgedeckt worden. In seiner **1964** veröffentlichten Monografie zur deutschen Sozialdemokratie war Abendroth zu dem Ergebnis gekommen, dass mit dem wahlpolitischen Erfolg einer Arbeiterpartei wie der **SPD** sich unweigerlich eine »Sozialschicht« von »Berufspolitikern und Parteiarbeitern« mit eigenen Interessen entwickelt, die im Gegensatz zu denen der Lohnarbeiter stehen. Diese veränderten Interessen verbinden sich mit denen der herrschenden Klasse. Die Partei wird zur »Staatspartei«. Unweigerlich gerät damit ihre Führung in Konflikt mit den Anhängern und Wählern der Partei. Ihre Politiker verlieren an »politischer Intelligenz«.

Von der Gründung des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« unter Ferdinand Lassalle im Mai **1863** bis zur Zustimmung der **SPD**-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten im August **1914** hatte das noch mehr als **51** Jahre gedauert. Unter den Bedingungen der Bundesrepublik

Deutschland mit ihrer Politik- und Parteienfinanzierung in der Größenordnung von mittlerweile deutlich mehr als einer Milliarde Euro (für Parlamentsarbeit, für Wahlkämpfe und Bildungsarbeit, für parteinahe Stiftungen) dauerte die politische Anpassung einer neuen linken Partei nicht einmal ein Jahrzehnt. Auch die Geschichte der Grünen (seit **1983** im Bundestag) hat das deutlich gemacht.

Im Falle politischer Erfolge leben bereits nach einigen Jahren um die **80** Prozent der Parteipolitiker (so auch die Zahlen für die Führungsgremien der Linkspartei) als Parlamentarier, Parlamentsmitarbeiter oder Stiftungsmitarbeiter. Sie leben vor allem von der Partei. Sie wollen politische Karriere machen, bis hin zum Ministeramt. Sie finden dabei Gefallen am allgemeinen Politikbetrieb, so wie er ist. Es ist nicht verwunderlich, dass die Wähler das gar nicht unterstützungswürdig finden.

### Weiterer Anpassungsschwenk in Erfurt

Gregor Gysi zog auf dem **8.** Parteitag der Linkspartei in Erfurt im Juni **2022** eine Bilanz nach **15** Jahren Linkspartei. Er sprach zu Recht von einer »existenziellen Krise«. Es gebe nur »Rettung« oder »Versinken in der Bedeutungslosigkeit«. Die tatsächlichen Ursachen der Krise übergang er. Sein recht allgemeiner Vorschlag zur Lösung der Krise war: Die Partei müsse ihren »Zweck in der Gesellschaft« neu bestimmen und sich den »anstehenden sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Fragen zuwenden«.

Inhaltlich gab es auf dem Parteitag dann sehr wohl konkrete Änderungen, gerade im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Situation eines eskalierenden Krieges in der Ukraine. Aber sie gingen nicht in Richtung einer Mobilisierung friedenspolitischer Gegenmacht gegen die sich anbahnende bellizistische Politikwende. Sie näherten sich den Positionen der Regierenden:

→ Der außenpolitische Kurs der Partei wurde in Erfurt scharf gegen Russland ausgerichtet.

→ Negiert wurde die Vorgeschichte dieses Krieges mit der Ausweitung der **NATO** in Richtung Westgrenze der Russischen Föderation, geprägt von der Missachtung der russischen Sicherheitsinteressen.

→ Die Sanktionen gegen Russland wurden zum Teil gebilligt.

→ Die Zustimmung zu Waffenlieferungen an die Ukraine wurde zu einer legitimen Position in der Partei.

→ **60** Prozent der Delegierten stimmten gegen den Ersetzungsantrag **3**, der sich für einen Schulterchluss mit jenen aussprach, die den sozialpolitischen Widerstand mit dem Kampf gegen Hochrüstung und gegen eine russlandfeindliche Politik verbinden wollten.

Personell wurde auf dem Erfurter Parteitag ein Vorstand inthronisiert, in dem bis auf ein Mitglied der Kommunistischen Plattform (**KPF**) interne linksoppositionelle Zusammenschlüsse wie die Sozialistische Linke, Betrieb und Gewerkschaft und die Antikapitalistische Linke nicht mehr vertreten sind. Am **10. Februar 2022** verstarb der erfahrene linke Politiker und vorletzte Ministerpräsident der **DDR**, Hans Modrow. Er hatte als Vorsitzender des Ältestenrates in den letzten Jahren die Parteiführung wegen ihres Anpassungskurses mehrfach scharf kritisiert. Bereits vorher, im November **2022**, hatte der Parteivorstand mit Bruno Mahlow, Gregor Schirmer und Hermann Klenner drei erfahrene marxistische Denker aus dem Ältestenrat entlassen.

### Linkspartei versagt als Friedenspartei

Bald nach dem Erfurter Parteitag kam es dann zum ersten großen politischen Skandal in der Linkspartei. Die Kehrtwende hin zur Parteinahme für die **USA** in ihrem Stellvertreterkrieg in der Ukraine stieß auf

Widerstand. Am 8. September 2022 hielt Sahra Wagenknecht im Bundestag im Rahmen der jährlichen Haushaltsdebatte eine Rede gegen diesen Krieg. Sie sprach über die in Deutschland drohende »soziale und wirtschaftliche Katastrophe«. Ursache dafür seien vor allem die von der Bundesregierung und deren Wirtschaftsminister Robert Habeck verhängten »fatalen Wirtschaftssanktionen« gegen Russland.

Der Parteivorstand distanzierte sich von der Rede. Drei Landtagsabgeordnete aus Sachsen und Thüringen beantragten, Wagenknecht aus der Bundestagsfraktion auszuschließen. Sie sammelten dafür sogar Unterschriften. Bis zum 16. September kamen 2700 Unterschriften zusammen. Dagegen wandte sich eine Initiative, die die Rede »gut« fand. Sie kam zum gleichen Zeitpunkt auf 10.700 Unterschriften.

Zum zweiten Skandal kam es dann gut fünf Monate später im Zusammenhang mit der Friedenskundgebung in Berlin am 25. Februar 2023. In einem »Manifest für den Frieden« hatten Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer dazu aufgerufen zu verhandeln, »die Waffenlieferungen zu stoppen« und »Kompromisse (zu) machen, auf beiden Seiten«. An der Friedenskundgebung in Berlin nahmen etwa 50.000 Menschen teil; mehr als 900.000 unterzeichneten das Manifest, auch Bundestagsabgeordnete der Linkspartei. Deren Vorstand aber verweigerte die Unterstützung für die Kundgebung wie auch für das Manifest. Die Berliner Parteiorganisation forderte vor der Botschaft der Russischen Föderation in der Ukraine »Russen raus aus der Ukraine«.

Wir leben augenscheinlich nicht nur in hochgefährlichen, sondern auch in sehr wirren Zeiten. Und nicht nur das: Wir leben im Jahre 2024 in einer Entscheidungssituation. Zur Entscheidung steht, ob der Ukraine-Krieg sich zu einem Weltkrieg ausweitet oder gestoppt werden kann. Beunruhigend ist, dass in der Bundesrepublik – von den meisten unbemerkt – eine bellizistische Politikwende vollzogen wurde, die nur noch schwer zu stoppen ist.

Die Militärausgaben in der Bundesrepublik Deutschland wurden von 37 Milliarden

Euro im Jahre 2017 auf 79 Milliarden Euro im Jahr 2024 (52 Milliarden aus dem Haushalt, 19,8 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr und 7 Milliarden Euro Militärhilfe an die Ukraine) erhöht. Nach Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius sollen im Jahre 2024 aus dem Haushalt noch einmal 5 Milliarden Euro hinzukommen.

Nach wie vor stellt sich die Gruppe Die Linke im Bundestag unter Sören Pellmann und Heidi Reichinneck gegen diesen Kurs. Die Linkspartei insgesamt allerdings wird sie nicht mehr ändern können. Deren Führung ist zum »linken« Flügel der Regierenden geworden. Wie Jan Schlemmer, Berater des Co-Parteivorsitzenden Martin Schirdewan, in einem Artikel gegen Wagenknecht im *Neuen Deutschland* verkündete, will man zukünftig ohne Wenn und Aber an der Seite der USA am Kampf der »Demokraten gegen die Autoritären« teilnehmen: »Als eine Partei, die Westbindung nicht mehr verdammt«, als »Partei für die liberale Demokratie«.

### BSW:

#### Wagnis mit Fragezeichen

Der Aufbau einer neuen kämpferischen Friedenspartei wird dringend notwendig. Mitte 2023 war es so weit: Das BSW wurde am 23. September beim Amtsgericht Mannheim ins Vereinsregister eingetragen. Am 23. Oktober erklärten Sahra Wagenknecht und neun weitere Bundestagsabgeordnete ihren Austritt aus der Linksfraction. Die Gründung der Partei BSW erfolgte am 8. Januar in Berlin. Man wolle, so eine zentrale Botschaft der neuen Partei, »keine Linkspartei 2.0« sein. Ihr Europawahlparteitag fand am 27. Januar 2024 statt. In zumindest drei Punkten setzte das BSW neue und ungewohnte Akzente:

→ Es gab sich in der Mitgliederfrage ausgesprochen zurückhaltend. Sahra Wagenknecht erklärte, die Partei dürfe nicht »von Spinnern« bzw. »Glücksrittern, Narzissten oder Extremisten« gekapert werden. Bei der Gründung hatte das BSW 44 Mitglieder. In den ersten Wochen sollten 450 Personen aufgenommen werden, bis zur Bundestagswahl 2025 etwa 2000.

→ Das BSW versprach eine Politik der »Vernunft und Gerechtigkeit«, legte aber kein Programm vor. Auf dem Parteitag zur Europawahl verabschiedete sie ein

vorläufiges Programm, das wichtige friedenspolitische Forderungen enthält. Das BSW geht davon aus, dass die EU »ein Europa der Banken und des Big Business« ist. Es tritt für »Abrüstung und Friedensverhandlungen für die Ukraine« ein und strebt eine gesamteuropäische »neue Friedens- und Sicherheitsordnung« an. → Grundsätzlich positiv äußerte sich Sahra Wagenknecht zur Frage der Regierungsbeteiligung. Diese sei nicht »zum Nulltarif in irgendeiner Regierung« zu haben. Es müsse um einen »politischen Neubeginn« gehen.

Aus der Sicht der Erfahrungen mit linken Parteigründungen seit gut 160 Jahren deutscher Parteiengeschichte fällt das Politikverständnis des BSW vor allem in der Programmfrage seltsam aus dem Rahmen. Mag sein, dass der bisherige Grundsatz, man könne eine linke Partei nur gründen, wenn es eine entsprechende Bewegung in der Gesellschaft gibt, nicht ganz richtig ist. Das außergewöhnliche politische Charisma von Sahra Wagenknecht könnte durchaus Grundlage eines politischen Erfolgs des BSW werden.

Aber »Praxis ohne Theorie vermag wenig«, wusste schon der römische Rhetoriker Quintilian. Auch einer der erfolgreichsten linken Politiker sah das ähnlich: »Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.« Zu den gesicherten theoretischen Grundsätzen linker Politik gehört unbedingt: Politische Erfolge in Richtung »Vernunft« sind keine bloße Sache der politischen Begabung charismatischer Politiker. Die Möglichkeiten linker Politik sind »vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis« abhängig.

Vernunft und Gerechtigkeit haben in der Politik der kapitalistischen Gesellschaft handfeste und mächtige Gegner. Es sind die großen Konzerne und Banken und ihre Gefolgsleute in der Politik. Politische Streiter für eine Politik des Friedens und eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen sind gut beraten, wenn sie sich nicht allein auf die Überzeugungskraft der Vernunft verlassen. Erfolgreiche Einwirkung auf Politik bedarf der machtpolitischen Grundlage, nämlich der Aktionsbereitschaft und gewerkschaftlichen und politischen Kampfkraft der arbeitenden Klassen. Es ist dem BSW zu wünschen, dass es in seinem bis zur Bundestagswahl 2024 auszuarbeitenden Programm und vor allem in seiner politischen Praxis diese Erkenntnis beachtet. ■

# Alles rechts oder was? – Metamorphosen im Parteiensystem

Krisen im Parteiensystem begleiten gesellschaftliche Krisen, gehen ihnen voraus oder folgen ihnen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die in den europäischen Ländern seit dem Kalten Krieg vorstättengingen, sind mit parteipolitischen, kulturellen und sozialpsychologischen Veränderungen verbunden. **VON ERHARD CROME**



© picture alliance/dpa | Hendrik Schmidt

**ERHARD CROME** (Jg. 1951) Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, 1987 Habilitation. Von 2002 bis 2016 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik, Potsdam. Der Politikwissenschaftler publizierte in Verlagen der Eulenspiegel-Verlagsgruppe mehrere Bücher.

In den osteuropäischen Ländern der »Transformation« vom Realsozialismus zum Kapitalismus haben sich die Parteiensysteme zum Teil mehrmals umgewälzt, sind zerfallen und wurden wieder neu zusammengesetzt. In dem Maße, wie die Parteien der sogenannten Mitte den Kurs des Neoliberalismus umgesetzt hatten, alles Mögliche versprochen, aber – zumindest für die arbeitenden Menschen und die Mittelschichten – kaum Positives realisierten, haben diese Parteien auch in anderen Ländern Europas Einfluss und Wählerzuspruch verloren. Davon profitierten zeitweilig linke Parteien, so Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien und Die Linke in Deutschland. Anhaltender waren die Gewinne rechter Parteien, wie viele Jahre in Italien Berlusconi und nun Giorgia Meloni, in Ungarn Viktor Orbán, der seit 2010 das Land mit Zweidrittelmehrheit regiert, in Polen Jarosław Kaczyński, dessen PiS-Partei 2015–2023 regierte.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008 hatte dies befördert. Jetzt die multiple Krise aus Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, Verwerfungen mit Corona, Klimakrise und die globalen Spannungen. Die derzeitige Bundesregierung hat sich dem Kurs der Biden-Administration der USA gegen Russland untergeordnet, die Sprengung der Nord-Stream-Gasleitungen hingenommen und sich aktiv an den Wirtschaftssanktionen des Westens beteiligt. Damit wurden die seit Jahrzehnten geschaffenen energiepolitischen Grundlagen des Industrie- und Exportmodells Deutschland und des Wohlstands seiner Bevölkerung ruiniert und eine sozial- und wirtschaftspolitische Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt.

Das unterminiert den sozialen und politischen Frieden im Land, reduziert die außenpolitischen Spielräume und sucht sich einen wahlpolitischen Ausweg.

### Deutsche Aufwallungen

Im Januar 2024 machte eine Mitteilung die Runde, in Potsdam hätten sich im November 2023 AfD-Politiker und Rechtsextreme getroffen, darunter der aus Österreich kommende Martin Sellner, einer der Begründer der als besonders rechts geltenden »Identitären Bewegung«. Es sei um massenhafte »Remigration«, auch von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund gegangen. Der Bericht des investigativen Recherchezentrums Correctiv wanderte von Medium zu Medium und wurde alarmistisch weiter ausgemalt.

Meist wurde die Selbstdarstellung von Correctiv übernommen, sie seien eine »unabhängige« Medieneinrichtung. Die *Nachdenkseiten* – rechter Umtriebe unverdächtig – attestierten Correctiv dagegen eine »fragwürdige Finanzierung«. Gründer David Schraven war zuvor Chef des Recherche-Ressorts der Funke-Mediengruppe (bis 2013 der international tätige Medienkonzern **WAZ** – *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*). Die Anschubfinanzierung in Höhe von drei Millionen Euro kam von der Brost-Stiftung, der früheren Eigentümerin der **WAZ**-Gruppe. Hinzu kamen ab 2017 Google, Facebook und die »Open Society Foundation« des US-amerikanischen Multimilliardärs George Soros, ab 2018 der

französisch-US-amerikanische Milliardär Pierre Omidyar, der sein Geld mit eBay und PayPal gemacht hatte.

An etlichen Orten waren die Mitteilungen über dieses Rechten-Treffen Anlass zu Demonstrationen gegen die AfD. Eine erste größere fand am 14. Januar in Potsdam statt. Aufgerufen hatte SPD-Bürgermeister Mike Schubert, gekommen waren 10.000 Menschen; SPD-Kanzler Olaf Scholz, der in Potsdam wohnt, und Außenministerin Annalena Baerbock von den Grünen ließen sich dort sehen.

Die Zeitschrift *Cicero* hatte bereits am 11. Januar getitelt: »Der Wannsee-Scoop, der keiner ist.« Scoop bezeichnet im Medien-Jargon einen Knüller, eine Exklusivmeldung, die eigener Recherche entspringt. *Cicero* höhnte: »Pünktlich zum Start des Superwahljahres 2024 steht nun ein neuer AfD-Skandal zur Debatte. Während die Rechtspartei als Wahlsiegerin aus drei ostdeutschen Landtagswahlen hervorgehen könnte, machte das Rechercheportal Correctiv einen »Geheimplan gegen Deutschland« öffentlich.«

Mathias Brodtkorb, SPD-Mitglied und früherer Finanz- und Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern, schrieb: »Dass aus einem privaten ein »geheimes« Treffen wird, sich der ominöse »Geheimplan« als der Inhalt eines seit mehreren Monaten frei erhältlichen Buches herausstellt und aus einer Buchvorstellung in privatem Rahmen eine mit der AfD in Verbindung stehende Konferenz zur Planung der Vertreibung Millionen deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund wird – all das lässt sich mit journalistischen Motiven allein nicht erklären.«

## Der Bundesregierung zu Diensten

Bereits unter der vorigen Bundesregierung trafen sich Vertreter von Correctiv und der Bundesregierung, um »Desinformation« entgegenzuwirken. Es ging um »Impfgegner« und die Impfkampagne. Nun ist Correctiv der jetzigen Bundesregierung zu Diensten. So gab es am 17. November 2023 am Rande der Konferenz »Ostdeutschland 2030« ein Treffen des Bundeskanzlers Olaf Scholz mit Correctiv-Geschäftsführerin Jeanette Gusko. Am 7. November 2023 soll sie an einer Diskussionsrunde im Bundeskanzleramt teilgenommen haben. Sie gilt als in der SPD gut vernetzt, trat bei Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf und hielt eine Rede auf einem SPD-Parteitag. Neben den Geldern, die Correctiv von den überseeischen Milliardären bekommt, soll es in den vergangenen zehn Jahren mindestens 2,5 Millionen Euro an Steuermitteln erhalten haben. Staatsferne sieht anders aus.

Am 28. Januar, die Kampagne lief schon eine Weile, saß Correctiv-Mitarbeiterin Anette Dowideit im *ARD-Pressclub*. Dort behauptete sie, ihr Medium habe die Verbindung zwischen dem Treffen in Potsdam und der Wannsee-Konferenz 1942, auf der die administrativen Spitzen des NS-Staates den Mord an den europäischen Juden abstimmen, gar nicht hergestellt. Das hätten andere Medien getan. Auch den Begriff »Deportation« hätte Correctiv nicht benutzt. Das waren Falschaussagen.

Das Magazin *Tichys Einblick* erinnerte in seiner Online-Ausgabe daran, Sellner wollte über sein längst publiziertes Buch »Regime Change von rechts« reden und sein neues Buch vorstellen. Es zitierte dann den Correctiv-Bericht vom 10. Januar 2024: »Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee. 1940 planten die Nationalsozialisten, viele Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren. Unklar ist, ob Sellner die historische Parallele im Kopf hat. Womöglich ist es auch nur Zufall, dass die Organisatoren gerade diese Villa für ihr konspiratives Treffen ausgewählt haben: Knapp acht Kilometer entfernt von dem Hotel steht das Haus der Wannseekonferenz.« Der Text enthält keinerlei Information über das angebliche Geheimgespräch, sondern nur Insinuationen, was Sellner hätte gemeint haben können.

Das Buch, mit dem Correctiv seine Geschichte vermarkten wollte, trägt den Titel: »Der AfD-Komplex«. Es war ursprünglich so angekündigt: »Der Angriff der AfD auf unsere Demokratie begann nicht erst mit dem Potsdamer Geheimgespräch im November 2023. Die Pläne zur Deportation Millionen Deutscher mit Migrationshintergrund [...]« Zeitgleich mit Dowideits Dementi im *ARD-Pressclub* wurde in dem Ankündigungstext das Wort »Deportation« klammheimlich durch »Vertreibung« ersetzt.

Die *Nachdenkseiten* (06.02.24) resümierten: »Die Anti-AfD-Demos kommen wie gerufen.« Für oder gegen wen werde eigentlich demonstriert? Die AfD steht in Umfragen bei 20 Prozent. Das stand sie im Sommer 2023 auch schon. Mathematisch heißt das: 80 Prozent finden die AfD nicht toll. Warum dann jetzt die Demonstrationen? Die *Nachdenkseiten* fragten ironisch: »Was kann man gegen die starken Umfragewerte der AfD tun? Nun gut, man könnte ordentlich regieren und den Protestwählern den Grund für ihren Protest entziehen [...] Man könnte auch mit AfD-Wählern diskutieren [...]. Aber nein, [...] mit Nazis spricht man ja nicht. Also geht man auf die Straße.« Man treffe sich zur Demo wie früher sonntags zur Kirche, um zu zeigen, man gehört zum rechtschaffenen Teil der Gemeinde. Fazit: »Noch nie war antifaschistischer Widerstand so einfach – ein wunderbares Ritual, das nur Gewinner kennt. Der brave Bürger fühlt sich endlich wieder gut und wähnt sich auf der richtigen Seite der Geschichte. Die AfD jubelt, weil sie wieder in den Schlagzeilen ist. Die Regierung ist happy, weil niemand mehr über vermurkste Heizungsgesetze, Schattenhaushalte, milliardenschwere Rüstungsprogramme, den suboptimal laufenden Krieg in der Ukraine oder die unzufriedenen Bauern spricht.« Und Sellner könne sich freuen, da sein neues Buch, das den ganzen Wirbel ausgelöst hat, aktuell zu den meistverkauften Büchern Deutschlands gehöre.

Die Absichten der gutwilligen Demonstranten und ihre politisch-mediale Bewirtschaftung sind zu unterscheiden.

## Mehrheitsprobleme

Eine Eigenheit der Wahlen in den 1990er Jahren, insbesondere in Ostdeutschland, war, die Wahlergebnisse für die PDS waren stets besser als die Umfragen. Angesichts der massiven antikommunistischen Hetze und des Mediendrucks scheuten sich Menschen, einem Befragter offen ihre Wahlentscheidung mitzuteilen. Diesen »PDS-Effekt« haben wir jetzt in Bezug auf die AfD. Insofern dürften die Wahlergebnisse für die AfD 2024 noch höher liegen als die derzeitigen Umfrage-Zahlen.

Bis 2013 hatte sich die Linkspartei stabilisiert und lag bei der Bundestagswahl vor den Grünen. Damit hatte sich »links von der Mitte« auch in Deutschland eine Partei etabliert. Die Frage nach der Gründung der AfD 2012 war, ob »rechts von der Mitte« ein analoger Prozess möglich wird. Die schärfsten Kritiker der Etablierung der Linken kamen vom rechten Flügel der Christdemokraten, die sich nicht entblödeten, mit abgestandenen antikommunistischen Klischees zu hantieren, obwohl die Existenz der Linken eher ein Problem für das »linke Lager«, vor allem für die SPD war.

Umgekehrt kommen jetzt die schärfsten Kritiker der AfD, die rechts von der Christdemokratie als Partei agiert, von links, obwohl es sich um einen Umschichtungsprozess im bürgerlichen Lager handelt und dies ein Problem vor allem für die Christdemokratie ist. Zwischen rechtsextremen Parteien, rechtspopulistischen und national-konservativen Parteien wird meist nicht unterschieden. Für die linken Kämpfer »gegen rechts« ist das alles eins. Nachdem der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) auf einer Demo gegen rechts in Görlitz gesehen wurde, fragten konservative Medien, ob er dort gegen sich selbst demonstriert habe.

Forscher der Universität Konstanz haben Demonstrationsteilnehmer nach ihrer politischen Präferenz befragt. Zwei Drittel ordneten sich mitte-links, 5 Prozent links-außen, etwa ein Viertel mittig ein. Befragt, welche Partei sie bei der Bundestagswahl 2021 gewählt hatten, gaben 61 Prozent die Grünen, 18 Prozent SPD und 8 Prozent die Linke an, zusammen 87 Prozent; 8 Prozent wählten CDU/CSU und 3 Prozent FDP, zusammen 11 Prozent. Die mediale Erzählung, hier sei eine »schweigende Mehrheit« erwacht, erweist sich bei näherem Hinsehen als Legende.<sup>1</sup>

## Überall bröckelnde Brandmauern

**S**ilvio Berlusconi, der zwischen 1994 und 2011 mit rechten Bündnissen über viele Jahre Italien regierte, hatte 1994 nach dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems eine neue Partei gegründet, Forza Italia (Vorwärts Italien). Die Partei der derzeitigen Ministerpräsidentin, Giorgia Meloni, Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) kommt aus der Tradition der postfaschistischen Partei **MSI**. 2008 bis 2011 war sie Ministerin in der letzten Berlusconi-Regierung. Bei der Parlamentswahl 2022 wurden die Fratelli stärkste Partei und Meloni bildete zusammen mit der rechten Lega und Forza eine Rechtsregierung. Sie steht für eine restriktive Einwanderungspolitik und hat 2023 große Teile der Sozialhilfe gestrichen.

Zuvor hatte Meloni deutlich gemacht, sie stehe auf dem Boden der Verfassung, hatte sich vom Faschismus distanziert und von früheren Ministerpräsidenten beraten lassen, wie sie im Interesse Italiens Streit mit der **EU** vermeidet. Da sie in Sachen Ukraine-Krieg und China unauffällig dem **EU**-Kurs folgt, vermeidet es diese, Italien zu kritisieren, wie sie es seit Jahren mit Ungarn und Polen macht. Die griechische Ausgabe der *Huffington Post* verwies im Juli 2023 auf die »Konvergenz zwischen der europäischen Rechten und der extremen Rechten«, die mit der Wahl von Meloni »endgültig normalisiert« worden sei. Traditionelle »Mitte-Rechts-Parteien« verbünden sich »mit rechtsextremen Parteien [...], die einst als unberührbar und marginal galten«.

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Portugal am 10. März hat die konservative Allianz (**AD**) die zuvor regierenden Sozialisten (**PS**) als stärkste Kraft abgelöst, erreichte mit 79 von 226 Mandaten jedoch keine eigene Regierungsmehrheit. Auf die Sozialisten entfielen 77 Sitze, auf die rechtspopulistische, oft als rechtsextrem angesehene Partei Chega (Es reicht!)

48 Sitze. Die Zeitung *Correio da Manhã* betonte (11.03.24): »Chega besetzt ein Terrain, das traditionell den Parteien links von der **PS** gehörte: die Stimme des Protests, die Stimme der vom System Empörten, der Wütenden, die Stimme der Peripherie. Das ist eine wichtige Tribünenfunktion in der Demokratie, die sich jetzt von der extremen Linken zur Rechten verschoben hat.« Da **AD** und **PS** einander seit Jahrzehnten in tiefer Abneigung verbunden sind, rückt Chega in die Rolle des Königsmachers. Eine Minderheitsregierung ist in Portugal möglich. Aber spätestens im Herbst wird für den Haushalt eine Mehrheit im Parlament gebraucht.

Mit den Parlamentswahlen am 11. September 2022 in Schweden konnte die Moderate Sammlungspartei mit den Christdemokraten und den Liberalen eine rechtskonservative Minderheitsregierung bilden. Sie verfügt über 103 der 349 Parlamentssitze und wird von den rechtspopulistischen Schwedendemokraten (**SD**) toleriert, die über 73 Sitze verfügen – wodurch sich eine knappe Mehrheit von 176 Sitzen ergibt. Dazu haben die Regierung und die **SD** – mit denen die anderen Parteien zuvor nichts zu tun haben wollten – eine feste Kooperationsvereinbarung geschlossen. Was die in der Praxis bedeutet, dazu schrieb das Stockholmer *Aftonbladet*: »Eine ruinierte Wirtschaft, ein auf Schmalkost gesetztes Wohlfahrts- und Kulturleben, zunehmende Repression, Rassismus und Rechtsunsicherheit. Darüber hinaus hat die **SD** eine Klausel in die Vereinbarung aufgenommen, die es den Regierungsparteien verbietet, sie offen zu kritisieren.«

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in den Niederlanden am 22. November 2023 wählte fast jeder Vierte die **PVV** von Geert Wilders, die als rechtspopulistisch, rechtsextrem und **EU**-skeptisch eingeordnet wird. Nach den traditionellen Regeln hatte er Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten. Dazu führte er Gespräche mit der konservativ-liberalen **VVD** des bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte, der Bauernpartei **BBB** und der zentristischen **NSC**. Nach vier Monaten

erklärte Wilders seinen Verzicht auf den Posten des Regierungschefs. Für Beobachter war dies jedoch nicht unbedingt eine gute Nachricht; die vier Parteien werden gemeinsam eine Regierung bilden, unter einem noch zu bestimmenden Ministerpräsidenten. »Die drei anderen Parteien sind bereit, einer Mehrheitsregierung mit der **PVV** als größter Partei beizutreten«, schrieb die Zeitung *NRC* (14.03.24). »Das war bis vor kurzem undenkbar. Ab jetzt ist Regieren unter der **PVV** in Den Haag nicht länger ein Tabu.«

## Deutscher Sonderweg?

**N**ur in vier der 27 **EU**-Staaten führen noch Sozialdemokraten die Regierung. In Deutschland soll nun die Kampagne »Gegen Rechts«, die gegen die AfD gerichtet wurde, Entwicklungen wie in Schweden oder den Niederlanden verhindern. Davon regiert aber die Ampel-Koalition nicht besser und die Christdemokratie vermag es nicht, als Gewinner deren verfehlter Politik ins Licht zu treten.

Hauptproblem der **CDU** ist politische Unentschiedenheit. Nach den Umfragen zum möglichen Wahlverhalten (»Sonntagsfrage«) in Thüringen liegt die AfD nach wie vor bei 30 Prozent, die **CDU** bei 20 Prozent und die Linke bei 15 Prozent; **SPD**, Grüne und **FDP** sind an der Fünf-Prozent-Linie. Insofern ist ein **CDU**-Beschluss, weder mit der AfD noch mit den Linken koalieren zu wollen, völlig politikfern. Gegen eine der beiden gibt es nur eine Mehrheit mit der anderen.

Eine Wiederwahl der »Ampel« dürfte auf Bundesebene ausgeschlossen sein, eine Mehrheit von **CDU/CSU** und **FDP** für längere Zeit ist kaum zu erwarten. So bedeutet eine »Brandmauer« gegen die AfD, eine Regierung aus dem bürgerlichen Lager (hier die AfD hinzugerechnet, den anderen **EU**-Staaten analog) ist verunmöglicht. Das wäre ein Dauerabonnement auf Koalitionen aus Christ- und Sozialdemokratie. ■

# Europa im Abstieg – Bestandsaufnahme und Rückblick

**In den fünf Jahren seit den letzten EU-Parlamentswahlen vom Jahr 2019 verdichteten sich die Anzeichen eines fulminanten Abstiegs der Brüsseler Union. Auf politischen Bedeutungsverlust, territoriale Verkleinerung und multiple wirtschaftliche Krisen antworten Kommission und Rat mit einem ganzen Kompendium repressiver Maßnahmen. Nach außen sind dies kaum mehr verdeckte Militäroperationen sowie ein nie da gewesener Wirtschaftskrieg gegen Russland; nach innen gaben die Corona-Maßnahmen den Anstoß für die Aushebelung von Bürgerrechten und für die Errichtung eines Zensurregimes, das öffentlich Sagbares zunehmend kriminalisiert.** **VON HANNES HOFBAUER**

**W**ir wollen im Folgenden Schlaglichter auf den Istzustand der Europäischen Union (EU) werfen und die Grundlagen der viel zitierten »Wertegemeinschaft« an ihren historischen Versprechen messen. Fast vergessen ist der erste Tiefschlag für Brüssel in der letzten Legislaturperiode (wenn man von einer solchen angesichts der strukturellen Schwäche des EU-Parlaments, das nicht einmal ein Initiativrecht besitzt, überhaupt reden kann). Am 31. Januar 2020 trat das Vereinigte Königreich nach langen schmerzvollen Verhandlungen aus der Europäischen Union aus. Damit verkleinerte sich die EU nicht nur territorial, sondern verlor auch ihre – nach Deutschland – zweitgrößte Volkswirtschaft. Der damit verbundene Verlust an wirtschaftlicher Schlagkraft wiegt weit schwerer, als dies in den Leitmedien und Politikerreden zum Ausdruck kommt. Auch sank damit

die Bedeutung der transatlantisch orientierten Rest-EU, rückte doch mit London eine Atommacht noch näher als bisher an die USA heran.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht haben die meisten Mitgliedsstaaten das Maastrichter Regelwerk über Bord geworfen und können die selbst gesteckten Zielvorstellungen nicht einhalten. Das wird beispielsweise am Schuldenstand deutlich. Dieser dürfte maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Tatsächlich weist die Euro-Zone als Ganzes 91 Prozent auf. Das seit 2010 mit drei sogenannten »Hilfspaketen« und einem Schuldenschnitt – der die Gemeinschaft 280 Milliarden Euro kostete – versehene Griechenland verzeichnet eine Schuldenlast von 165 Prozent des BIP. Selbst Deutschland liegt mit 66 Prozent knapp jenseits der Maastricht-Kriterien. Einzig die baltischen Länder erweisen sich als Musterschüler.

Bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen liegt die Europäische Union mit 6 Prozent weit vor den USA (3,7 Prozent) und Russland (3,0 Prozent), wobei hier Deutschland (3,1 Prozent) besser abschneidet als der Durchschnitt. Der Spitzenreiter Spanien weist mit 11,7 Prozent eine zweistellige Zahl auf.

Was sich seit den letzten EU-Parlamentswahlen entscheidend geändert hat, sind die Staatsausgaben. Sie schossen sowohl in den einzelnen Staaten, aber auch unter Brüsseler Ägide in die Höhe. Keine Gelder gab es für gemeinsame EU-Projekte im Sozialbereich, auch die grassierende Wohnungsnot hat die EU-Behörden nicht ins Budget greifen lassen, genauso wenig wurde darniederliegenden Gesundheitssystemen mit Finanzspritzen aus der Patsche geholfen. All diese Bereiche fallen laut EU-Verträgen in die nationalstaatliche Kompetenz.

## Füllhorn für Wirtschaftssektoren

Demgegenüber flossen enorme Summen, die letztlich für die Verschuldung verantwortlich sind, in zwei Bereiche: die Medizin-, Biotech- und Pharmaindustrie – die zuvor auch als nationalstaatliche Agenden behandelt wurden – sowie in den militärisch-industriellen Komplex. Volkswirtschaftlich betrachtet hat sich damit Brüssel von den selbst gesteckten neoliberalen Sparprogrammen entfernt und stattdessen das Füllhorn über die zwei genannten Wirtschaftssektoren ausgeschüttet. Diese Form von Staatsnachfrage ist am ehesten mit den Begriffen Corona-Keynesianismus und Militär-Keynesianismus fassbar. Letzteren kennt man bereits aus den 1980er Jahren, als Ronald Reagan gigantische Rüstungsprojekte wie »Star Wars« aufgelegt hatte und damit extreme staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern erzeugte. Manch Linker ließ sich von der Staatsnachfrage blenden und vergaß, dass Keynesianismus nicht notwendigerweise eine soziale Form annehmen muss.

Der Corona-Keynesianismus ist definitiv eine neue Form, wie Staat beziehungsweise der Suprastaat EU und Kapital zusammenarbeiten, um großen Konzernen aus der Profitklemme zu helfen. Die Dimension der öffentlichen Gelder, die angeblich zur Bekämpfung einer Seuche ausgegeben wurden, ist atemberaubend und kannte bis dahin keine Entsprechung. Allein mit dem Pharma-Riesen Pfizer soll Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Jahr 2021 ein – bis heute nicht transparent gemachtes – Geschäft in der Größenordnung von 35 Milliarden Euro abgeschlossen haben. Das Zwanzigfache steckt Brüssel in den »Corona-Hilfsfonds«, der die Schäden der eigenen Seuchenpolitik ausbessern soll: 750 Milliarden Euro, die bis 2026 vergeben werden, alles ohne jegliche Befassung nationaler Parlamente. Mit den 750 Milliarden Euro, die circa zur Hälfte als Zuschüsse und Darlehen abrufbar sind, intervenieren die Spitzen der Europäischen Union auch in nationale Politiken. So dienen die »Corona-Hilfen« der Kommission zum Beispiel als Erpressungstool gegen Budapest, dem die vorgesehenen Mittel wegen dessen EU-skeptischer Politik blockiert werden.

Kaum war der Pharma-Hype vorüber, entdeckten die Verantwortlichen in Brüssel (sowie in einer Reihe von EU-Nationalstaaten) die Rüstungsindustrie als eine mit

Milliardenbeträgen zu fördernde Branche. Den russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 nutzten sie als Fanal für weitere Staatsnachfrage – diesmal nach Militärgütern. 127 Milliarden Euro wurden allein von Brüssel in Form von Waffen an die ukrainische Front geschickt.

Wenn wir uns das EU-Jahresbudget im Vergleich zu den Brüsseler Corona- und Militärausgaben ansehen, dann wird die Bedeutung dieser Hilfgelder für die Pharma- und die Rüstungsindustrie überdeutlich: Es beträgt 186 Milliarden Euro, das heißt, die Mittel für die Förderung von Pharma- und Rüstungskonzernen übersteigen den regulären EU-Haushalt.

## Ein Blick zurück

Mit der heute immer offensichtlicher werdenden Brüsseler Kriegshysterie, die freilich auch von einzelnen Mitgliedsstaaten befördert wird, stellt sich die Frage, inwieweit das als Friedensprojekt gegründete Westeuropa seinen anfänglichen Ansprüchen gerecht wurde. Von der Gründung der Kohle-Stahl-Union im Jahr 1951 über die Europäische Gemeinschaft der Zwölf bis zur heutigen »europäische Union« wurde und wird stets der »europäische Gedanke« als friedenspolitische Antithese zum aggressiv-kriegerischen Nationalsozialismus ins Treffen geführt. Nicht nur aus heutiger Sicht ist diese Vorstellung zu einseitig. Denn das westeuropäische Nachkriegseuropa war von Anfang an Antithese UND Kontinuität der nazideutschen Europavorstellungen.

Tatsächlich gab es Anfang der 1940er Jahre zwei Strömungen in der NSDAP, die einander ergänzten. Ideologen vom Schlage Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers führten zur Legitimation ihrer Politik ständig die deutsche Rasse an, während Pragmatiker aus der Wirtschaft die Großraumidee der Nazis in einem europäischen Format dachten. Diese waren unter anderem in der »Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung« oder in der »Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft« organisiert. Einer ihrer führenden Proponenten hieß Werner Daitz, zugleich Leiter der Abteilung Außenhandel der NSDAP.

In einer Denkschrift vom 31. Mai 1940 breitet er die europäische Dimension der Naziherrschaft aus: »Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen«, so Daitz, »wie dies aus Gründen

der wirtschaftlichen Stärke des europäischen Kontinents als Kernraum der weißen Rasse unbedingt erforderlich ist, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.« Am 21. März 1943 – die Schlacht von Stalingrad war bereits geschlagen – schlug Hitlers prominentester Außenpolitiker, Joachim von Ribbentrop, in einer Denkschrift vom 9. September 1943 die Gründung eines europäischen Staatenbundes vor: »Europa ist zu klein geworden für sich befehlende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. (...) Die Zeit der europäischen Binnenkriege muss beendet und der europäische Partikularismus überwunden werden.«

Auch »Schütze Arsch« war sich der europäischen Dimension durchaus bewusst. Der spätere Literaturnobelpreisträger Günter Grass erlebte sie als 17-Jähriger bei der SS, wie er in seinem Roman »Beim Häuten der Zwiebel« schreibt: »Auch ging von der Waffen-SS etwas Europäisches aus: In Divisionen zusammengefasst kämpften freiwillig Franzosen, Wallonen, Flamen und Holländer, viele Norweger, Dänen, sogar neutrale Schweden an der Ostfront in einer Abwehrschlacht, die, so hieß es, das Abendland vor der bolschewistischen Flut retten werde.« Statt »Abendland« und »bolschewistischer Flut« steht heute »europäische Werte« hoch im Kurs gegen eine »Kreml-Diktatur«, die angeblich den Kontinent bedroht.

Der sowjetische Kriegsgegner wurde selbst während der dreijährigen Hungerblockade Leningrads mit »europäischer« Propaganda bombardiert. Im Ortsmuseum von Oranienbaum/Lomonossow, 40 Kilometer westlich des Leningrader Stadtzentrums gelegen, kann man ein tausendfach von deutschen Flugzeugen abgeworfenes Heftchen bestaunen, das in kyrillischen Lettern die Überschrift »Nowaja Evropa« (»Neues Europa«) trägt.

Das Nazi-Erbe war – auch – ein europäisches, was sich insbesondere nach 1945 zeigte, als die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ämter in der BRD mit Personen besetzt wurden, die sich ihre beruflichen Sporen unter Hitler verdient hatten: Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, Deutsche-Bank-Chef Hermann Josef Abs, Bundesbankpräsident Karl Blessing sowie der »Vater Europas« Walter Hallstein sind nur die bekanntesten Namen.

## Bruch oder Kontinuität?

Das neue (West)Europa nach 1945 war beides. Vor allem aber wurde es **US-amerikanisch**. Bereits mit dem Eintritt der **USA** in den Zweiten Weltkrieg amerikanisierte sich die europäische Frage. Oder anders gesagt: Die deutsche Großraumvision von Europa wurde transatlantisch. Das Lend-Lease-Abkommen mit Großbritannien drängte London bereits 1941 über diesen Pachtvertrag für Militärgüter in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den **USA**. Mit dem ab 1948 aufgelegten Marshallplan konnte Washington auf einen Schlag seine wirtschaftlichen Interessen in 16 westeuropäischen Staaten durchsetzen. Damit gelang die Umstellung von Kriegsproduktion auf zivile Güter. Ein wesentliches Ziel war auch die Herstellung von Währungsconvertibilität zwischen eben noch verfeindeten Ländern (über sogenannte Ziehungsrechte) und der Anschub für private Kapitalbildung (über Gegenwertkonten). Der von kommunistischen Parteien regierte Osten des Kontinents wurde hingegen mit einem Embargo-Regime überzogen, dem sogenannten »Coordinating Committee« (Cocom). Dieses sorgte über vierzig Jahre lang dafür, dass die jeweils fortgeschrittensten Technologien nicht in **RGW**-Staaten exportiert werden durften. Ungarn war das erste Land, das 1991 die von den **USA** diktierten Wirtschaftssanktionen abstreifen konnte.

Unter **US**-Schirmherrschaft gelang nach 1945 auch der Aufbau der westeuropäischen Nachkriegsarchitektur, die Herstellung der deutsch-französischen Achse. Parallel zum Marshallplan erfolgte im April 1948 die Gründung des »American Committee for a United Europe« (**ACUE**) mit dem Ziel, Westeuropa gegen die Sowjetunion zu einen. Als entscheidender Schritt dahin erfolgte im April 1951 die Gründung der Kohle-Stahl-Union, einer Sechsergemeinschaft, bestehend aus Deutschland, Frankreich, Italien und den drei Beneluxstaaten. An der Spitze des **ACUE** stand der ehemalige **US**-Geheimdienstchef des »Office of Strategic Services« (**OSS**) William Donovan. Sein Stellvertreter war Allen Dulles, der im Jahr 1953 zum **CIA**-Chef gekürt wurde. Im selben Jahr nahm sein Bruder John Foster Dulles den Posten des **US**-amerikanischen Außenministers ein. Die Personaldecke aus Washington für die deutsch-französische Achsenbildung war also dünn und direkt familiär, man wollte

die heiklen Anfänge dieser geopolitischen Neuorientierung im transatlantischen Raum mit einer möglichst verschwiegenen kleinen Gruppe bewerkstelligen. Denn sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich gab es heftigen Widerstand gegen das deutsch-französische Projekt.

Die **SPD** stand einer Westorientierung damals grundsätzlich ablehnend gegenüber und hoffte bis nach der Stalin-Note vom März 1952 auf eine Wiedervereinigung mit den Ostgebieten unter neutralen Vorzeichen. Ihr Vorsitzender Kurt Schumacher sah in der Kohle-Stahl-Union eine Fortsetzung der »Herrschaft der vier K«, wie er sich ausdrückte, nämlich der »Herrschaft von Kapitalismus, Klerikalismus, Konservatismus und Kartellen«. Eine solche Position war für die Herren der vier K freilich inakzeptabel. Ihr Mastermind, Jean Monnet, bekämpfte sie an vorderster Front. Der aus einer französischen Schnapsdynastie aus der Kleinstadt Cognac stammende Monnet war die ideale Person, um den **US**-Plan zur Herstellung der deutsch-französischen Achse umzusetzen.

Als Waffenhändler und Banker zählte er den **US**-amerikanischen Hohen Kommissar für die deutsche Westzone John McCloy zu seinen besten Freunden; dass dieser mit einer Cousine von Konrad Adenauer verheiratet war, sei nur nebenbei vermerkt. Monnet begab sich also auf die Suche nach anschlussfähigen Sozialdemokraten in Deutschland und fand tatsächlich einen jungen Abgeordneten, der sich offen gegen die Schumacher-Linie und damit gegen ein mögliches zukünftiges neutrales Deutschland stellte. In seinen Memoiren zitiert Monnet diesen Mann mit dem Ausschnitt einer Rede: »Wir haben schon zu lange eine echte Europäisierung der Schwerindustrie gefordert, um nicht mit Freude alles zu begrüßen, was uns diesem Ziel näherbringt«, meinte Monnets Hoffnungsträger. Der Name des jungen Abgeordneten: Willy Brandt.

Auch auf französischer Seite mussten von den Transatlantikern Hindernisse überwunden werden. Dort war es zum einen der General und erste Präsident der provisorischen Regierung bis Januar 1946, Charles de Gaulle, der der deutsch-französischen Annäherung skeptisch gegenüberstand. Über ihn (und Winston Churchill) schrieb Monnet in seinen Memoiren: »Es war klar, dass beide aufgrund ihrer Herkunft und ihres mystischen Glaubens an die nationale Souveränität die Inhalte unseres Projektes als unvorstellbar und

unrealisierbar ablehnten.« »Unser Projekt«, wie Monnet das Vorhaben nannte, war einerseits der bereits 1940 gescheiterte Plan zur Errichtung einer französisch-britischen Föderation sowie andererseits die in Vorbereitung befindliche und schließlich gelungene Kohle-Stahl-Union, die Grundlage für die spätere Europäische Gemeinschaft/Union. Neben den Gaullisten meldeten sich auch die in Frankreich vergleichsweise starken Kommunisten gegen das **US**-amerikanisch inspirierte Projekt einer supranationalen Behörde der Schwerindustrie zu Wort. Gaullisten und Kommunisten konnten sich nicht durchsetzen. Ihr Widerstand ist an der seltsamen Allianz einer sogenannten »dritten Kraft« gescheitert, die sich aus Sozialisten, Christdemokraten und Radikalliberalen zusammensetzte und bis 1958 die Geschicke Frankreichs lenkte.

Robert Schuman ging als ihr berühmtestes Aushängeschild in die Annalen ein. Für die deutsch-französische Allianz gab er den idealen Mann ab. Er war als reichsdeutscher Staatsbürger 1886 im Moselfränkischen geboren und auch als solcher politisch aktiv, bevor er nach Versailles 1919 zum Franzosen wurde. Mit dieser doppelten Identität stieg er nach dem Krieg zum Finanzminister und 1947 zum Ministerpräsidenten auf. Sein in der Funktion des französischen Außenministers im Mai 1950 vorgelegter »Schuman-Plan« unterstellte »die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde«, wie es im Vertrag formuliert wurde. In der vierzig Jahre später vom offiziellen Brüssel aus Anlass des Jahrestages veröffentlichten Dokumentation »Eine neue Ordnung für Europa« heißt es dazu: »Der Schuman-Plan war das Ergebnis eines Komplotts.« Dies deshalb, weil er im Geheimen verfasst worden war und nur drei Stunden vor seiner Unterzeichnung dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer vorgelegt wurde, der ihn willig abnickte.

Adenauer empfahl sich in Washington als treuer Diener der transatlantischen Idee, die mit dem Ausbau der deutsch-französischen Achse die nationalstaatliche wirtschaftliche und später politische Souveränität aushebelte und gleichzeitig die deutsche Teilung vorantrieb. An seiner Seite installierte er als Mann fürs Grobe den aus braunem Holz geschnitzten Walter Hallstein, der schon in der Nazi-Zeit am Projekt »Neues Europa« arbeitete. Spätestens mit der Gründung der Kohle-Stahl-Union war ein solches auf Schiene. ■

# Die Montan-Union



▲ Zeitgenössische Grafik der Organisation der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), so die offizielle Bezeichnung des »Schumann-Plans« bzw. der Montanunion. Sie trat 1952 in Kraft und lief 2002 aus. Sie war der Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft EG.

Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024: Die Europäische Union (EU) greift immer tiefer in das Leben ihrer Bürger ein. Hervorgegangen aus einer Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Schaffung einer Zollunion und eines unbegrenzten Binnenmarktes als Ziele hatte, ist sie längst zu einem Gebilde mutiert, das sich anmaßt immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Mitgliedsländer zu regulieren.

VON ANDREAS WEHR

# Weiterhin nur ein Scheinparlament

Die Europäische Union (EU) verfügt über einen eigenen Haushalt, einen Gerichts- und einen Rechnungshof sowie die gemeinsame Währung Euro, der in zwanzig ihrer 27 Mitgliedsländer Zahlungsmittel ist. Der in über sechzig Jahren angewachsene Bestand gemeinsamer Rechtsakte, der sogenannte Acquis communautaire, umfasst neben den Verträgen inzwischen Tausende Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse.

Die EU leistet sich auch ein eigenes Parlament. Dessen Abgeordnete werden alle fünf Jahre von den Bürgern direkt gewählt. Im Juni 2024 ist es wieder so weit. Doch diese Einrichtung ist für die EU-Befürworter zugleich ein Grund für Besorgnis, nehmen doch im Vergleich zu nationalen Wahlen regelmäßig bedeutend weniger Menschen an den Urnengängen teil. Europaweit waren es 2019 nur knapp über 50 Prozent. In Deutschland lag die Beteiligung bei 61,4 Prozent und damit höher als bei den vier vorangegangenen Europawahlen. Doch im Vergleich mit der Bundestagswahl im September 2021, an der sich 76,4 Prozent beteiligten, war sie weiterhin sehr niedrig.

### »Eine Fassade ohne Substanz dahinter«

Um dem verbreiteten Desinteresse an den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) entgegenzuwirken, benannten die verschiedenen politischen Richtungen erstmals 2014 Spitzenkandidaten. Sie sollten zugleich Bewerber für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission sein. Auf diese Weise versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass es bei den Wahlen wirklich um Wichtiges gehe. Die Bürger sollten glauben, dass sie mit ihrer Stimme die Ausrichtung der EU bestimmen können.

Doch dieser 2014 künstlich inszenierte Wahlkampf – vor allem zwischen Martin Schulz, dem Kandidaten der Sozialdemokraten, und dem der Konservativen, Jean-Claude Juncker, – interessierte nur wenige. Handelte es sich doch bei beiden um klassische Vertreter der europäischen Politikerkaste, die in nahezu allen Fragen übereinstimmt. Die letztlich für die Auswahl des Kommissionspräsidenten verantwortlichen Staats- und Regierungschefs ließen sich denn auch nicht durch dieses Manöver irritieren. Sie stellten frühzeitig klar, dass sie nicht daran denken, sich in diese

Personalfrage hineinreden zu lassen. Das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament wolle man lediglich »berücksichtigen« hieß es. Kommissionspräsident wurde dann auch Juncker, so wie es die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs bereits vor den Wahlen verkündet hatte. Da die Partei von Juncker, die konservative Europäische Volkspartei (EVP), bei den Wahlen vorn lag, konnte es so scheinen, dass Juncker die Wahlen gewonnen hatte und deshalb Kommissionspräsident wurde. Tatsächlich hatte er aber gar nicht für das Parlament kandidiert.

Da sich so das Spitzenkandidaten-Modell bereits 2014 als bedeutungslos für die Besetzung des Kommissionspräsidenten erwiesen hatte, verzichteten bei den Wahlen 2019 denn auch einige europäische Parteien darauf, erneut Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufzustellen. Lediglich die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) und die EVP führten mit dem niederländischen Sozialdemokraten Frans Timmermans sowie dem deutschen Christdemokraten Manfred Weber einen solchen Wahlkampf. Doch selbst in ihren Heimatländern nahm kaum jemand Notiz davon. Und in den übrigen Mitgliedsländern blieben die beiden so gut wie unbekannt, standen ihre Namen doch nur in den Niederlanden beziehungsweise im Bundesland Bayern auf den Stimmzetteln.

Konfrontiert mit dem Machtanspruch des nur im Europäischen Parlament aktiven »Wahlsiegers« Manfred Weber von der EVP, ließen es sich die Regierungschefs aber nicht nehmen, die Auswahl selbst in die Hand zu nehmen. Auf Betreiben des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron wurde Weber abgelehnt. Macron spielte schließlich den Königsmacher, indem er für den Posten die damalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorschlug. Nicht der »Spitzenkandidat« Weber wurde daher Chef der Kommission, sondern eine Politikerin, die im Wahlkampf für das Europäische Parlament keine Rolle gespielt hatte.

Jetzt, fünf Jahre später, hat man das Spitzenkandidatenprinzip für die anstehende Wahl im Juni 2024 stillschweigend entsorgt, anders lässt sich das Verhalten von CDU/CSU nicht verstehen. Die Unionsparteien hatten die amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits im Februar 2024 als Kandidatin für den im November neu zu besetzenden Vorsitz der Kommission nominiert. Die anderen in der EVP vertretenen Parteien folgten auf deren Parteitag am

7. März 2024 in Bukarest den Deutschen. Da aber von der Leyen nirgendwo für das Europäische Parlament kandidiert, ist sie auch nicht Spitzenkandidatin einer Liste der EVP für die Wahl. Doch das Ergebnis der Wahlen wird keinen Einfluss auf die Besetzung des Kommissionsvorsitzes haben. Von der Leyen hat sich vielmehr bereits in ihrer Amtszeit durch eine geschickte Klientelpolitik die Unterstützung der meisten Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer für ihre erneute Kandidatur gesichert, ganz gleich, ob die Regierungschefs ein Parteibuch der Konservativen, Liberalen oder Sozialdemokraten besitzen. Selbst die der rechtsnationalistischen Partei »Gebrüder Italiens« (Fratelli d'Italia) angehörende italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni sprach sich für sie aus. Auf die Haltung der Regierungschefs – und allein auf sie – kommt es am Ende an.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) bezeichnete dann auch am 22. Februar 2024 das »Spitzenkandidaten-Modell« nur noch als »eine Fassade ohne Substanz dahinter«. Auf dem Nachrichtenportal »Lost in Europe« hieß es am gleichen Tag: »Die Europawahl ist schon so gut wie gelaufen. Noch bevor ein einziger Wähler seine Stimme abgegeben hat, kann sich Kommissionschefin von der Leyen einer zweiten Amtszeit sicher sein. Sie muss sich nicht mal zur Wahl stellen.«

### Wer erlässt die Gesetze der Union?

Dem Europäischen Parlament wird nicht nur das Recht vorenthalten, den Kommissionspräsidenten und damit die Spitze der EU-Exekutive bestimmen zu können. Es besitzt auch kein Initiativrecht, was bedeutet, dass es keine Gesetze aus seiner Mitte heraus vorschlagen kann. Es hat nicht einmal das Recht, zu verlangen, dass die von ihm selbst mitbeschlossenen Richtlinien und Verordnungen überarbeitet oder aufgehoben werden.

Die Stellung des Parlaments ist daher in legislativen Fragen aufgrund der Bestimmungen der EU-Verträge schwach. Nicht einmal zur Regelung seiner eigenen Angelegenheiten ist es befugt. So liegt es nicht in seiner Kompetenz festzulegen, wo es tagen will. Die unsinnige und kostenaufwendige Aufteilung auf zwei Parlamentssitze in Brüssel und Straßburg kann es nicht per Beschluss aufheben, ist sie doch vertraglich festgeschrieben.

Nun wird gesagt, dass das Parlament zwar nicht das Initiativrecht besitzt, es doch aber immerhin dem Rat im Gesetzgebungsverfahren gleichgestellt sei. Und in der Tat: Seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags teilen sich beide Organe dieses Recht. Das Mitentscheidungsverfahren wurde zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren in so gut wie allen Politikbereichen aufgewertet.

Wie aber ist dieses Mitentscheidungsverfahren im Einzelnen ausgestaltet? Laut Vertrag besteht es aus drei Stufen. In den beiden ersten geht es darum, Kompromisse zwischen den beiden Gesetzgebungsorganen Rat und Parlament zu erzielen. Kommt es dabei zu keiner Einigung, so hat das Parlament in der dritten Stufe das Recht, seinen Willen gegenüber Kommission und Rat durchzusetzen. Dafür benötigt es jedoch eine absolute Mehrheit der gewählten Abgeordneten. Eine solche Mehrheit ist in dem zersplitterten EP allerdings nur äußerst schwer herstellbar, setzt es sich doch traditionell aus einer Vielzahl größerer und kleinerer Fraktionen zusammen.

Schon um nur einfache Mehrheiten zu erreichen, müssen regelmäßig mindestens drei, oft sogar vier Fraktionen zusammenwirken. Die Herstellung einer absoluten Mehrheit der gewählten Abgeordneten ist unter diesen Umständen fast unmöglich. Das Mitentscheidungsverfahren unter voller Ausnutzung seiner möglichen drei Stufen wird daher so gut wie nie angewendet. Das Parlament versucht stattdessen regelmäßig, seine Interessen auf dem Verhandlungsweg mit dem Rat im sogenannten Trilog-Verfahren innerhalb der ersten Stufe durchzusetzen.

Am Ende der Verhandlungen wird das Trilog-Ergebnis dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt, womit das Verfahren – das sich formal immer noch im Stadium der ersten Lesung befindet – abgeschlossen wird. Konnten die Ausschüsse des Parlaments den ursprünglichen Beschluss noch ausführlich beraten und wurde er in alle EU-Amtssprachen übersetzt, so gilt das alles nicht für den im Trilog ausgehandelten Text. Dieser wird regelmäßig erst wenige Tage vor der abschließenden Parlamentsabstimmung und dann auch nur auf Englisch als Antrag weniger großer Fraktionen eingebracht. Da es sich in diesem Stadium um einen

Vorschlag des Trilogs handelt, der vom Rat bereits gebilligt worden ist, kann das Parlament diesen auch nicht mehr abändern. Es kann ihn nur annehmen oder ablehnen.

Mittlerweile erfolgt über 80 Prozent der EU-Gesetzgebung per Trilog. Die offizielle Gleichstellung von Parlament und Rat im Gesetzgebungsverfahren hat somit in der Praxis ein höchst undurchsichtiges Verfahren des Aushandelns hinter verschlossenen Türen hervorgebracht. Das hat mit dem eigentlich vorgesehenen Mitentscheidungsverfahren nicht mehr viel zu tun.

### Ein Parlament ohne Budgetrecht

Mit dem Lissabonner Vertrag wurden die Befugnisse des Parlaments in Haushaltsfragen erweitert. Nun muss auch der mehrjährige Finanzplan der Union im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens genehmigt werden. Doch bereits bei der ersten Beschlussfassung darüber, bei der Verabschiedung des Finanzplans 2014 bis 2020, musste sich das Parlament dem Rat beugen. Alles andere wäre auch eine große Überraschung gewesen, sind es nun einmal die Mitgliedsstaaten, die den Großteil des Unionshaushalts bestreiten und damit am längeren Hebel sitzen. Und so gilt weiterhin: Das Europäische Parlament verfügt nicht einmal über das Budgetrecht. Ihm fehlt also das »Königsrecht« der Entscheidung über den Haushalt, das jedes echte Parlament in einer Demokratie auszeichnet. In den europäischen Nationalstaaten erkämpften sich die Parlamente dieses Recht bereits am Ende des 19. bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Vor allem sein Fehlen macht deutlich, dass das Europäische Parlament kein echtes Parlament ist.

### Ein Parlament ohne echte Parteien und Fraktionen

Das EP gleicht in seiner Zusammensetzung eher einer direkt gewählten, kontingentierte Staatenkammer als einem wirklichen Parlament. Dies ist auch die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts. Noch in seinem Maastricht-Urteil von 1993 hatte es

die Hoffnung ausgesprochen, dass das Parlament einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung der EU leisten könne. Für »entscheidend« hielt das Gericht damals, »dass die demokratischen Grundlagen der Union Schritt haltend mit der Integration ausgebaut werden [...]«. Nach Jahren weiterer Integration stellte das Gericht jedoch in einem weiteren Urteil von 2009 nüchtern fest: »Die Europäische Union erreicht beim gegenwärtigen Integrationsstand auch bei Inkrafttreten des Vertrags [von Lissabon, A. W.] noch keine Ausgestaltung, die dem Legitimationsniveau einer staatlich verfassten Demokratie entspricht.« Im Europäischen Parlament sahen die Bundesrichter »kein Repräsentationsorgan eines souveränen europäischen Volkes«. Es »bleibt vor diesem Hintergrund in der Sache wegen der mitgliedstaatlichen Kontingentierung der Sitze eine Vertretung der Völker der Mitgliedstaaten«.

Im Unterschied zu den Mitgliedsstaaten gibt es auf EU-Ebene keine echten Parteien. Bei den europäischen Parteien handelt es sich vielmehr um »Parteienparteien«, um bloße Zusammenfassungen der jeweiligen konservativen, sozialdemokratischen, liberalen, grünen und linken Parteien der einzelnen Staaten. Dementsprechend sind auch die Fraktionen im Parlament nur lose Zusammenschlüsse. Sie kennen keine mit den Regeln nationaler Parteien vergleichbare Fraktionsdisziplin. Die in den Ausschüssen gestellten Änderungsanträge verantworten nur die einzelnen Parlamentarier. Und so kommt es häufig vor, dass sich die Anträge von Abgeordneten derselben Fraktion widersprechen. Und auch im Plenum des Parlaments stimmt fast keine Fraktion geschlossen ab.

Die EU ist als Staatenbündnis eine supranationale Organisation unabhängiger Länder. Unabdingbar ist und bleibt daher in ihr die zentrale Rolle der Mitgliedsstaaten und damit des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs beziehungsweise des Rats, der sich aus den einzelnen Fachministern zusammensetzt. Die Kommission ist von diesen Gremien und nicht vom Europäischen Parlament abhängig. Vorstellungen von einer Demokratisierung der Union durch die Schaffung eines einflussreichen Parlamentssystems, wie es auf nationalstaatlicher Ebene existiert, müssen daher Illusion bleiben. ■

# Polen nach dem Wechsel: Streit im Innern, Burgfrieden nach außen



© picture alliance / NurPhoto | Nicolas Economou

**Wer vom Regierungswechsel in Polen einen politischen Richtungswechsel erwartet hat, sieht sich nach einhundert Tagen enttäuscht. Innere Reformen werden vom PiS-Apparat ausgebremst, in der Außenpolitik hat Donald Tusk gerade Geschlossenheit angekündigt. VON REINHARD LAUTERBACH**

**A**m 9. September 2023 verkündete Donald Tusk, Chef der christdemokratischen »Bürgerplattform« (PO) »100 konkrete Änderungen für die ersten 100 Tage« seiner Regierung. Inzwischen sind die hundert Tage seit der Vereidigung des Kabinetts Tusk am 13. Dezember vorbei, und Ende Februar waren nach einer

Auswertung des Portals »Wirtualna Polska« von den hundert Versprechungen gerade einmal zwölf realisiert worden<sup>1</sup>. Das sind überwiegend Dinge von symbolischer Bedeutung wie ein sechsmonatiges Moratorium für den Holzeinschlag in zwanzig »ökologisch wertvollen Waldgebieten« und ein Ende der Einbeziehung der Note des

Religionsunterrichts in den Abiturdurchschnitt ab dem nächsten Schuljahr.

Inzwischen räumen PO-Politiker offen ein, dass die ganzen Versprechungen so ernst nicht gemeint waren: Adam Szejnfeld, Senator der Tusk-Partei, erlaubte sich sogar die offene Wählerverhöhnung, als er in einem Radiointerview sagte, das sei ja wohl

- 1 <https://wiadomosci.wp.pl/100konkretow>
- 2 [www.money.pl/gospodarka/100-konkretow-na-100-dni-rzadu-senator-po-absolutnie-niemozliwe-6996402181061376a.html](http://www.money.pl/gospodarka/100-konkretow-na-100-dni-rzadu-senator-po-absolutnie-niemozliwe-6996402181061376a.html)
- 3 <https://forsal.pl/gospodarka/inflacja/artykuly/9456192,koniec-zerowego-vat-na-zywnosc-czekaja-nas-duze-podwyzki-w-sklepach.html>
- 4 <https://wyborcza.biz/biznes/7,179190,30657756,westinghouse-wypadl-z-gry-o-czeski-atom-to-moze-niepokoic-polske.html>

auch reichlich naiv gewesen, wenn jemand ernstlich geglaubt habe, dass sich all das Versprochene in hundert Tagen realisieren ließe.<sup>2</sup> Von der Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags auf **60.000 Zloty** (ca. **14.000 EUR**) ist überhaupt keine Rede mehr, dabei hätte sie sich mit einem Federstrich einführen lassen. Entweder war die Forderung nicht durchgerechnet, oder auch sie war ein schlichter Schwindel. Demnächst dürfte die Leitparole, unter der die »Bürgerplattform« auf ihrer Webseite die hundert wohlgemeinten Absichten präsentierte, offen desavouiert werden: das Tusk-Zitat, alle würden bei seinem Wahlsieg mehr in der Tasche haben, und die Preise in den Geschäften würden sinken. Das Gegenteil ist der Fall: Zum 1. April wird die von der PiS **2022** ausgesetzte fünfprozentige Mehrwertsteuer auf Lebensmittel wieder in Kraft gesetzt<sup>3</sup>, im Sommer dürfte auch die Strompreisbremse auslaufen, die seit PiS-Zeiten die Steigerung der Preise für Endverbraucher gedeckelt hat.

Es gibt zwei Erklärungen für diese Abweichung der Regierung von ihren Wahlversprechungen. Die banale lautet: Die Regierung braucht Geld, um ihre Versprechungen zu finanzieren. Nicht nur für die Erhöhung des Kindergelds von **500** auf **800 Zloty** pro Kind und Monat und die Steigerung der Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch für den rasanten Aufwuchs der Militärausgaben. Tusk hat angekündigt, an der »Sicherheitspolitik« der Vorgängerregierung festzuhalten – die fürs Militär knapp **4** Prozent des Sozialprodukts vorsieht, doppelt so viel, wie die **NATO** ihren Mitgliedern abverlangt. Gerade ist Tusk, der im Wahlkampf die Waffeneinkaufstouren der Vorgängerregierung in den **USA** und Südkorea noch als überhöht und finanziell unvorsichtig kritisiert hatte, von seinem Antrittsbesuch in den **USA** mit einem Vertrag über die Lieferung von **96** »Apache«-Kampfhubschraubern zurückgekommen.

Auch soll die **US**-Firma Westinghouse den Kontrakt über den Bau des ersten polnischen Atomkraftwerks (**AKW**) in einem Landschaftsschutzgebiet an der Ostseeküste bekommen – Kostenpunkt:

ungefähr **10** Milliarden Euro. Wobei sich Westinghouse bei vergleichbaren Investitionen einen Ruf als notorischer Kosten- und Terminüberschreiter erworben hat und deshalb in Tschechien gerade von der Ausschreibung um den Bau neuer **AKW**-Blöcke ausgeschlossen worden ist.<sup>4</sup> Aber Polen hält eben auch unter Donald Tusk an der Absicht fest, transatlantischer Muster Schüler zu sein.

Es gibt allerdings auch einen nachvollziehbaren Grund, warum die polnische Wende, die Tusk im Wahlkampf versprochen hatte, nicht so glatt vorankommt, wie es viele Wählerinnen und Wähler der »Koalition des 15. Oktober« sicher erhofft haben. Er liegt in der Sabotage- und Blockadepolitik derjenigen Institutionen Polens, die sich die PiS in den acht Jahren ihrer Regierung zurechtgeschnitzt hat. So liegt der Haushalt **2024** im Verfassungsgericht und soll von einem Senat beurteilt werden, dem zwei ehemals prominente PiS-Politiker als Richter angehören: die ehemaligen Abgeordneten Krystyna Pawlowicz und Stanislaw Piotrowicz. Die Prüfung hat Staatspräsident Andrzej Duda – ebenfalls PiS – veranlasst mit dem Argument, der Etat sei von einem nicht vorschriftsmäßig besetzten Parlament verabschiedet worden.

Hintergrund ist der Streit um die Parlamentsmandate der früheren Geheimdienstchefs Mariusz Kaminski und Maciej Wasik. Sie waren kurz vor Jahresende wegen Amtsmissbrauchs, Kompetenzüberschreitung, Handeln ohne Rechtsgrundlage und anderer Straftaten – konkret: dem Fabrizieren falscher Beweise gegen einen unliebsam gewordenen Koalitionspartner in der ersten PiS-Regierungszeit **2005** bis **2007** – in zweiter Instanz zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt worden. Duda bekam damit schriftlich, dass seine erste Begnadigung der beiden im Herbst **2015** – noch vor der Rechtskraft des erstinstanzlichen Urteils und damit unter Verletzung der Gewaltenteilung – ungültig war. Das hinderte ihn zwar nicht, die beiden im Januar ein zweites Mal zu begnadigen, sodass sie von ihren zwei Jahren nur zwei Wochen absitzen mussten. Aber was war mit ihren Mandaten?

Mit dem Urteil hatten sie diese nach Auffassung der regierenden Koalition – und dem Wortlaut der polnischen Verfassung – automatisch verloren. Die PiS mit Duda an der Spitze behauptet jedoch, die zweite Begnadigung von Kaminski und Wasik habe nicht nur das Urteil gegen sie aufgehoben, sondern auch dessen Folgewirkungen für die Mandate der beiden Politiker. Der Versuch einiger Dutzend PiS-Abgeordneter, Kaminski und Wasik im Januar gewaltsam Zugang zum Plenarsaal zu verschaffen, endete in Rangeleien mit dem Ordnungsdienst des Parlaments, führte aber nicht zum Ziel. Als Revanchefoul hat Duda daraufhin angekündigt, jedes vom Sejm beschlossene Gesetz entweder mit seinem Vetorecht zu stoppen – so groß, dass sie ein solches Veto überstimmen könnten, ist die Mehrheit der aktuellen Koalition nicht – oder es dem Verfassungsgericht vorzulegen, was sein Inkrafttreten im besten Fall erheblich verzögert.

### Politik der kleinen Schritte

**E**s ist nicht so, dass sich die Regierungskoalition dieser Hindernisse nicht im Voraus bewusst gewesen wäre. Sie setzt deshalb einstweilen auf eine Politik der kleinen Schritte unterhalb der gesetzgeberischen Ebene. Was sich mit Verordnungen und politischen Resolutionen der Sejm-Mehrheit durchsetzen lässt, soll gemacht werden. Alles andere wird vertagt auf die Zeit nach der im Sommer **2025** anstehenden Präsidentenwahl. Duda kann nach zwei Amtszeiten nicht nochmals kandidieren, und die Koalition hofft, dass ein ihr entstammender Kandidat zum nächsten Staatschef gewählt wird. Das ist allerdings nicht sicher, und es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass sich die Koalition mit zwei konkurrierenden Bewerbungen selbst im Wege stehen wird. Absehbar ist, dass für die **PO** der Warschauer Oberbürgermeister Rafal Trzaskowski nochmals antreten wird, während Sejm-Marschall (entspricht in etwa dem Amt eines

---

**REINHARD LAUTERBACH**, Jahrgang 1955, Studium der Slawistik und Osteuropäischen Geschichte in Mainz, Kiew und Bonn, 26 Jahre Redakteur bei verschiedenen öffentlich-rechtlichen Sendern, davon drei als Korrespondent für die Ukraine und Belarus. Seit 2013 freier Osteuropakorrespondent mit Lebensmittelpunkt in Polen.

---

Parlamentspräsidenten) Szymon Holownia, der sich eigens die Sammlungsbewegung »Dritter Weg/Polen 2050« gegründet hat, ebenfalls Ambitionen hat. Er war 2019 auf Platz 3 gelandet und hatte mit seiner damaligen Weigerung, für die Stichwahl eine klare Wahlempfehlung zugunsten von Trzaskowski abzugeben, nicht unwesentlich zur dessen knapper Niederlage gegen Duda im zweiten Wahlgang beigetragen.

Aber mit ihrer Politik der möglichst vielen vollendeten Tatsachen bewegt sich die Koalition auf rechtlich dünnem Eis. Ein Beispiel: Noch vor Weihnachten hatte der zuständige Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz das staatliche Fernsehen **TVP** und die amtliche Presseagentur **PAP** aus den Händen der PiS »zurückerobert«. Er stützte sich dabei auf eine – natürlich eigens bestellte – Parlamentsresolution, die »alle staatlichen Dienststellen« aufforderte, die Freiheit der Medien wiederherzustellen. Also drangen Polizisten in das Fernsehgebäude ein und schalteten mitten in einem Interview das Sendesignal des PiS-lastigen Kanals »**TVP** Info« ab. Parallel dazu berief Sienkiewicz als Vertreter des staatlichen Eigners eine außerordentliche Hauptversammlung der als Aktiengesellschaft organisierten öffentlichen Sender ein, mit dem einzigen Tagesordnungspunkt, die bisherigen Leitungskader von der PiS abzusetzen.

Kompliziert wird die Sache dadurch, dass das Fernsehen eben keine Fabrik für Strickstrümpfe ist, sondern dessen Personalangelegenheiten von einem eigenen Gesetz geregelt werden. Zuständig ist nämlich ein »Nationaler Medienrat«, den wiederum die PiS 2016 unter Verstoß gegen diverse Vorschriften ins Leben gerufen hat. Diesen Medienrat betrachtet die Koalition deshalb als verfassungswidrig, damit illegal und seine Beschlüsse als nichtig, was aber nichts an dem allgemeinen Rechtsgrundsatz ändert, dass ein spezielles Gesetz Vorrang vor einer allgemeinen Regelung genießt. In diesem und vielen weiteren Fällen des von der Koalition angekündigten »Großreinemachens« steht somit der Buchstabe des Gesetzes gegen seinen

Geist in der Interpretation der Regierenden. Der Eindruck des Außenstehenden ist, dass es um die abgesetzten PiS-Propagandisten nicht schade ist, aber die Sache doch juristisch wenig elegant durchgezogen wurde. Die gefeuerten Journalisten sind übrigens nicht arbeitslos geworden. Sie wechselten sofort zum PiS-nahen Meinungsfernsehen »**TV** Republika« und bleiben der polnischen Öffentlichkeit somit erhalten.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten hat Justizminister Adam Bodnar bei seinem Bestreben zu kämpfen, die Justiz zu »entpisifizieren«. Formal läuft das allerdings nicht unter diesem Titel, sondern mit dem Ziel, die »richterliche Unabhängigkeit wiederherzustellen«. Gemeint ist damit, die Masse außerordentlicher Beförderungen PiS-naher Richter und Staatsanwälte in leitende Funktionen rückgängig zu machen, weil diese Leute auf teilweise offenkundige Art und Weise durch politische Protektion in ihre Ämter gekommen sind. Einfach entlassen kann Bodnar diese Richter und Staatsanwälte nicht, und für die Nominierung von Richtern ist ein »Landesjustizrat« (**KRS**) zuständig. Der wurde in den Jahren der PiS-Regierung von einem Organ der berufsständischen Selbstverwaltung der Richterschaft zu einem Gremium gemacht, dessen Mitglieder von der Sejm-Mehrheit ernannt wurden.

Hier hat die PiS neben der Person ihres Staatspräsidenten, der Richter formal ernannt, eine zweite Linie eingezogen, die schon die Berufungspolitik in die gewünschten Bahnen lenkt. Berücksichtigt man noch das Verfassungsgericht als dritte von der PiS dominierte juristische Instanz, kann man abschätzen, welch dicke Bretter Justizminister Bodnar zu bohren hat. Er versucht es über verschiedene Stellschrauben wie Regelungen über Altersgrenzen bestimmter Richter, die nicht der Gesetzesform bedürfen. Aber dieses Vorgehen zeigt eben auch, dass das Warten auf den Zeitablauf, eine neue Person im Präsidialamt oder die turnusmäßige Neuwahl von Verfassungsrichtern letztlich das Einzige ist, was der Koalition an dieser Stelle bleibt.

## Enttäuschte Hoffnungen

**A**uch auf einem anderen Feld, wo die Tusk-Regierung große Hoffnungen geweckt hat, zeichnet sich jetzt Stillstand und der erste große Krach im »demokratischen« Lager ab: der Frage der Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Wenige andere Themen hatten im Wahlkampf so viele Emotionen mobilisiert und mit Sicherheit auch zu der überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der Frauen und jüngerer Wähler beigetragen, die die PiS die Macht kosteten. Sowohl Tusk als auch die mitregierende polnische Linkspartei hatten eine Fristenlösung bis zur zwölften Schwangerschaftswoche versprochen.

Aber die Bewegung »Dritter Weg« von Sejm-Marschall Holownia stellt sich quer. Er verzögert als Vorsitzender des Parlaments eine Behandlung entsprechender Gesetzentwürfe seiner Koalitionspartner und ist ohnehin gegen eine Fristenlösung. Er will zurück zu dem sogenannten »Abtreibungskompromiss« von 1993, einer unter dem Druck der katholischen Kirche verabschiedeten restriktiven Indikationsregelung, und selbst vor diese Lösung will er noch ein Referendum setzen. Je nachdem, wie dessen Frage formuliert ist, könnte sich dann für die Polinnen und Polen das Dilemma auftun, wie sie abstimmen sollen: für eine Regelung, zu der eine Mehrheit der Gesellschaft laut Umfragen nicht zurückwill, oder für die Beibehaltung eines Status Quo aus der Gesetzgebungsküche der PiS, der das polnische Abtreibungsrecht zu einem der konservativsten in Europa gemacht hat.

Einen Anstoß zur Lösung dieses Konflikts könnten die Kommunal- und Regionalwahlen am 7. April bringen. Es geht zwar dabei nicht um das Abtreibungsrecht, aber wenn Holownias »Dritter Weg« bei dieser Gelegenheit die Quittung erhält und Stimmen verliert, könnte er sich mit Blick auf seine Präsidentschaftsambitionen genötigt sehen einzulenken. Gewinnt er aber hinzu oder hält sich, dann können die Polinnen die Hoffnung auf Stärkung ihrer reproduktiven Rechte wohl erst einmal wieder begraben. ■

# *Hinter den Fassaden: Wie demo- kratisch sind die USA?*

»Die USA gelten als die erste Demokratie der Moderne.« Mit diesem gängigen Satz beginnt Rainer Mausfeld in seinem Buch *Hybris und Nemesis* ein Kapitel, das davon handelt, »wie sich mit dem Wort ›Demokratie‹ eine Demokratie verhindern lässt«. <sup>1</sup> Wie passen diese Aussagen zusammen? Wer dies genau wissen will, kann das in dem kenntnisreichen Buch des Autors nachlesen.



◀ Fertigung und Montage der Freiheitsstatue in Paris, 1884, aufgestellt in New York 1886

## VON PETER GÄRTNER

In diesem Beitrag über die Vereinigten Staaten von Amerika soll es darum gehen, wie es dort um die Demokratie bestellt ist. Dabei bildet – wie im genannten Kapitel bei Mausfeld – die Unabhängigkeitsrevolution (1763–1783) den Ausgangspunkt, von dem der Zeitbogen bis in die unmittelbare Gegenwart geschlagen wird.

### Das Fundament: Demokratie und die Revolution der Siedler

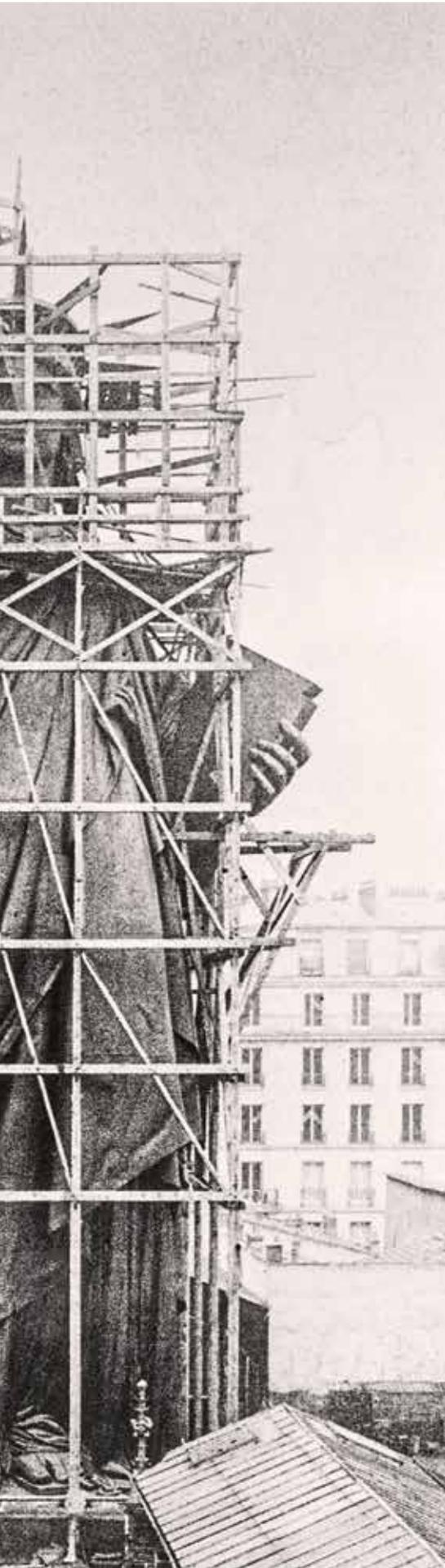
Im Selbstverständnis der USA, das sich auf den »American Exceptionalism« gründet, ist es kein Zufall, dass dort die älteste Demokratie der Moderne errichtet wurde. Die von der nordamerikanischen Revolution hervorbrachten Institutionen und Werte sind demzufolge sowohl einmalig als auch Maßstab für andere. Im 19. Jahrhundert diente dieser Exzeptionalismus vor allem der Abgrenzung gegenüber Europa, aber auch schon als Legitimation des Expansionskurses der USA in »ihrer Hemisphäre«. Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) wollte mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg dann sogar »die Welt sicher machen für die Demokratie«. Bis heute nutzt Washington die »Förderung der Demokratie« als Vorwand für Interventionen in anderen Staaten, die zumeist zu deren Zerfall führen.

Ein Blick auf die Entstehung der USA zeigt bezüglich der Demokratie tatsächlich Besonderes, das im Laufe der Zeit zum Maßstab erhoben wurde, um den eigenen Anspruch auf globale Dominanz zu legitimieren. Im Bündnis mit Frankreich erlangten 13 Kolonien in Nordamerika 1783 die Unabhängigkeit von Großbritannien und gründeten einen republikanischen Bundesstaat. Diese Emanzipation stellt zweifelsohne einen demokratischen Akt der Volkssouveränität dar. Anders als bei der Französischen Revolution (1789–1799),

die ebenfalls ein solcher Akt war, stellt die Revolution in Nordamerika jedoch keine soziale Umwälzung dar.

Warum ist dies so und was bedeutet es für die Demokratiefrage? Die kurze Begründung lautet: Im Falle der USA handelt es sich um eine Revolution in einer Kolonie europäischer Siedler. Im historischen Kontext – also in der längeren Version – ist dieser historische Fakt in mehrfacher Hinsicht einzigartig. Zunächst einmal sind die USA das erste Land in der modernen Weltgeschichte, in dem eine antikoloniale Revolution siegte. Diese ist jedoch wegen ihrer Protagonisten – der europäischen Siedler – janusköpfig. Die 13 Kolonien hatten sich gegen das Mutterland aus drei Gründen erhoben: Erstens wegen der von London verfügten Steuererhöhungen, zweitens aus Protest gegen die Festlegung der Siedlungsgrenze in den Appalachen (*Royal Proclamation* von 1763) und drittens um mehr Autonomie einzufordern, was dann in den Kampf um Unabhängigkeit einmündete.

Aufgrund dieser Interessenlage waren dem revolutionären und demokratischen Anspruch dieses Kampfes von vornherein in dreifacher Hinsicht enge Grenzen gesetzt. Zuvörderst diente die errungene Unabhängigkeit den Siedlern dazu, sich ungebremst die riesige Landmasse zwischen Atlantik und Pazifik anzueignen, auf dem die indigenen Völker lebten, deren Zahl um 1500 bei circa fünf Millionen lag. Deren Vertreibung und Ausrottung war integraler Bestandteil des »Empire Building« der USA. Als »innere und abhängige Nationen«, die der Entscheidungsgewalt des US-Kongresses (also der Legislative der Siedler) unterworfen waren<sup>2</sup>, wurde der überlebenden Bevölkerung faktisch ein koloniales Regime aufgezwungen. Nachdem um 1890 die »Indianergrenze« geschlossen worden war, mussten die dezimierten Stämme in Reservationsen ein elendes Dasein fristen. Noch lange nach 1900, als die indigene Bevölkerung in den USA mit 237.000 Menschen ihren Tiefststand erreicht hatte, galten die »Rothäute« als »sterbende Rasse«.



Kolonialer Landraub und Genozid an der indigenen Bevölkerung bilden das historische Fundament der **USA** und prägen somit deren politisches System.

Aus der Sicht der afrikanischen Sklaven, deren Beschaffung und Ausbeutung ein zentraler Teil der Wirtschaft der neugegründeten Vereinigten Staaten von Amerika war, stellte die Unabhängigkeitsrevolution der weißen Siedler eine Konterrevolution dar.<sup>3</sup> Denn sie bedeutete nichts anderes als die Fortsetzung und Ausweitung ihrer Versklavung. In der Verfassung, die am **4. März 1789** in Kraft trat, war den Bundesstaaten, die dies wollten, Einfuhr und Haltung von Sklaven ausdrücklich gestattet. Ihre Zahl vervielfachte sich von **683.020 (1790)** auf **3.558.974 (1860)**.<sup>4</sup> Trotz der Aufhebung der Sklaverei im Ergebnis des Bürgerkrieges **1861–1865** sind die Nachfahren der afrikanischen Sklaven bis heute der rassistischen Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt.

Die Fortexistenz und Verschärfung der Sklaverei war letztlich dem Klassencharakter der nordamerikanischen Unabhängigkeitsrevolution geschuldet, in der eine weiße, vermögende Elite die Hegemonie ausübte. Dies lässt sich anhand der Zusammensetzung des Verfassungskonvents von **1787** veranschaulichen. Von den **55** Delegierten hatten fast alle bereits staatliche Positionen inne, mehr als die Hälfte waren Juristen. Ähnlich hoch war der Anteil derjenigen, die eine militärische Laufbahn absolviert hatten. Viele bezogen ihr Einkommen aus Sklavenarbeit und waren als Geschäftsleute, Bankiers oder Landspekulanten tätig. Fast die Hälfte der Delegierten waren selbst Sklavenbesitzer.<sup>5</sup>

Alle drei Punkte belegen, dass die Unabhängigkeitsrevolution der **USA** keine soziale Revolution war und auch als politische (antikoloniale) Revolution unvollendet blieb. Die sozialen Verhältnisse der Kolonialzeit blieben – bis auf die Vertreibung der Kolonialadministration – unangestastet. Die nunmehr herrschende Siedlerelite sah in einer Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität eine Gefahr, die es zu bannen galt. James Madison, einer der Gründerväter und vierter Präsident der **USA**, sagte in einer geheimen Debatte am **26. Juni 1787**, dass die Regierung »die Minderheit der Wohlhabenden vor der Mehrheit schützen« müsse.<sup>6</sup> Die dergestalt etablierte Elitedemokratie war ihrem Wesen nach nicht nur volksfeindlich, sondern auch rassistisch und – in Bezug auf die indigene Bevölkerung – auch kolonialistisch.

### Der institutionelle Rahmen: Von den Vorwahlen bis zum Präsidentenamnt

**D**er Verfassungskonvent von **1787** hatte ein höchst komplexes System der Gewaltentrennung (*checks and balances*) geschaffen. Auf der einen Seite sind die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Präsidenten sehr weitreichend. Er ist Oberkommandierender der Streitkräfte, vertritt die **USA** völkerrechtlich und schließt mit Zustimmung des Senats internationale Verträge. Er ernennt Beamte und Offiziere und hat ein Begnadigungsrecht. Gegenüber dem Kongress kann er gegen Gesetzesvorlagen sein Veto einlegen, das dieser jedoch mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen kann. Im **20.** Jahrhundert hat die Machtfülle des Präsidenten deutlich zugenommen. Seit dem New Deal **1933** ist seine politische Führungsrolle allgemein anerkannt. Faktisch nimmt der Präsident heute die wichtigste Rolle im Prozess der Gesetzgebung ein. Als wichtigstem Politiker des Landes fällt ihm die Aufgabe zu, in der Öffentlichkeit als motivierende und inspirierende Führungspersonlichkeit aufzutreten.

Auf der anderen Seite bilden der Kongress, bestehend aus Senat (**100** Sitze) und Repräsentantenhaus (**435** Sitze), und der Oberste Gerichtshof (*Supreme Court*) als letzte und verbindliche Instanz des Justizsystems ein (gewisses) Gegengewicht zur präsidentiellen Machtfülle. Die neun Mitglieder des Supreme Court, die vom Präsidenten bestimmt und vom Senat bestätigt werden, üben ihr Amt lebenslanglich aus. Seine Befugnisse, zu denen die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und vorgelegten Fällen gehört, können vom Kongress ebenso geändert werden wie die Zahl der Richter und Richterinnen. Das Repräsentantenhaus verfügt über das alleinige Initiativrecht bei den Haushaltsgesetzen und leitet Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) ein, über deren Ausgang der Senat entscheidet. Ihm obliegt auch die Bestätigung von Regierungspersonal.

Das Parteiensystem der **USA** wird von den Republikanern (Grand Old Party) und den Demokraten (Democratic Party) dominiert, weshalb man von einem Zwei-Parteien-System spricht. Seine Aufgabe besteht darin, das passende Regierungspersonal zu rekrutieren. Dritte Parteien und unabhängige Kandidaten treten zwar von Zeit zu

Zeit auf, haben es aber schwer, sich langfristig zu etablieren. Das geltende Mehrheitswahlrecht begünstigt die großen Parteien ebenso wie die Notwendigkeit, zur Finanzierung der immer aufwendigeren Wahlkämpfe die nötigen Spenden einzuwerben. Die Parteistrukturen der Demokraten und Republikaner sind dezentral und föderalistisch. Die Kandidaten für die Wahlen werden in innerparteilichen Nominierungsverfahren (*primary* bzw. *caucus*) bestimmt. Ihre offizielle Nominierung erfolgt auf dem Parteitag (*national convention*), wo auch das Wahlprogramm verabschiedet wird.

Wahlen finden in den **USA** für fast alle Ämter an einem einzigen Tag statt, dem sogenannten *Election Day*, der laut Verfassung auf den Dienstag nach dem ersten Montag im November fällt. Eine automatische Registrierung der Wähler gibt es nicht. Da sie bundesweit nicht standardisiert ist, entscheiden die Bundesstaaten darüber, wobei die Hürden in den republikanisch regierten Staaten hoch, in den demokratisch regierten eher niedrig sind. In vielen Bundesstaaten ist es üblich, Häftlingen und ehemaligen Strafgefangenen das aktive und passive Wahlrecht abzuerkennen, was sozial schwächere Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Auch die Form der Stimmabgabe ist einzelstaatlich unterschiedlich geregelt.

Die Wahl des Präsidenten ist verfassungsmäßig geregelt. Bei der Kandidatenauswahl sind seit Anfang des **20.** Jahrhunderts immer mehr Bundesstaaten zu Vorwahlen (*primaries*) übergegangen, wobei es auch hier verschiedene Verfahren gibt. Die eigentliche Entscheidung fällt dann auf dem *national convent* der Demokraten beziehungsweise der Republikaner. Die Wahl des Präsidenten erfolgt in einem indirekten Wahlverfahren durch Wählerleute (*electors*), die in den Einzelstaaten nach dem Prinzip »the winner takes all« gewählt werden. Bei den Präsidentschaftswahlen **2020** entschieden sich von insgesamt **538 electors 306** für Joe Biden (Demokraten) und **232** für Donald Trump (Republikaner). Dabei schwankte die Zahl der Wählerleute – je nach Bevölkerung des jeweiligen Bundesstaates – zwischen drei (acht Bundestaaten) und **55** in Kalifornien, gefolgt von Texas mit **39** sowie Florida und New York mit je **29**. Um eine Mehrheit der Wählerleute zu erhalten, kommt es neben den bevölkerungsreichen Bundesstaaten vor allem auf die sogenannten *swing states* an, wo die Wahl der *electors* für gewöhnlich knapp ausfällt.

- 1 Mausfeld, Rainer: »Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt – Einsichten aus 5000 Jahren« Frankfurt a. M. 2023, S. 258 ff.
- 2 Pommersheim, Frank: »Broken Landscape. Indians, Indians Tribes, and the Constitution« Oxford u. a. 2009, bes. Kapitel 4 und 5.
- 3 Horne, Gerald: »The Counter-Revolution of 1776. Slave Resistance and the Origins of the United States of America« New York 2014.
- 4 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275122/umfrage/sklavenbevoelkerung-in-den-usa/>
- 5 Mausfeld 2023, S. 263.
- 6 ebenda, S. 264.
- 7 Stüwe, Klaus: »Das politische System der USA« in: Stüwe, K./ Rinke, S. (Hrsg.): »Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung« Wiesbaden 2008, S. 561.
- 8 Mills, C. Wright: »Die Machtelite« Frankfurt a. M. 2019.
- 9 Marche, Stephen: »Aufstand in Amerika. Der nächste Bürgerkrieg – Ein Szenario« München 2022.
- 10 [www.eeas.europa.eu/eeas/munich-security-conference-four-tasks-eu%E2%80%99s-geopolitical-agenda\\_en](http://www.eeas.europa.eu/eeas/munich-security-conference-four-tasks-eu%E2%80%99s-geopolitical-agenda_en)

## Die Machtfrage: Demokratie oder Oligarchie?

**E**in bezeichnendes Licht auf diese Frage wirft die Begründung, die Alexander Hamilton in den Federalist Papers No. 68 für die Einführung der indirekten Wahl des Präsidenten durch Wahlleute gegeben hat. »Das Staatsoberhaupt sollte nicht von der launenhaften Masse des Volkes, sondern von erfahrenen Männern im überschaubaren Bereich der Einzelstaaten ausgewählt werden. Es war also vor allem die Skepsis gegenüber der politischen Urteilsfähigkeit des Volkes, die 1787 zu diesem komplizierten Wahlverfahren führte. Kritiker fordern deshalb seit langem, das Wahlmännerkollegium zu reformieren oder ganz abzuschaffen und die direkte Volkswahl der Präsidenten einzuführen. Zu keiner Angelegenheit wurden mehr Anträge zur Änderung der Verfassung eingebracht – mehr als 700 in den vergangenen 200 Jahren. Bislang hat der Kongress eine Reform des Wahlverfahrens jedoch stets abgelehnt.«<sup>7</sup>

In den letzten Jahren wird verstärkt die Frage diskutiert, inwieweit die USA überhaupt noch als Demokratie bezeichnet werden können. Immer öfter lautet der Befund, dass sich diese zu einer Oligarchie gewandelt habe. Neben dem Verweis auf den elitären Klassencharakter der von den »founding fathers« gegründeten Republik stützt sich diese Auffassung vor allem auf vier Argumente. Als erstes ist der oligarchische Charakter der US-amerikanischen Machtelite<sup>8</sup> zu nennen. Bei dieser handelt es sich um eine kleine, abgeschlossene Gruppe, in der traditionelle Familiendynastien (Rockefeller, Vanderbilt, Morgan etc.), superreiche Aufsteiger (Koch-Brüder, die Walton-Familie, Bill Gates etc.) und bestens etablierte Politikerclans (Clinton, Bush, Kennedy etc.) eng miteinander vernetzt sind. Zweitens sind der Militärisch-Industrielle Komplex (MIK), vor dem schon US-Präsident Dwight Eisenhower

1961 gewarnt hatte, und die Big Five mit Alphabet (Google), Amazon, Apple, Meta Platforms und Microsoft, die zwar global agieren, aber alle ihren Sitz in den USA haben, zentrale Säulen des Machtblocks.

Drittens sind die staatlichen Entscheidungszentren mehrfach gegen unverhoffte Eingriffe »von unten« abgesichert. Neben dem Zwei-Parteien-System, das bislang keine dritte Kraft aufbrechen konnte, und den hohen Hürden, die in das Wahlsystem eingebaut sind, sorgen die ausufernden Kosten des Präsidentenwahlkampfes dafür, dass nur Superreiche oder Politiker, die von diesen gefördert werden, eine Chance haben. Auch das antiquierte System der *electors* sorgt immer wieder dafür, dass ein Präsident ins Amt kommt, der nicht die Mehrheit der Wähler gewinnen konnte. Die Ermordung von John F. Kennedy und die Machenschaften des NSA, die von Edward Snowden aufgedeckt wurden, verweisen auf die systemsichernde Machtfülle der Geheimdienste. Auf einer vierten Ebene wird die politische Meinungsbildung der einfachen US-Amerikaner durch die Medienmacht in den Händen der Big Five, die einseitige öffentliche Berichterstattung und den Einfluss mächtiger Think Tanks ebenfalls im Sinne der herrschenden Elite beeinflusst.

## Spaltung: Die Un-Vereinigten Staaten von Amerika

**D**iese Formulierung beschreibt die tiefe soziale, politische und kulturelle Spaltung des Landes. Die wachsende soziale und ökonomische Ungleichheit schlägt sich in einer politischen Polarisierung nieder, die bereits die Stufe des mentalen Bürgerkrieges<sup>9</sup> erreicht hat. Symbolisiert wird sie in der Dauerkonfrontation zwischen Donald Trump und Joe Biden. Die tiefe Krise der USA ist das Ergebnis einer Konstellation, in der unbewältigte strukturelle Probleme

(soziale Ungleichheit, Rassismus, Militarisierung, Verfall der Infrastruktur) und neue Herausforderungen (Klimawandel, Pandemien, demografischer Wandel) auf ein dysfunktionales politisches System treffen, das einseitig auf Machterhalt und Umverteilung von unten nach oben ausgerichtet ist. Die Kombination von neoliberaler Globalisierung und der Illusion, als Sieger im Kalten Krieg nunmehr die »einzige Weltmacht« zu sein, hat im Innern zur Deindustrialisierung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten geführt.

Auf internationaler Ebene hat sich Washington in sinnlosen Kriegen verzettelt. Auf dem Höhepunkt imperialer Hybris haben die USA den Konflikt in der Ukraine vom Zaun gebrochen, um Russland in die Knie zu zwingen. Im Nahen Osten, wo sie seit den 1950er Jahren als Hegemon agieren, sind sie isoliert. Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen auf einen Krieg mit China. Mit dieser Politik hat sich Washington ins Abseits katapultiert. Josep Borrell, der EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik, musste dies auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz offen eingestehen: »Die Ära der westlichen Dominanz ist tatsächlich endgültig vorbei.«<sup>10</sup>

Ob und wie die USA aus dieser selbst gegrabenen Grube wieder herauskommen werden, muss die Zukunft zeigen. Angesichts dessen, dass bei den anstehenden Wahlen am 5. November 2024 nur zwischen Pest und Cholera entschieden werden kann, sieht es für die »älteste Demokratie der Welt« nicht gut aus.■

---

**DR. PETER GÄRTNER** ist Politikwissenschaftler mit den Fachgebieten Internationale Beziehungen, Globalisierung, Geopolitik, Energie- und Klimapolitik, indigene Völker. Er lehrt an der Universität Leipzig und ist auf Lateinamerika und die USA spezialisiert. Lehraufträge führten ihn an die Universitäten in Leipzig, Dresden, Jena, Wien und Havanna.

---



**Russlands Präsident Wladimir Putin, der 2001 noch eine Rede im Bundestag hielt<sup>1</sup>, die häufig von Beifall unterbrochen wurde, wird seit einigen Jahren von deutschen Journalisten<sup>2</sup> und Wissenschaftlern<sup>3</sup> in die Nähe von Hitler gerückt. Die großen deutschen Medien können aber nicht erklären, wie es aus ihrer Sicht so weit kommen konnte. Heute geht es darum, die deutsche Bevölkerung »kriegsbereit« zu machen. Die tägliche deutsche Anti-Russland-»Berichterstattung« ähnelt erschreckend der Nazi-Hetze vom »russischen Untermenschen«, der »die zivilisierte Welt bedroht«.**

## Das Wahlergebnis als Zeichen an die Welt

Gucken wir uns das politische System in Russland genauer an. Wie entstand es nach dem Zerfall der Sowjetunion? Wie entstand die neue politische Elite Russlands? Gibt es Anzeichen für ein Wiederenstehen einer autoritären Herrschaft wie zu Sowjetzeiten? Trägt der Westen, der an der Schaffung eines kapitalistischen Systems in Russland mit Beratern beteiligt war, möglicherweise Mitverantwortung für mangelnde Demokratie und Repression gegen Andersdenkende in Russland?

Dass Wladimir Putin am 17. März 2024 mit 87 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Russlands wiedergewählt wurde, war für das Establishment in Deutschland unerträglich. Dass die Wahlbeteiligung bei 77 Prozent lag, wurde ohne Gegenbeweise bestritten.

Für die meisten Russen war der Sieg des Amtsinhabers jedoch eine Genugtuung, selbst wenn sie die russische Politik in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales kritisieren. Es ging darum, dem Westen zu zeigen, dass man ein unabhängiges Land ist und die Geschicke von Russland von seinen Bürgern und nicht vom Ausland entschieden werden.

## Je weiter weg vom Krieg, desto geringere Werte für Putin

Auffällig war, dass die Zustimmung für Putin in den sogenannten »neuen Gebieten« – Donezk, Lugansk und Saporoschje –, also dort, wo die Gefahr durch ukrainischen Beschuss am höchsten ist, mit Werten zwischen 92 und 95 Prozent besonders hoch war<sup>4</sup>. Das Wählen war dort mit großen Gefahren verbunden. Wegen des ukrainischen Beschusses wurde die Zeit der Wahl verlängert, versucht, Menschenansammlungen in Wahllokalen zu vermeiden und zusätzlich mobile Wahlurnen eingesetzt.

Am niedrigsten war die Zustimmung für Putin in den Wahllokalen in der EU, den USA, Kanada und Südkorea, wo 30 bis 50 Prozent der Wähler für den wirtschaftsliberalen Alternativkandidaten Wladislaw Dawankow stimmten<sup>5</sup>. Eben in diesen Ländern wohnen auch die Russen, welche aus politischen Gründen aus Russland emigriert sind.

Die großen deutschen Medien behaupteten, es sei keine Wahl, sondern eine Farce gewesen. Diese Behauptung wurde aber

nicht mit Fakten untermauert. Deutschland war in Russland nicht mit Wahlbeobachtern vertreten. Und deutsche Medien konnten auch nicht von größeren Wahlfälschungen berichten.

Natürlich war es aus westlicher Sicht ungewöhnlich, dass bei den Präsidentschaftswahlen von Anfang an feststand, dass die drei alternativen Präsidentschaftskandidaten sich im Wahlkampf nicht mit der Politik von Putin auseinandersetzten. Die alternativen Kandidaten stellten sich zur Wahl, weil sie eine öffentliche Demonstration des russischen Volkes zur Unterstützung des Amtsinhabers für richtig hielten.

## Sozial verpflichtet oder unternehmer-treu?

In den großen deutschen Medien wird behauptet, in Russland herrsche eine Gruppe von Geheimdienstleuten und Großunternehmern. Über die sozialen Probleme in Russland berichten die deutschen Medien allerdings wenig, denn da gibt es auch in Deutschland Probleme, über die man lieber nicht sprechen will. Die 2018 von Wladimir Putin gebilligte Heraufsetzung des Renteneintrittsalters bei Frauen von 55 auf 60 Jahre und bei Männern von 60 auf 65 Jahre haben viele Russen kritisiert und sind deshalb auf die Straße gegangen.

Wenn Putin jetzt seine Ankündigung wahr macht und in Russland eine progressive Einkommenssteuer einführt – bisher gibt es einen linearen Steuersatz von 13 Prozent – ist das eine Maßnahme, über welche sich die russischen Großunternehmer nicht freuen. Aber warum berichten die deutschen Medien nicht über die geplante Steuerprogression? Weil das nicht in das Bild des bösen Diktators passt?

Der russische Präsident setzt sich wie ein Sozialdemokrat für einen Kompromiss zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Großverdienern ein. Beide Seiten sollen bestimmte Spielregeln einhalten, damit das russische Staatswesen funktioniert. Der Kreml-nahe Politologe Sergej Markow schrieb im August 2023 in seinem Telegram-Blog: »Russland ist ein offenes Land mit einem mittelmäßig autoritären plebiszitären Regime persönlicher Macht. Das heißt, auf einer Skala von Demokratie-Autoritarismus ist Russland der Demokratie sehr viel näher, und die Ukraine ist dem Totalitarismus sehr viel näher.«<sup>6</sup>

## Das Wort »Demokratie« hat in Russland nicht den besten Ruf

Für viele Russen hat der Begriff Demokratie nach den Erfahrungen der chaotischen 1990er Jahre einen negativen Beigeschmack. Damals waren diejenigen Politiker, die sich am lautesten als Demokraten präsentierten, jene, welche der Ausplünderung der staatlichen Wirtschaft durch Kriminelle und Glücksritter den Weg ebneten und nichts für eine Grundsicherung der Bevölkerung taten. Der russische Präsident Boris Jelzin ließ im Oktober 1993 das russische Parlament beschießen, weil sich das Parlament seinem marktradikalen Kurs nicht unterordnen wollte.

Wegen der Unfähigkeit des Staates, für Sicherheit, Frieden und soziale Absicherung zu sorgen, wendeten sich viele Menschen von dem Traum, Russland nach westlichem Modell umzugestalten, ab und forderten eine »harte Hand«.

Die in den 1990er Jahren auf krummen Wegen zu Besitz und Geld gekommenen russischen Oligarchen wie Wladimir Gusinski und Boris Beresowski versuchten mit den von ihnen kontrollierten Fernsehkanälen NTW und ORT ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen durchzusetzen. Im Kampf gegen die konservativen Kräfte in der Gesellschaft – Kommunisten, Beamte und Militärs – nutzten sie liberale Journalisten als Stoßtrupp. Sie brauchten Leute, die furchtlos in das Kriegsgebiet Tschetschenien fuhren, die versuchten, Auftragsmorde, Korruptionsfälle, Amtsüberschreitungen und Folter in Polizeidienststellen und Gefängnissen aufzudecken.

Neben den neuen russischen Medien – der »vierten Macht« – etablierten sich in den 1990er Jahren die westlichen Medien als eine Art »fünfte Macht«. Westliche Medien wurden von vielen Russen als moralische Instanz anerkannt, da sie angeblich funktionierende Systeme repräsentierten.

## Das Parlament ist nicht das Machtzentrum

Der wesentliche Unterschied des deutschen gegenüber dem russischen politischen System ist die zentrale Rolle des Präsidenten in Russland. Die neue russische Verfassung von 1993 wurde übrigens nach der Beschließung des russischen Parlaments durch die von Jelzin in Marsch gesetzten

## »Wer sich die russische Geschichte der letzten 150 Jahre anschaut, sieht, dass die politische Repression in Russland immer dann zunahm, wenn es Kriegsvorbereitungen in westlichen Staaten gab.«

Panzer unter Mithilfe von deutschen Verfassungsrechtlern ausgearbeitet. Diese Verfassung konzentriert die Staatsmacht bis heute in der Hand des Präsidenten und seiner Administration. Letztere gibt die Anstöße für Gesetzesvorlagen im Parlament und für die Leitlinien in der Politik.

1993 ging es für den Westen vor allem darum, in Russland einen Rückfall in den »Kommunismus« zu verhindern. Dafür war man auch bereit, den damaligen Präsidenten mit allen dafür nötigen Mitteln zu unterstützen.

Jelzin konnte sich in den 1990er Jahren nicht auf eine starke Regierungspartei stützen. Der Ausverkauf des sowjetischen Staatseigentums wurde von Jegor Gaidar und Anatoli Tschubais geleitet. Sie waren Mitglieder der Partei »Demokratische Wahl Russlands«. Diese Partei erreichte bei den Duma-Wahlen im Dezember 1993 beachtliche 15 Prozent der Stimmen, doch bei der Wahl zwei Jahre später bekam »Demokratische Wahl Russlands« die Quittung für ihre anti-soziale Politik. Sie scheiterte als Parlamentspartei mit knapp vier Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Der Kreml hatte diese Entwicklung vorausgesehen und 1995 eine neue Regierungspartei »Unser Haus Russland« aufgebaut. Die Partei, vom damaligen Ministerpräsidenten und ehemaligen Gazprom-Manager Viktor Tschernomyrdin geleitet, war nicht marktradikal wie »Demokratische Wahl Russlands«, sondern liberal-konservativ. Sie bekam bei den Wahlen 1995 aber nur zehn Prozent der Stimmen.

Bei den Duma-Wahlen im Dezember 1999 – Putin war bereits Ministerpräsident – gab es einen neuen Versuch zur Bildung von starken Regierungsparteien. Zur Wahl traten zwei neue Parteien an, die von bekannten Politikern und Ministern gegründet worden waren: der konservativ-zentristische Wahlblock »Einheit«, geführt vom damaligen Minister für Katastrophenschutz

Sergej Schoigu – seit 2012 Verteidigungsminister –, und der links-zentristische Wahlblock »Vaterland – Ganz Russland«, geführt vom Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow sowie dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Ex-Chef der Auslandsaufklärung Jewgeni Primakow.

### Bildung der Regierungspartei »Einiges Russland«

Bei der Duma-Wahl 1999 erreichten die beiden Wahlblöcke 23 beziehungsweise 13 Prozent der Stimmen. Nach der Duma-Wahl vereinigten sich die beiden Blöcke zur Partei »Einiges Russland«. Sie ist seit 2003 praktisch Regierungspartei. Seit 2007 verfügt die Partei über die absolute Mehrheit der Stimmen in der Duma. Den Ton bei »Einiges Russland« geben Beamte, Minister und Gouverneure an.

Putin war zunächst Spitzenkandidat der neuen Partei, doch nachdem 2011 in Moskau 100.000 Menschen unter Leitung des Aktivisten Aleksei Nawalny wegen Wahlfälschungen auf die Straße gegangen waren, trat er nicht mehr als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« an. Er kandidierte stattdessen mit Unterstützung von Vertrauenspersonen, die er selbst auswählte. Putin wollte nicht riskieren, dass sich Amtsüberschreitungen oder Korruption bei Mitgliedern der Regierungspartei negativ auf sein Image auswirken.

Kurz nach seinem Amtsantritt im Jahre 2000 begann Wladimir Putin die Oligarchen Beresowski und Gussinski sowie den Besitzer der Öl-Firma Yukos Michail Chordorkowski zu entmachten. Parallel schwand der Einfluss der Liberalen in den russischen Medien. Nachdem die sozial-liberale Partei »Jabloko« (Apfel) 2007 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war und auch keinen Direktkandidaten mehr

durchbringen konnte<sup>7</sup>, waren die politischen Organisationen der Liberalen nicht mehr im Parlament vertreten, was Wladimir Putin öffentlich bedauerte.

### 2005 : »Souveräne Demokratie«

Seit Putin im Jahr 2000 Präsident wurde, wurde die patriotische Richtung in der russischen Politik und Kultur Schritt für Schritt gestärkt. Im Februar 2005 wurde unter Leitung der russischen Präsidialverwaltung am Rande von Moskau die Jugendorganisation »Naschi« (Die Unseren) gegründet. An der Konzeption der Jugendorganisation war der Kreml-Berater Wladislaw Surkow führend beteiligt. Er war es auch, der den Begriff »souveräne Demokratie« schuf, was ausdrücken sollte, dass sich die russische Demokratie nach russischen Werten und nicht nach den vom Westen vorgegebenen Werten definiert.

Die Mitglieder von »Naschi« veranstalteten große Aufmärsche, wobei sie Putin-T-Shirts oder T-Shirts trugen, mit denen an den 9. Mai 1945, den Tag des Sieges über den Hitler-Faschismus, erinnert wurde. 2012 löste sich die Organisation auf.

Nach dem Staatsstreich in der Ukraine 2014 startete der Kreml eine neue Initiative im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik. 2016 wurde unter der Patronage des russischen Verteidigungsministers Schoigu die Organisation »Junarmija« (Jugend-Armee) gegründet. Die Organisation hat heute nach eigenen Angaben 1,3 Millionen Mitglieder. Aufgabe der Organisation ist die patriotische Erziehung und allseitige Entwicklung von Jugendlichen. Leiter der Organisation ist der 27 Jahre alte Gymnastik-Sportler und Olympia-Sieger Nikita Nagornyj.

Die Mitglieder der »Junarmija« sollen mit verantwortlichem Handeln für andere

- 1 [https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort-244966](https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966)
- 2 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wladimir-putin-und-hitler-letzte-tage-im-kreml-kolumne-a-5b85ea58-ae4a-47de-9f78-9077e0560fe1>
- 3 <https://www.deutschlandfunk.de/was-putins-regime-mit-faschismus-und-stalinismus-gemein-hat-100.html>
- 4 <https://www.kommersant.ru/doc/6579312>
- 5 [https://dzen.ru/a/ZfjhAU9sOwf6IV\\_M](https://dzen.ru/a/ZfjhAU9sOwf6IV_M)
- 6 <https://t.me/logikamarkova/7619>
- 7 <https://www.kommersant.ru/doc/6298924>

Jugendliche und die Gesellschaft Vorbild sein. In gewisser Weise knüpft diese Organisation an die Tradition der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol an.

Etwa ab **2010** ging der russische Staat auch zunehmend dazu über, Jugend- und Bürgerinitiativen mit Geld – sogenannten »Grants« – zu unterstützen. Der Staat übernahm Schritt für Schritt ein Feld, auf dem in Russland bis dahin nur westliche Stiftungen aktiv waren. Zudem werden mit Unterstützung des Staates russlandweit Sport-Wettkämpfe, Film- und Cyber-Festivals sowie Bildungswettbewerbe organisiert.

#### **2014: »Russische Welt«**

Seit der Westen den Staatsstreich in der Ukraine unterstützt hat, wendet sich Russland immer mehr vom westlichen Politik-Modell ab, das immer noch Maßstab war. Der Anmaßung des Westens, die Ukraine in die **NATO** aufzunehmen, stellte der Kreml das Modell einer »russischen Welt« gegenüber. Dazu gehören aus Sicht des Kremls nicht nur die Menschen in der Südostukraine, sondern alle Menschen, die Russisch sprechen und sich der russischen Kultur zugehörig fühlen.

Mit dem Begriff »russische Welt« grenzte sich der Kreml gleichzeitig von westlichen Trends ab, wie der Genderpolitik und der Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen und **LGTB**-Themen. Putin erklärte, der Schutz der traditionellen Familie sei ein Schwerpunkt der staatlichen Politik. Durch die Orientierung auf traditionelle Werte fühle sich Russland mit vielen Staaten außerhalb des westlichen Einflussbereiches verbunden und werde für diese Staaten als Partner noch attraktiver.

Doch nicht alle Russen können sich mit dieser Orientierung anfreunden. Oleg

Schejn, ein linker Gewerkschafter und Duma-Abgeordneter der Partei »Gerechtes Russland« aus der südrussischen Stadt Astrachan, erklärte in einem Interview, die Formel »traditionelle Werte« sei fragwürdig, denn es sei nicht klar, welche Werte der Kreml genau meine: Die traditionellen Werte des **20.** Jahrhunderts, zu denen der Acht-Stunden-Tag, das Wahlrecht für Frauen, eine gute Gesundheitsversorgung und Bildung für alle und Völkerfreundschaft gehört, oder die traditionellen Werte des **19.** Jahrhunderts, wo es in Russland noch die Leibeigenschaft gab.

Die Hoffnung, dass sich Russland mit seinem Bezug auf traditionelle Werte automatisch auch Freunde in Afrika und Asien macht, hält Schejn für unwahrscheinlich. Denn beispielsweise in Südafrika und Brasilien, die zum Staatenbündnis **BRICS** gehören, sind gleichgeschlechtliche Ehen gesetzlich zugelassen.

#### **2022: Man muss genau überlegen, was man sagt**

Nach der russischen Invasion in der Ukraine hat sich das politische Klima in Russland verschärft. Politische Aktivisten und Blogger, aber auch einfache Bürger müssen, wenn sie über den Krieg in der Ukraine sprechen, ihre Worte genau abwägen. Wer das nicht tat, wie der linke Soziologe Boris Kagarlitsky und der monarchistische Aktivist Igor Strelkow sowie mehrere Bürger, die öffentlich gegen den Krieg in der Ukraine demonstrierten, kam in Haft. Im Februar **2021** war bereits der bekannteste Putin-Gegner und Blogger Aleksei Nawalny wegen der »Bildung einer extremistischen Vereinigung« zu **19** Jahren Haft verurteilt worden.

Innenpolitisch geht der Einfluss westlicher politischer Normen, unter denen

Russland seit **1991** lebte, immer mehr zurück. Unter dem Eindruck des Terroranschlages auf die Crocus City Hall bei Moskau am **22. März 2023** ist in der russischen Gesellschaft erneut die Forderung nach der Todesstrafe laut geworden. So äußerte sich der Vorsitzende der Duma, Wjatscheslaw Wolodin, positiv zur Wiedereinführung der Todesstrafe. Der Kreml hat sich zu der Debatte bisher nicht geäußert. Die Todesstrafe war **1996** durch ein Moratorium ausgesetzt wurden. Das war damals die Bedingung für die Aufnahme Russlands in den Europarat.

#### **Kritik an der Forderung, die Todesstrafe wieder einzuführen**

Der Moskauer Sekretär der Kommunistischen Partei Russlands (**KPRF**), Denis Parfjonow, kritisierte die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe. Der **36**-jährige Politiker meinte, »wir haben kein so entwickeltes Rechtssystem und keinen so kristallklaren Staat, dass wir uns erlauben können, das Moratorium für die Todesstrafe abzuschaffen«. Fehler bei Gerichtsurteilen könne man nicht ausschließen und ein Leben nicht zurückholen.

Wer sich die russische Geschichte der letzten **150** Jahre anschaut, sieht, dass die politische Repression in Russland immer dann zunahm, wenn es Kriegsvorbereitungen in westlichen Staaten gab. Würde Deutschland heute zur Entspannungspolitik der **1970er** Jahre zurückkehren, würde der Meinungskorridor in Russland vermutlich wieder breiter werden. ■

# »Der Westen bekämpft Russland, als ob es keine Atomwaffen hätte«

Vor kurzem hat der renommierte russische Politikwissenschaftler Dmitri Trenin in einem Artikel<sup>1</sup> geschrieben, dass der Westen das erste Mal seit 1945 aufgehört habe, sich vor Russland zu fürchten. Ein Angstdefizit kann laut dem ehemaligen Leiter des Carnegie-Instituts Moscow tödlich sein und muss daher überwunden werden, bevor es zu spät ist. Nach der Auflösung des Instituts 2022 ist Trenin im Gegensatz zu mehreren Kollegen in Russland geblieben. Im Interview spricht er über die Kriegstreiberei des Westens gegen Russland, die Folgen und warum es dem Westen wieder das Fürchten beibringen soll. Das Gespräch mit Dmitri Trenin hat ÉVA PÉLI geführt und aus dem Russischen übersetzt.

**HINTERGRUND** Sie schreiben in einem aktuellen Beitrag, dass sich in der EU eine »mächtige Kampagne zur Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland« entfaltet hat. Warum ist dies geschehen, und was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

**DMITRI TRENIN** Die Kampagne zur Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland hat viele Gründe. Zunächst einmal ist es die Enttäuschung über das Scheitern der ukrainischen Offensive 2023, die zu einer Niederlage Russlands führen sollte. Stattdessen ist es zu einer Wende im Krieg gekommen. Die Initiative hat sich auf die russische Armee verlagert. Die Aussicht auf einen russischen

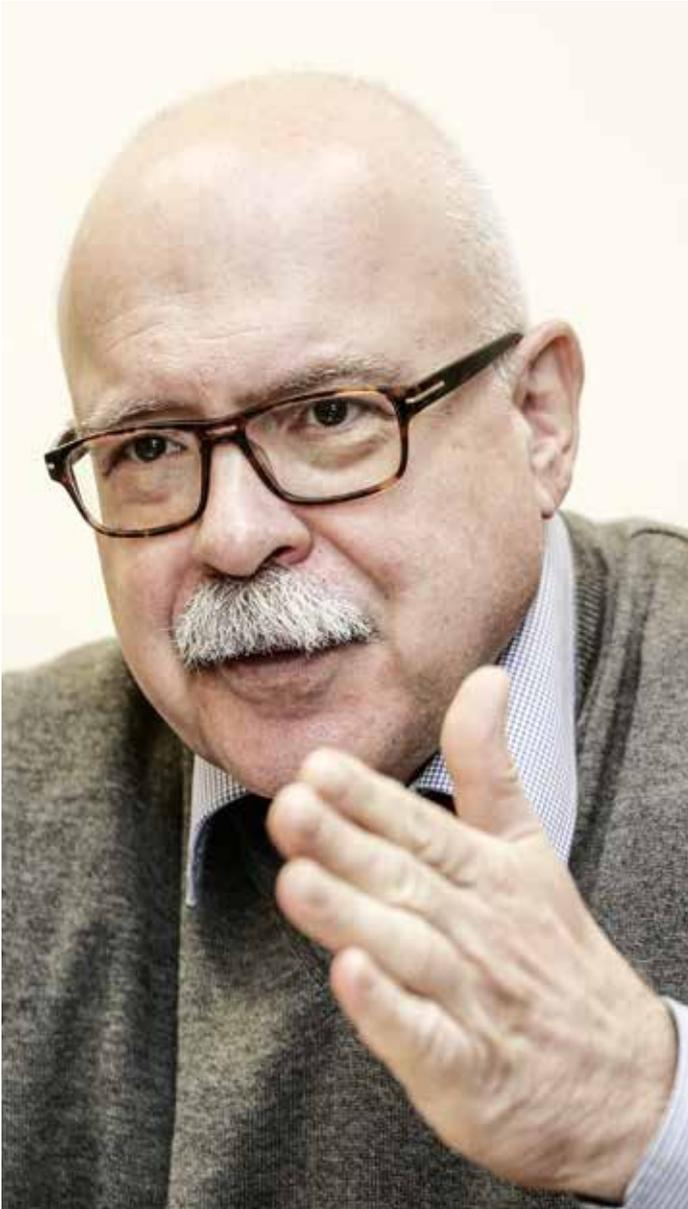
militärischen Sieg – und gleichzeitig eine geopolitische Niederlage für den Westen – wurde real. Währenddessen bekamen die Europäer Angst vor Donald Trumps möglichem Einzug ins Weiße Haus. Darüber hinaus hat die Position der Republikanischen Partei in den USA bereits dazu geführt, dass Washington seine Unterstützung für Kiew einschränkt.

Vor dem Hintergrund der russischen Erfolge auf dem Schlachtfeld und der allmählichen Verlagerung der Aufmerksamkeit der USA auf Asien/China hat Europa also begonnen, sich mehr Gedanken über die Nachhaltigkeit der wichtigsten atlantischen Institutionen – NATO und EU – zu

machen. Da sind auch noch die europäischen Waffenhersteller. Natürlich wollen sie in Vorbereitung auf einen großen Krieg Geld verdienen.

Zudem möchte Frankreich die Situation ausnutzen und die Position des »Kommandeurs von Europa« einnehmen, um die von den USA geschaffene Lücke zu schließen. Deutschland seinerseits hat den Weg der Aufrüstung eingeschlagen, auch um seine Position in Europa zu stärken. Die EU-Führung schürt eine Kriegshysterie, um sich auf antirussischer Basis zu behaupten. »Global Britain« hat das ewige »Great Game« gegen Russland wieder in Gang gesetzt. (Anm. Red.: Als »The Great Game« oder »Das

<sup>1</sup> <https://profile.ru/abroad/kak-rossiya-mozhet-pokonchit-s-deficitom-straha-v-otnosheniyah-s-zapadom-1456137/>



© picture alliance/AP Images | Kenichi Unaki

**DMITRI TRENIN** ist wissenschaftlicher Direktor am Institut für Militärwirtschaft und Strategie der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics in Moskau und ein führender Forscher am IMEMO, dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften.

**HINTERGRUND** Sie schreiben über die »eigenen Gründe« der Europäer für die Konfrontation mit Russland. Welche sind das?

**TRENIN** Es gibt viele solcher Gründe. Hier sind einige von ihnen.

→ Die Enttäuschung darüber, dass es nicht gelungen ist, das postsowjetische Russland zu einem gehorsamen Objekt der europäischen Politik zu machen.

→ Die tief verwurzelte Haltung der europäischen Eliten gegenüber Russland als einem barbarischen Land, einem Emporkömmling und etwas »anderem«, was »Europa« feindlich gegenübersteht.

→ Alte Ängste vor einem riesigen konservativen Imperium, das sich »über Europa erhebt«, später vor einem radikalen kommunistischen Riesen. Die erste Angst ist charakteristisch für die europäische Linke, die zweite für die europäische Rechte. In beiden Fällen spielt die Größe (»die Größe Russlands«) eine Rolle. Früher sagte man »Barbaren vor dem Tor«, heute spricht man von »Dschungeln, die den Garten bedrohen«. Die Bedeutung ist jedoch dieselbe.

→ »The Great Game« der Briten gegen Russland, das sie im zwanzigsten Jahrhundert verloren haben, wird in Form einer Neuauflage entlang der gesamten russischen Grenzen – Ukraine, Kaukasus, Baltikum, Zentralasien unter anderem – wieder aufgenommen.

→ Die französische kulturelle und Werte-Arroganz. Frankreichs Anspruch auf die Rolle der »europäischen USA«.

→ Die traditionelle deutsche Verachtung für Slawen und insbesondere Russen. Dazu kommt ein unterschwelliger – wenn auch nie anerkannter – Wunsch nach »moralischer Rache« für den Zweiten Weltkrieg.

→ Historische Missstände bei den Polen – wegen der Teilung Polens. Und auch bei den Tschechen wegen 1968. Bei den Finnen – aufgrund der vierzig Jahre andauernden »Finnlandisierung« während des Kalten Krieges. Die Balten haben ihre Identität ganz auf der Idee aufgebaut, dass sie Opfer des »bösen Russlands« sind.

**HINTERGRUND** Sie sind der Meinung, dass die NATO auf einen langwierigen Krieg setzt, der Russland entscheidend schwächen könnte. Die Sowjetunion hat in Afghanistan ein ähnliches Schicksal erlitten. Wie sehen Sie diese Parallelen?

**TRENIN** Ein langwieriger Krieg ist nicht in Russlands Interesse. Die gemeinsamen Ressourcen des Westens sind größer als

Größe Spiel« wird der historische Konflikt zwischen dem Vereinigten Königreich und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien bezeichnet. Er dauerte von den Napoleonischen Kriegen bis zum Vertrag von Sankt Petersburg im Jahr 1907.)

Schließlich versuchen eine Reihe von Ländern an der Ostflanke der NATO beziehungsweise der EU, so die baltischen Staaten, Polen, die Tschechische Republik, Rumänien, Finnland, Schweden und andere, ihre Bedeutung im Rahmen der westlichen Bündnisse und Allianzen zu erhöhen, um zusätzliche Hilfe und Unterstützung zu erhalten.

**HINTERGRUND** Ist dies eine Rückkehr zur Konfrontation wie im Kalten Krieg vor 1989? Wenn es Unterschiede gibt: Was ist daran neu?

**TRENIN** Anders als in der Zeit des Kalten Krieges ist die Angst des Westens vor den Folgen seines Handelns heute deutlich geringer geworden. Ein Beispiel dafür ist Emmanuel Macrons Äußerung über die mögliche Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine. Die Ideologie des liberalen Globalismus hat Pragmatismus und Realismus besiegt. Das ist gefährlich für die Welt. Hinzu kommt, dass der Liberalismus in vielen Fällen totalitäre Züge annimmt.

Die Qualität der europäischen Eliten im Allgemeinen und der Staatsoberhäupter im Besonderen (siehe Großbritannien, Frankreich, Deutschland) ist viel geringer als während des Kalten Krieges. Die (falsche und gefährliche) Vorstellung, Russland könne in einem konventionellen Krieg besiegt werden, hat sich unter den westlichen Eliten verbreitet.

die von Russland. Daher könnte Russland in eine Lage geraten, in der es entweder gemäß seiner Militärdoktrin Atomwaffen einsetzen oder mit schlimmen Folgen für das Land kapitulieren muss. Putin hat einmal gesagt: »Wozu brauchen wir eine Welt, in der es kein Russland gibt?« Ich persönlich nehme das ernst. Russland muss also den Krieg gewinnen, der für das Land buchstäblich existenziell ist. Aber ein russischer Sieg in der Ukraine wird kein Anfang für einen weiteren Vorstoß nach Westen sein. Diejenigen, die das behaupten, haben keine Beweise und machen den Menschen nur Angst. Afghanistan war für die UdSSR ein Krieg an der Peripherie. Die Ukraine ist jedoch nicht nur ein strategisch zentraler Krieg für Russland, sondern auch ein Bürgerkrieg, der sich innerhalb derselben Gesellschaft abspielt.

**HINTERGRUND** Sie warnen, dass Russland eine Niederlage droht, wenn es seine Ziele in der Ukraine nicht erreicht. Welche sind diese?

**TRENIN** Wenn Russland seine erklärten Ziele in der Ukraine nicht erreicht, wird das für viele in Russland mehr als eine Enttäuschung sein. Es werden sich eine Menge Fragen nach den Gründen für das Scheitern stellen und danach, wer für die sinnlosen Opfer zur Rechenschaft gezogen wird. Es wird ein schwerer Schlag für das Ansehen der Führung des Landes sein. Die wachsende Unzufriedenheit von unten könnte von einem Taumeln der Spitze begleitet sein. Externe Kräfte werden die Situation weiter beeinflussen und versuchen, Chaos in der Russischen Föderation und einen sogenannten Regimewechsel im Land herbeizuführen. Eine solche Aussicht ist ein starker Anreiz für Russland, einen überzeugenden Sieg in der Ukraine anzustreben und zu erreichen.

**HINTERGRUND** Sie schreiben auch, dass die Staats- und Regierungschefs (West-) Europas zum ersten Mal seit 1945 die russischen Atomwaffen nicht mehr fürchten. Lange Zeit sagten Beobachter wie der ehemalige DDR-Geheimdienstchef Werner Großmann: »Wenn Russland keine Atomwaffen hätte, gäbe es wieder Krieg.« Warum ist das nicht mehr der Fall?

**TRENIN** Im Westen, erstaunlicherweise einschließlich Europa, ist die Angst vor Atomwaffen in den letzten Jahrzehnten fast völlig verschwunden. Es wird angenommen,

dass es keine Ziele und keine Opfer gibt, die den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würden – und daher können konventionelle Waffen ohne Einschränkung eingesetzt werden. Die USA sind zu dem Schluss gekommen, dass Russland eher kapitulieren würde als einen Atomschlag zu führen. Dadurch werden die NATO-Länder entfesselt und alle »roten Linien« weggewischt. Der Westen bekämpft Russland, als ob es keine Atomwaffen hätte. Die USA werden offenbar keinen Atomschlag gegen Russland führen, eine massive Invasion starten und russisches Gebiet besetzen. Aber ihre Strategie zielt darauf ab, Russland in der Ukraine eine strategische Niederlage beizubringen, nach der in Russland selbst Chaos ausbrechen könnte.

All diese Berechnungen sind äußerst gefährlich. Russland wird auf keinen Fall verlieren, geschweige denn kapitulieren. Es ist durchaus in der Lage, zu gewinnen. Die ständige Eskalation des Krieges durch die NATO-Staaten erhöht jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass Moskau seine von Anfang an den Tag gelegte Zurückhaltung aufgibt und zu Schlägen gegen Ziele in den Gebieten der am aktivsten am Krieg beteiligten NATO-Staaten übergeht.

**HINTERGRUND** Einige denken, der Westen sei im Niedergang begriffen und deshalb sehr wütend. Der französische Soziologe Emmanuel Todd meint, dass der Westen einen »bizarren aggressiven Weg« eingeschlagen hat. Im Gegensatz dazu warnen Sie, dass das Potenzial des Westens einschließlich Europas immer noch sehr groß ist. Wie rechtfertigen Sie dies?

**TRENIN** Ich sehe keinen Widerspruch zwischen den Krisenerscheinungen in den Ländern des Westens, dem Rückgang seines Einflusses in der Welt einerseits und der zunehmenden Aggressivität der westlichen Politik andererseits. Im Gegenteil, der Westen handelt in einer schwierigen Situation hart, aggressiv und zunehmend riskant. Was die Fähigkeiten der westlichen Länder angeht, so sind sie immer noch sehr bedeutend. Die weltweiten Finanzen und die Logistik, die Informationsressourcen und die militärische Macht werden weitgehend von den USA und ihren Verbündeten kontrolliert. Der Gegner sollte niemals unterschätzt werden.

Die Kombination aus großem Potenzial, einem ausgeprägten Bedrohungsgefühl und einer besonderen Aggressivität ist also ein gefährlicher Cocktail. Russland muss

angesichts eines solchen Gegners Wege finden, seine eigenen Ressourcen möglichst effektiv zu mobilisieren und erfolgreich mit Partnerländern zusammenzuarbeiten.

**HINTERGRUND** Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass Europa und der Westen als Ganzes so geschlossen wie nie zuvor gegen Russland auftreten?

**TRENIN** Die antirussische Einigkeit der westlichen Länder ist ein Erfolg der US-amerikanischen Strategie. Ab Mitte der 2000er Jahre, unmittelbar nach der US-amerikanischen Aggression gegen den Irak, begann Washington, die europäischen Eliten von »Dissidenten«, die sich der US-Politik widersetzen, zu »säubern«. Infolgedessen wurden die Nachfolger von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Jacques Chirac sehr viel mehr zu pro-amerikanischen Politikern.

Später, als Folge der Sondereinsätze der USA und ihrer Verbündeten, wurden die Personen neutralisiert, die einen unabhängigen Kurs verfolgten: Dominique Strauss-Kahn in Frankreich, Vizekanzler Heinz-Christian Strache in Österreich und der stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini in Italien. Pro-US-amerikanische Medien in europäischen Ländern, vor allem in Großbritannien, Deutschland und Frankreich, schufen eine Situation, in der jeder Versuch einer objektiven Annäherung an Russland durch die sogenannten Russland- beziehungsweise Putin-Versteher als Abkehr von der liberalen Ideologie und de facto als Verrat an Idealen und Werten angesehen wurde. Ab etwa 2006 begann die regelrechte Dämonisierung Russlands und Putins persönlich. Diejenigen, die sich dieser Gehirnwäsche nicht unterwarfen, wurden aus der »anständigen Gesellschaft« ausgeschlossen. Zwanzig Jahre später haben die USA das Ergebnis erreicht, das sie anstrebten.

**HINTERGRUND** Budapest scheint sich wiederholt gegen den antirussischen Kurs der EU und der NATO zu stellen. Sie sehen die ungarische Politik als rein taktisch und auf die eigenen Interessen ausgerichtet. Wie begründen Sie das?

**TRENIN** Ungarn ist Mitglied der NATO und der EU. Die Ungarn haben ihre eigenen Erinnerungen an die historischen Beziehungen zu Russland. Die Position Budapests in Bezug auf Russland ist keineswegs pro-russisch. Die ungarische Führung

mit Ministerpräsident Viktor Orbán an der Spitze handelt auf der Grundlage der ungarischen nationalen Interessen. Sie ist grundsätzlich gegen den Druck der liberalen Globalisten aus den USA und Europa. Eine solche Konfrontation erfordert eine Menge Mut. Gleichzeitig ist Orbán ein gewiefter Politiker und ein pragmatischer Staatsmann. Er versteht, bis zu welchen Grenzen der Widerstand eines kleinen Landes gegen mächtige externe Kräfte Früchte tragen kann und wo für Budapest unsichtbare »rote Linien« gezogen werden. Auf dieser Grundlage gelingt es Ministerpräsident Orbán, das Maximum für sein Land aus der Situation »herauszuholen«.

**HINTERGRUND** Welche Chancen sehen Sie für Russland im Zusammenhang mit der antirussischen Haltung des Westens?

**TRENIN** Die antirussische Haltung des kollektiven Westens schafft an sich keine Chancen für Russland. Sie schafft Probleme. Die Notwendigkeit, sich dem Westen zu widersetzen, mobilisiert gleichzeitig Russland von innen heraus. Das zwingt die Russen, sich auf ihren Verstand und ihre eigene Arbeitskraft zu verlassen und wegzukommen von der Einstellung, wenn ein Land über Öl und Gas verfügt, alles andere im Ausland gekauft werden kann. Der Bruch mit dem Westen stellte Russland vor grundlegende Fragen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Ideologie und Werte. Die Antwort darauf war die These von einer eigenständigen russischen Zivilisation, die allmählich Gestalt annimmt. Dies ist ein Wandel von kolossalem Ausmaß. Nicht nur die Haltungen der letzten 35 Jahre, beginnend mit Michail Gorbatschows Perestroika, sondern auch die Haltungen der letzten 300 Jahre, beginnend mit Peter dem Großen, werden einer Revision unterzogen.

Wenn diese Bemühungen fruchtbar sind, wird sich Russland schließlich von einer peripheren Provinz im westlichen Weltsystem in eines der Zentren einer neuen Weltstruktur verwandeln, in der chinesische, indische, islamische, afrikanische und andere Zivilisationen, einschließlich der westlichen und der russischen, gleichberechtigt koexistieren und interagieren werden.

**HINTERGRUND** Trotz der wachsenden Konfrontation ist aus Ihrer Sicht Krieg zwischen dem Westen und Russland vermeidbar. Sie sehen aber gleichzeitig die Gefahr eines »katastrophalen Frontalzusammenstoßes«. Was meinen Sie damit?

**TRENIN** Es gibt in der Geschichte nichts vollkommen Unvermeidliches, außer dass jeder Mensch sterblich ist (manchmal, wie Michail Bulgakow warnte, plötzlich). Die gegnerischen Kräfte haben die Möglichkeit, anzuhalten, zu verhandeln. In einer bestimmten Situation zwischen Russland und dem Westen sollte man sich darüber im Klaren sein, was für jede Seite auf dem Spiel steht. Für die USA geht es um ihr Prestige, ihre globalen Ambitionen und die Beziehungen zu ihren Verbündeten. Für Russland geht es um die Existenz des Staates selbst. Ich erinnere noch mal an Putins Worte aus einem früheren Interview mit dem US-amerikanischen Fernsehen: »Wozu brauchen wir eine Welt, in der es kein Russland gibt?« Ich persönlich nehme das ernst.

**HINTERGRUND** Sie fordern, die Eskalationsspirale des Westens zu durchbrechen, unter anderem, indem die propagierte Angst des Westens vor einem russischen Sieg in eine echte verwandelt wird, die andere Seite einzuschüchtern – durch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen, durch die Wiederaufnahme der Kernwaffentests. Das klingt ähnlich wie der Vorschlag von Sergej Karaganow vom Juni 2023, mit präventiven Nuklearschlägen gegen westliche Ziele dem Westen die Grenzen aufzuzeigen. Haben Sie sich ihm angenähert oder gibt es da entscheidende Unterschiede?

**TRENIN** Bereits im Frühherbst 2022 habe ich in der Fernsehsendung »Internationale Rundschau« (Международное обозрение) von Fjodor Lukjanow über den Faktor Angst als wichtigste Komponente der gegenseitigen Abschreckung im Atomzeitalter gesprochen. Seitdem habe ich meine Position nicht nur nicht geändert, sondern zunehmend davor gewarnt, dass das derzeitige Angstdefizit in den USA und insbesondere in Europa die Welt in eine Katastrophe führen könnte. Die Eskalationsschritte des Westens haben uns in den letzten zwei Jahren deutlich näher an den Abgrund gebracht. Die Situation ist sehr gefährlich. Sie können meine Veröffentlichungen der letzten anderthalb oder zwei Jahre mit den Artikeln meines Kollegen und Freundes Sergej Karaganow vergleichen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.

**HINTERGRUND** Warum gibt es Ihrer Meinung nach nur Frieden zwischen den Großmächten, wenn die Angst voreinander groß genug ist? Ist Angst eine gute Grundlage für Frieden?

Ich halte Angst nicht für eine »gute« Grundlage für den Frieden. Die Geschichte der internationalen Beziehungen, insbesondere der letzten achtzig Jahre, zeigt jedoch, dass die Großmächte, sofern sie nicht in einem stabilen Bündnis oder einer Partnerschaft miteinander stehen, gezwungen sind, ihre Sicherheit auf die Fähigkeit zu gründen, entweder einen potenziellen Gegner am Sieg zu hindern oder ihn zu vernichten, selbst um den Preis ihrer eigenen Zerstörung. Es gibt natürlich noch einen dritten Weg: Kapitulation mit anschließender Unterwerfung oder Selbstauflösung. Für Russland ist dieser Weg inakzeptabel. Angst ist also eine schlechte Grundlage, aber die Alternative zum Gleichgewicht durch Angst bedeutet entweder die allgemeine Vernichtung oder die Selbstliquidierung eines der Rivalen.

**HINTERGRUND** Noch eine Frage zu Russland: Präsident Wladimir Putin warnt den Westen klar vor den Folgen des Konfrontationskurses und sagt auch, Russland wolle die NATO nicht angreifen. Er lehnt auch Karaganows Vorschlag ab. Für viele im Westen steht Putin immer noch für die Vernunft auf der globalen Bühne. Was passiert, wenn er abtritt?

**TRENIN** Präsident Putin wird nach seinem Wahlsieg 2024 noch mindestens sechs weitere Jahre an der Spitze Russlands stehen. Das Problem der Nachfolge an der Macht ist eines der schwierigsten und potenziell gefährlichsten im russischen politischen System. Weder Lenin, Stalin noch andere sowjetische Machthaber waren in der Lage, dieses Problem zu lösen. Die einzige Ausnahme ist Boris Jelzin, der die Geschicke des Landes an Putin übergeben hat.

Ich bin sicher, dass das Problem der Nachfolge Putin beschäftigt. Ich denke, er arbeitet daran, aber er wird dem Land und der Welt wohl kaum einen Nachfolger präsentieren, bevor er selbst bereit ist, ihm die Macht zu übergeben. Putin hat soeben ein noch größeres Problem aufgeworfen: die Bildung einer neuen Elite, einer Dienstleistungselite, die an die Stelle der Geldelite der postsowjetischen Ära treten soll, die auf ihre eigenen egoistischen Interessen ausgerichtet ist. Meiner Meinung nach tragen die Transformationsprozesse, die derzeit in Russland stattfinden, dazu bei, dass sich die Qualität der obersten Führungsschicht des Landes im Vergleich zu der vor 25 oder 35 Jahren verbessert. ■

# Wenn der Krieg zu Ende ist...

**Auf dem Gebiet der früheren Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (nicht in der Ukraine, denn von ihr haben sich 2014 Gebiete abgespalten) tobt ein Krieg. Es ist der zweite in Europa nach der Aggression der NATO 1999 gegen Jugoslawien. Diese markierte die eigentliche Zeitenwende – nicht das Eingreifen Russlands in den von den ukrainischen Nationalisten in Kiew 2014 entfesselten bewaffneten Konflikt. VON LOTHAR SCHRÖTER**



© picture alliance / Anadolu | Marek M. Berzowski

**I**rgendwann wird auch der jetzige Krieg sein Ende finden. Das unsägliche Leiden und Sterben werden vorüber sein.

Ein Krieg wird nicht auf dem Schlachtfeld entschieden. Am Ende werden vielleicht dort Sieg beziehungsweise Niederlage vollendet, aber der Waffengang wird

dort nicht entschieden. In Gefechten und Schlachten kommt es auf die Soldaten, die militärische Führung, ihre Strategie, operative Kunst und Taktik sowie auf die Bewaffnung und Ausrüstung an. Im Krieg insgesamt jedoch fällt die Entscheidung im indirekten und direkten Hinterland. Ausschlaggebend ist der Rückhalt in der

Bevölkerung. Er liegt in Russland unverändert mindestens bei einem Dreiviertel der Bevölkerung. In der Ukraine dürfte er eher noch höher sein. Das aber reicht für eine Prognose noch nicht aus. Bei einer überdeutlichen Zustimmung der Völker beider Seiten zur Führung und zu den Zielen des Krieges wird schließlich bestimmend sein,

welche Reserven an moralischer Standhaftigkeit, an Menschen, wirtschaftlicher Potenz, Material und Finanzen den militärischen Auseinandersetzungen zugeführt werden können.

Zu Letzteren können die Bilanzen nicht eindeutiger sein. Russland ist durch die massiven (und völkerrechtswidrigen) westlichen Sanktionen nicht nur nicht in den Ruin getrieben worden, sondern befindet sich im deutlichen ökonomischen Wiederaufstieg.<sup>1</sup> Dies wird flankiert vor allem durch auf Jahrzehnte gewährleistet erscheinende unermessliche Ausfuhren an Energieträgern und anderen Rohstoffen. Die Rüstungsindustrie läuft quantitativ und qualitativ auf höchsten Touren. Der Nachschub an Militärtechnik und auch an den riesigen Mengen Munition scheint auf Dauer gesichert.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine ist zwar auf den ersten Blick ebenfalls positiv<sup>2</sup>, jedoch erstens von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau startend und zweitens vollständig abhängig von den jeden Rahmen sprengenden finanziellen Zuflüssen von außen. Die USA-Finanzministerin Janet Yellen warnte am 20. November 2023, die Ukraine sei völlig auf die Hilfe durch ihre Verbündeten angewiesen.<sup>3</sup>

Noch gravierender für die unmittelbare Kriegführung Kiews ist die Unterstützung des Westens mit Militärtechnik, monatlich im Milliardenumfang. Dieses Problem verschärft sich akut durch die gänzlich gescheiterte ukrainische »Gegenoffensive«. Dazu trägt besonders bei, dass die Unterstützung der ukrainischen Nationalisten durch den Westen allmählich Grenzen erreicht, die zu kaum beherrschbaren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und zu heftigsten sozialen Auseinandersetzungen im eigenen westlichen Herrschaftsbereich führen könnten.

Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, Harald Kujat, schätzte in einem Interview im Herbst 2023 ein: »Politisch gewinnt einen Krieg, ... wer die politischen Ziele erreicht, deretwegen er den Krieg führt.« Russland sei keineswegs isoliert und die Wirtschaftssanktionen würden sich vor allem für den Westen als Nachteil erweisen. Militärisch sei Russland stärker als vor dem Krieg, so Kujat. Die ukrainischen Streitkräfte seien in einem äußerst kritischen Zustand. Für Kujat ist Fakt: »Wenn der Krieg weiterläuft, droht der Ukraine schon bald der Zusammenbruch.«<sup>4</sup>

## Was bleibt

Wie auch immer der Krieg ausgehen wird: Die Wunden, die Narben und der Hass bleiben. Für Bürgerkriege und für Kriege zwischen Brudervölkern gilt das ganz besonders. Der Spanische Bürgerkrieg (1936-1939) ist eines der bedrückenden Beispiele: Bis heute, also nach bald vier Generationen, geht der Riss zum Teil noch sehr tief – zwischen den Nachfolgern der Verteidiger der Spanischen Republik und jenen der faschistischen Franco-Putschisten. Häufig verläuft er durch Gruppen von Menschen, die eigentlich durch familiäre und verwandtschaftliche Bande eng beieinander sein müssten. So wird es über Jahrzehnte auch in den ukrainischen und zu Russland gekommenen Territorien zwischen vielen Ukrainern und Russen sein.

Doch nicht nur zwischen ihnen werden lange Zeit Misstrauen und gegenseitige Ablehnung herrschen. Auch zwischen dem Westen, darunter auch Deutschland, und dem großen Land im Osten. Diejenigen im Westen, die den Krieg der ukrainischen Nationalisten mit Unmengen an Waffen und Geld befeuerten, während sie in offener Aggressivität und Feindseligkeit gleichzeitig fast alle Brücken zu Moskau niederrissen, werden sich nach Ende der militärischen Auseinandersetzungen in einer äußerst prekären Situation wiederfinden: Russland wird nicht vergessen, wie es vom Westen betrogen und »bestraft« wurde. Es wird den Blutzoll nicht vergessen, den das Land gezahlt haben wird. Das vorherige relative Vertrauen, in dem halben Jahrhundert des Kalten Krieges unter unglaublichen Mühen gewachsen, halbwegs wiederherzustellen, wird Generationen beschäftigen.

Auch innerhalb der NATO wird es eine Schlussrechnung geben. In einem von Anfang an auf Sieg über Russland setzenden Szenario sollte nach den politisch-militärischen Desastern im Irak und besonders Afghanistan nicht zuletzt ein nochmaliger enger Schulterschluss aller Paktmitglieder erreicht werden. In Brüssel, Washington, Berlin und anderorts wird man allergrößte Sorge um die Zukunft des Militärblocks haben, wenn das hunderttausende Opfer zählende blutige Abenteuer in der Ukraine seine extremen Ziele verfehlen sollte.

Für die am Krieg Beteiligten, für die Hinterbliebenen der unzähligen Kriegstoten gibt es neben einem raschen und gerechten Wiederaufbau in allen Sphären

der Gesellschaft nur ein Mittel, allmähliche Befriedung und Versöhnung herbeizuführen. Dieses Mittel ist äußerst schmerzhaft, aber es ist das einzige, das hilft: Es muss die historische Wahrheit ans Licht, vor allem zu den Ursachen des Krieges, zu jenen, die ihn auslösten, zu seinen Profiteuren und zu seinem Verlauf, dabei besonders zu den grausamen Kriegsverbrechen. Nur so ist es möglich, dass die Menschen über einen langen Prozess hinweg und über Gräbern allmählich gemeinsam trauern und sich schließlich die Hände reichen.

## Die Wahrheit bricht sich Bahn

Es stehen sich Alternativen gegenüber. Alle Erfahrung lehrt: Beide werden eintreten. Die eine auf kurze, die andere wohl erst auf sehr lange Sicht.

Jene auf lange Sicht verbindet sich mit der Erkenntnis des US-amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln: »Man kann einige Menschen die ganze Zeit und alle Menschen eine Zeit lang zum Narren halten; aber man kann nicht alle Menschen allezeit zum Narren halten.« Mit anderen Worten: Irgendwann brechen sich die historischen Wahrheiten Bahn. Die Sache hat nur den Nachteil, dass dieser Zustand in der Regel erst eintritt, wenn die Vorgänge und Personen, um die es geht, nicht mehr umkämpft sind, weil sie nicht mehr in die Tagespolitik hineinragen.

Schneller kann es gehen, wenn Verdrehungen, Verzerrungen oder gar Verfälschungen der Geschichte von der Mehrheit der Menschen dann nicht mehr akzeptiert werden, wenn sie die bisher von ihnen mehr oder minder mitgetragenen gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch das von den Herrschenden indoktrinär vermittelte Geschichtsbild grundsätzlich infrage stellen.

Die zweite Alternativvariante könnte in dem berühmten Zitat des britischen Feldmarschalls Bernard Montgomery zusammengefasst werden: »Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten.« Mit anderen Worten: Wer aus einem Konflikt als Sieger hervorgegangen ist, bestimmt die Sicht auf das Geschehene. Dies korrespondiert direkt mit einer Kernauffassung des marxistischen historischen Materialismus, nach der die Meinung der Herrschenden und der von ihnen Bezahlten die herrschende Meinung ist.<sup>5</sup>

## Wichtige Fragen

So sehr dies stimmt, so sollte sich aber trotzdem Jede und Jeder nicht erst nach Ende des Krieges, sondern schon heute einen Standpunkt zum Krieg in und um die Ukraine bilden. Das hängt in der Konsequenz von der Ja- oder Nein-Antwort auf folgende Fragen ab, für die ich in meinem kürzlich erschienenen Buch<sup>6</sup> versucht habe, Hilfestellung zu geben:

→ Trifft es zu, dass die Menschheit heute an einer Weggabelung steht, die nur mit den Einschnitten **1917**, **1945** und **1989/90** zu vergleichen ist und bei der machtpolitisch die Entscheidungen für die nächste Epoche der Geschichte, für die nächsten vielleicht **50** bis **100** Jahre, zwischen Unipolarität und Multipolarität fallen?

→ Trifft es zu, dass der Westen unter Führung der **USA** das Prinzip der Unipolarität vertritt, das Prinzip seiner Dominanz bei Fortführung einer zutiefst ungerechten, ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung und der Bereitschaft, diese erforderlichenfalls auch gewaltsam mit kriegerischen Mitteln fortzuführen bzw. durchzusetzen?

→ Trifft es zu, dass die große Mehrheit der Staaten das Prinzip der Multipolarität mit dem Kern von Gleichheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung verfehlt, mit der Volksrepublik China als politisch, wirtschaftlich und militärisch potentester Führungsmacht?

→ Trifft es zu, dass sich der überragende Konflikt in der fundamentalen Auseinandersetzung zwischen den Machtpotenzialen Unipolarität versus Multipolarität zwischen dem Westen mit seiner Führungsmacht **USA** und dem globalen Süden mit seiner Führungsmacht, der **VR** China, also hauptsächlich zwischen den beiden genannten Großmächten abspielt?

→ Trifft es zu, dass der Westen mit den **USA** an der Spitze ebenso objektiv wie nach eigener Einschätzung diesen überragenden Konflikt nur zu seinen Gunsten entscheiden kann, wenn zuvor Russland als ein Hauptverfechter der Multipolarität und zugleich Hauptverbündeter der Volksrepublik China ausgeschaltet ist?

→ Trifft es zu, dass es unter diesem fundamentalen Aspekt die strategische Absicht der **NATO** und insbesondere der **USA** gibt, Russland als Großmacht auszuschalten, niederzuringen, zu unterwerfen und sich der Reichtümer dieses großen Landes zu bemächtigen?

→ Trifft es zu, dass der Zugriff des Westens auf die Ukraine für ihn der geopolitische Dreh- und Angelpunkt ist, um seine zerstörerischen Ziele gegenüber Russland zu erreichen?

→ Trifft es zu, dass es Ende **2013**/Anfang **2014** einen gewaltsamen nationalistischen, auch von starken faschistischen Kräften getragenen und vom Westen mit enormen politischen, finanziellen und materiellen Mitteln unterstützten Putsch gegen eine rechtmäßig ins Amt gekommene, auf ein produktives Verhältnis zu Russland bedachte staatliche Führung in der Ukraine gegeben hat?

→ Trifft es zu, dass die nationalistische und von bekennenden Faschisten nachhaltig mitbestimmte Führung der Ukraine seit Anfang **2014** den Beitritt des Landes zum westlichen Bündnissystem, insbesondere zur **NATO** und zur **EU**, über kurze oder mittlere Sicht in aggressiver Frontstellung zu Russland aktiv betreibt?

→ Trifft es zu, dass die nationalistische Führung der Ukraine im April **2014**, unmittelbar nach ihrem Machtantritt, einen Krieg gegen die nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit strebenden Gebiete Donezk und Lugansk entfesselt hat mit dem Ziel ihrer wieder vollständigen Unterwerfung sowie auch der Rückeroberung der Krim?

→ Trifft es zu, dass die nationalistische Führung der Ukraine mit tatkräftiger Schützenhilfe des Westens und insbesondere der **NATO** die völkerrechtlich verbindlichen Abkommen (Resolution des **UN**-Sicherheitsrates **2202** von **2015**) Minsk I und Minsk II von **2014** und **2015** nicht umgesetzt, sondern bewusst hintertrieben und mit diesem Täuschungsmanöver eine entscheidende Quelle für den ganz großen Konflikt mit Russland gelegt hat?

→ Trifft es zu, dass die **NATO** und insbesondere ihre Führungsmacht **USA** mit ihren Hauptverbündeten Deutschland, Frankreich und Großbritannien, besonders unterstützt von den nationalistischen Regimes in Polen und dem Baltikum sowie kleineren Paktmitgliedern wie Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Tschechien, die ukrainischen Streitkräfte seit **2014** durch Beträge im Zig-Milliarden-Bereich hochrüsteten, ausbildeten und so kriegsführungsfähig machten?

→ Trifft es zu, dass vor allem die **USA** die ukrainische Militärmaschinerie nicht nur hochrüsteten und weiter hochrüsteten, sondern direkt in den Krieg gegen Russland trieben, gemäß einer Zielbeschreibung der Direktorin für Studien zur Außenpolitik und

Verteidigung des American Enterprise Institute for Public Policy Research, dass die Ukrainer für fünf Prozent des Verteidigungshaushalts der **USA** des Jahres **2022** bei null Opfern von **USA**-Militärpersonal die »russische Armee vernichten«, was in strategischer Hinsicht klug und absolut »in Amerikas Interesse« sei?<sup>7</sup>

→ Trifft es zu, dass die **OSZE**-Überwachung ab **12. Februar 2022** eine erhebliche Zunahme der Angriffe des ukrainischen Militärs im Donbass feststellte?

→ Trifft es zu, dass Russland angesichts der rapid anwachsenden militärischen Aktivitäten der Ukraine ab Anfang **2022** und ihres erheblichen militärischen Aufmarsches mit einer von der **NATO** hochgerüsteten, bis zu **200.000** Mann starken Armee an den Grenzen zum Donbass auf unmittelbare Kriegsvorbereitungen Kiews gegen die Gebiete Lugansk und Donezk sowie am Ende auch gegen die Krim schließen musste?

→ Trifft es zu, dass Moskau offenbar der Auffassung war und ist, dass in Anbetracht dieser Entwicklungen und der angestrebten **NATO**-Aufnahme der Ukraine Russland ein neuer **22. Juni 1941**, das heißt ein ähnlich verheerender Überfall wie der Hitlerdeutschlands auf die **UdSSR**, drohte beziehungsweise droht?

→ Trifft es zu, dass die Nr. **1** der russischen Staatsdoktrin, einen solchen **22. Juni 1941** niemals mehr zuzulassen, durch den aggressiven Kurs von **NATO** und **EU** und durch die Politik der nationalistischen Führung in Kiew direkt und massiv bedroht war und ist?

→ Trifft es zu, dass man bei Bejahung aller oder der meisten dieser Fragen sich der Auffassung eines Historikers anschließen müsste: »Es könnte sein, dass künftige Generationen den Ukrainekrieg ganz anders bewerten als heute üblich.«<sup>8</sup> ■

---

**Dr. Lothar Schröter** (Jg. 1952) studierte Geschichte und Russische Sprache sowie Militärgeschichte und arbeitete bis 1990 am Militärgeschichtlichen Institut in Potsdam und war Major der NVA. Bis zum Eintritt ins Rentenalter in der beruflichen Aus- und Weiterbildung tätig. Zahlreiche Publikationen, darunter »Militärgeschichte der BRD« (1989), »Die NATO im Kalten Krieg« (2009), »USA – Supermacht oder Koloss auf tönernen Füßen?« (2009) und »Künftige Supermacht in Asien? Militärpolitik und Streitkräfte der Volksrepublik China« (2011).

- 1 »Die Wirtschaft Russlands wird nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) trotz umfangreicher Sanktionen des Westens spürbar wachsen. Für dieses und nächstes Jahr prognostiziert der IWF Steigerungen um 0,7 und 1,3 Prozent.« »Auch für die Inflation in Russland rechnet der IWF im laufenden und kommenden Jahr auch mit einer deutlichen Verbesserung. Das Wachstum der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr sinkt demzufolge 2023 auf 7,0 Prozent und im kommenden Jahr auf 4,6 Prozent.« (Matthias Janson, IWF-Prognose: Russlands Wirtschaft wächst trotz Krieg und Sanktionen. In: statista, 12. April 2023. <https://de.statista.com/infografik/27153/prognose-zur-entwicklung-der-russischen-wirtschaft/>).
- 2 »Angesichts der besser als erwarteten Situation im ersten Halbjahr revidierte die NBU (Nationalbank der Ukraine - L.S.) die Prognose für das reale BIP-Wachstum im Jahr 2023 von 2 % auf 2,9 %. In den folgenden Jahren wird sich das Wirtschaftswachstum auf 3,5-6,8 % beschleunigen.« (Die ukrainische Wirtschaft erholt sich schneller, als von der NBU prognostiziert wurde. In: BVMW - Der Mittelstandaußenwirtschaft, 18. Oktober 2023. [www.bvmw.de/de/ausseiwirtschaft/news/news-ukraine-september-oktober-2023](http://www.bvmw.de/de/ausseiwirtschaft/news/news-ukraine-september-oktober-2023)).
- 3 Siehe CNBC Transcript: United States Treasury Secretary Janet Yellen Speaks with CNBC's Andrew Ross Sorkin on »Squawk Box« Today. In: CNBC, 20. November 2023. [www.cnbc.com/2023/11/20/cnbc-transcript-united-states-treasury-secretary-janet-yellen-speaks-with-cnbc-andrew-ross-sorkin-on-squawk-box-today.html](http://www.cnbc.com/2023/11/20/cnbc-transcript-united-states-treasury-secretary-janet-yellen-speaks-with-cnbc-andrew-ross-sorkin-on-squawk-box-today.html)
- 4 Zit. nach: René Nehring, »Das Geschehen neigt sich zugunsten Russlands«. In: Preußische Allgemeine, Hamburg, 29. Oktober 2023. In Internet: <https://paz.de/artikel/das-geschehen-neigt-sich-zugunsten-russlands-a9830.html>
- 5 Wörtlich heißt es bei Marx und Engels: »Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.« (Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. In: Dies., Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. I, Berlin 1985, S. 238.).
- 6 Lothar Schröter: »Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO« Berlin 2024.
- 7 <https://transcripts.cnn.com/show/fzgps/date/2023-05-21/segment/01>
- 8 Stefan Bollinger: »Die Russen kommen!« Berlin 2022, S. 218.

# Ermittlungen gegen Ursula von der Leyen

## EU-Kommissionspräsidentin unter Korruptionsverdacht wegen Impfstoff-Deals mit Pfizer

Führende europäische Staatsanwälte ermitteln nun unter anderem wegen Korruptionsverdachts gegen die Kommissionspräsidentin der Europäischen Union (EU) Ursula von der Leyen (CDU). Dies berichtete das Magazin »Politico« am 1. April. Es stehen Vorwürfe strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens im Zusammenhang mit den Impfstoffverhandlungen mit dem US-Pharmakonzern Pfizer im Raum, erläuterte ein Sprecher der Lütticher Staatsanwaltschaft gegenüber dem Magazin. Diese hatte wegen »Einmischung in öffentliche Ämter, Zerstörung von SMS, Korruption und Interessenkonflikten« gegen von der Leyen ermittelt. Nun haben Ermittler der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) mit Sitz in Luxemburg den Fall von den belgischen Kollegen übernommen.

Es bestehe der Verdacht, dass von der Leyen den Milliardendeal mit Pfizer während der Corona-Krise per Textnachricht verabredet und damit dem Pharmakonzern praktisch ein Monopol eingeräumt hat. Insgesamt gehe es um 1,5 Milliarden Impfdosen mit der Option auf weitere 900 Millionen. Von diesen mussten bereits Dosen im Wert von mindestens vier Milliarden Euro vernichtet werden, wie Politico Ende vergangenen Jahres berichtet hatte. Die Verträge mit Pfizer, die mutmaßlich das EU-Wettbewerbsrecht aushebelten, gehören mit einem geschätzten Wert von über 20 Milliarden Euro zu den hochdotiertesten Kaufverträgen der Pharmageschichte. Aus den Textnachrichten könnte hervorgehen, wie die EU-Kommissionspräsidentin die Anti-Korruptions-Mechanismen der EU umgangen hat.

Von der Leyen hat es bisher vorgezogen, über das Zustandekommen der Verträge, die bis heute in Teilen geschwärzt sind, zu schweigen. Die EU-Kommissionspräsidentin weigert sich, sowohl den Inhalt der Textnachrichten bekannt zu geben, als auch ihre Existenz zu bestätigen. Die New

York Times, die als erste über den SMS-Austausch berichtete, hat Anfang des Jahres Klage gegen die EU-Kommission auf Herausgabe der Dokumente eingereicht. Auf Anfrage von Politico erklärte von der Leyen, dass alles Notwendige dazu gesagt sei. Sie habe es demnach ebenso abgelehnt, gegenüber der EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly und gegenüber dem Europäischen Rechnungshof Auskunft zu geben.

Ins Rollen gebracht hatte den Fall bereits Anfang 2023 Frédéric Baldan, ein bei den EU-Institutionen akkreditierter belgischer Lobbyist. Seiner in Belgien eingereichten Strafanzeige schlossen sich die ungarische und die polnische Regierung an. Beide Länder werden jetzt von Pfizer wegen ausbleibender Zahlungen von Impfstoffdosen verklagt. Sowohl Polen als auch Ungarn hatten den Bezug der von der EU bestellten Lieferungen eingestellt und begründeten dies mit einem Überangebot und finanzieller Belastung durch den Ukraine-Krieg. Nach der Wahl von Donald Tusk zum Ministerpräsidenten im Dezember vergangenen Jahres arbeitet die neue Regierung allerdings daran, Polen aus diesem Verfahren herauszuhalten.

Von der Leyen, die kürzlich bekannt gab, für eine weitere Amtsperiode auf ihrem Posten verbleiben zu wollen, war zuvor deutsche Verteidigungsministerin. In diesem Amt hatte sie nicht nur nach rechtswidrigen Vergaben Beraterfirmen beschäftigt, sondern auch bereits Kurznachrichten »unwiderbringlich gelöscht«. Zur EU-Kommissionspräsidentin wurde sie gekürt, obwohl sie weder auf einem Wahlzettel gestanden, noch am Wahlkampf teilgenommen hatte. Das Wochenmagazin »Die Zeit« bezeichnete von der Leyens Wahl zur EU-Kommissionspräsidentin im Jahr 2019 als »Skandal«, der das erklärte Ziel des Europäischen Parlaments, demokratischer zu werden, ad absurdum geführt habe. ■



Lothar Schröter  
**Der Ukrainekrieg**  
 Die Wurzeln,  
 die Akteure und die  
 Rolle der NATO

edition ost Berlin 2024  
 ISBN978-3-360-02815-0  
 348 Seiten, 32,00 €

Die Geschichte des Konflikts zwischen Israelis und den Palästinensern ist ohne Kenntnis der Historie nicht zu verstehen. Unser Autor macht sich auf Spurensuche und liefert eine knappe und inhaltsreiche Zusammenfassung der vergangenen achtzig Jahre in Israel und Palästina.



© picture-alliance / dpa | epa | AFP Awad

# Nahostkonflikt: Geschichte einer Eskalationsspirale

VON GEORG AUERNHEIMER

Was wir jetzt im Nahen Osten aus der Ferne miterleben und was selbst die treuesten Unterstützer Israels inzwischen sprachlos zu machen scheint, das wird für mich nur verständlich vor dem Hintergrund des Zivilisationsbruchs vor gut achtzig Jahren, als die Deutschen, die Generation unserer Eltern und Großeltern, alle zivilisatorischen Dämme gesprengt haben, die menschliches Leben vor Menschen schützten. Das war die wirkliche Zeitenwende. Damit hat das Zeitalter begonnen, in dem auch die Geschichte spielt, mit der wir uns befassen wollen. Auch Völkerrechtsbrüche sind ja inzwischen an der Tagesordnung.

Die Geschichte, in der ein Volk, das über Jahrhunderte verfolgt war, sich schrittweise einen Staat erkämpft hat, kann man als Tragödie interpretieren, wenn man sie »von oben« aus einer quasi göttlichen oder olympischen Perspektive betrachten will. Die Tragödie im klassischen Sinn besteht darin, dass die Götter eine Konfliktkonstellation

schaffen, in der die handelnden Menschen nur wenige Handlungsalternativen haben. Sie sind dem Verhängnis ausgeliefert, aber ihr Handeln ist nicht frei von Schuld. Die drei Götter, die hier am Anfang der Tragödie standen, das waren, könnte man sagen, der allgegenwärtige Antisemitismus in Europa, zweitens der Nationalismus, ein Erbstück aus Europa im Zionismus, und drittens der europäische Kolonialismus.

»Wir müssen diesen Krieg führen und er wird noch viele Monate dauern«, so Netanjahu hartnäckig oder trotzig am 14. Januar 2024. Dabei ist Israel mit einer Klage wegen Völkermord konfrontiert und wurde selbst vom engsten Verbündeten, den USA, in die Schranken gewiesen. Israel ist in eine schwierige Lage geraten, obwohl es die größte Militärmacht im Nahen Osten ist. Warum? Staatspräsident Herzog meinte, es gebe »keine unschuldigen Palästinenser«. Er wollte damit das Vorgehen der israelischen Armee rechtfertigen. Aber er liegt vermutlich richtig. Wahr an diesem

Verdacht ist, dass die Palästinenser generell Israel als Unterdrücker und Feind sehen. Die Hamas hat zweifellos breite Unterstützung, zumindest seit sie in ihrem Grundsatzzpapier 2017 den Weg zu einer pragmatischeren Politik eingeschlagen hat.<sup>1</sup>

Der Überfall an dem denkwürdigen 7. Oktober 2023 war an Brutalität kaum zu überbieten. Aber Terror, oft verbunden mit Gewaltexzessen, ist typisch für asymmetrische Kriege.<sup>2</sup> Terror erzeugt in der Regel Gegenterror. Ich denke zum Beispiel an die kürzliche Ermordung von drei Palästinensern im Krankenhaus von Dschenin durch Soldaten der Besatzungstruppe.<sup>3</sup> Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist asymmetrisch. Die Brutalität der Kriegsführung deutet außerdem darauf hin, dass die Lage für beide ausweglos erscheint, zumindest nach den Zielvorstellungen beider Seiten und so, wie die Lage inzwischen ist. Ich kann mir momentan keine Lösung des Konflikts nach dem Gazakrieg vorstellen, auch im Blick auf die jüdische Besiedlung des Westjordanlands.

▲ Ein israelischer Soldat richtet am 22. März 1997 sein Gewehr auf steinwerfende Palästinenser. Bei den Zusammenstößen sind fast 60 Menschen verletzt worden. Es handelte sich um die bis dahin schwersten Auseinandersetzungen seit Beginn des israelischen Siedlungsbaus in Ost-Jerusalem.

**GEORG AUERNHEIMER**, Jahrgang 1939, 1972-1995 Professur für Erziehungswissenschaft an der Uni Marburg und von 1995 bis zur Emeritierung 2005 an der Uni Köln, wo er die Forschungsstelle Interkulturelle Studien mitbegründete. Nach 2005 hielt er einige Jahre Vorlesungen im Studiengang Global Studies der Universität Salzburg. Damit verbunden war seine Zuwendung zu politikwissenschaftlichen Themen und zur politischen Publizistik. Von ihm sind Bücher zur Globalisierung (2015, 2019), zu Fluchtursachen (2018), Identitätspolitik (2020) und Privatisierung (2021) erschienen.

### Der Anfang der Konfliktgeschichte!

Der Rückblick zeigt: Es ist eine Kette von Gewaltakten, von Aufständen, Terror und Kriegen, auch schon vor der Staatsgründung. Das war von Anfang an in diesem historischen Projekt angelegt. Europäer konnten nicht problemlos einen schon bevölkerten Landstrich besiedeln, jedenfalls nicht mehr im 20. Jahrhundert. Widerstand war zu erwarten. Das war den Initiatoren auch klar.

Klar war ihnen auch, dass Palästina kein unbesiedeltes oder ungenutztes Land war, wie später der Weltöffentlichkeit suggeriert worden ist. In einer Tagebuchnotiz von 1895 schrieb Theodor Herzl: »Die einheimische arme (arabische, Anm. d. Verf.) Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchgangsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem Land jederlei Arbeit verweigern.« Aber bloß mit ökonomischer Gewalt sollte es später nicht gehen. Wer war Theodor Herzl? Herzl (1860–1904) war ein ungarisch-österreichischer Schriftsteller und Publizist. Er erlebte im Habsburger Reich das Vordringen der kapitalistischen Marktwirtschaft (»Gründerjahre«) und das davon begleitete Anschwellen des Antisemitismus in Europa.

So warnte ein preußischer Professor namens Heinrich v. Treitschke 1879 vor der jüdischen Überfremdung.<sup>4</sup> 1894 wurde in Frankreich ein Offizier jüdischer Herkunft des Landesverrats verdächtigt und verurteilt. Die bekannte Dreyfusaffäre. Die hat Herzl möglicherweise besonders verschreckt oder verstört. Dass im Land der Aufklärung so etwas möglich war! Die Pogrome im rückständigen Zarenreich hatten mehr die Empörung der dortigen Juden geweckt. Die zionistische

Bewegung war dort entstanden. 1896 verfasste Herzl das Buch »Der Judenstaat«. Und mit anderen jüdischen Intellektuellen organisierte er den ersten Zionistischen Weltkongress, der 1897 in Basel stattfand. Zentral in dem dort verabschiedeten Programm war das Streben nach einer »Heimstätte des jüdischen Volkes«, und zwar in Palästina. Bald wurden Verhandlungen mit dem osmanischen Sultan aufgenommen. Aber das Osmanische Reich stand kurz vor der Zerschlagung durch die europäischen Mächte.<sup>5</sup>

Der Erste Weltkrieg, Ergebnis der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten, bringt auch das Ende des Osmanischen Reichs. Briten und Franzosen teilen den überwiegend arabischen Teil unter sich auf. Großbritannien wird Mandatsmacht über Palästina. Der britische Außenminister Arthur Balfour bestätigt die Zusage von 1917, eine »nationale Heimstätte« für das jüdische Volk zu schaffen. In einem Memorandum für die Regierung versichert er 1919: »In Palästina denken wir nicht daran, die Wünsche der gegenwärtigen Bevölkerung (also der arabischen Bevölkerung, G.A.) zu konsultieren« (zit. nach Flottau 2024).

Man kann sagen: Der Antisemitismus in Europa war der Anlass für die Idee eines jüdischen Staats, der europäische Kolonialismus erleichterte die Realisierung. Der Nationalismus war ein Erbeil Europas im Zionismus. Die Besiedlung durch europäische Juden (oder jüdische Europäer) führte zu Unruhen in Palästina. Zunächst handelte es sich eher um spontane Revolten. Ein Nationalbewusstsein war bei der arabischen Bevölkerung erst im Entstehen. Es beschränkte sich auf städtische Notabeln. Allerdings wurde Ende 1920 ein Arabisches Exekutivkomitee gegründet. Bei den ersten Unruhen dieser Zeit (1920 und 1921) kamen sowohl Juden als auch Araber ums Leben. (Betroffen waren auch

orientalische Juden. Sie bildeten übrigens 1922 rund 11 Prozent der Bevölkerung.)

Schon früh wurde klar, dass die Araber sich nicht so leicht verdrängen lassen würden. Der Zionist Wladimir Jabotinsky schrieb 1923 in einem Aufsatz: »Das einzige Mittel, mit ihnen (den Arabern) zu einem Übereinkommen zu gelangen, ist ... die Errichtung einer Macht in Palästina, welche in keiner Weise durch arabischen Druck beeinflusst wird.«

1928 wurde die Knesset Israel als Vertretung der Juden Palästinas gegründet. Die Landnahme erfolgte anfangs auf eher sanfter Art. Da sehr viel Land Großgrundbesitz war, konnten jüdische Siedler mit dem Geld des Jüdischen Nationalfonds oder von Sponsoren Land kaufen. Sie entließen und vertrieben dann die Pächter. Ende der 1920er Jahre wurde der sozioökonomische Konflikt langsam religiös überlagert, wie das so oft bei solchen Konflikten geschieht.

1929 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen um die Klagemauer und die Al-Aqsa-Moschee. Die islamische Geistlichkeit begann den Landverkauf zu verurteilen. Das erwachende arabische Nationalbewusstsein verband sich teilweise mit der Ideologie der jungen Muslimbruderschaft, die kurz vorher in Ägypten gegründet worden war.

Die Situation war also aufgeladen (Protestaktionen, Streiks, Steuerverweigerung) und die Briten hatten Schwierigkeiten, sie unter Kontrolle zu halten. 1936 begann ein regelrechter Aufstand, eine Intifada, die mit Unterbrechungen bis 1939 dauerte. Von Streik und Boykott gingen die Araber zum bewaffneten Widerstand über.

1937 legte eine britische Kommission einen Teilungsplan vor, der einen Bevölkerungsaustausch vorsah. Der Plan wurde von den Palästinensern abgelehnt. Ein Jahr später schlug eine andere britische Kommission einen gemeinsamen Staat für Juden

und Araber vor. Er wurde von den Zionisten abgelehnt.

Seit 1920 gab es eine Miliz zur Verteidigung des jüdischen Gemeinwesens, die »Hagana«, teilweise geschult von britischen Offizieren. 1936 genehmigte die Mandatsverwaltung außerdem die Aufstellung der »Irgun«, eine paramilitärische Organisation. Eine radikale Abspaltung dieser bewaffneten Einheit (Etzel) ging in den Untergrund und verübte ab 1937 jahrelang Terroranschläge auf Busse, Cafés, Märkte und öffentliche Einrichtungen. Die Briten waren ihnen gegenüber nachsichtig, gingen aber hart gegen den arabischen Widerstand vor. Auf Waffenbesitz stand die Todesstrafe. Die arabische Führung wurde teils verhaftet, teils ins Ausland verbannt.

Aufgrund der Rassengesetze im Deutschen Reich suchten spätestens ab 1935 vermehrt Juden Zuflucht in Palästina. Die USA sperrten sich gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Europa, und zwar im Einvernehmen mit der zionistischen Führung. So wurden die Flüchtlingsströme aus Europa nach Palästina umgeleitet. Die Beruhigung der arabischen Vertreter nahm ebenso zu wie die Militanz der jüdischen Aktivisten. Die Briten waren ihres Auftrags müde und bereiteten das Ende der Mandatsverwaltung vor.

1947 erhielt ein Komitee der UNO den Auftrag, eine Lösung des Konflikts vorzubereiten. Das Komitee empfahl eine Zwei-Staaten-Lösung. Jeder der beiden Staaten war nach diesem Plan durchsetzt von jeweils fremden Siedlungsgebieten. Selbst auf dem Territorium des jüdischen Staats stellten die Araber gut die Hälfte der Bevölkerung.<sup>6</sup> Das konnte nicht gut gehen. Trotzdem stimmte die UN-Generalversammlung (damals 58 Mitglieder) am 29. November 1947 mit der »Resolution 181« dem Teilungsplan mit 33 Ja-Stimmen zu. Das jüdische Territorium sollte größer sein als das palästinensische, obwohl die Juden nur die Minderheit stellten.

Die Palästinenser lehnten die Teilung ab, antworteten mit einem Generalstreik, mit Straßensperren und einigen Anschlägen. Die jüdischen Paramilitärs und Untergrundorganisationen nutzten die Unruhen zur Übernahme arabischer Wohnviertel oder zur Zerstörung von Ortschaften. Im Dezember 1947 begann die planmäßige ethnische Säuberung durch die Hagana und die Irgun. Zeitweise räumten die Verbände mehrere Dörfer an einem Tag. Der Widerstand war schwach, weil die Palästinenser darauf nicht vorbereitet waren und

ihre Führung von den Briten geschwächt worden war. Das Zerstören und Morden dauerte vom Herbst 1947 bis mindestens zum Frühjahr 1949.

Ich möchte auf die Vertreibungsstrategie, die kritische israelische Historiker sehr genau dokumentiert haben, nicht tiefer eingehen. Ich kann nur sagen: Die Juden gingen mit großer Entschlossenheit, Planmäßigkeit und Erbarmungslosigkeit vor. Berüchtigt sind die Massaker von Deir Jasin und von Tantura.<sup>7</sup> Städte wie Haifa oder Jaffa wurden entarabisiert, Dörfer mit Bulldozern platt gemacht oder gesprengt, und zwar samt Moschee und Friedhof. 531 Dörfer wurden ausgelöscht. 750.000 Palästinenser wurden vertrieben oder ergriffen bis 1949 die Flucht. Das ist das, was die Palästinenser die »Nakba« nennen, die Katastrophe. Ben Gurion hatte schon 1937 in einem Brief klargestellt: »Die Araber werden gehen müssen.«<sup>8</sup> Er war der Organisator der Nakba.

Am 14. Mai 1948 proklamierte Ben Gurion die Gründung des Staates Israel. Er wurde von den USA und der UdSSR sofort anerkannt. Noch am 20. April hatten die USA der UNO einen Plan zur internationalen Treuhänderschaft für Palästina vorgelegt, weil die Teilung dort auf Bedenken gestoßen war.

Zögerlich entschlossen sich fünf arabische Regierungen, Truppen gegen Israel zu entsenden. Die Haganah war den Truppen der gerade aus dem Kolonialverhältnis entlassenen Staaten strategisch überlegen. Ende Oktober 1948 hatten die Israelis neue, teilweise besonders fruchtbare und strategisch wichtige Gebiete erobert, insgesamt 77 Prozent des früheren Mandatsgebiets.

Dann kehrte für acht Jahre Ruhe ein, jedenfalls in der internationalen Aufmerksamkeit. Der Staat Israel konsolidierte sich. In erstaunlich kurzer Zeit wurden die üblichen staatlichen Institutionen geschaffen. Und Israel wurde zu einer starken Militärmacht. Im Oktober 1956 ließ man sich von Großbritannien und Frankreich zur Invasion auf die ägyptische Sinaihalbinsel verleiten, vermutlich in der Hoffnung auf Gebietsgewinne. Anlass für die sog. Suezkrise war die Verstaatlichung des Suezkanals bzw. der britischen Suezgesellschaft durch Ägypten. Der Kontext des Konflikts war der koloniale Befreiungskampf. Die USA intervenierten zusammen mit der SU, um die Länder des globalen Südens nicht zu verprellen, und zwangen GB, Frankreich und Israel zum Rückzug.

In den Folgejahren kam es immer wieder zu Grenzstreitigkeiten mit Jordanien und Syrien, unter anderem um das Wasser des Jordan. Das war auch ein indirekter Anlass für den sogenannten Sechstagekrieg.

Im Sommer 1967 kam es zum Krieg, als die ägyptische Regierung den Suezkanal sperrte und auf dem Sinai eine Armee aufmarschieren ließ. Ob Nasser tatsächlich einen Angriff auf Israel plante, ist unsicher. Selbst israelische Politiker und Militärs schlossen das eher aus. Verhandlungen hätten sich angeboten. Aber die israelische Führung entschied sich für einen Präventivschlag mit der Luftwaffe, die am 5. Juni die ganze ägyptische Luftflotte zerstörte. Damit waren die ägyptischen Truppen ohne Luftunterstützung. Den Israel Defense Forces war der Sieg sicher. Sie konnten in wenigen Tagen neues Territorium erobern, Sinai und Gaza von Ägypten, das Westjordanland von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien.

Die Gebietsverluste versuchten Ägypten und Syrien 1973 mit einem Überraschungsangriff am jüdischen Feiertag Jom-Kippur zu revidieren, erlitten aber nach zweieinhalb Wochen wieder eine Niederlage. Das Sinai-Gebiet wurde später nach dem Friedensvertrag mit Ägypten zurückgegeben.

Die Landgewinne im Sechstagekrieg ließen die Siedlerbewegung entstehen. Auf dem Golan, auf der Westbank und in Gaza wurden mit wohlwollender Duldung, teils Förderung des Staates, jüdische Siedlungen errichtet. Die UN-Resolution 242, die den Rückzug aus den besetzten Gebieten forderte, wurde missachtet. Die Intifada von 1987 bis 1993 hinderte die Siedler nicht am weiteren Ausbau. Bis 2010 wuchs die Anzahl der Siedler auf 300.000 an (Gorenberg 2012, S. 113). Um die Lage zu beruhigen, initiierten die USA die Friedensgespräche in Oslo. Die PLO unter Arafat erkannte das Existenzrecht Israels an. Noch 1982 hatte die PLO, die ihr Hauptquartier im Libanon errichtet hatte, Angriffe auf den Norden Israels und Terroranschläge durchgeführt – der Anlass für den Libanonkrieg, bei dem Israel nicht nur eigene Truppen einsetzte, sondern libanesische Milizen für sich kämpfen ließ. Dabei verschuldeten die IDF das Massaker von Sabra und Schatila, einem palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut mit nach Schätzungen mindestens über 1.000 Toten.

Die Abkommen von Oslo im Jahr 1993 waren für die Palästinenser in jeder Hinsicht enttäuschend. Für die Anerkennung

Bei diesem Beitrag handelt es sich um das unveränderte Skript eines Vortrags, den der Autor Anfang Februar 2024 auf einer Veranstaltung der Friedensinitiative Traunstein-Trostberg/Oberbayern gehalten hat.

- 1 Die Hamas schließt in diesem Papier die Zweistaatenlösung nicht mehr aus. Deshalb ist heute der Appell von Ulrike Meinhof an die westeuropäische Linke obsolet, sie müsse von den Arabern »die Bereitschaft zur Koexistenz mit Israel verlangen« (in der Zschr. Konkret Nr. 7/67, zit. nach St. Ripplinger in junge Welt v. 28.02.24, S.11).
- 2 Auch die algerische Befreiungsfront hat in den 1950er Jahren keinen Pardon gekannt. Ein Vertreter soll auf die Kritik an Bombenanschlägen in Restaurants geantwortet haben: Hätten wir die Flugzeuge und Panzer der Franzosen, würden wir solche nutzen. Wir haben nur solche Bomben.
- 3 Am 30. Januar 24 drangen israelische Soldaten in Verkleidung nachts in das Krankenhaus ein und erschossen die schlafenden Männer.
- 4 H. v. Treitschke: Unsere Ansichten. In: Der Berliner Antisemitismusstreit. Hgg. v. W. Boehlich. Ffm. 1965.

- 5 Die Strategie war dieselbe wie heute: nationale Minderheiten ließ man stellvertretend für sich kämpfen. Zuerst die Griechen, dann andere Balkanvölker, dann die Araber. Der Schlachtruf war wie heute: Freiheit und Demokratie gegen die Despotie!
- 6 Nach Gudrun Krämer (2002) sollen es sogar 67 % der Bevölkerung gewesen sein.
- 7 In beiden Dörfern wurden zahlreiche Menschen ermordet, in Tantura über 200 vorwiegend wehrfähige Männer (Krämer 2002, Gorenberg 2012). Generell wurden als feindselig denunzierte Palästinenser exekutiert.
- 8 nach Ilan Pappé 2007, S. 46.
- 9 Gershom Gorenberg zitiert aus einem Flugblatt der Siedler, in dem die Störung der Olivenernte gerechtfertigt wird, weil Grund und Boden und Bäume dem Volk Israel gehören. Der heutige Finanzminister Bezalel Smotrich begründet 2017 seinen Plan zur Vertreibung der Palästinenser so: I believe that the State of Israel is the beginning of our unfolding redemption, the fulfillment of the prophecies of the Torah and the visions of the Prophets« (<https://hashiloach.org.il/israels-decisive-plan/> Zugriff am 05.02.24).

des Staates Israel erhielten sie ihrerseits nicht die Eigenstaatlichkeit, sondern nur ein gewisses Maß an Selbstverwaltung für die besetzten Gebiete, die auch noch in drei Zonen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten unterteilt waren. Jitzchak Rabin war der Zweistaatenlösung ausgewichen. Das Abkommen veranlasste Israel nicht einmal zum Stopp des Siedlungsbaus. Der wurde im Gegenteil vorangetrieben. Deshalb bemühten sich die USA im Jahr 2000 in Camp David, den Status Palästinas in dieser Richtung zu verbessern. Aber die Verhandlungen scheiterten. Israel wollte den Palästinensern nur einen Teil der Westbank zugestehen. Auch Ehud Barak lehnte eine Zweistaatenlösung ab.

Die Empörung über das Scheitern – dazu kam noch der provozierende Besuch des Tempelbergs durch Ariel Scharon – löste die zweite Intifada aus. Diesmal wurden die jüdischen Israelis mit zahllosen Selbstmordanschlägen und Raketenangriffen der Hamas stark bedroht. Israel reagierte darauf mit Massenverhaftungen, der Zerstörung der Wohnhäuser von Verdächtigen und der gezielten Tötung von Hamasführern. Nach fünf Jahren zählte man rund 1.000 tote Israelis und 3.500 tote Palästinenser. Zum Schutz gegen Anschläge begann man 2003 mit dem Bau der Mauer, geplant auf 760 km Länge und mit weiterem Landraub verbunden.

Eine Friedensinitiative der Saudis im Jahr 2002 scheiterte wiederum, weil Israel den Rückzug aus den besetzten Gebieten und die Gründung eines Palästinenserstaates ablehnte.

In der Folgezeit will Israel immer wieder seine militärische Stärke und Entschlossenheit beweisen. 2006 startet Israel eine Militäroffensive gegen die Hisbollah im Libanon, die zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert. Dann folgen fünf Militäroperationen in dem seit

2007 abgeriegelten Gazastreifen mit martialischen Namen. 2008 reagiert Israel auf Raketenbeschuss mit der Operation »Gegossenes Blei«, die mit einem Dauerbombardement beginnt und mit einer Bodenoffensive fortgesetzt wird. Ergebnis: bis zu 1.000 tote Zivilpersonen auf palästinensischer Seite. 2012 wieder Raketenbeschuss und Militäroperation, diesmal 160 Tote auf palästinensischer Seite. 2014 startet Israel nach neuen Raketenangriffen die mehrwöchige Operation »Protective Edge« mit 2.300 Toten, darunter 70 Prozent Zivilisten. Israel trauert um 64 Tote. 10.000 Menschen sind verwundet. Bei einer Militäroperation im Mai 2021 werden mindestens 248 Palästinenser (darunter 66 Kinder) und 13 Israelis getötet, mehrere tausend Menschen verletzt und einige Zehntausend zur Flucht gezwungen. 2018, als zahlreiche meist jugendliche Palästinenser an der Grenze zu Gaza gegen ihr Freiluftgefängnis und die jahrzehntelange Unterdrückung protestierten – sie nannten es »Marsch der Rückkehr« – hatten Scharfschützen den Befehl, sie zu Krüppeln zu schießen. 2.000 Verletzte und 30 Tote.

Israel setzte auf die Strategie »Teile und herrsche!« Als sich Hamas und Fatah 2014 auf eine Einheitsregierung verständigten, wollte Israel diese Regierung nicht anerkennen. Die beiden Parteien hatten sich 2006 zerstritten, als die Hamas die Wahlen zum Legislativrat der Autonomiegebiete gewonnen hatte, was die Fatah nicht akzeptieren wollte. Heimlich förderte Israel die Hamas mit Geldern aus Katar. Die Provokationen der Hamas sind nützlich, weil sie Israels Verweigerung der Zweistaatenlösung rechtfertigen.

Israel wollte bisher auch den Siedlungsbau nicht stoppen. Da waren sogar die USA hilflos. 2010 und 2013 endeten entsprechende Verhandlungen in Washington erfolglos.

Auf einen jüdischen Staat zu bestehen, bedeute ein Leben mit Gewalt, meinte die israelische Friedensaktivistin Norma Musih schon 2022 im Gespräch mit der Publizistin Charlotte Wiedemann.

Netanjahu ist keineswegs der erste Ministerpräsident, der die Zweistaatenlösung ablehnt. Keine israelische Regierung hat je einen Palästinenserstaat akzeptiert. Für Gideon Levy von der israelischen Zeitung Haaretz ist die Zweistaatenlösung seit fünfzig Jahren ein leeres Versprechen. Der Traum von Großisrael ist hegemonial. Inzwischen ist die Zweistaatenlösung durch die Besiedlung der Westbank meines Erachtens eine Illusion geworden. Es ist zu kühn, davon zu träumen, dass die Siedler sich in einen palästinensischen Staat integrieren würden, womit sie einen solchen Staat anerkennen müssten. Dabei sind die meisten unter ihnen von dem Glauben beseelt, dass der Gott Israels Judäa und Samaria für die Juden bestimmt hat.<sup>9</sup>

Über die Frage Zweistaatenlösung oder ein gemeinsamer Staat wird heute unter israelischen Intellektuellen gestritten. Der Schriftsteller David Grossmann hat sich zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* für erstere ausgesprochen. Der Philosoph Omri Böhm hat daraufhin in der *ZEIT* für eine »binationale Föderation« plädiert. Manche haben dafür eine Art Kantonsverfassung vorgeschlagen. Auch der US-Publizist Peter Beinart hat einen gemeinsamen Staat vorgeschlagen.

Wie auch immer – man wird um eine gemeinsame schonungslose Aufarbeitung der Konfliktgeschichte nicht herumkommen. Nur wenn man die Leiden der jeweils anderen Seite anerkennt, ist Versöhnung möglich. Nicht umsonst hat man in Südafrika nach dem Ende der Apartheid eine sogenannte Wahrheitskommission eingerichtet. ■

# WHO: Die Lüge von der Transparenz

**Die WHO bereitet einen Pandemievertrag vor und will die Internationalen Gesundheitsvorschriften neufassen. Das geschieht weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nun wurde der geheime Verhandlungsstand zu den Gesundheitsvorschriften veröffentlicht. VON NORBERT HÄRING**



© picture alliance/Keystone | Martial Trezzini

▲ Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) während einer Pressekonferenz am Hauptsitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf, Schweiz, am 14. Dezember 2022

Die Vorgänge in Genf, wo verschärfte Internationale Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, **IHR**) und ein Pandemievertrag im Geheimen verhandelt werden, strafen Behauptungen der ganz großen pharmakonzernfreundlichen Koalition im Bundestag Lügen, nach denen alles ganz harmlos und transparent sei. Als der Bundestag im Februar 2024 endlich über das Thema debattierte, verstieg sich Tina Rudolph von der **SPD** zu der absurden Behauptung, die Verhandlungen zum Pandemieabkommen und zur **IHR**-Reform seien hochgradig transparent und »eine Sternstunde der Demokratie«.

Es wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben, wie das damit zusammenpasst, dass die Neufassung der **IHR**, über die im Mai 2024 in Genf von der Internationalen Gesundheitsversammlung abgestimmt werden soll, immer noch nicht verhandelt und veröffentlicht ist. Die **IHR** schreiben vor, dass eine Neufassung vier Monate vor Abstimmung den Regierungen zur Kenntnis gegeben werden muss.

Stattdessen wird weiterverhandelt und der Verhandlungsstand geheim gehalten. Das ist jetzt allerdings schief gegangen. Die Genfer Universität Geneva Graduate Institute hat kurzzeitig, wohl in Unkenntnis der beabsichtigten Geheimhaltung, den Verhandlungsstand vom 9. Februar 2024 auf ihrer Webseite veröffentlicht. Innerhalb der darauffolgenden acht Tage wurde das Dokument wieder von der Seite gelöscht.<sup>1</sup> Aber im Internet-Archiv [web.archive.org](http://web.archive.org) ist es noch verfügbar.<sup>2</sup>

### Die kritischen Punkte der IHR-Reform

Der Publizist James Roguski<sup>3</sup>, einer der bestinformierten Kritiker dieser Materie, hat das Dokument analysiert und weist auf der Plattform Substack auf kritische Punkte hin.<sup>4</sup> Eine Auswahl:

→ Unkontrollierte Angstmache (Artikel 1, 5, 8 und 12): Der auf undemokratische Weise »gewählte« Generaldirektor der **WHO** soll eigenmächtig und ohne

Kontrollinstanz drei verschiedene Stufen von internationalen Gesundheitsnotlagen ausrufen können, tatsächliche ebenso wie bloß drohende. Sie heißen Early Action Alert (**EAA**), Pandemic Emergency (**PE**) und Public Health Emergency of International Concern (**PHEIC**).

→ Globales Impf- und Testausweisregime (Art. 35 bis 37): Die **WHO** entwickelt Standards für digitale und analoge Impf- und Testausweise, die international anerkannt werden müssen.

→ **WHO**-Impfstoffregime (Annex 6): Die **WHO** bestimmt, welche Impfstoffe oder prophylaktischen Medikamente vorsorglich für den Pandemiefall zugelassen werden. Nur für diese gibt es Impfbefreiungen, die langfristig rein digital werden sollen.

→ Gültigkeit für nicht-staatliche Akteure (Art. 42): Die Regierungen müssen durchsetzen, dass sich alle Bürger und nicht-staatlichen Gruppen und Institutionen an die **IHR**-Vorschriften halten; kritisch zum Beispiel bezüglich »Desinformation«.

→ Pathogen-Tauschbörse (Art. 44, Annex 1): Die **WHO** etabliert ein System, nach dem alle Länder alle bekannten Pathogene (krank machende Stoffe und Organismen) allgemein verfügbar machen. Dafür werden sie an den Erträgen etwaiger darauf aufbauender Medizinprodukte beteiligt (= Pathogen-Handelsabkommen; man bedenke auch Biowaffenpotenzial).

→ **IHR**-Behörde (Art. 4): Die Regierungen müssen eine zentrale nationale Behörde zur Durchsetzung und Koordination der von den **IHR** verlangten Maßnahmen errichten.

→ Veröffentlichung persönlicher Daten (Art. 45): Persönliche Gesundheitsdaten sollen, »wenn nötig« international weitergegeben, gespeichert und veröffentlicht werden dürfen. Es gibt die üblichen Datenschutzbestimmungen, aber keine Pflicht zur Entschädigung bei Verstößen, obwohl der Schaden verheerend sein kann.

→ Zensurregime (Annex 1 Abs. 5 c vii): Nationale Regierungen müssen bestehende Strukturen nutzen oder neue aufbauen, um Fehl- und Desinformation zu bekämpfen.

Kein Wunder, dass die Verantwortlichen so etwas lieber im Geheimen verhandeln.

### Ein getarntes Handelsabkommen

Roguski stellt für sein **US**-Publikum klar, dass die **IHR**-Reform nicht der **US**-Verfassung widerspricht. Denn sie sei letztlich vor allem ein internationales Handelsabkommen zum Nutzen der großen Pharmakonzerne, vor allem denen der **USA** und Europas. Die armen Länder sollen die Rechte an allen Organismen aufgeben, die auf ihrem Gebiet systematisch gesucht und gefunden werden. Dafür wird ihnen Geld und Unterstützung versprochen.

Gleichzeitig kann die – maßgeblich von der Pharmabranche und ihren staatlichen Unterstützern zweckgebunden finanzierte – **WHO** auf Basis der gefundenen Pathogene ständig neue potenzielle Pandemien ausrufen. Die Länder des globalen Südens scheinen nicht leicht davon zu überzeugen, dass das ein guter Deal für sie wäre.

Die Biowaffenlabore der führenden Biowaffen-Nationen **USA** und China bekommen einen steten Zustrom neuer Organismen, mit denen sie arbeiten können. Man beachte: Es gibt weder in den **IHR** noch im geplanten Pandemievertrag Regeln zur Eindämmung der hochgefährlichen Biowaffenforschung (Gain-of-Function-Forschung). Und dass, obwohl inzwischen weitgehend Konsens besteht, dass das neuartige Corona-Virus aus einem Biowaffenlabor in Wuhan stammt. In diesem arbeiteten (oder arbeiten) Forscher aus den **USA** und China gemeinsam daran, Viren gefährlicher zu machen.

### Die Globalisten verraten sich

Beim Stöbern auf der Webseite des Global Health Centre des Geneva Graduate Institute, das den **IHR**-Verhandlungsstand versehentlich veröffentlicht hat, stieß ich auf einen verräterischen Aufsatz.<sup>5</sup> Er stammt von dem hochdekorierten Gastwissenschaftler und **WHO**-Berater Amitabha Sarkar.<sup>6</sup> Darin trommelt Sarkar in Zusammenhang mit den Verhandlungen zum Pandemievertrag für »die hochfliegenden

Ideale der Förderung einer universalistischen Gesundheitspolitik und der Förderung von Institutionen der sozialen Sicherheit auf der ganzen Welt, wie sie sich einige der Visionäre der **WHO** bei der Gründung der Organisation im Jahr 1948 vorgestellt haben«. Er meint insbesondere Brock Chisholm, den ersten **WHO**-Generaldirektor, über dessen technokratisch-totalitäres Ideal einer Weltregierung ich bereits früher geschrieben habe.<sup>7</sup>

Unter Bezugnahme auf die Definition von Gesundheit in der Präambel der Verfassung der **WHO**

»Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen«,

meinte Chisholm, Loyalitäten [zu Nationen, Religionen etc. – Anmerkung von N. H.] seien als Anzeichen von geistiger oder sozialer Gesundheitseinschränkung zu betrachten und:

»Es wird zunehmend akzeptiert, dass es notwendig ist, dass wir alle Weltbürger werden und viel von unserer nationalen Souveränität aufgeben.«

Chisholm stellte fest, dass die **WHO**-Definition von Gesundheit erlaube, sich mit sehr, sehr vielen gesellschaftlichen Aspekten unter dem Rubrum der Gesundheitssicherung zu befassen. Und diese sehr weitreichende Definition sei sehr fest in der **WHO**-Verfassung verankert und könne nur mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder geändert werden.

Er warb dafür, den Standpunkt eines Besuchers aus dem All einzunehmen, der keiner Kultur, keiner Religion, keiner Nation nähersteht als einer anderen, sondern nur das für vernünftig hält, was dem Wohl der Menschheitsfamilie insgesamt

dient. Für eine unterschiedliche Auffassung darüber, was dem Wohl der Menschheit dient, war bei Chisholm kein Platz. Er setzte als selbstverständlich voraus, dass **WHO**-Funktionäre das nach bestem Wissen und Gewissen verbindlich für die ganze Welt festlegen wollen, können und dürfen. Er schrieb deshalb:

»Niemand kann über die Zukunft der Menschheit nachdenken, ohne anzuerkennen, dass eine Art Weltorganisation, eine Art Weltregierung oder Weltkonföderation, sowohl unvermeidlich als auch wünschenswert ist.«

Die Wissenschaftler-Gruppe Dialog Globale Gesundheit<sup>8</sup> hat ein sehr informatives 50-seitiges Dossier zur Geschichte der **WHO**<sup>9</sup> und den **IHR** in übersichtlicher Timeline-Form veröffentlicht. Es ist ausgesprochen hilfreich, wenn es darum geht einzuschätzen, wie gut die **WHO** in der älteren Vergangenheit (gut) und in der jüngeren Vergangenheit (schlecht) gearbeitet hat und ob die Organisation unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mehr Macht und Verantwortung bekommen sollte.

## Fazit

Die Verhandlungen zur Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und zum Pandemievertrag sind ausgesprochen intransparent und zielen darauf ab, den Pharmakonzernen der **USA** und Europas dauerhafte riesige Gewinne zu ermöglichen und auf dem Weg zu einer Art Weltregierung für (weit definierte) Gesundheitsfragen voranzuschreiten. ■

# Der WHO-

VON KAROLIN AHRENS

Im Mai 2024 soll im Zuge der 77. Weltgesundheitsversammlung das Internationale Pandemieabkommen (**WHO**-Pandemievertrag) verabschiedet werden. Der Vertrag gliedert sich ein in das System der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Die Überarbeitung dieses Regelwerks der **WHO** findet derzeit zeitgleich statt und soll zusammen mit dem Pandemieabkommen verabschiedet werden. Auffällig ist hierbei nicht nur das hohe Tempo der Verhandlungen: Bis heute mangelt es an einer offiziellen Aufarbeitung der staatlich veranlassten Coronamaßnahmen. Mit der Ausrufung der epidemische Notlage von nationaler Tragweite im März 2020 wurden historisch einmalig grundrechtsintensivste Freiheitsbeschränkungen begründet. Die offiziellen Daten des Robert-Koch-Instituts zur Letalitätsrate<sup>1</sup> und die Auswertungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung der Technischen Universität Berlin<sup>2</sup> bezeugen diskrepant keine über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehende Gefahr durch den neuartigen **SARS-CoV-2**- Erreger und widerlegen die Behauptung einer Überlastung des Gesundheitssystems durch Covid-19-Patienten.

Trotz mangelnder Aufklärung sieht das Bundesministerium für Gesundheit, flankiert durch entsprechende Anträge im Bundestag, wie am 12. Dezember 2023 von der **CDU/CSU** eingebracht, Anlass für eine internationale Steuerung.<sup>3</sup>

Das für den Entwicklungsprozess eingerichtete zwischenstaatliche Verhandlungsgremium (Intergovernmental Negotiating Body, **INB**) wird hierbei von den beteiligten 194 Mitgliedstaaten geleitet. Koordiniert wird der Entwicklungsprozess durch das **INB** (Intergouvernementales Verhandlungsgremium)<sup>4</sup> das sich aus offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der sechs **WHO**-Regionen zusammensetzt. Obgleich ein entsprechender Vorschlag des Pandemieabkommens vier Monate vor der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 vorliegen sollte, ist dieser derzeit final nicht öffentlich zugänglich.

Der aktuell veröffentlichte Vertragsentwurf vom 01. Februar 2023<sup>5</sup> sieht die folgenden Regelungsinhalte vor:

<sup>1</sup> Der Originallink für den Seitenstatus vom 10. März 2024, der seit dem 18. März 2024 zu einer Fehlermeldung führt: [www.graduateinstitute.ch/sites/internet/files/2024-03/GHC\\_WGIHR7\\_Consolidated\\_Compilation%20of%20Bureau%20text%20proposals\\_9%20Feb%202024%20%40%2013.00%20CET.pdf](http://www.graduateinstitute.ch/sites/internet/files/2024-03/GHC_WGIHR7_Consolidated_Compilation%20of%20Bureau%20text%20proposals_9%20Feb%202024%20%40%2013.00%20CET.pdf)

<sup>2</sup> Archivierter Seitenstatus vom 10. März 2024: [https://web.archive.org/web/20240310112431/https://www.graduateinstitute.ch/sites/internet/files/2024-03/GHC\\_WGIHR7\\_Consolidated\\_Compilation%20of%20Bureau%20text%20proposals\\_9%20Feb%202024%20%40%2013.00%20CET.pdf](https://web.archive.org/web/20240310112431/https://www.graduateinstitute.ch/sites/internet/files/2024-03/GHC_WGIHR7_Consolidated_Compilation%20of%20Bureau%20text%20proposals_9%20Feb%202024%20%40%2013.00%20CET.pdf)

<sup>3</sup> <https://utla.net/app/uploads/2023/04/James-Roguski-is-a-researcher-author-natural-health-proponent-and-activist-who-believes-that-the-old-systems-are-rightfully-crumbing-so-we-must-build-their-replacements-quickly.pdf>

<sup>4</sup> <https://jamesroguski.substack.com/p/these-amendments-are-unacceptable>

<sup>5</sup> <https://www.graduateinstitute.ch/communications/news/world-health-assembly-and-imagined-citizens-world>

<sup>6</sup> <https://www.tuni.fi/en/ amitabha-sarkar>

<sup>7</sup> <https://norberthaering.de/macht-kontrolle/who-gruender-brock-chisholm/>

<sup>8</sup> <https://globale-gesundheit.com/>

<sup>9</sup> [https://globale-gesundheit.com/wp-content/uploads/2024/02/WHO-Timeline-Langversion\\_Globale\\_Gesundheit.pdf](https://globale-gesundheit.com/wp-content/uploads/2024/02/WHO-Timeline-Langversion_Globale_Gesundheit.pdf)

# -Pandemievertrag

- Pandemieprävention und Monitoring der öffentlichen Gesundheit
- Stärkung von Pandemieprävention durch den One-Health-Ansatz
- Vorbereitung, Bereitschaft und Resilienz
- Gesundheitspersonal
- Monitoring und Überprüfungen der Kapazitäten
- Wissenschaft und Forschung
- Haftungsrisikomanagement
- Nachhaltige Produktion von medizinischen Gegenmaßnahmen
- Technologie- und Wissenstransfer
- Teilen von Daten und Teilen von daraus resultierenden Vorteilen
- Lieferketten und Logistik
- Regulierungsstärkung
- Internationale Zusammenarbeit und Kooperation
- Gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Ansätze auf nationalem Level
- Kommunikation und öffentliches Bewusstsein

Mit diesem Konzept der »Einen Gesundheit« ist mithin eine umfassende Gesundheitsprävention geplant, die über präventive Maßnahmen, Verarbeitung von personenbezogenen Daten, Überwachungsmechanismen bis hin zur Versorgung mit Arzneimitteln reichen soll.

Dieser Steuerungsansatz »von Oben« weicht ganz wesentlich von dem in Deutschland herrschenden demokratischem Föderalismusprinzip ab: Das deutsche Recht auf Grundlage des Grundgesetzes hat die Gesetzgebungskompetenz für die Gefahrenabwehr den Bundesländern zugewiesen. Der – auch historische – Gesetzgeber geht mithin davon aus, dass sich Gefahren regional besser beherrschen lassen, als flächendeckend mit einer Bundesregelung in die Grundrechte der Bürger einzugreifen und entsprechende Gefahrenabwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Unser Grundgesetz (GG) enthält keine Regelungen für eine seuchenrechtliche Bedrohungslage, bei der sich eine übertragbare Krankheit grenzüberschreitend ausbreitet. Für die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und die vom Robert Koch-Institut

(RKI) gem. § 4 Abs. 2 IfSG empfohlenen Infektionsschutzmaßnahmen reichten die einfachgesetzlichen Rechtsgrundlagen im IfSG (§ 28, § 32 IfSG) nach ganz herrschender Meinung nicht aus. Grundrechte dürfen vielmehr zu keiner Zeit in ihrem Wesensgehalt angetastet werden (Art. 19 Abs. 2 GG). Auch in Ausnahmesituationen sind die staatlichen Stellen an die Grundrechte gebunden (Art. 1, Abs. 3 GG).<sup>6</sup>

In der staatlich veranlassten Coronakrise war die Legislative durch den Parlamentsvorbehalt aus Art. 80 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG daher gehalten, einen neuen § 28a Abs. 1 IfSG in der Fassung des *Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite* mit Wirkung zum 19. November 2020 zu schaffen, um sogenannte Schutzmaßnahmen einseitig festlegen zu können (beispielsweise Abstandsgebote, eine Maskenpflicht, die Erstellung von Hygienekonzepten für Einrichtungen mit Publikumsverkehr, Ausgangs- oder Kontaktbeschränkungen). Rechtsverordnungen der Landesregierungen – wie schon seit März 2020 das Verordnungsrecht des Bundesgesundheitsministeriums gem. § 5 Abs. 2 IfSG – wurden von der vorherigen Feststellung einer epidemischen Lage durch den Deutschen Bundestag abhängig gemacht.

Nach Art. 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den (einfachen) Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Das Völkerrecht steht somit zwischen Bundesrecht und den Grundrechten. Sollten mithin zur Umsetzung des Pandemievertrages neben dem

bereits bestehenden Infektionsschutzgesetz mithin Bundesgesetze geschaffen werden, dürfen diese nicht rechtswidrig in die Grundrechte der Bürger eingreifen. Diese Anerkennung – der Grundrechte als »höchstes Recht« führt über zu der völkerrechtlich Fragestellung: Sind völkerrechtliche Verträge in nationalen Rechtsordnungen eher als Instrument der Legislative, vergleichbar einem nationalen Gesetz, zu bewerten oder als synallagmatisches Rechtsgeschäft unter Gleichen, analog zu Verträgen im Zivilrecht mit den entsprechenden Bewertungen, dass ein Vertrag, der in die Rechte eines Dritten eingreift, erst mit dessen Zustimmung wirksam wird.

Welche unmittelbaren (Rechts)auswirkungen der Abschluss dieses WHO-Pandemievertrags auf die Rechte der Bürger in Deutschland hat, hat jüngst das Bundesverfassungsgericht festgestellt: Die Bürgerinnen und Bürger können demnach erst in ihren Rechten verletzt werden, wenn ein Zustimmungsgesetz zur Umsetzung des WHO-Vertrags in Deutschland vorliegt. Zustimmungspflichtige Gesetze sind in Deutschland solche Bundesgesetze, die nach dem Gesetzesbeschluss durch den Deutschen Bundestag auch der Zustimmung des Bundesrats bedürfen. Denn völkerrechtliche Verträge können erst dann wirksam werden, Art. 59 Abs. 2 Grundgesetz.

Nach Art. 59 Abs. 1 GG ist grundsätzlich der Bundespräsident für den Abschluss völkerrechtlicher Verträge zuständig. Da der Bundespräsident im Grundgesetz eine formelle, repräsentative Rolle einnimmt, wurde diese Befugnis de facto stillschweigend an die Mitglieder der Bundesregierung delegiert, was – zu gegebenem Anlass auch einer rechtlichen Überprüfung unterzogen werden sollte. ■

**KAROLIN AHRENS** ist Rechtsanwältin in Lüneburg mit den Schwerpunkten Wirtschaftsrecht, Zivilrecht, Grundrechtsschutz und Menschenrechte

- 1 Näherungsweise Schätzung der Infektions-Sterbe-Rate: Multipliziert man die Zahl der gemeldeten Fälle (Stand 23.11.2021 ca. 5,4 Millionen) mit einem in Studien beobachteten Untererfassungsfaktor von 2-5 (141) (s. auch Abschnitt 20, Untererfassung), so ergibt sich eine Infektions-Sterbe-Rate von etwa 0,4-0,9% (99.433/10,8 Millionen bzw. 99.433/27 Millionen). Quelle: [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html?nn=13490888#doc13776792bodyText13](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html?nn=13490888#doc13776792bodyText13)
- 2 [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/C/Coronavirus/Analyse\\_Leistungen\\_Ausgleichszahlungen\\_2020\\_Corona-Krise.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Analyse_Leistungen_Ausgleichszahlungen_2020_Corona-Krise.pdf)
- 3 »Die COVID-19 Pandemie habe gezeigt, dass die Weltgemeinschaft nur unzureichend auf Pandemien vorbereitet sei. Internationale Regelungen im Bereich Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion seien erforderlich, welche einen Handlungsleitfaden für die Mitgliedstaaten vor und während des Pandemiefalls darstellen werden. Dabei sollen insbesondere die Kapazitäten zur Früherkennung, Prävention und Widerstandsfähigkeit gegenüber zukünftigen Pandemien gestärkt sowie notwendige kollektive Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung von Pandemien rechtsverbindlich festgelegt werden.«
- 4 auch Weltgesundheitsversammlung, kurz: WHA
- 5 [https://apps.who.int/gb/inb/pdf\\_files/inb4/A\\_INB4\\_3-en.pdf](https://apps.who.int/gb/inb/pdf_files/inb4/A_INB4_3-en.pdf)
- 6 Annette Guckelberger: *Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote anlässlich der Corona-Pandemie*. NVwZ-Extra 2020, S. 1-15.

# Buchtipps

Die »Wählermärkte« analysiert der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte in seinem aktuellen gleichnamigen Buch. Darin setzt er sich mit »Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik« auseinander, wie es im Untertitel heißt. Korte will »den Beziehungen zwischen Wählern und Politikern auf den Grund« gehen. Der renommierte Politikwissenschaftler beschreibt das Wahlgesehen als »Wochenmarkt, wie man ihn aus vielen Städten und Dörfern unseres Gemeinwesens kennt«, als »Forum der Begegnung und des Austauschs«. Das Angebot an Parteien sei in den letzten Jahrzehnten überschaubar geblieben. Und die sicherheitsorientierten Wähler hätten trotz aller Krisen (oder gerade deshalb) »die Etablierten, die Bekannten, die Krisenlotsen« gewählt, schreibt Korte. Er macht gar einen »Stabilitätsfanatismus« aus.

Die Gesellschaft sieht er als »Mitteorientiert« an. Die Schwäche der Parteien der politischen Mitte von grün und gelb über rosa bis schwarz mache die »Defizit- und Protest-Partei« AfD groß. Aber deren Wählerpotenzial sei ausgeschöpft. Und: »Linksliberalismus, linke Mehrheiten sind offenbar auf absehbare Zeit in Deutschland dahin. Mitte-rechts und rechte Mehrheiten sind in der Bundesrepublik jetzt dominant.« Zum neugegründeten »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) stellt er fest, dieser »neue Stand auf dem Wochenmarkt« habe »vor allem im Osten viel Potenzial«. Dort habe die Linkspartei als »regionale Volkspartei

des Ostens« ihre spezifischen Bindungswirkungen verloren.

Mit Blick auf die Landtagswahlen 2024 und die erwarteten hohe Ergebnisse für die AfD erinnert der Politikwissenschaftler, dass diese Partei »viel intensiver im Westen als im Osten« gewählt wird. »Die AfD ist im Westen entstanden.« Ihre Zustimmung im Osten erhalte sie vor allem aus Protest.

Korte sieht Demokratie als »organisierte Freiheit«. Wie weit es damit her ist, hat sich in der politisch verursachten Corona-Krise gezeigt: Die Gesellschaft wurde mit Angst und Panikmache lahmgelegt, Grundrechte wurden missachtet und die Gesundheit von Menschen im Namen ihres Schutzes gefährdet und geschädigt. Das Geschehen harret der Aufklärung und Aufarbeitung. Nicht erst mit den freigelegten RKI-Protokollen wurde deutlich, wie notwendig das ist.

Dafür bieten zahlreiche Analysen und Studien von Kritikern der Corona-Politik von Beginn an eine Grundlage. Eine ganze Reihe von ihnen äußern sich in der kürzlich erschienenen Sonderausgabe »Der Corona-Komplex« des konservativen Magazins *Tichys Einblick*. Darin erinnert unter anderem der Mediziner und Mikrobiologe Sucharit Bhakdi an seinen Offenen Brief an die Kanzlerin Angela Merkel von vor vier Jahren. In jenem Schreiben hatte er »klare Fakten und gesunden Menschenverstand« eingefordert. Im Interview mit Herausgeber Roland Tichy erklärt er: »Seit damals liegt alles auf dem Tisch. Und was daran ist objektiv falsch, frage ich?«

‘Zu den Autoren und Gesprächspartnern gehören außerdem der ehemalige Gesundheitsamtsleiter Friedrich Pürner, der Molekularbiologe Paul Cullen, die Rechtsanwältin Brigitte Röhrig, Querdenken-Gründer Michael Ballweg und der Wissenschaftler Roland Wiesendanger neben weiteren Experten für die verschiedenen Aspekte des Themas.

Einer der Protagonisten des Protestes gegen die Corona-Politik war der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg, der im Frühjahr 2020 die »Querdenken«-Bewegung ins Leben rief. Die gilt inzwischen als wohl größte außerparlamentarische Opposition in der Geschichte der Bundesrepublik. Ballweg wurde dadurch zum »gefährlichsten Anführer«, wie ihn *Zeit online* titulierte. Er wurde diffamiert und schikaniert – und geriet ins Visier des Staates, der ihn für neun Monate ohne Anklage in Untersuchungshaft hielt.

In dem Buch »Richtigstellung! – Es war noch nie falsch, quer zu denken« erzählt er gemeinsam mit seinem Anwalt Ralf Ludwig gegenüber dem Journalisten Mathias Bröckers seine Geschichte. Der Staat, so Ballweg im Rückblick, habe jemanden wie ihn nicht auf dem Schirm gehabt. Einen Unternehmer, der »alles riskiert, um sich für die Grundrechte einzusetzen«. Dieser Staat habe außerdem »die Power« der alternativen Medien unterschätzt.

Bemerkenswert: »Der Zeitzeuge Ballweg hat an die Demokratie-Erzählung geglaubt«, wie Michael Meyen in seiner Kolumne in *Hintergrund* 3|4 2024 zu dem Buch feststellte. Er habe den Debattenraum öffnen und alle Argumente auf den Tisch legen wollen. Doch Ballweg habe »die Rechnung ohne den Wirt gemacht und der Gegenseite beim Lernen zuschauen dürfen«. Der Staat hat nicht nur seine Machtinstrumente – samt Geheimdiensten – gezeigt, sondern sie in diesem wie in vielen anderen Fällen gegen jene zum Einsatz gebracht, die das Grundgesetz real und symbolisch hochhielten. ■



Karl-Rudolf Korte  
**Wählermärkte**  
Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik

Campus Verlag 2024  
ISBN 978-3593518350;  
231 Seiten, 26,00 €



Tichys Einblick Spezial  
**Der Corona-Komplex**

2024.  
138 Seiten, 14,80 €



Michael Ballweg,  
Mathias Bröckers,  
Ralf Ludwig  
**Richtigstellung!**  
Es war noch nie falsch,  
quer zu denken!

Verlag Tiger Press 2023  
ISBN 978-3-910972-02-5  
192 Seiten, 24,00 €

# Chronik

## 17.2.2024

Auf einem Flussfahrgastschiff, das nahe der Stadt Remagen auf dem Rhein kreuzte, wird die Partei »Werteunion« gegründet. Sie geht aus dem gleichnamigen Verein hervor, der sich innerhalb der CDU gebildet hatte. Erster Bundesvorsitzender wird der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. Der Verein »Werteunion« hatte sich selbst als Bewahrer des »konservativen Marken Kerns« von CDU und CSU beschrieben.

## 22.2.2024

Zum ersten Mal in der Geschichte der Raumfahrt gelingt einem kommerziellen Anbieter eine Mondlandung. Der unbemannte Landeapparat »Nova-C« des US-Unternehmens Intuitive Machines kann am Malapert-A-Krater weich aufsetzen, gerät allerdings in eine Schiefelage, die das Missionsziel zwar nicht grundsätzlich gefährdet, aber zu Beeinträchtigungen führt.

## 23.2.2024

Der Deutsche Bundestag stimmt mit der Mehrheit der sogenannten Ampel-Koalition für die Legalisierung von Cannabis in Deutschland. Das Gesetz beinhaltet auch die Möglichkeit, Cannabis in begrenztem Umfang privat anzupflanzen. Kritik am Gesetz kommt von Ärztenverbänden und Polizeigewerkschaften. Auch Staaten, die bereits Erfahrung mit Cannabis-Legalisierungen haben, rieten von dem Gesetz ab.

## 26.2.2024

Als letztes Land stimmt Ungarn dem Antrag Schwedens zur Aufnahme in die NATO zu. Damit kann das skandinavische Königreich als 32. Mitgliedsstaat dem Nordatlantikpakt beitreten.

## 26.2.2024

In Berlin wird Daniela Klette, Mitglied der RAF, festgenommen, die seit mehr als dreißig Jahren mit falscher Identität im Untergrund lebte. Frau Klette wird die Beteiligung an verschiedenen terroristischen Aktionen der RAF zur Last gelegt.

## 3.3.2024

Das Schweizer Wahlvolk stimmt in einer Volksabstimmung für die Einführung einer 13. Monatsrente. Das Ja des Wahlvolks wird allgemein als eine kleine Sensation gewertet, da bisherige Initiativen immer deutlich abgelehnt wurden. Die beiden Kantone mit der höchsten Dichte an Vermögensmillionären, Zug und Schwyz, hatten erwartungsgemäß mit Nein gestimmt.

## 4.3.2024

Der Oberste Gerichtshof der USA weist einen Tag vor dem sogenannten Super Tuesday, einem Tag mit besonders vielen Vorwahlen, den Abschluss von Ex-Präsident Trump von den Vorwahlen im Bundesstaat Colorado zurück. Damit könnte der frühere 45. US-Präsident das Rennen innerhalb der Republikanischen Partei um die Spitzenkandidatur für das Weiße Haus erneut für sich entscheiden.

## 7.3.2024

Schweden wird 32. Mitgliedsstaat der NATO.

## 10.3.2024

Bei den Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen im österreichischen Bundesland Salzburg kann die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ihren sensationellen Zugewinnen in der politischen Landschaft Österreichs mit einem Zuwachs von mehr als 20 Prozent ein weiteres Rekordergebnis hinzufügen. Bei den Parlamentswahlen in Portugal am gleichen Tag erleidet die bislang regierende Sozialistische Partei (PS) eine bittere Niederlage und verliert ihre absolute Mehrheit. Die rechtspopulistische Partei Chegal kann ihr Ergebnis im Vergleich zu 2022 dagegen mit 18,1 Prozent mehr als verdoppeln.

## 18.3.2024

In Russland wird Amtsinhaber Wladimir Putin zum Sieger der Präsidentschaftswahlen ernannt, mit einem Ergebnis von 88,5 Prozent. Seine Amtszeit dauert bis 2030.

## 22.3.2024

In Krasnogorsk, einem nordwestlich gelegenen Vorort von Moskau verüben Terroristen einen Anschlag auf eine Konzerthalle. Dabei kamen bis Redaktionsschluss 137 Menschen ums Leben. Während sich der Islamische Staat (IS) zu dem Terrorakt bekennt, beschuldigt die russische Regierung die Regierung der Ukraine der Mittäterschaft, was die Ukraine zurückweist.

## 26.3.2024

In Baltimore (USA) stürzt eine 2,6 Kilometer lange Autobrücke ein, nachdem das Containerschiff Dali einen Pfeiler rammte. Bis heute wirft der Vorfall Fragen auf.

## 31.3.2024

Bulgarien und Rumänien treten dem Schengen-Raum bei. Dadurch können sich Bürger beider EU-Staaten ohne systematische Grenzkontrollen frei im Schengen-Raum bewegen. Allerdings betrifft das zunächst nur die Kontrollen zur See und in der Luft. Der Wegfall der Kontrollen zu Land soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

## 1.4.2024

In Deutschland tritt ein Gesetz in Kraft, das den privaten Besitz, Anbau und medizinisch-wissenschaftlichen Gebrauch von Cannabis unter bestimmten Voraussetzungen legalisiert. Der Gesetzentwurf traf auf unterschiedlichen Widerstand von Bundesländern, Ärztenverbänden, Polizeigewerkschaften und anderen Experten, vor allem wegen ungeklärter Durchführungsbestimmungen. Auch die Herkunft des Cannabis ist ungeklärt. Das Gesetz passierte den Bundesrat nur wegen der Praxis, dass Koalitionsregierungen der Bundesländer sich enthalten, wenn keine Einigung über zustimmungspflichtige Bundesgesetze erzielt werden kann.

## 1.4.2024

Bei einem israelischen Luftangriff auf das iranische Konsulat in der syrischen Hauptstadt Damaskus werden mehrere Menschen getötet und massive Schäden am Konsulatsgebäude und angrenzenden Liegenschaften angerichtet. Der Luftangriff Israels ist eine vorsätzliche Verletzung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen. Der Iran kündigte »Vergeltungsmaßnahmen« an.

## 6.4.2024

Trotz massiver Gegenwehr durch westliche Medien und Regierungen siegt der Kandidat der sozialdemokratischen HLAS-Partei, Peter Pellegrini, bei den Stichwahlen zum Amt der slowakischen Präsidentschaft. Pellegrini gilt als Verbündeter von Ministerpräsident Robert Fico, obwohl er 2020 aus dessen Partei SMER ausgetreten war. Fico wiederum zog sich den Unmut von USA, EU und NATO zu, weil er im Oktober 2023 ankündigte, Militärhilfe für die Ukraine einzustellen.

## 9.4.2024

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gibt einer Klägergemeinschaft von Schweizer Pensionärinnen Recht, wonach die Regierung der Eidgenossenschaft nicht genügend gegen die Auswirkungen des Klimawandels unternehme. Dadurch entstünde eine »ernsthafte gegenwärtige und zukünftige Bedrohung« für die Ausübung des Rechts auf Privat- und Familienleben gemäß Europäischer Menschenrechtskonvention EMRK. Klagen aus Frankreich und Portugal wurden abgewiesen.

## 9.4.2024

Vor dem Internationalen Gerichtshof beginnt die Verhandlung über die Klage Nicaraguas gegen Deutschland, wegen Beihilfe zu einem Genozid. Nicaragua wirft Deutschland vor, mit seiner Hilfe für das militärische Vorgehen Israels im Gaza-Streifen den Völkermord am palästinensischen Volk zu unterstützen. Deutschland weist diese Beschuldigung scharf zurück, sie würden jeder rechtlichen und tatsächlichen Grundlage entbehren. Einen Tag später schließt Nicaragua seine Botschaft in Berlin. Allerdings ist es noch kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die konsularischen Aufgaben werden von der Botschaft in Wien übernommen.

## 22.4.2024

Die NATO will Stärke zeigen. Mit einem in dieser Größe schon lange nicht mehr dagewesenen Militärmanöver probt das Bündnis aktuell seine Kriegstauglichkeit. Auch die Bundeswehr nimmt teil und erreicht nun die Hochphase ihrer Aktivitäten. Die werden in den kommenden Wochen auch die Bundesbürger zu sehen – und vielleicht auch zu spüren – bekommen. Die Bundeswehr bittet aus diesem Grund um Verständnis: Werden »der Bevölkerung einiges zumuten«

# Termine

## 13.5.2024

18:15–19:45 Uhr  
Christian-Albrechts-Platz 2, 24118 Kiel  
Audimax, Hörsaal K

### Revolutionen im Iran des 20. Jahrhunderts: »Religiöse Minderheiten« im Spannungsfeld von Kategorisierung, Ablehnung und Toleranz

Prof. Dr. phil. Anja Pistor-Hatam, Inhaberin des Lehrstuhls für Islamwissenschaften an der Universität Kiel, hat sich auf die Islamische Republik Iran und ihre Vorgängerstaaten spezialisiert. Im Rahmen einer Ringvorlesung der Kieler Forschungsstelle Toleranz gibt sie Einblicke in den Iran und seine reiche und wechselvolle Geschichte und Gegenwart.

## 21.5.2024

19:30 Uhr  
Hauptstraße 29, 01640 Coswig  
Börse Coswig

### Russland – und wie weiter? Lesung und Talk mit Dr. Gabriele Krone-Schmalz

Die frühere ARD-Korrespondentin in Moskau, die zwischen 1987 und 1991 ungewollt Augen- und Ohrenzeugin des unauffhaltsamen Niedergangs der einst mächtigen Sowjetunion unter Michail Gorbatschow wurde, spricht über Möglichkeiten, mit Russland umzugehen und bezieht sich dabei auf ihre Bücher »Eiszeit« und »Russland verstehen«.

## 22.5.2024

18:30–20 Uhr  
Falkenstrasse 11, CH-8008 Zürich  
NZZ-Foyer

### NZZ Podium: Nord gegen Süd, Ost gegen West – Europas Kernschmelze

Die Zeiten, als die EU als progressives Zukunftsprojekt galt, sind vorbei. Mittlerweile ringt Europa in einer Welt vertaner Versprechen und eskalierender Krisen darum, den Status quo zu wahren. Wie kann Europa zu neuem Sinn und alter Form finden? Teilnahmegebühr: 22 Euro (für Abonnenten: 17 Euro)

## 25.5.2024

14–16:30 Uhr  
Am Lindener Berge 29A, 30449 Hannover  
Biergarten am Lindener Turm

### Exkursion – (Un-)Geliebtes Linden – Vom Bauerndorf zur Arbeiterstadt

Das kleine Bauerndorf Linden entwickelt sich in wenigen Jahrzehnten als Teil Hannovers zu einer der großen Industriesiedlungen Deutschlands. Wie lebten die Menschen? Was bedeutete die Industrialisierung? Warum ist Linden »rot«? Ein historisch-politischer Rundgang mit Jörg Reinbrecht. Anmeldung: Astrid.Ritter@bw-verdi.de

## 27.5.2024

19:30 Uhr  
An der Urania 17, 10787 Berlin  
Urania Berlin

### Der Osten und das Unbewusste – Buchvorstellung und Gespräch

Hat das Verbot von Tiefenpsychologie in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Europas Auswirkungen auf die mentale Verfasstheit der heutigen Bevölkerung in Ostdeutschland und Osteuropa? Andreas Petersen, Dozent für Zeitgeschichte an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Historiker mit Spezialisierung Osteuropa stellt seine in Buchform gegossene These zur Diskussion.

## 3.6.2024

19 Uhr  
Fleischmarkt 24, A-1010 Wien  
Kammeroper Wien

### Richard III. – Premiere

Drei »Giganten« der englischen Geschichte geben sich für dieses Musiktheaterereignis die Ehre. Richard III., über Jahrhunderte zu Unrecht als skrupelloser Prinzenmörder beschuldigter König. William Shakespeare, der den Monarchen so eindrucksvoll als rücksichtslosen Despoten in seinem Historiendrama darstellte, dass er damit das Bild Richard III. bis in die Neuzeit prägte. Dritter im Bund: Barockkomponist Henry Purcell, schon zu Lebzeiten als wichtigster englischer Komponist bewundert und verehrt. Obleich Purcell nie eine Oper »Richard III.« schrieb, vertonte er einige Shakespeare-Werke. Seine Musik dient als Soundtrack für drei Darsteller, einen Sänger, einen Schauspieler und einen Tänzer, die die facettenreiche Rolle des Königs spielen.

## 5.6.2024

20 Uhr  
Gustav Esche Straße 6, 04159 Leipzig  
Haus Auensee

### Lisa Eckhart »Kaiserin Stasi die Erste« – Politisches Kabarett auf großer Bühne

Eine Mischung aus Stalin und Sisi – Kaiserin Stasi die Erste. Herrscherin über Österreich und Ostdeutschland. Das große Thronjubiläum steht an und eigentlich läuft alles bestens. Abgesehen von den üblichen Bedrohungen: Der durchgeknallte Westen. Die wiedervereinigte Sowjetunion. Volksaufstände und versuchte Attentate durch die eigene Familie. Darum kümmert sich die Kaiserin später.

## 6.6.2024

19 Uhr  
Sprechsaal, Marienstr. 26, Berlin-Mitte

### Buchvorstellung

»Listen to the scientists« – und zwar auf ALLE! Mit dieser Herangehensweise an das Thema Nr. 1, den Klimawandel, macht dieses Buch bereits den Unterschied zu herkömmlichen Einschätzungen aus, die die Gelegenheit auf eine einzig gültige Erzählung reduzieren wollen. Denn die wissenschaftliche Debatte wird keineswegs so einheitlich geführt, wie es die Darstellung in den Leitmedien suggeriert. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Promedia Verlag, Wien, statt. Durch den Abend führt Dr. Sven Brajer.

## 12.6.2024

19:30 Uhr  
An der Urania 17, 10787 Berlin  
Urania Berlin

### Johnny & me – Eine Zeitreise mit John Heartfield – Dokumentarfilm

John Heartfield, für Bertold Brecht einer der bekanntesten zeitgenössischen Künstler, für die Nazis wurde er durch seine bissigen Collage-Arbeiten zum Staatsfeind. In dem liebevoll animierten Dokumentarfilm von Autorin und Regisseurin **Katrin Rother** nimmt uns die junge Grafikdesignerin Stephanie mit auf eine Reise in Heartfields Leben.

## 14.6.2024

19:00 Uhr  
MEZ, Spielhagenstraße 13, 10585 Berlin-Charlottenburg

### »Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden«. Diskussion mit Andreas Buderus

Die IG Metall, eine der stärksten Gewerkschaften der Welt, setzt sich nicht machtvoll für Arbeiterinteressen ein, sondern spricht sich gemeinsam mit Industrievertretern und der Kanzlerpartei SPD dafür aus, in Deutschland die Rüstungsindustrie massiv auszubauen. Dabei weiß eigentlich auch der DGB, wie er in seinen Warnungen nach dem Beginn des Ukrainekriegs bemerkte, dass »viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen« immer die »Hauptleidtragenden« kriegerischer Auseinandersetzungen sind. Und doch schließen die Gewerkschaften heute mit Regierung und Kapital einen neuen Burgfrieden.

## 15.6.2024

18 Uhr  
Schloßgarten, 17235 Neustrelitz  
Schloßgarten Neustrelitz

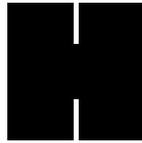
**Bastien und Bastienne – Premiere**  
Wolfgang Amadeus Mozart komponierte die Oper im Alter von 12 Jahren. Mozart, ein Liebhaber von Märchen vertonte die Geschichte von Bastienne, einer Schäferin, die um ihren Geliebten Bastien bangt. Verzweifelt wendet sie sich an den Zauberer Colas, der ihr mit seinen magischen Kräften helfen will, Bastien zurückzugewinnen. Colas gibt Bastienne die List, Bastien eifersüchtig zu machen, indem sie sich abweisend verhält. Das geht gehörig schief.

## 18.6.2024,

9–18 Uhr / 19.6.2024, 9–14 Uhr  
Hohenpfortewall 1, 39104 Magdeburg  
Festung Mark

### MINT-MACHEN Festival 2024

Dass Naturwissenschaften und Technik Spaß machen, zeigt das MINT-MACHEN-Festival. An zwei Tagen wird die Festung Mark wieder zu einem Ort an dem geforscht, ausprobiert und mitgemacht werden kann. Ziel dieser Veranstaltung ist es, bei Kindern und Jugendlichen den Umgang mit Technik und Naturwissenschaften zu fördern. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.



**Hintergrund** Das Nachrichtenmagazin – partei-, staats-, konzernunabhängig und werbefrei

**Redaktion Hintergrund Print:**  
 Haus der Bundespressekonferenz  
 Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin  
 Telefon: +49 30 20 64 42 74  
 Andreas Peter (V.i.S.d.P. für Print)  
 Tilo Gräser  
 redaktion@hintergrund.de

**Verlag:**  
 Hintergrund GmbH,  
 Graefestraße 19, 10967 Berlin  
 verlag@hintergrund.de  
 Amtsgericht Berlin-Charlottenburg  
 Handelsregister: HRB 121069 B  
 Umsatzsteuer-ID: DE356813525

Namentlich gekennzeichnete  
 Beiträge entsprechen nicht  
 in jedem Fall der Meinung der  
 Redaktion und des Verlages.

**Gestaltung und Bildredaktion:**  
 Buchgut, Berlin

**Ausgaben verpasst?** Einzelheftbestellungen sind für 8,80 € (zuzüglich 1,00 € Versandkostenanteil) möglich.  
**Die letzten 3 Ausgaben können für insgesamt 19,80 € (inkl. Versand) bestellt werden. Auch gerne als Geschenk.**  
 Außerdem können natürlich auch Geschenkabos abgeschlossen werden.



Hintergrund 11-12-2023



Hintergrund 1-2-2024



Hintergrund 3-4-2024

**Abonnement- und Einzelheftbestellung online unter:**  
**[www.hintergrund.de/abo](http://www.hintergrund.de/abo)**  
**oder per Telefon: +49 (0)2225 708 53 73,**  
**per E-Mail: [hintergrund-magazin@aboteam.de](mailto:hintergrund-magazin@aboteam.de) oder**  
**per Post: Hintergrund, Postfach 1331, 53335 Meckenheim**

**PREISE DEUTSCHLAND:**  
**Jahres-Abo** 39,80 € (6 Ausgaben)  
 (= 6,60 € je Ausgabe)  
**Förderabo** 52,00 € (6 Ausgaben)  
 (= 8,66 € je Ausgabe)  
**Kombi-Abo** 65,00 € (Jahresabo mit  
 3 Büchern)  
**Wiederverkäufer-Abo 1** 360,00 €  
 (10 Expl., 6 Ausgaben)  
 (= 6,00 € je Ausgabe)  
**Wiederverkäufer-Abo 2** 642,00 €  
 (20 Expl., 6 Ausgaben)  
 (= 5,35 € je Ausgabe)  
**Einzelheft** 8,80 € (+ 1,00 € Versand)

**PREISE ÖSTERREICH:**  
**Jahres-Abo** 44,10 € (6 Ausgaben)  
 (= 7,35 € je Ausgabe)  
**Förderabo** 59,00 € (6 Ausgaben)  
 (= 9,80 je Ausgabe)  
**Kombi-Abo** 72,00 € (Jahresabo mit  
 3 Büchern)  
**Einzelheft** 9,80 € (+ 1,00 € Versand)

**PREISE SCHWEIZ:**  
**Jahres-Abo** 58,80 sFr (6 Ausg.)  
 (= 9,80 sFr je Ausgabe)  
**Förderabo** 78,00 sFr (6 Ausg.)  
 (= 13,00 sFr je Ausgabe)  
**Kombi-Abo** 88,00 sFr (Jahresabo  
 mit 3 Büchern)  
**Einzelheft** 12,80 sFr (+ 1,00 sFr Vers.)

**Abonnements können jederzeit  
 gekündigt werden.  
 Guthaben werden zurückgezahlt.**

**Hintergrund online – wöchentlich neue Nachrichten:**  
**[www.hintergrund.de](http://www.hintergrund.de)**

»Die Illusion von Demokratie lässt sich nur so lange aufrechterhalten, wie die Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus nicht zu augenfällig wird.«

